

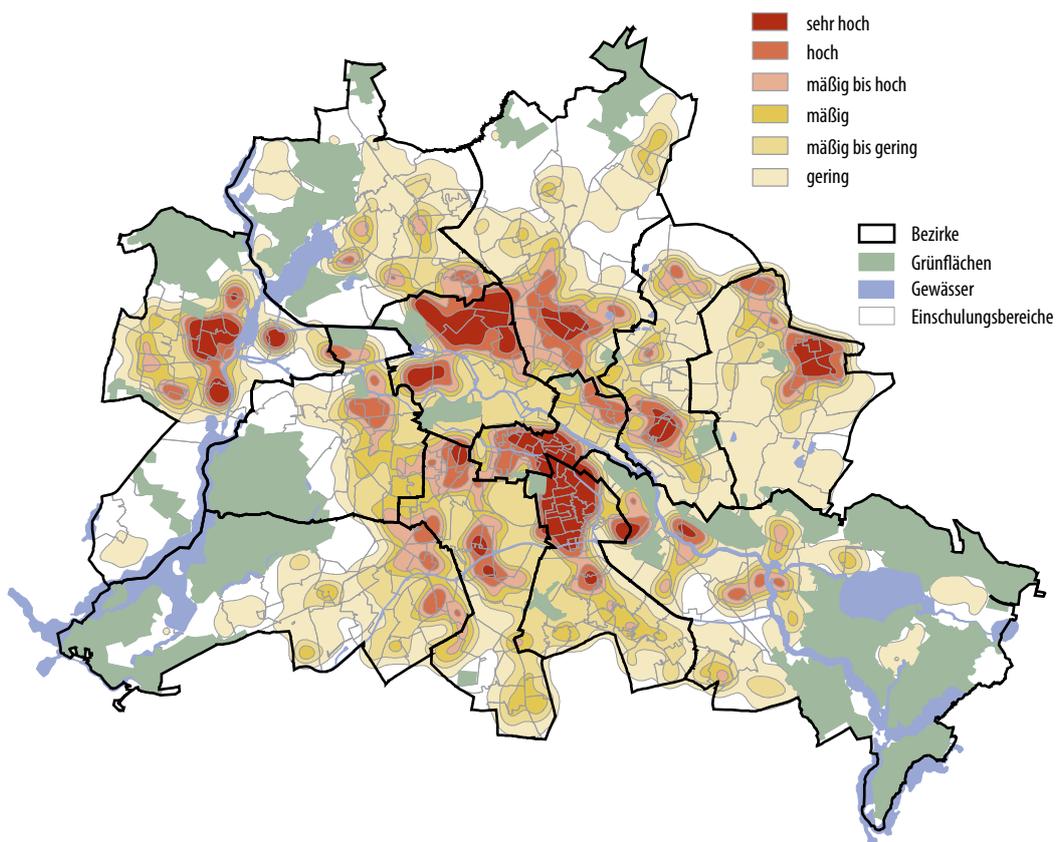
Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

3 2011

Dichte der Leistungsempfänger nach dem SGB II in Berlin 2009

Polygone bei einer Bandbreite von 500 m



▣ **Der Zensus 2011 – eine logistische Herausforderung**

Zwischenbericht für Berlin und Brandenburg für die Zeit bis Ende Mai 2011

▣ **Ein Index zur Erfassung von Problemlagen für Berliner Grundschulen**

▣ **Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe**

▣ **Der Mikrozensus in Brandenburg – Wandel von Methode, Inhalt und Form**

▣ **Geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Erwerbsleben und im Einkommen in Berlin**

▣ **Leben Berliner mit Migrationshintergrund segregiert?**

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
5. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2011
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▬ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Verarbeitendes Gewerbe
Energie
Baugewerbe
Tourismus
Gesundheit
Landwirtschaft
Einzelhandel
Preise
Verkehr

aus Deutschland ▬ 10

Verkehr
Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Preise

aus Europa ▬ 13

Außenhandel
Industrie

Zensus

**Der Zensus 2011 –
eine logistische Herausforderung**
Zwischenbericht für Berlin und Brandenburg
für die Zeit bis Ende Mai 2011 ▬ 24

Wirtschaft im Überblick

Berlin Februar 2011 ▬ 14
Brandenburg Februar 2011 ▬ 18

Historisches

um 1910
Bier ▬ 74

Karten

Geburtenziffern
Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern
der Regionen Europas 2008
▬ 3. Umschlagseite

Zensus 2011
Erhebungsstellen
und deren regionale Zuständigkeit
in Berlin und Brandenburg
▬ 4. Umschlagseite

Beiträge

**Ein Index zur Erfassung
von Problemlagen
für Berliner Grundschulen**
Die Anwendung von Kerndichteschätzungen
für die Bildungsberichterstattung ▬ 33

**Energieverwendung
im Verarbeitenden Gewerbe** ▬ 40

**Der Mikrozensus in Brandenburg –
Wandel von Methode,
Inhalt und Form** ▬ 44

**Geschlechtsspezifische
Ungleichheiten im Erwerbsleben
und im Einkommen in Berlin** ▬ 48

**Leben Berliner
mit Migrationshintergrund
segregiert?** ▬ 54

Gastbeitrag

Geburtenziffern ▬ 76

Kurz gefasst aus Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2009

▮ **Trotz Einkommenssteigerung haben Berliner und Brandenburger weniger gespart**

Die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) haben im Jahr 2009 Waren und Dienstleistungen im Wert von 50 507 Mill. EUR in Berlin und 36 994 Mill. EUR in Brandenburg erworben. Sie gaben damit für den privaten Konsum 2,4 % bzw. 2,0 % mehr aus als im Vorjahr. Dafür konnten sie um 1,5 % bzw. 1,3 % höhere verfügbare Einkommen verwenden. (...) Steigende Konsumausgaben resultieren häufig auch aus Preiserhöhungen. Im Jahresdurchschnitt 2009 sind die Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg jedoch kaum gestiegen. Bundesweit lagen die privaten Konsumausgaben um 0,2 % unter denen des Vorjahres – bei einem Rückgang der verfügbaren Einkommen um 1,0 %.

Zu der Erhöhung der Konsumausgaben hat in Berlin die um 0,3 % gewachsene Einwohnerzahl beigetragen, während sie in Brandenburg um 0,5 % gesunken ist. Damit sind die Konsumausgaben je Einwohner in Berlin um 2,1 % und in Brandenburg um 2,5 % gestiegen. Jede Berlinerinnen und jeder Berliner gab durchschnittlich 14 705 EUR aus, jede Brandenburgerin und jeder Brandenburger 14 702 EUR. Das waren 92,8 % bzw. 89,7 % ihres verfügbaren Einkommens, das besonders in Berlin im Vergleich zu den anderen Bundesländern gering ist. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 15 843 EUR belegten die Berlinerinnen und Berliner im Jahr 2009 Platz 13 unter den 16 Bundesländern, die Brandenburgerinnen und Brandenburger mit 16 398 EUR Platz 11. Im Vergleich zum Jahr 2008 standen jeder Berlinerinnen und jedem Berliner 185 EUR und jeder Brandenburgerin und jedem Brandenburger 296 EUR mehr zur Verfügung. Ausgegeben haben sie aber 308 EUR bzw. 359 EUR mehr als 2008. Die bundesdurchschnittlichen Konsumausgaben je Einwohner waren mit 17 234 EUR je Einwohner nur um 25 EUR (0,1 %) höher als 2008 bei einem um 133 EUR (0,7 %) geringeren Durchschnittseinkommen.

Da die Zunahme der Konsumausgaben die Einkommenszuwächse überstieg, blieb den Menschen in Berlin und Brandenburg weniger zum Sparen. Durchschnittlich legte jeder 1 595 EUR bzw. 1 849 EUR zurück. In diesen Sparbeträgen ist auch die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (betriebliche Altersversorgung, Versorgungsansprüche der Selbstständigen gegenüber berufsständischen Versorgungswerken) enthalten. Die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche war deutlich höher als im Jahr zuvor, während die Sparbeträge insgesamt gesunken sind. Sie lagen in Berlin um 5,1 % unter dem Vorjahresniveau, in Brandenburg um 2,7 %. Damit verzeichneten die Brandenburgerinnen und Brandenburger den geringsten Rückgang der durchschnittlichen Sparbeträge unter den Bundesländern. Bei der Höhe ihrer Sparbeträge ließen sie die anderen neuen Länder sowie Berlin und Bremen hinter sich. Die

Sparquote in Brandenburg von 11,2 % lag knapp über der bundesdurchschnittlichen von 11,1 %. Die Berlinerinnen und Berliner erreichten hier nur 9,8 %. Die Sparquote ermittelt sich aus den Sparbeträgen und dem verfügbaren Einkommen zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Mit 8,5 % war sie in Bremen am geringsten, trotz des vergleichsweise hohen Durchschnittseinkommens von 21 156 EUR, das aber gegenüber dem Vorjahr am stärksten zurückgegangen ist (–2,4 %). Den zweithöchsten Rückgang beim verfügbaren Einkommen mussten 2009 die Menschen in Baden-Württemberg verkraften (–2,0 %). Erwartungsgemäß konnten sie mit ihrer Sparquote von 12,4 % dennoch den ersten Platz unter den Bundesländern behaupten.

▮ **Mehr Marginale Beschäftigungen in den meisten Brandenburger Kreisen**

Im Land Brandenburg arbeiteten im Jahr 2009 neben 928 500 Arbeitnehmern rund 130 100 Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Gegenüber 2008 wurden bei den Arbeitnehmern 6 700 Personen (+0,7 %) und bei den Selbstständigen 2 900 Personen (+2,2 %) mehr gezählt. Insgesamt war die Erwerbstätigkeit im Land damit um 0,9 % auf 1 058 700 Personen gestiegen.

Wie bereits schon im Jahr zuvor hat 2009 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Brandenburgs die Selbstständigkeit weiter zugenommen. Die Selbstständigengquote (Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen an den Erwerbstätigen), die im Land Brandenburg 12,3 % (2008: 12,1 %) betrug, erreichte in den 14 Landkreisen zusammen einen Anteil von 13,3 % und in den vier kreisfreien Städten 8,9 %.

Landesweit waren im Jahr 2009 von den insgesamt 1 058 700 Erwerbstätigen 137 700 Personen nur marginal beschäftigt, das entsprach einem Anteil von 13,0 %. Ihre Zahl nahm um 3 100 Personen (+2,3 %) zu. Die Gruppe der marginal Beschäftigten umfasst die ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Mini-Jobber), die kurzfristig Beschäftigten und die Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobber). Die marginale Beschäftigung entwickelte sich regional sehr unterschiedlich. Die Spannweite der Entwicklung reichte von einem Plus von 9,8 % im Kreis Havelland bis zu einem Minus von 5,0 % in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder). Die meisten marginal Beschäftigten im Land Brandenburg waren mit 15 600 Personen im Jahr 2009 wie bereits in den Vorjahren in der Landeshauptstadt Potsdam tätig. Das entsprach einem Anteil von 11,3 % an allen marginal Beschäftigten im Land Brandenburg. Hingegen war der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen mit 17,6 % im Kreis Havelland am höchsten und mit 9,8 % im Kreis Teltow-Fläming der niedrigste im Land. (...)

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2009

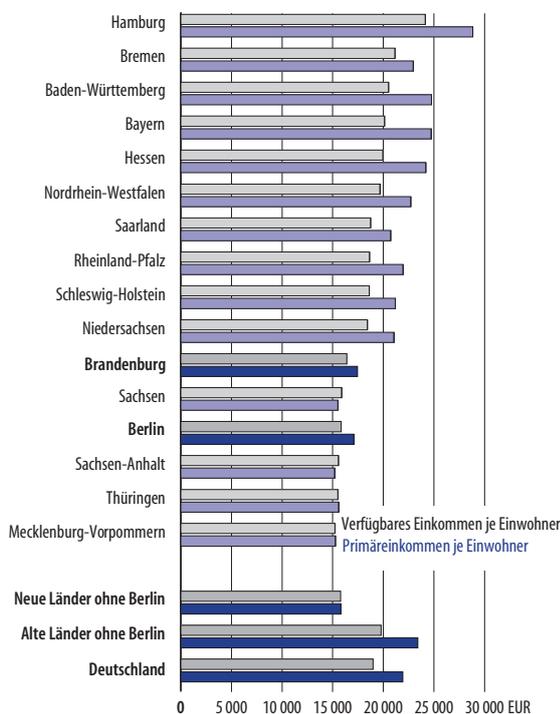
┌ Berlin beim Verfügbaren Einkommen im Ländervergleich auf Platz 13, Brandenburg auf Platz 11

Entgegen dem Bundestrend hatten die Einwohner Berlins und Brandenburgs im Rezessionsjahr 2009 mehr Einkommen zur Verfügung als im Jahr zuvor. Das zeigen die neuen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Es umfasst das Einkommen, das den Einwohnern einer Region für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Im Vergleich zu 2008 war das Verfügbare Einkommen je Einwohner in Berlin nominal um 1,2 % und in Brandenburg um 1,8 % höher. Im Durchschnitt aller Länder war das Verfügbare Einkommen je Einwohner im Jahr 2009 dagegen um 0,7 % gesunken.

Trotz der vergleichsweise positiven Entwicklung im Jahr 2009 war das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der Hauptstadt-Region noch immer deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt. Mit 16 398 EUR standen jedem Brandenburger nur 86,4 % des Durchschnittseinkommens in Deutschland von 18 983 EUR zur Verfügung. Noch geringer war das Verfügbare Einkommen je Einwohner in Berlin mit 15 843 EUR (83,5 % des Bundesdurchschnitts). Bereits seit 2004 müssen sich die Einwohner der Hauptstadt mit einem geringeren Durchschnittseinkommen zufriedengeben als ihre Nachbarn in Brandenburg. Seit 2007 ist dieser Abstand ständig gewachsen. Überstieg das Einkommen der Brandenburger das der Berliner im Jahr 2006 nur um 0,4 %, lag es 2009 bereits um 3,5 % darüber. Seit die Hauptstadt 2009 beim Pro-Kopf-Einkommensniveau nun auch von Sachsen überholt wurde, belegt sie im Ländervergleich nur noch Platz 13. Noch deutlicher tritt die relative Einkommensarmut der Berliner beim Vergleich mit den anderen Stadtstaaten hervor. Mit durchschnittlich 24 137 EUR lag das Verfügbare Einkommen der Hamburger um 52,4 %, das der Bremer mit 21 156 EUR immerhin um 33,5 % über dem der Berliner.

Einkommensunterschiede zeigen sich noch deutlicher, wenn in den Haushaltseinkommen geleistete und empfangene Transferzahlungen im Rahmen der Umverteilung wie geleistete Einkommens- und Vermögenssteuern und Sozialbeiträge und empfangene Sozialleistungen wie z. B. Sozialrenten nicht berücksichtigt werden. So war die Spannweite bei den durchschnittlichen Primäreinkommen der privaten Haushalte, d. h. den Erwerbs- und Vermögenseinkommen ohne Abzug bzw. ohne Addition von Transfers, in den Bundesländern noch größer als bei den Verfügbaren Einkommen. Das Primäreinkommen je Einwohner ist im Jahr 2009 in allen Ländern gesunken. Es lag 2009 in Brandenburg bei 17 442 EUR (-0,1 %), in Berlin betrug es 17 070 EUR (-0,6 %). Bezogen auf den Bundesdurchschnitt (21 926 EUR) erreichten die beiden Länder damit sogar nur 79,5 % und 77,9 %. Vom Primäreinkommen standen den privaten Haushalten letztlich 94,0 % in Brandenburg und 92,8 % in Berlin für Konsumzwecke und zum Sparen zur Verfügung. Im Durchschnitt aller Länder blieben den Einwohnern dafür 86,6 %, im Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) immerhin 99,8 %. In Sachsen und in Sachsen-Anhalt war das Verfügbare Einkommen sogar höher als das Primäreinkommen je Einwohner.

Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen je Einwohner im Jahr 2009 nach Bundesländern



┌ Mehrzahl der Brandenburger Kreise verzeichnete einen Beschäftigungsanstieg

Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Land Brandenburg ist im Jahr 2009 gegenüber 2008 um rund 9 600 Personen oder 0,9 % auf 1 058 700 Personen weiter gestiegen. (...) Nach neuesten Kreisberechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ für das Jahr 2009 (...) trugen 14 von 18 Brandenburger Stadt- und Landkreisen zu dem Beschäftigungszuwachs bei.

Die meisten Arbeitsplätze gewann im Jahr 2009, wie bereits schon in den zwei vorangegangenen Jahren, die Landeshauptstadt Potsdam mit 2 500 Personen (+2,3 %). Damit arbeiteten rund 110 100 Personen in Potsdam, das waren 10,4 % aller Erwerbstätigen des Landes Brandenburg.

Von den 14 Landkreisen hatte der Kreis Havelland den höchsten Beschäftigungszuwachs, 2 100 Personen (+4,0 %), zu verzeichnen, gefolgt vom Kreis Spree-Neiße mit 1 400 Personen (+2,9 %).

Insgesamt ist die Beschäftigung in den 14 Landkreisen mit 8 600 Personen (+1,1 %) stärker gewachsen als die in den vier kreisfreien Städten des Landes. Hier lag der Anstieg bei 1 100 Personen (+0,4 %).

Beschäftigungsrückgänge von insgesamt 2 100 Personen hatten die drei kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) sowie der Landkreis Oder-Spree zu verkraften. (...)

Verarbeitendes Gewerbe März 2011

┌ Auftragseingänge der Berliner Industrie gestiegen

Die Berliner Industrie setzt ihre positive Entwicklung auch im März fort. (...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen lag im März 2011 um 15,9 % höher als im März 2010. Der Wachstumsimpuls kam dabei aus dem Inland (+44,7 %), die Auslandsnachfrage verringerte sich um 1,7 % im Vergleich zum Vorjahr.

Den höchsten Rückgang bei den Auftragseingängen im Vergleich zum März 2010 meldete der Maschinenbau (-23,8 %), während die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen einen Zugang von 79,4 % zu verzeichnen hatten.

Für das erste Quartal des Jahres 2011 meldeten die Berliner Industriebetriebe insgesamt 28,2 % mehr Aufträge als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Dabei stieg die Inlandsnachfrage mit 53,3 % stärker als die Bestellungen aus dem Ausland (+11,7 %).

┌ Auftragseingänge der Brandenburger Industrie gesunken

(...) Die Industriebetriebe in Brandenburg erhielten im März 2011 preisbereinigt 11,8 % weniger Aufträge als noch ein Jahr zuvor. Dabei war mit einem Minus von 14,0 % die Nachfrage aus dem Inland stärker betroffen als die Auslandsbestellungen mit einem Rückgang von 5,5 % im Vergleich zum März 2010.

Der Fahrzeugbau hatte im Vergleich zum Vorjahr ein Auftragsminus von 60,0 % zu verkraften, was auf den Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland (-68,9 %) und aus dem Inland (-57,2 %) zurückzuführen ist. Positiv entwickelte sich die Auftragslage bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (36,8 %). Auslöser war hier eine Zunahme der Inlandsnachfrage um 128,1 % im Vergleich zum Vorjahr.

Für das erste Quartal des Jahres 2011 bleibt im Vergleich zum Vorjahresquartal eine positive Auftragsentwicklung (+21,7 %), die ausschließlich auf eine gestiegene Auslandsnachfrage zurückzuführen ist (+84,5 %).

┌ Umsatzsteigerung der Berliner Industriebetriebe um 4,5 %

Im März (...) waren steigende Umsätze für die 326 Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit 50 und mehr Beschäftigten zu verzeichnen. Im Vergleich zum März 2010 stiegen die Umsätze um 4,5 % auf 2,1 Mrd. EUR. Ermöglicht wurden diese Steigerungen durch eine Inlandsnachfrage, die um 11,6 % auf 1,1 Mrd. EUR zulegte, während die Auslandsnachfrage um 2,4 % innerhalb eines Jahres zurückging.

Unter den umsatzstärksten Industriezweigen Berlins konnten insbesondere die Hersteller elektrischer Ausrüstungen profitieren. Diese steigerten ihren Umsatz um 32,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Getragen wurde dieses Ergebnis von einer Steigerung der Inlandsumsätze um 42,3 % und einem Umsatzzuwachs aus dem Ausland von 26,1 %. Negativ entwickelten sich dagegen wieder die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Hier ging innerhalb eines Jahres der Umsatz, bei Einbußen aus dem In- und Ausland (-14,4 % bzw. -6,1 %), um 2,9 % zurück.

Verglichen mit dem 1. Quartal 2010 stiegen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in den ersten drei Monaten des neuen Jahres um 4,1 % bzw. um 0,2 Mrd. EUR. In diesem Zeitraum waren mit insgesamt 79 747 Beschäftigten mehr Personen (+4,6 %) im Verarbeitenden Gewerbe tätig als noch ein Jahr zuvor.

┌ Mehr Umsatz in Brandenburger Industrie

Auch im März konnten die 435 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat steigern. (...) Der Gesamtumsatz wuchs um 10,2 % auf 2,0 Mrd. EUR an. Das Inlandsgeschäft erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,7 % auf 1,4 Mrd. EUR und das Auslandsgeschäft stieg um 16,8 % auf 0,6 Mrd. EUR.

Unter den umsatzstärksten Industriebranchen Brandenburgs meldeten die Hersteller von Papier und Pappe (+53,6 %) die größten Umsatzzuwächse. Dies war sowohl den gestiegenen Auslandsumsätzen (+62,2 %) als auch den hohen Inlandsumsätzen (+48,4 %) zu verdanken. Aber auch die Betriebe der Metallerzeugung und -bearbeitung steigerten ihre Inlandsumsätze innerhalb eines Jahres deutlich (+37,0 %).

Verglichen mit dem 1. Quartal 2010 stiegen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in den ersten drei Monaten des neuen Jahres um 19,2 % bzw. um 0,85 Mrd. EUR. In diesem Zeitraum waren mit insgesamt 77 437 Beschäftigten mehr Personen (+7,4 %) im Verarbeitenden Gewerbe tätig als noch ein Jahr zuvor.

Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und im Land Brandenburg seit Januar 2011 (Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangsindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	104,6	113,5	98,0	18,4	31,8	8,9
Februar.....	147,2	165,1	133,9	52,8	84,6	31,9
März.....	143,7	159,6	131,8	15,9	44,7	-1,7
Januar bis März	131,8	146,1	121,2	28,2	53,3	11,7
Land Brandenburg						
Januar.....	155,6	145,6	176,0	34,2	15,4	85,2
Februar.....	205,9	140,1	340,1	60,7	2,7	205,9
März.....	169,4	182,8	142,2	-11,8	-14,0	-5,5
Januar bis März	177,0	156,1	219,4	21,7	-1,4	84,5

Energie Jahr 2010

☐ Gekoppelte Strom- und Wärmeerzeugung gewinnt an Bedeutung

In den letzten Jahren nahm die Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) sowohl in Berlin als auch in Brandenburg deutlich zu. (...) Die Bruttostromerzeugung in KWK stieg seit dem Jahr 2007 um 22,2 % auf 57 847 738 GJ. Im Land Brandenburg stieg dieser Wert um 21,6 % auf 25 875 076 GJ. Mit einem Anteil von 86,8 % an der Bruttostromerzeugung in Kraftwerken der allgemeinen Versorgung kommt der KWK in Berlin eine deutlich höhere Bedeutung zu als im Land Brandenburg, in dem 18,8 % des erzeugten Stromes in KWK erzeugt werden.

Aufgrund der gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme kann in KWK ein deutlich höherer Nutzungsgrad erzielt werden. Im Jahr 2010 konnten in der ungekoppelten Stromerzeugung 34,9 % (Berlin) bzw. 36,0 % (Brandenburg) der eingesetzten Primärenergie in nutzbare Energie (Strom) umgewandelt werden. In KWK der allgemeinen Versorgung wurden 79,1 % (Berlin) und 74,2 % (Brandenburg) der Primärenergie in Strom umgewandelt.

Bruttostromerzeugung und Nutzungsgrad in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen Berlins und Brandenburgs in den Jahren 2007 bis 2010

Jahr	Bruttostromerzeugung		Nutzungsgrad	
	ungekoppelt	KWK	ungekoppelt	KWK
	GJ		%	
Berlin				
2007 ...	11 719 735	47 345 944	36,3	80,0
2008 ...	11 633 638	48 734 687	36,8	80,7
2009 ...	8 121 560	51 009 098	36,0	79,9
2010 ...	8 762 846	57 847 738	34,9	79,1
Brandenburg				
2007 ...	117 377 057	21 282 725	36,0	74,6
2008 ...	113 808 267	23 296 326	36,1	73,3
2009 ...	107 420 630	23 824 982	36,2	75,1
2010 ...	111 777 746	25 875 076	36,3	74,2

Baugewerbe 1. Quartal 2011

☐ Mehr Baugenehmigungen in Berlin

(...) Die Berliner Bauaufsichtsbehörden haben in den ersten drei Monaten des Jahres 2011 insgesamt 761 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 2,6 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den geplanten 1 937 Wohnungen wurden 1 326 neu gebaut, über ein Drittel mehr als noch im ersten Quartal 2010 (+37,4 %). Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 611 Wohnungen zur Verfügung stehen. Die meisten Baugenehmigungen für Wohneinheiten sind in den Bezirken Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf erteilt worden. Während die Genehmigungszahl für neue Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 4,1 % auf 417 Wohnungen gegenüber dem Vorjahresquartal zurückging, ist die Zahl der geplanten Wohnungen (898) in Mehrfamilienhäusern im gleichen Zeitraum um beachtliche 75,7 % gestiegen.

Im Berichtszeitraum sind nur noch 50 Genehmigungen (Vorjahreszeitraum: 73) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 93 400 m² erteilt worden. Die veranschlagten Kosten aller im ersten Vierteljahr 2011 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 385,6 Mill. EUR, das sind knapp ein Fünftel weniger als noch vor einem Jahr (-19,6 %).

Baugenehmigungen in Berlin von Januar bis März 2010

Bezirk	Baugenehmigungen insgesamt	Wohnungen ¹	
		insgesamt	darunter Neubau
Mitte.....	35	174	84
Friedrichshain-Kreuzberg.....	31	277	219
Pankow.....	134	405	320
Charlottenburg-Wilmersdorf	52	274	181
Spandau.....	46	39	34
Steglitz-Zehlendorf.....	82	115	97
Tempelhof-Schöneberg.....	29	85	80
Neukölln.....	33	18	15
Treptow-Köpenick.....	80	187	80
Marzahn-Hellersdorf.....	132	212	125
Lichtenberg.....	56	127	66
Reinickendorf.....	51	24	25
Berlin	761	937	1 326

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben insgesamt, oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z. B. durch Zusammenlegungen, führen.

Baugewerbe 1. Quartal 2011

┌ Mehr Umsatz für Berliner Baubetriebe

Von Januar bis März 2011 stieg der baugewerbliche Umsatz in den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um über ein Drittel (+34,5 %) auf 397,4 Mill. EUR. Die Auftragseingänge gingen im ersten Quartal des Jahres 2011 um 12,8 % zurück, vor allem, da im März 2010 mehrere Großaufträge verbucht wurden und der Vergleichswert somit sehr hoch war. Die Zahl der Beschäftigten lag mit durchschnittlich 10 611 tätigen Personen pro Monat im ersten Quartal 2011 um 5,2 % über der des Vorjahresquartals. Somit stieg der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten im betrachteten Zeitraum um beachtliche 27,9 % auf insgesamt 37 456 EUR. Auf den Baustellen wurden 2,7 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das waren arbeitstäglich bereinigt 25,2 % mehr als im ersten Quartal 2010.

Das Bauhauptgewerbe Berlin erwirtschaftete im März 2011 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 149,2 Mill. EUR; das sind 5,5 % mehr als im Vorjahresmonat. Wobei die Umsätze im Hochbau insgesamt im März 2011 gegenüber 2010 um 10,8 % sanken; hier entwickelte sich nur der Wohnungsbau positiv (+67,7 %). Dagegen erzielten alle Sparten des Tiefbaus im betrachteten Monat einen Umsatzzuwachs, insgesamt betrug er 37,9 %. Im März 2011 meldeten die auskunftspflichtigen Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes um 31,0 % weniger Auftragseingänge als noch im März 2010, der wie oben beschrieben besonders hoch ausfiel. Die Zahl der Beschäftigten stieg im betrachteten Monat um 5,5 % auf 10 571 tätige Personen gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Entgelte lagen um 5,4 % über denen des Vorjahres und betragen 27,4 Mill. EUR; die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,0 Mill.) stieg im arbeitstäglichem Vergleich um 3,4 %.

┌ Brandenburger Baubetriebe weit über Vorjahresniveau

(...) In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen stieg von Januar bis März 2011 der baugewerbliche Umsatz stark um 40,4 % auf 351,0 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresquartal, in dem das Niveau des baugewerblichen Umsatzes auch witterungsbedingt sehr niedrig war. Im ersten Quartal 2011 erhöhten sich die verbuchten Auftragseingänge um 44,9 % auf 447,7 Mill. EUR. Die Beschäftigtenzahl stieg um 2,3 % auf durchschnittlich 15 292 tätige Personen im Monat. Danach steigerte sich der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten um 37,3 % auf 22 893 EUR. Die Entgelte lagen im ersten Quartal 2011 um 10,0 % und die Arbeitsstunden arbeitstäglich bereinigt um 35,5 % (3,9 Mill. Stunden) über denen des Vorjahreszeitraums.

In den auskunftspflichtigen Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes stieg im März 2011 der baugewerbliche Umsatz um 23,0 % auf 149,7 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Hochbau wurden insgesamt 16,5 % mehr Umsätze erzielt als noch im März 2010, außer im Wohnungsbau, dessen Umsätze um 14,7 % rückläufig waren. In allen Sparten des Tiefbaus konnten im März 2011 Umsatzzuwächse erzielt werden, insgesamt im Tiefbau um 30,1 % gegenüber März 2010. Die Auftragseingänge als Indikator für zukünftig zu erwartende Umsätze stiegen um beachtliche 37,7 % auf 193,9 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im betrachteten Monat um 3,3 % gegenüber März 2010. Somit stieg der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten um 19,1 % auf 9 576 EUR, die Bruttoentgeltsumme um 9,6 % auf 34,7 Mill. EUR. Die im Monat März 2011 geleisteten Arbeitsstunden erhöhten sich arbeitstäglich bereinigt um 15,7 % auf 1,7 Mill.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg Januar bis März 2011

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Um- satz	Auftrags- eingang	tätige Personen	Um- satz	Auftrags- eingang
	Anzahl	in Mill. EUR	Veränderung zum Vorjahr in %			
Berlin						
Februar.....	10 720	122,8	130,9	7,6	59,6	23,0
März.....	10 571	149,2	215,2	5,5	5,5	-31,0
Januar bis März	10 611	397,4	435,7	5,2	34,5	-12,8
Brandenburg						
Februar.....	15 057	107,6	118,7	2,5	83,8	31,7
März.....	15 636	149,7	193,9	3,3	23,0	37,7
Januar bis März	15 292	351	447,7	2,3	40,4	44,9

Tourismus März 2011

Berlin-Tourismus weiter auf hohem Niveau

Rund 729 000 Gäste und mehr als 1,6 Millionen Übernachtungen in der Hauptstadt werden (...) für den Tourismusmonat März 2011 ausgewiesen. Im Vergleich zum März des Vorjahres meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und die Campingplätze für Urlaubscamping 0,2 % weniger Gäste sowie 2,7 % weniger Übernachtungen. Stabilisiert wurde die Entwicklung durch eine Zunahme ausländischer Besucher und deren Übernachtungen (+2,4 % bzw. +0,4 %). Der Inlandstourismus blieb dagegen unter den Ergebnissen des Vorjahres (-1,6 % bzw. -4,8 %).

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 2,2 Tage gegenüber 2,3 Tagen im Vorjahresmonat.

Am Ende des Monats waren 755 Beherbergungsstätten geöffnet, 3,1 % mehr als vor einem Jahr. Sie boten insgesamt 116 200 Betten an (+5,6 %). Dazu kamen 4 Campingplätze für Urlaubscamping.

Die durchschnittliche Auslastung der Gästebetten sank deutlich auf 44,7 % von 48,6 % ein Jahr zuvor. In der Gruppe der Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen lag sie mit 44,6 % in etwa gleichauf.

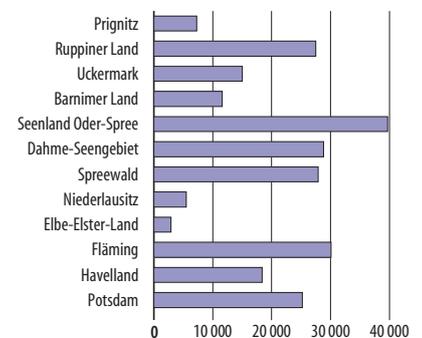
Zuwachs der Besucher beim Brandenburger Tourismus hält an

Im März 2011 wurden in den Beherbergungsstätten und Campingplätzen für Urlaubscamping des Landes Brandenburg (...) rund 240 000 neu angekommene Gäste gezählt, das waren 2,9 % mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,5 % auf 624 800. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste blieb mit 2,6 Tagen auf dem Niveau des Vorjahres.

Den Gästen aus dem In- und Ausland standen im März für ihren Aufenthalt 1 294 geöffnete Beherbergungsstätten mit mehr als 8 Betten sowie 46 Campingplätze für Urlaubscamping zur Verfügung. Das Bettenangebot in den Beherbergungsstätten erhöhte sich gegenüber März 2010 auf 72 900 Betten (+2,4 %).

Für die 22 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken mit 4 400 Betten (-0,3 %), 5 700 neuen Gästen (+3,0 %) und 132 300 Übernachtungen (+2,3 %) wurde erneut eine sehr lange Aufenthaltsdauer der Gäste (23,1 Tage) und eine hohe Bettenauslastung (97,5 %) ermittelt.

Gäste in den Beherbergungsbetrieben des Landes Brandenburg im März 2011 nach Reisegebieten



Gesundheit Jahr 2009

Krankheiten des Kreislaufsystems am häufigsten in Berlin

Im Jahr 2009 wurden in den 70 Krankenhäusern des Landes Berlin insgesamt 739 413 Patienten und Patientinnen stationär behandelt. Die Zahl der Behandlungsfälle stieg gegenüber dem Vorjahr um 20 654 bzw. 2,9 %.

(...) Im Jahr 2009 erfolgte jeder sechste Krankenhausaufenthalt (112 224 Behandlungsfälle) wegen Erkrankungen des Kreislaufsystems. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Erkrankungen um 0,9 % gestiegen. Diese Erkrankungsart war sowohl bei Männern mit 61 259 Behandlungsfällen als auch bei Frauen mit 50 965 Behandlungsfällen der häufigste Behandlungsanlass in den Berliner Krankenhäusern.

Jede achte Krankenhausdiagnose (90 092 Behandlungsfälle) wurde insgesamt wegen Neubildungen gestellt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 %. 46 059 Behandlungsfälle bzw. 79,8 % der Neubildungen waren bösartig (Krebs). Wegen einer Neubildung wurden 2009 insgesamt 43 294 Männer und 46 798 Frauen in einem Berliner Krankenhaus behandelt. Dabei wurde in 37 957 Fällen (87,7 %) bei Männern und in 33 969 Fällen (72,6 %) bei Frauen eine bösartige Neubildung diagnostiziert.

In der Rangfolge der häufigsten Diagnosen folgten weiterhin Krankheiten des Verdauungssystems mit 77 010 Fällen, Verletzungen und Vergiftungen mit 70 569 Fällen sowie Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes mit 62 888 Fällen. Diese fünf Behandlungsursachen machten mehr als die Hälfte (53,4 %) aller Krankenhausbehandlungen aus.

Krankheiten des Kreislaufsystems am häufigsten im Land Brandenburg

Im Jahr 2009 wurden in den 52 Krankenhäusern des Landes insgesamt 537 204 Patienten und Patientinnen stationär behandelt. Die Zahl der Behandlungsfälle stieg gegenüber dem Vorjahr um 9 315 bzw. 1,8 %.

(...) Im Jahr 2009 erfolgte jeder sechste Krankenhausaufenthalt wegen Erkrankungen des Kreislaufsystems. Insgesamt wurden 91 936 Behandlungsfälle registriert, d. h. 1,3 % mehr als im Vorjahr. Diese Erkrankungsart war sowohl bei Männern mit 47 792 Behandlungsfällen als auch bei Frauen mit 44 144 Behandlungsfällen der häufigste Behandlungsanlass in den Brandenburger Krankenhäusern.

Jede neunte Krankenhausdiagnose (56 697 Behandlungsfälle) wurde insgesamt wegen Neubildungen gestellt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Jahr 2008 um 1,3 %. 46 059 Behandlungsfälle bzw. 81,2 % der Neubildungen waren bösartig (Krebs). Wegen einer Neubildung wurden 2009 insgesamt 29 243 Männer und 27 454 Frauen in einem Brandenburger Krankenhaus behandelt. Dabei wurde in 25 947 Fällen (88,7 %) bei Männern und in 20 112 Fällen (73,3 %) bei Frauen eine bösartige Neubildung diagnostiziert.

In der Rangfolge der häufigsten Diagnosen folgten weiterhin Verletzungen und Vergiftungen mit 54 113 Fällen, Krankheiten des Verdauungssystems mit 52 525 Fällen sowie Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes mit 51 928 Fällen. Diese fünf Behandlungsursachen machten mehr als die Hälfte (57,2 %) aller Krankenhausbehandlungen aus.

Landwirtschaft Jahr 2010

Brandenburgs Bauern pachteten 74 % ihrer Flächen

Nach ersten Ergebnissen der Landwirtschaftszählung (LZ) 2010 waren von den 1,32 Mill. ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 974 000 ha gepachtet. (...) Der Anteil der Pachtflächen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche hat sich im Jahr 2010 auf 74 % reduziert. Zur letzten LZ 1999 waren es noch 89 %. Die eigene selbst bewirtschaftete Fläche vergrößerte sich gegenüber 1999 um 210 000 ha und belief sich im Jahr 2010 auf 333 300 ha. Das waren 25 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Jahr 1999 betrug dieser Anteil nur 9 %.

66 % der gepachteten Fläche waren Ackerland, weitere 19 % Dauergrünland. Die restlichen 15 % stellten die sonstigen Flächen dar (z. B. Obstanbau, Baumschul- und Gewächshausflächen).

Der durchschnittliche Pachtpreis für die landwirtschaftlich genutzte Fläche lag im Jahr 2010 bei 98 EUR pro ha und war damit um 35 EUR höher als 1999 mit 63 EUR pro ha. Je nach Nutzungsart fiel das Niveau der Pachtpreise unterschiedlich aus. So waren im Durchschnitt für Ackerland 105 EUR pro ha (1999: 67 EUR pro ha) und für Dauergrünland 71 EUR pro ha (1999: 49 EUR pro ha) zu entrichten.

Dabei gibt es besonders aufgrund der variierenden Bodenqualität regionale Unterschiede der Pachtpreise in Brandenburg. So finden sich die niedrigsten Pachtpreise in den drei südlichsten Kreisen des Landes: Spree-Neiße (53 EUR/ha), Oberspreewald-Lausitz (63 EUR/ha) und Elbe-Elster (68 EUR/ha). Dagegen konnten in den Kreisen mit den besten Böden deutlich höhere Pachtpreise realisiert werden: Uckermark (150 EUR/ha), Märkisch-Oderland (124 EUR/ha) und Prignitz (121 EUR/ha).

Die Vergleichbarkeit mit Vorergebnissen ist durch die Anhebung der Mindestfassungsgrenzen aufgrund der Neufassung des Agrarstatistikgesetzes nur eingeschränkt möglich.

Einzelhandel 1. Quartal 2011

Mehr Umsatz und Beschäftigte in Berlin

(...) Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) erzielte nach vorläufigen Berechnungen im 1. Quartal 2011 einen Umsatzzuwachs von 2,1 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Unter Ausschaltung der Preisveränderungen, d. h. real, lag der Umsatz um 1,2 % über dem Vorjahresergebnis. Die Anzahl der Verkaufstage (76) war unverändert gegenüber dem Vorjahresquartal.

Die höchsten Umsatzsteigerungen von Januar bis März erreichte der Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (+23,0 %). Dies ist insbesondere auf Mehreinnahmen in der Branche Internethandel zurückzuführen, in der sich zunehmend Unternehmen etablieren.

Den Monat März 2011 schlossen die Berliner Einzelhändler mit einem Umsatzminus von nominal 1,4 % ab (real -2,4 %).

Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel stieg im 1. Quartal 2011 um 0,8 %. Dabei sank die Vollbeschäftigtenzahl um 0,7 %, während die der Teilzeitbeschäftigten um 1,9 % über Vorjahresniveau lag.

Preise April 2011

Verbraucherpreise im Land Brandenburg um 2,2 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von März 2011 bis April 2011 um 0,2 % auf einen Indexstand von 109,9 (Basis 2005 = 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat April 2010 betrug +2,2 %.

Von März 2011 bis April 2011 sind die Verbraucherpreise um 0,2 % gestiegen. Vor allem die Preise für Heizöl (+2,4 %) und für Kraftstoffe (+2,1 %) haben sich erhöht. Bei den anderen Energieprodukten wurden unterschiedliche Preisbewegungen ermittelt. Während feste Brennstoffe (+1,4 %) sowie Zentralheizung und Fernwärme (+1,0 %) im Vergleich zu März 2011 ebenfalls teuer wurden, blieben die Preise für Strom (+0,1 %) nahezu unverändert und für Gas sogar gleich. Insgesamt erhöhten sich die Energiepreise gegenüber dem Vormonat um 1,2 %. Die Nahrungsmittelpreise gingen dagegen leicht zurück (-0,2 %). Im Einzelnen wurden unterschiedliche Preisentwicklungen beobachtet. Günstiger gegenüber März 2011 waren insbesondere Obst (-1,3 %) und Gemüse (-1,1 %). Teurer waren dagegen Speisefette und -öle (+2,0 %), Fische und Fischwaren (+1,1 %) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+0,7 %). Auch alkoholfreie Getränke wie beispielsweise Limonade (+2,7 %), Kaffee (+2,6 %) und Cola (+1,3 %) wurden teurer.

Binnen Jahresfrist erhöhten sich die Verbraucherpreise im April 2011 insgesamt um 2,2 %. Damit ist das Niveau der jährlichen Veränderung erneut gestiegen und hat den für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert von 2 % überschritten. Wie in den Vormonaten wurde die Gesamtentwicklung gegenüber dem Vorjahr maßgeblich durch die Energiepreise bestimmt (+10,7 %). Ohne deren Berücksichtigung hätte der Verbraucherpreisindex lediglich bei 1,2 % gelegen. Besonders stark wirkte sich dabei der Preisanstieg für Mineralölprodukte aus (+16,6 %). Heizöl kostete 27,9 % und Kraftstoffe 13,4 % mehr als im April 2010. Aber auch für feste Brennstoffe (+9,3 %), Zentralheizung und Fernwärme (+7,7 %), Strom (+5,2 %) und Gas (+4,4 %) musste mehr aufgewendet werden. Weitere Preissteigerungen im Jahresvergleich wurden auch wieder für Nahrungsmittel (+1,0 %) und alkoholfreie Getränke (+7,3 %) festgestellt. Vor allem Bohnenkaffee (+22,2 %), Speisefette und -öle (+20,1 %), Fische und Fischwaren (+5,7 %), Mineralwasser, Säfte, Limonaden (+5,5 %) waren erheblich teurer. Gemüse wurde wieder günstiger angeboten (-7,3 %). Erwartungsgemäß zogen zu Ostern auch die Preise für Pauschalreisen (+10,5 %) und Beherbergungsdienstleistungen (+4,1 %) deutlich an und schlugen sich auf die Gesamtentwicklung nieder.

Verkehr Februar 2011

Mehr Verunglückte bei weniger Straßenverkehrsunfällen in Berlin

(...) Die Polizei registrierte im Februar auf Berliner Straßen 8 489 Straßenverkehrsunfälle, das waren 19,5 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Bei 656 Unfällen mit Personenschaden wurden 5 Personen getötet. 98 Personen wurden schwer und 673 leicht verletzt. Das sind 46,3 % bzw. 18,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Anzahl der schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden stieg um 13,6 %; die Zahl der sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sank um mehr als ein Drittel. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete einen Rückgang um 22,0 %.

In den Monaten Januar bis Februar 2011 erfasste die Berliner Polizei insgesamt 18 068 Straßenverkehrsunfälle, 14,0 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 1 263 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 1 496 Personen, dabei wurden 1 488 Personen verletzt und acht getötet, das waren zwei Personen weniger als im Zeitraum Januar bis Februar 2010.

Weniger Tote bei Verkehrsunfällen in Brandenburg

(...) Die Polizei registrierte nach vorläufigen Ergebnissen im Februar 2011 auf Brandenburger Straßen 5 207 Straßenverkehrsunfälle, das waren 34,4 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Bei 385 Unfällen mit Personenschaden wurden 7 Personen getötet, 3 getötete Unfallopfer weniger als im Februar 2010. 143 Personen wurden schwer und 344 leicht verletzt. Das sind 43,0 % mehr bzw. 7,0 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Anzahl der schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden sank um mehr als die Hälfte; die Zahl der sonstigen Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel stieg dagegen um 26,9 %. Die Zahl der Unfälle mit sonstigem Sachschaden verzeichnete einen Rückgang um 35,6 %.

In den Monaten Januar bis Februar 2011 erfasste die Brandenburger Polizei insgesamt 11 468 Straßenverkehrsunfälle, fast ein Drittel weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei 802 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 1 022 Personen, dabei wurden 1 001 Personen verletzt und 21 getötet, das waren 7 Personen mehr als im Zeitraum Januar bis Februar 2010.

Straßenverkehrsunfälle und dabei verunglückte Personen in Berlin und in Brandenburg im Januar und Februar 2011 und 2010

Unfälle und deren Folgen	Februar			Januar bis Februar		
	2010	2011	Veränderung	2010	2011	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%
Berlin						
Unfälle insgesamt	10 546	8 489	-19,5	21 004	18 068	-14,0
mit Personenschaden	518	656	26,6	979	1 263	29,0
mit nur Sachschaden	10 028	7 833	-21,9	20 025	16 805	-16,1
davon						
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden ¹	66	75	13,6	131,0	165	26
Sonstiger Unfall unter dem Einfluss berauschender Mittel	61	40	-34,4	125	97	-22,4
Sonstige Sachschadensunfälle	9 901	7 718	-22,0	19 769	16 543	-16,3
Verunglückte insgesamt	637	776	21,8	1 191	1 496	25,6
davon						
Getötete	4	5	25,0	6	8	33,3
Verletzte	633	771	21,8	1 185	1 488	25,6
Brandenburg						
Unfälle insgesamt	7 939	5 207	-34,4	16 737	11 468	-31,5
mit Personenschaden	372	385	3,5	763	802	5,1
mit nur Sachschaden	7 567	4 822	-36,3	15 974	10 666	-33,2
davon						
Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden ¹	421	204	-51,5	1 008	467	-53,7
Sonstiger Unfall unter dem Einfluss berauschender Mittel	26	33	26,9	64	63	-1,6
Sonstige Sachschadensunfälle	7 120	4 585	-35,6	14 902	10 136	-32,0
Verunglückte insgesamt	480	494	2,9	971	1 022	5,3
davon						
Getötete	10	7	-30,0	14	21	50,0
Verletzte	470	487	3,6	957	1 001	4,6

¹ im engeren Sinne

Kurz gefasst **aus Deutschland****Verkehr** 1. Quartal 2011▣ **16 % mehr Verkehrstote**

(...) 742 Menschen kamen in den ersten drei Monaten 2011 nach vorläufigen Ergebnissen (...) bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben. Das waren 104 Menschen oder 16 % mehr als in den Monaten Januar bis März 2010. Ein Grund für diese starke Zunahme dürften die unterschiedlichen Witterungsbedingungen bis Mitte März dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr gewesen sein. Ebenfalls gestiegen, wenngleich geringer, ist die Zahl der Verletzten, und zwar um 5,7 % auf 71 400.

Insgesamt erfasste die Polizei im ersten Quartal 2011 rund 525 200 Unfälle, 7,9 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Darunter waren 470 000 Unfälle (-9,4 %), bei denen ausschließlich Sachschaden festgestellt wurde, und 55 300 Unfälle (+7,1 %), bei denen mindestens eine Person verletzt wurde.

Im Monat März 2011 wurden rund 186 500 Straßenverkehrsunfälle gezählt, 2,9 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Während die Zahl der Unfälle, bei denen ausschließlich Sachschaden entstand, um 3,9 % auf 164 200 abgenommen hat, erhöhte sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 5,8 % auf 22 300. Bei diesen Unfällen verloren 302 Menschen ihr Leben. Das waren 42 Personen oder 16 % mehr als im März 2010. Die Zahl der Verletzten hat gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % auf 28 600 zugenommen.

Quelle: DESTATIS

Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte und Getötete in Deutschland von Januar bis März 2011¹

Land	Verunglückte					
	Ins-gesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %	davon			
			Getötete		Verletzte	
		zu-sammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %	zu-sammen	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %	
Baden-Württemberg	8 895	2,3	97	10	8 798	2,2
Bayern	11 714	-10,1	114	-9	11 600	-10,1
Berlin	2 667	18,7	11	0	2 656	18,8
Brandenburg	1 784	7,7	33	-3	1 751	8,0
Bremen	639	14,1	6	4	633	13,4
Hamburg	1 667	11,1	6	2	1 661	11,0
Hessen	5 903	10,4	56	5	5 847	10,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 053	-4,9	21	0	1 032	-5,0
Niedersachsen	7 475	9,4	116	50	7 359	8,8
Nordrhein-Westfalen	14 790	6,5	117	8	14 673	6,5
Rheinland-Pfalz	3 926	11,3	36	-1	3 890	11,5
Saarland	1 130	8,1	12	4	1 118	7,8
Sachsen	3 052	1,4	32	3	3 020	1,3
Sachsen-Anhalt	1 987	17,4	33	8	1 954	17,1
Schleswig-Holstein	2 513	5,9	12	2	2 501	5,8
Thüringen	1 706	1,1	29	11	1 677	0,4
Deutschland ²	72 139	5,8	742	104	71 397	5,7

¹ vorläufiges Ergebnis² Einschließlich derzeit nach Ländern noch nicht aufteilbarer Nachmeldungen.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Quartal 2011

▮ Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung

(...) Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im ersten Quartal 2011 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 1,5 % gegenüber dem Vorquartal. Damit wurde das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 bereits jetzt wieder überschritten. Im vierten Quartal 2010 hatte es nur ein moderates Wirtschaftswachstum gegeben (+0,4 % gegenüber dem dritten Quartal 2010), was allerdings zum Teil witterungsbedingt war und folglich auch den Anstieg im ersten Quartal 2011 positiv beeinflusst hat.

Positive Impulse kamen im ersten Vierteljahr 2011 vor allem von der Binnenwirtschaft: Sowohl die Investitionen als auch die Konsumausgaben konnten zum Teil deutlich zulegen. Insbesondere in Bauten (+6,2 %) sowie in Ausrüstungen (+4,2 %) – darunter fallen hauptsächlich Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde zu Beginn des Jahres 2011 deutlich mehr investiert als im Schlussquartal 2010. Die privaten Konsumausgaben legten im Vergleich zum Vorquartal leicht zu (+0,4 %), die staatlichen Konsumausgaben etwas deutlicher (+1,3 %).

Die Dynamik der Exporte und Importe setzte sich ebenfalls fort: Im ersten Quartal 2011 wurden 2,3 % mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im Vorquartal. Der Anstieg der Importe war – preis-, saison- und kalenderbereinigt – mit +1,5 % nicht ganz so groß. Der daraus resultierende Außenbeitrag hatte mit einem Wachstumsbeitrag von +0,5 Prozentpunkten einen geringeren Anteil am kräftigen BIP-Wachstum als die inländische Verwendung (+1,0 Prozentpunkte). (...)

Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung so stark zu wie noch nie seit der deutschen Vereinigung: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2011 gegenüber dem ersten Quartal 2010 um 5,2 %. Kalenderbereinigt war der Anstieg mit +4,9 % etwas geringer, da im ersten Quartal 2011 ein Arbeitstag mehr zur Verfügung stand als im ersten Quartal 2010.

Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2011 wurde von 40,4 Mill. Erwerbstätigen im Inland erbracht, das waren 552 000 Personen oder 1,4 % mehr als ein Jahr zuvor.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigen, ist im ersten Quartal 2011 um 3,8 % gegenüber dem ersten Quartal 2010 gestiegen. Je Erwerbstätigenstunde hat sich die Arbeitsproduktivität nur um 2,3 % erhöht, da je Erwerbstätigen im Durchschnitt wieder mehr gearbeitet wurde als im Vorjahresquartal (+1,4 %). Das lag insbesondere an einem gesamtwirtschaftlichen Anstieg der normalen Wochenarbeitszeit. Außerdem wurde wieder vermehrt Guthaben auf Arbeitszeitkonten aufgebaut, während die Kurzarbeit weiter an Bedeutung verlor.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche war im ersten Quartal 2011 um 4,7 % höher als im ersten Quartal 2010. Den größten Anstieg gab es im Baugewerbe mit +13,5 %. Nach dem auch witterungsbedingt schwachen Schlussquartal 2010 gab es hier offensichtlich Nachholeffekte im ersten Vierteljahr 2011. Auch im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) war der Anstieg mit +11,6 % wieder sehr deutlich. In den Dienstleistungsbereichen ist die Wirtschaftsleistung ebenfalls gestiegen, aber nicht ganz so eindrucksvoll: Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war die

Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 5,1 %, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um 1,5 % und bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern um 0,7 % höher als vor einem Jahr. Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei erreichte annähernd das Vorjahresniveau (–0,0 %).

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts kamen die Wachstumsimpulse im ersten Vierteljahr 2011 auch im Vorjahresvergleich in erster Linie von der Binnenwirtschaft. Es wurde sowohl mehr konsumiert als auch investiert. Vor allem die Investitionen von Staat und Unternehmen sorgten dafür, dass sich der Aufschwung der deutschen Wirtschaft auch zu Beginn des Jahres 2011 fortsetzte: Im Berichtsquartal wurde preisbereinigt 18,6 % mehr in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge investiert als im ersten Quartal 2010. Auch die Bauinvestitionen stiegen mit +12,6 % deutlich an, was insbesondere am starken Zuwachs im Tiefbau lag (+25,8 %). Die privaten Konsumausgaben lagen bereits das dritte Vierteljahr in Folge über dem Vorjahresniveau und stiegen preisbereinigt um 1,9 %. Der Staat erhöhte seine Konsumausgaben um 1,4 %. Für die inländische Verwendung insgesamt ergibt sich daraus ein Anstieg von 3,7 % gegenüber dem ersten Quartal 2010.

Auch aus dem Ausland kamen im ersten Vierteljahr 2011 positive Impulse: Die unverminderte Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen hat dazu geführt, dass auch im ersten Quartal 2011 preisbereinigt deutlich mehr exportiert wurde als vor einem Jahr (+13,5 %). Allerdings stiegen auch die Importe stark an (preisbereinigt um 11,2 %). Der daraus resultierende Exportüberschuss lieferte einen Wachstumsbeitrag von +1,6 Prozentpunkten zum BIP.

In jeweiligen Preisen berechnet war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2011 um 5,6 % und das Bruttonationaleinkommen um 5,8 % höher als im ersten Quartal 2010. Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, hat um 5,9 % zugenommen. Während das Arbeitnehmerentgelt um 4,3 % anstieg, verzeichneten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen einen etwa doppelt so hohen Zuwachs (+8,7 %). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hat sich um 3,1 % erhöht. Die nominalen privaten Konsumausgaben waren um 4,1 % höher als im Vorjahresquartal. Daraus errechnet sich für die Sparquote der privaten Haushalte ein Wert von 14,5 %; das sind 0,8 Prozentpunkte weniger als im ersten Quartal 2010.

Neben der Erstberechnung des ersten Quartals 2011 wurden auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse für die vier Quartale und das Jahr 2010 überarbeitet und – soweit erforderlich – revidiert. Das Jahresergebnis 2010 hat sich dabei nicht geändert (+3,6 %). Die vierteljährlichen Veränderungsdaten des preisbereinigten BIP wurden um maximal 0,2 Prozentpunkte korrigiert. In einzelnen Komponenten des BIP fallen die Korrekturen deutlich größer aus. Darüber hinaus kann es bei den saison- und kalenderbereinigten Reihen zu Abweichungen von den bisherigen Ergebnissen in der gesamten Zeitreihe kommen. (...)

Quelle: DESTATIS

Preise April 2011

Erzeugerpreise +6,4 % gegenüber April 2010

(...) Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im April 2011 um 6,4 % höher als im April 2010. (...) Der Index stieg gegenüber dem Vormonat März um 1,0 %. Die Preissteigerungen für Energie waren im April 2011 für gut die Hälfte der gesamten Jahresveränderungsrate verantwortlich. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war Energie um 11,8 % teurer. Gegenüber März 2011 erhöhten sich die Preise um 2,6 %. Ohne Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise im April 2011 um 4,2 % höher als im April 2010. Gegenüber März 2011 stiegen sie um 0,4 %. Mineralölzeugnisse kosteten im April 2011 insgesamt 17,6 % mehr als im April 2010 (leichtes Heizöl +27,2 %, Dieselmotorenbenzin +16,8 %, Motorenbenzin +10,9 %). Im Vergleich zum Vormonat stiegen hier die Preise um 2,5 % (leichtes Heizöl +0,2 %, Dieselmotorenbenzin +1,1 %, Motorenbenzin +3,2 %).

Die Preise für Erdgas lagen im April 2011 um 15,0 % über dem Vorjahresstand (+3,1 % gegenüber März 2011). Für Haushalte war Erdgas 3,5 % teurer als ein Jahr zuvor (+0,2 % gegenüber März 2011). Ortsgasversorgungsunternehmen, die Erdgas an Endverbraucher absetzen, mussten 18,9 % mehr bezahlen (+4,2 % gegenüber März 2011).

Für elektrischen Strom lagen die Preise über alle Abnehmergruppen hinweg betrachtet 8,5 % höher als im April 2010. Gegenüber März 2011 stiegen sie um 3,2 %. Für Haushalte wurde Strom seit April 2010 um 7,2 % teurer, gegenüber März 2011 zahlten sie 0,2 % mehr. Sondervertragskunden mussten 12,3 % mehr bezahlen als ein Jahr zuvor (+2,4 % gegenüber März 2011).

Die Preise für Vorleistungsgüter (Güter, die im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden) stiegen seit April 2010 um 6,9 % (+0,6 % gegenüber März 2011) und erreichten damit einen neuen Höchststand. Zu der hohen Veränderungsrate trugen vor allem die Preise für Metalle bei. Sie lagen um 14,1 % höher als im April 2010 (+1,1 % gegenüber März 2011). So war etwa Walzstahl um 17,8 % teurer als im April 2010 (+1,6 % gegenüber März 2011). Getreidemehl kostete 54,7 % mehr als im April 2010 (+0,7 % gegenüber März 2011), für chemische Grundstoffe mussten 8,7 % mehr bezahlt werden (+1,1 % gegenüber März 2011). Kunststoffwaren kosteten 4,4 % mehr (+0,8 % gegenüber März 2011).

Die Preise für Verbrauchsgüter stiegen von April 2010 bis April 2011 um 4,0 %. Gegenüber März 2011 erhöhten sie sich um 0,5 %. Nahrungsmittel verteuerten sich gegenüber April 2010 um 7,2 % (+0,7 % gegenüber März 2011). Die Preise für Frucht- und Gemüsesäfte waren um 36,5 % höher als ein Jahr zuvor (+1,3 % gegenüber März 2011), Butter und andere Fettstoffe aus Milch kosteten 34,9 % mehr (-1,4 % gegenüber März 2011). Kaffee war 17,8 % teurer als im April 2010 (+0,3 % gegenüber März 2011), Fleisch (ohne Geflügel) kostete 10,6 % mehr (+1,7 % gegenüber März 2011).

Die Preise für Gebrauchsgüter erhöhten sich im April 2011 um 1,6 % gegenüber April 2010, für Investitionsgüter um 1,2 %.

Quelle: DESTATIS

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland von 2005 bis April 2011

Jahr / Monat	2005 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
		%	
Jahresdurchschnitt			
2005	100,0	4,4	-
2006	105,4	5,4	-
2007	106,8	1,3	-
2008	112,7	5,5	-
2009	108,0	-4,2	-
2010	109,7	1,6	-
2010			
April	108,9	0,6	0,8
Mai	109,2	0,9	0,3
Juni	109,9	1,7	0,6
Juli	110,4	3,7	0,5
August	110,4	3,2	0,0
September	110,7	3,9	0,3
Oktober	111,1	4,3	0,4
November	111,3	4,4	0,2
Dezember	112,1	5,3	0,7
2011			
Januar	113,4	5,7	1,2
Februar	114,2	6,4	0,7
März	114,7	6,2	0,4
April	115,9	6,4	1,0

Kurz gefasst **aus Europa****Außenhandel** März 2011

▣ **Handelsbilanzüberschuss des Euroraums bei 2,8 Mrd. EUR**

(...) Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum¹ (ER17) im März 2011 ein Überschuss von 2,8 Mrd. EUR im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber +2,7 Mrd. EUR im März 2010. Im Februar 2011 betrug der Saldo –3,0 Mrd. EUR und im Februar 2010 +1,4 Mrd. EUR. Im März 2011 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Februar 2011 um 1,1 % und die Einfuhren um 0,3 % zu.

Die EU27² wies nach ersten Schätzungen im März 2011 ein Handelsbilanzdefizit von 9,6 Mrd. EUR auf, gegenüber –8,9 Mrd. EUR im März 2010. Im Februar 2011 wurde ein Saldo von –10,1 Mrd. EUR und im Februar 2010 von –7,5 Mrd. EUR verbucht. Im März 2011 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Februar 2011 um 0,2 % ab, während die Einfuhren um 0,6 % anstiegen.

Das Defizit der EU27 nahm beim Handel mit Energie (–61,0 Mrd. EUR in Januar-Februar 2011 gegenüber –44,4 Mrd. EUR in Januar-Februar 2010) deutlich zu, während der Überschuss für Industrieerzeugnisse (+27,1 Mrd. EUR gegenüber +17,4 Mrd. EUR) deutlich stieg.

Der Handel der EU27 mit allen ihrer wichtigsten Partnerländern nahm in Januar – Februar 2011 gegenüber Januar – Februar 2010 zu. Zu den höchsten Zunahmen kam es bei den Ausfuhren in die Türkei (+47 %), nach Russland (+46 %), China (+33 %) und Südkorea (+31 %). Für Einfuhren wurden die höchsten Zunahmen mit Brasilien (+41 %), Russland (+33 %), Norwegen (+30 %) und der Türkei (+28 %) verzeichnet.

Der Handelsbilanzüberschuss der EU27 stieg mit den USA (+11,1 Mrd. EUR in Januar – Februar 2011 gegenüber +7,9 Mrd. EUR in Januar-Februar 2010), der Türkei (+3,3 Mrd. EUR gegenüber +1,4 Mrd. EUR) und der Schweiz (+3,3 Mrd. EUR gegenüber +2,7 Mrd. EUR). Zu einem Anstieg des Handelsdefizits der EU27 kam es mit China (–27,9 Mrd. EUR gegenüber –22,8 Mrd. EUR), Russland (–16,4 Mrd. EUR gegenüber –13,2 Mrd. EUR), Norwegen (–8,3 Mrd. EUR gegenüber –6,4 Mrd. EUR) und Japan (–3,5 Mrd. EUR gegenüber –2,8 Mrd. EUR), während das Defizit mit Südkorea (–1,0 Mrd. EUR gegenüber –1,7 Mrd. EUR) fiel.

Bezüglich des Handels der einzelnen Mitgliedstaaten erzielte Deutschland den höchsten Überschuss (+21,9 Mrd. EUR in Januar – Februar 2011), gefolgt von den Niederlanden (+7,5 Mrd. EUR) und Irland (+6,0 Mrd. EUR). Das Vereinigte Königreich (–18,4 Mrd. EUR) verbuchte das größte Defizit, gefolgt von Frankreich (–15,9 Mrd. EUR), Italien (–10,2 Mrd. EUR), Spanien (–8,1 Mrd. EUR), Griechenland (–3,9 Mrd. EUR) und Portugal (–2,7 Mrd. EUR).

Quelle: EUROSTAT

Industrie März 2011

▣ **Industrieproduktion im Euroraum um 0,2 % gefallen**

Die saisonbereinigte Industrieproduktion³ fiel im März 2011 gegenüber Februar 2011 im Euroraum (ER17) um 0,2 % und in der EU27 um 0,3 %. Im Februar nahm die Produktion um 0,6 % bzw. 0,4 % zu. Im März 2011 erhöhte sich die Industrieproduktion im Euroraum um 5,3 % und in der EU27 um 4,6 % gegenüber März 2010.

(...) Gegenüber Februar 2011 stieg die Produktion von Gebrauchsgütern im März 2011 im Euroraum um 0,1 % und in der EU27 um 0,3 %. Die Produktion von Vorleistungsgütern blieb im Euroraum stabil und nahm in der EU27 um 0,1 % zu. Die Produktion von Verbrauchsgütern fiel um 0,7 % bzw. 0,8 %. Die Produktion im Energiesektor wies einen Rückgang um 0,7 % im Euroraum und um 1,4 % in der EU27 auf. Die Produktion von Investitionsgütern nahm um 0,9 % bzw. 1,1 % ab.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten elf eine rückläufige und neun eine ansteigende Industrieproduktion. Die größten Rückgänge gab es in Litauen (–4,6 %), Dänemark (–1,7 %), Finnland (–1,1 %) sowie Irland und Spanien (je –1,0 %) und die höchsten Anstiege in Estland (+2,8 %), Slowenien (+2,2 %), Luxemburg (+1,9 %) und Lettland (+1,4 %).

(...) Gegenüber März 2010 erhöhte sich die Produktion von Investitionsgütern im März 2011 um 10,5 % im Euroraum und um 10,0 % in der EU27. Die Produktion von Vorleistungsgütern stieg in beiden Gebieten um 7,5 %. Die Produktion von Verbrauchsgütern nahm um 2,4 % im Euroraum und um 1,3 % in der EU27 zu. Die Produktion von Verbrauchsgütern wies einen Rückgang um 0,6 % in beiden Gebieten auf. Die Produktion im Energiesektor fiel im Euroraum um 2,2 % und in der EU27 um 3,2 %.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten vierzehn eine ansteigende und sechs eine rückläufige Industrieproduktion. Die höchsten Anstiege gab es in Estland (+32,7 %), Litauen (+14,5 %), Schweden (+13,7 %) und Deutschland (+10,9 %) und die größten Rückgänge in Griechenland (–7,5 %), Irland (–5,4 %) und Portugal (–2,4 %).

Quelle: EUROSTAT

1 Zum Euroraum (ER16) gehörten bis zum 31. Dezember 2010 folgende 16 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland. Seit dem 1. Januar 2011 gehört auch Estland zum Euroraum (ER17).

2 Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

3 gesamte Industrie (ohne Baugewerbe)

Wirtschaft im Überblick **Februar 2011**

Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Februar 2011 zum Februar 2010 um 1,8 %, das waren –4 522 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 14,0 %. Innerhalb des letzten Jahres stieg im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangsindex, des Gesamtumsatzes und der Beschäftigten-Zahl leicht an. Im Bauhauptgewerbe hatte im Monat Februar der Trend des baugewerblichen Umsatzes eine stark steigende Entwicklung, der des Auftragseinganges und der Beschäftigten eine leicht steigende sowie der der Baugenehmigungen eine leicht fallende. Beim Berliner Einzelhandel sind die Trend-Entwicklungen der Messzahlen des realen und nominalen Umsatzes leicht steigend, während die der Beschäftigtenmesszahl gleich blieb. Beim Großhandel stiegen der Trend des nominalen Umsatzes und die Beschäftigten-

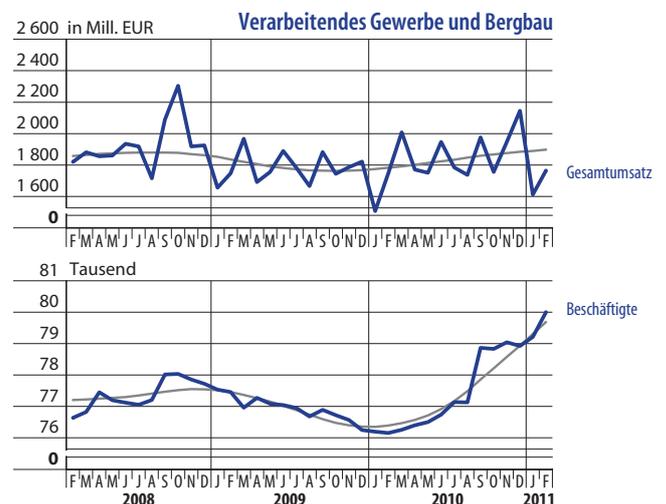
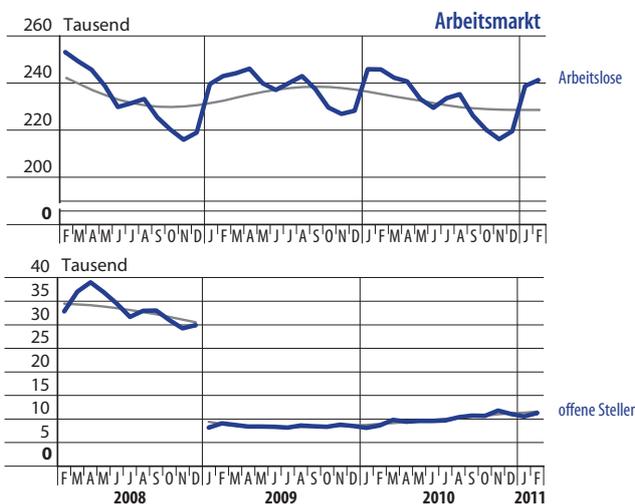
messzahl leicht an, der des realen Umsatzes blieb gleich. Im Gastgewerbe zog der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl leicht an; der der realen Umsatz-Messzahl und der für die Beschäftigten-Messzahl blieb konstant. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen stieg der Trend leicht, bei der Zahl der Gästeankünfte etwas stärker als bei den Übernachtungen. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim gesamten Export und beim Import eine sehr stark steigende Tendenz, der Export in die EU-Länder stieg leicht an. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen stieg weniger stark als die gleiche Komponente aus den Betriebsgründungen und -aufgaben, diese stieg außerordentlich stark an. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen fielen, die Unternehmensinsolvenzen stark und die gesamten Insolvenzen weniger stark. Im Februar 2011 betrug die Inflationsrate +2,1 % – der jährliche Trend war leicht steigend.

gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,5 Prozentpunkte weniger. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lag damit 7,6 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,1 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,2 Prozentpunkte bzw. 1,3 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (März 2010 bis Februar 2011) im Vergleich zum Vorjahr (März 2009 bis Februar 2010) lag bei –3,1 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Seit dem Herbst 2009 fällt sie wieder ab und blieb seit dem Herbst 2010 nahezu unverändert. Die Arbeitslosenzahl ist nun etwa beim Vorkrisen-Niveau des Herbstes 2008 angelangt. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das waren etwa 21 125 Personen weniger als zuvor – ein

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Februar des Jahres 2011 mit 240 401 Arbeitslosen 1,1 % mehr als im Januar 2011 registriert, das waren +2 548 Personen. Im Vergleich zum Februar des Jahres 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 1,8 % ab, das entsprach einem Minus von 4 522 Personen.

Dieser Wert stimmt ganz genau mit der Einwohnerzahl des brandenburgischen Amtes Lenzen-Elbtalau am 30. Juni 2010 überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,4 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,0 %. Das waren

Tabelle Seite 22



Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Februar 2011 waren 11 290 offenen Stellen gemeldet. Das sind +30,7 % zum Februar 2010 und +22,6 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monate. Seit Mitte des Jahres 2009 steigt die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen an, in letzter Zeit wieder recht stark. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 21,3. Der Trend ist fallend bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

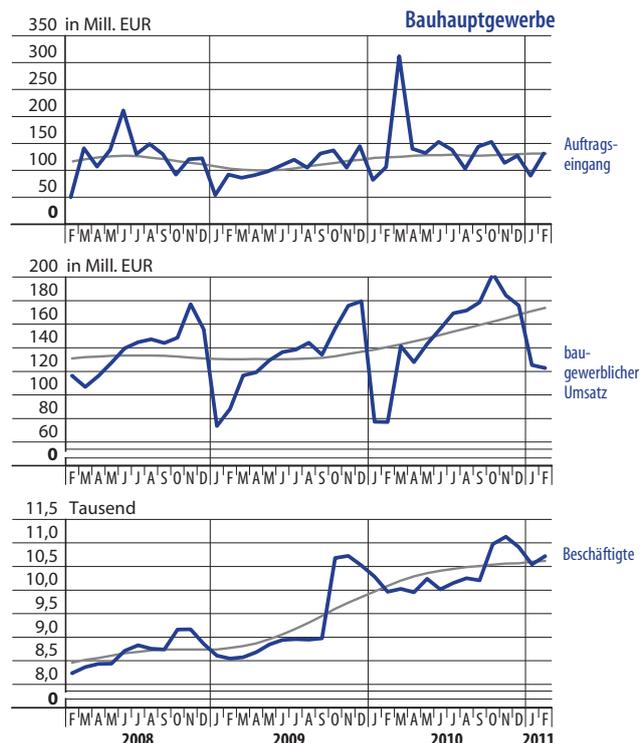
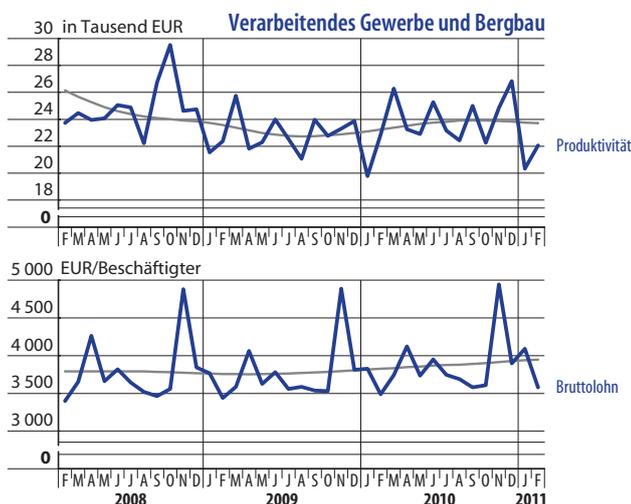
Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Februar-Vergleich mit +52,8 % eine sehr positive Veränderung; im Vergleich der letzten 12 Monate waren es +14,0 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Mai 2008 und stieg ab Mitte des Jahres 2009 bis zum August 2010 an. Ohne das ehemalige Niveau erreichen zu können, fällt sie seitdem wieder leicht ab. Die im Monat Februar dieses Jahres 327 berichtspflichtigen Betriebe – das ist ein Betrieb weniger als im Februar 2010 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 764,8 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 17,1 Mill. EUR oder 1,0 % überboten. In den letzten 12 Monaten – vom März 2010 bis Februar 2011 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,2 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 4,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch

wieder leicht steigend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar 2010 ein Niveau von 863,0 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 48,9 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 10,7 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 sehr stark steigend. Im Februar des Jahres 2011 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 80 041 Personen tätig. Gegenüber dem Februar 2010 gab es mit +5,0 % eine positive Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten war mit +1,5 % ebenfalls eine positive Veränderung spürbar. Auch der jährliche Trend war leicht steigend. Im Februar 2011 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 22 048 EUR, das waren –3,6 % gegenüber dem Februar 2010. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag bei 3 580 EUR, sie stieg an und lag im gleichen Zeitraum um +2,7 % oder 94 EUR höher als im Februar 2010.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – im Februar 2011 ein Niveau von 130,9 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer

zeigte mit +23,1 % zum Vorjahresmonat einen großen Anstieg. Im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +32,1 %, die durch einen sehr hohen Auftragseingang im März 2010 initiiert war. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Mai 2009 wieder leicht an. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Trend leicht steigend. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigt in den drei Betrachtungszeiträumen eine uneinheitliche Tendenz. Im Februar 2011 wurden 127 Baugenehmigungen erteilt, das sind +0,8 %, im laufenden Jahr –9,2 % und in den letzten 12 Monaten waren es +3,6 % jeweils im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Trend im Ein-Jahres-Zeitraum war demgegenüber leicht fallend. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Februar einen Wert von 122,8 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 123,4 Mill. EUR) bei +59,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden 12 Monate mit +61,0 % sehr positiv. Der jährliche Trend lag demzufolge auch stark im Plus. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit Mitte 2009 leicht aber kontinuierlich an. Mit 10 720 Beschäftigten wurde im Februar 2011 zum Februar 2010 ein Zuwachs von 7,6 % erreicht. Im Zeitraum der letzten 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten, und zwar von +9,7 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl beim Vergleich zum Vorjahresmonat war leicht steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Berliner Einzelhandel erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch ist eine „Sprungstelle“ in der entsprechenden Abbildung enthalten. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 2,6 %. Beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +2,1 %. Die Zahl der Beschäftigten des Berliner Einzelhandels lag im Durchschnitt der letzten 12 Monate um 0,8 % unter dem Vergleichsniveau. Die Vollbeschäftigtenzahl erhöhte sich im Februar 2011 zum Februar 2010 um 0,2 %, während die der Teilzeitbeschäftigten stärker, und zwar um 2,6 %, anstieg. Der Trend der Messzahlen des nominalen und des realen Umsatzes war innerhalb des letzten Jahres leicht steigend, während der der Beschäftigten etwa gleich blieb.

Im Großhandel des Landes Berlin war die Entwicklung durchwachsender als die des Einzelhandels. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 6,9 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +0,8 %. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 0,7 %. Im letzten Jahr war der Trend des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten leicht steigend, der des realen Umsatzes gleichbleibend.

Im Gastgewerbe wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. In diesem, wie im Einzelhandel, saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig, traten beim Vergleich der beiden letzten 12 Monate im nominalen Umsatz Veränderungsrate von +1,7 % und im realen Umsatz von -1,2 % auf. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es im gleichen

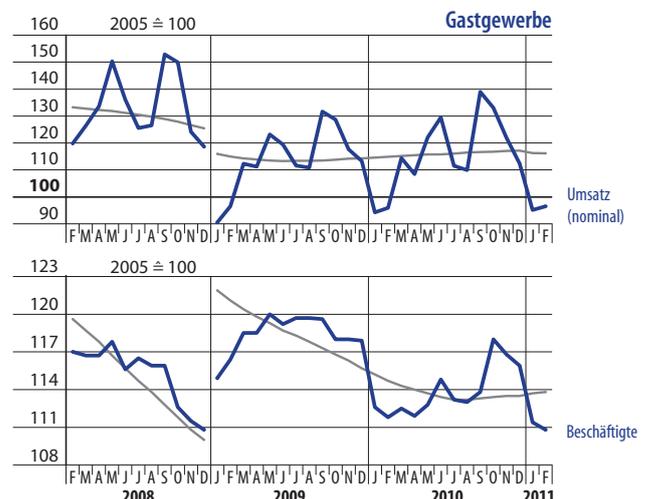
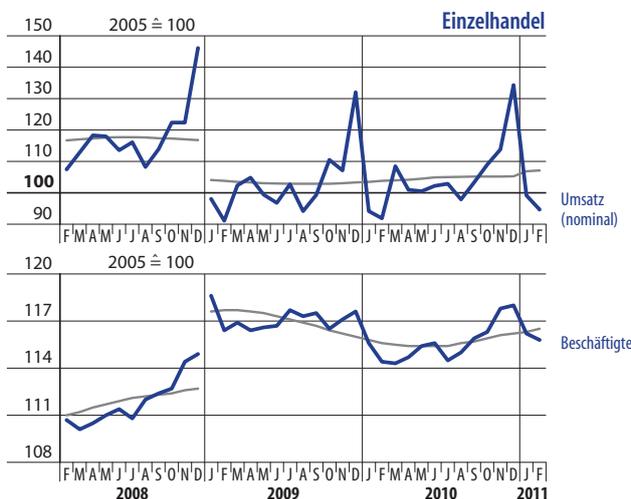
Zeitraum -3,4 %. Von dem Rückgang waren sowohl die Voll- wie auch die Teilzeitbeschäftigten betroffen. Die Trend-Konjunktur-Komponente des letzten Jahres stieg für die nominale Umsatz-Messzahl leicht, für die reale Umsatz-Messzahl und die der Beschäftigten blieb sie in etwa gleich.

Die Erhebung zum Berlin-Tourismus wurde im Januar 2009 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 umgestellt. Im Februar 2011 erreichte die Zahl der Gästeankünfte 588,8 Tsd; gegenüber dem Februar 2010 waren es 45,3 Tsd. Personen oder 8,3 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 8,9 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Februar 2011 zu Februar 2010) ebenfalls, aber schwächer, und zwar um 4,1 % von 1 197,4 auf 1 246,9 Übernachtungen. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +9,0 % die positive Entwicklung fort. Insgesamt war bei den beiden Kennziffern eine steigende Tendenz erkennbar, die bei der Gästezahl allerdings stärker als bei den Übernachtungen war. Im Durchschnitt entfielen im Februar 2011 auf jeden Gast 2,1 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig etwa gleichbleibender Tendenz.

Im Berliner Außenhandel scheinen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise dauerhaft überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Februar 1 039,8 Mill. EUR und lag damit um 9,4 % über dem Ergebnis des Februar 2010. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 19,5 %. Im Zeitraum eines Jahres – von März 2010 bis Februar 2011 – wurden Waren im Wert von 12,6 Mrd. EUR exportiert. In die Staaten der Europäischen Union wurden im Februar 43,5 % der gesamten Ausfuhr expor-

tiert, mit 452,6 Mill. EUR 6,1 % weniger als im Februar 2010. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 785,5 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +7,3 % zum Februar 2010 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (März 2010 bis Februar 2011) wurden Waren im Wert von 9,6 Mrd. EUR – das sind +12,7 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Seit Anfang 2007 fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes stärker ab – sie stieg seit Mitte des Jahres 2009 wieder stark an und hatte Mitte 2010 das Vorkrisen-Niveau wieder erreicht. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel ebenfalls seit Mitte 2007 und steigt aber seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. In den letzten sechs Monaten liegt die Trend-Konjunktur-Komponente des Imports bei ca. 840 Mill. EUR/Monat fast konstant fest. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.

Bei den Gewerbeanmeldungen werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Februar 2011 wurden 1 303 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Februar 2010 – mit einem Plus von 811 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen – waren das +60,7 %, im 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann +39,9 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Februar 2011 auf 166 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf +93,0 % gegenüber dem Februar 2010, der einen Überschuss von 86



Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume bei den Betrieben ergaben sich +49,7 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres kann bei den Gewerbeanmeldungen als steigend und bei den Betriebsgründungen als sehr positiv eingeschätzt werden, wengleich bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – sehr starke Schwankungen auftreten.

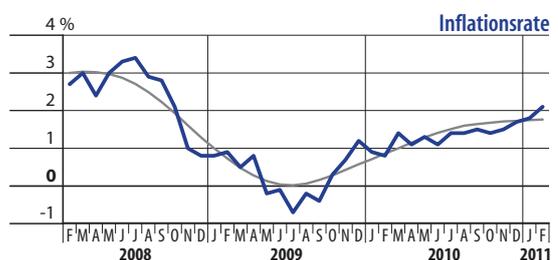
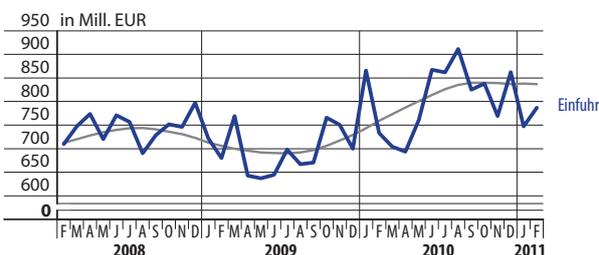
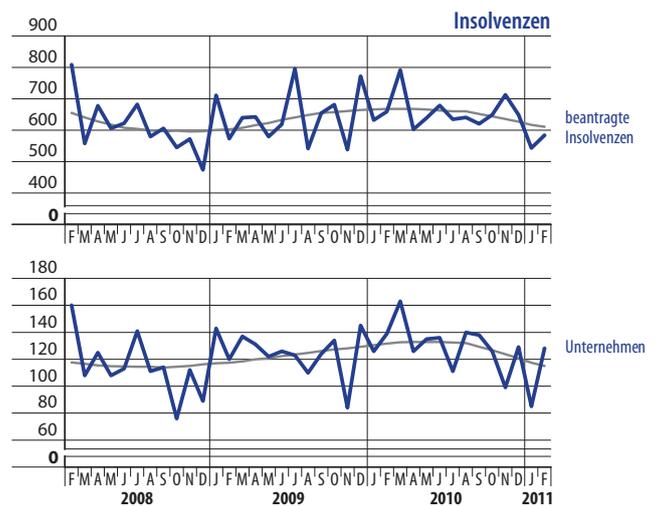
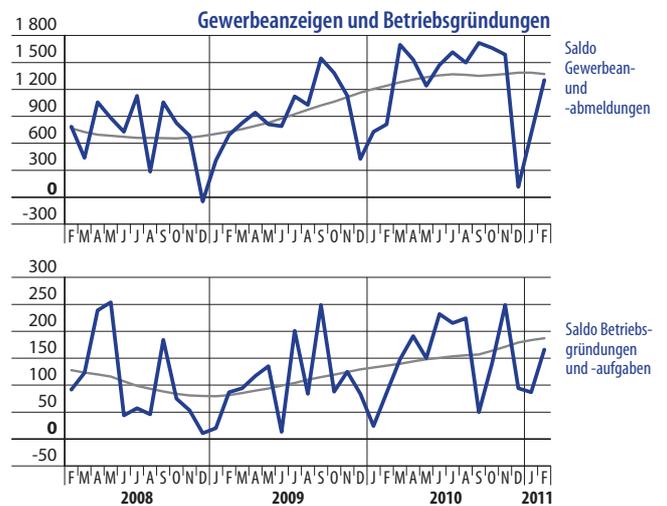
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in allen beiden kurzfristigeren Zeiträumen des Ein-Jahres-Vergleichs durchgängig negative Veränderungsraten – also eine positive Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 584 Verfahren für den Monat Februar 2011 genannt, das sind gegenüber dem Februar des Vorjahres 11,4 % weniger. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –0,1 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich etwa 650 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2005 bei ca. 130 Insolvenzen pro Monat,

der Trend war seit Mitte 2008 steigend, fällt seit Mitte 2010 jedoch wieder. Im aktuellen Monat gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 128 Fälle, das entspricht –7,9 % zum Februar 2010. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich +1,0 % Regelinsolvenzen der Unternehmen. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und bei den der Unternehmen etwa fallend, davon die letzteren stärker fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Februar 2011 bei 109,6.

Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2011 und dem Februar 2010, ergab sich damit ein Wert von +2,1 %, im Januar 2011: +1,8 %. Während sich die Preise für Energie (Kraftstoffe, Heizöl, Strom und Gas), und Nahrungsmittel überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Telefon- und Faxgeräten sowie Schuhen und Bekleidung Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt und verläuft seit Mitte des Jahres 2010 leicht steigend. Zurzeit ist er etwa bei +1,7 % angelangt. Gegenüber dem Februar 2010 ist der Trend ebenfalls leicht steigend.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Februar 2011**

Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Februar 2011 zum Februar des Vorjahres um 6,1 %. Der Trend bei der Zahl der Arbeitslosen und der genannten Arbeitslosenquote war fallend, der der offenen Stellen stark steigend. Im Einzelnen zeigten die Werte der Trend-Konjunktur-Komponenten des Februar 2011 zum Februar 2010 folgendes Bild: Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden waren der Gesamtumsatz und der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) stark steigend sowie die Zahl der Beschäftigten leicht steigend. Im Bauhauptgewerbe stiegen der Auftragseingang stark und der Umsatz und die Beschäftigtenzahl leicht, die Baugenehmigungen fielen dagegen leicht. Beim Brandenburger Einzelhandel stiegen der nominale Umsatz und die Beschäftigtenkennziffern leicht, während die reale Umsatzkennziffer fast konstant blieb. Beim Großhandel war der

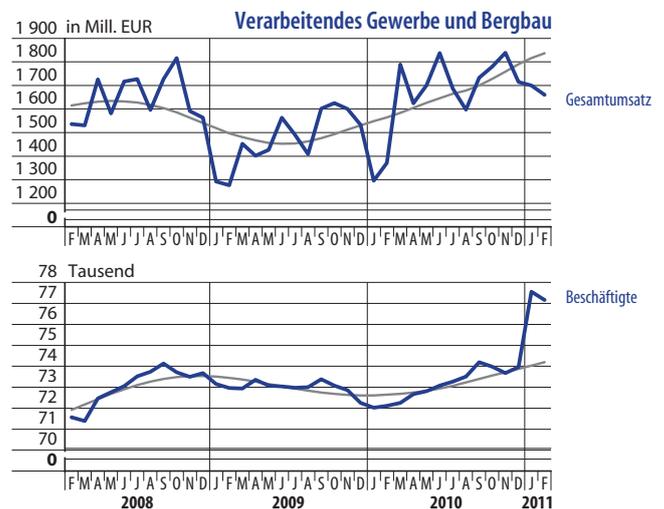
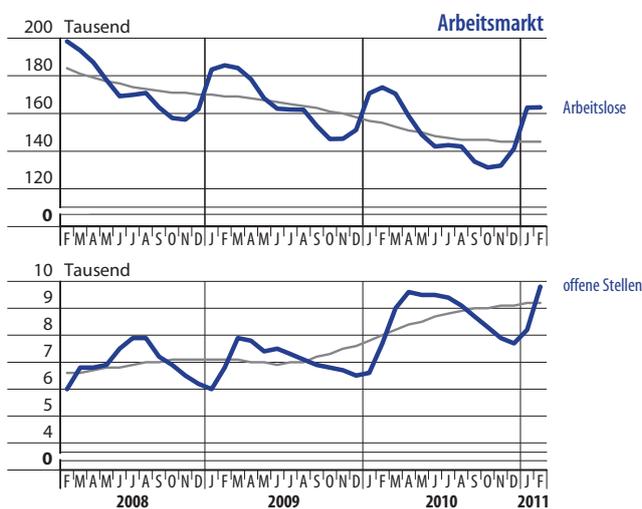
Trend beim nominalen und realen Umsatz stark steigend – bei den Beschäftigten leicht steigend. Im Gastgewerbe war die Kennziffer des nominalen Umsatzes konstant, die der Beschäftigten und des realen Umsatzes fiel leicht. Im Tourismusgewerbe stieg sowohl die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen leicht an, und das langfristig und kontinuierlich. Die Brandenburger Ausfahrten, einschließlich der in die EU, und die Einfuhren legten ausnahmslos beachtlich zu. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und der der Betriebsgründungen und -aufgaben fiel sehr stark. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und die der Unternehmensinsolvenzen fiel – die der Unternehmensinsolvenzen dabei stärker. Im Februar 2011 betrug die Inflationsrate +1,8 %; der jährliche Trend ist zurzeit leicht steigend. Die wirtschaftliche Krise scheint überwunden, wobei es den durch sie verursachten „statistischen Basis-effekt“ bei der Interpretation fast aller wirtschaftlichen Kennziffern zu beachten gilt.

Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 13,6 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,2 %. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,8 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 4,7 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 4,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 1,3 Prozentpunkte bzw. 0,6 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten – ab dem Herbst 2010 allerdings mit einer deutlichen Dämpfung. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden jetzt die gemeldeten, ungeförder-ten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit den vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 9 835 offenen Stellen hatten

Auf dem Brandenburger **Arbeitsmarkt** wurden Ende Februar des Jahres 2011 mit 163 172 Arbeitslosen ein „mikroskopisches“ Plus von 0,02 % gegenüber dem Vormonat – dem Januar 2011 – registriert, das waren dann 28 Personen mehr. Im Vergleich zum

Februar des Jahres 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,1 % ab, das entspricht einem Minus von 10 676 Personen. Diese Zahl stimmt etwa mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinden Oberkrämer oder Brieselang zur Mitte des Jahres 2010 überein.

Tabelle Seite 23



sich seit dem Februar des vorigen Jahres um 2 140 Stellen oder um 27,8 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen deutlich an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 16,6 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer in letzter Zeit deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Februar dieses Jahres waren insgesamt 8 843 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 4 Personen – insgesamt also 8 847 Personen – erfasst; im Vergleich zum Februar 2009 ergab das ein Mehr von 1 568 Personen oder +21,5 %.

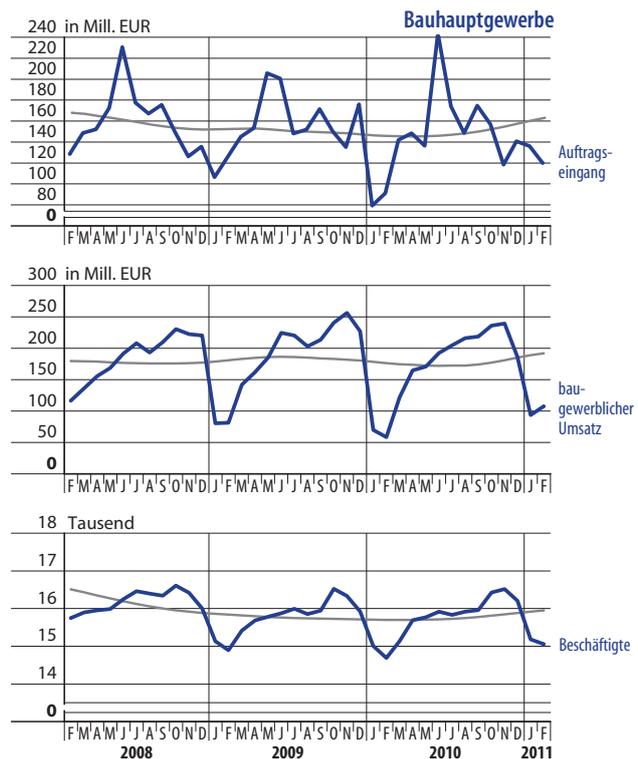
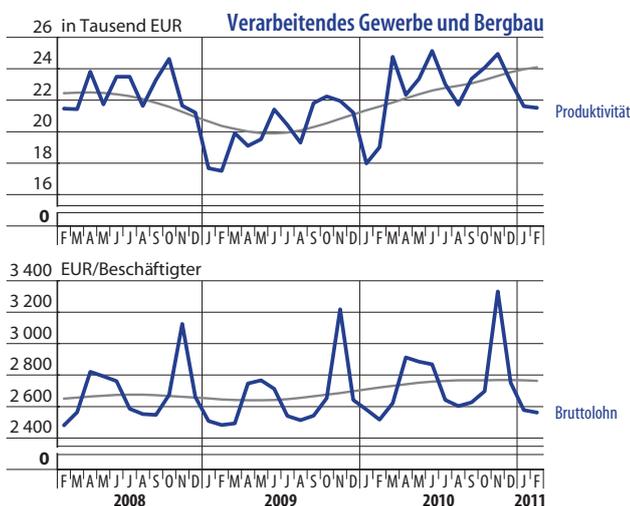
Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Februar-Vergleich mit +60,7 % eine außerordentlich stark-positive Veränderung, bei jedoch deutlichen Schwankungen der Monateinzelwerte. Im Vergleich eines gesamten Jahres (12 Monate: von März 2010 bis Februar 2011 zum Vorjahreszeitraum) waren es +15,1 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache besonders in einzelnen Großaufträgen des Fahrzeugbaus und aus dem Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente ist seit dem Sommer 2010 wieder stärker steigend – nach einer waagerechten Phase etwa vom Oktober 2009 bis zum Juni 2010. Die im Monat Februar dieses Jahres berichtspflichtigen 435 Betriebe – das sind 25 Betriebe mehr als im Februar 2010 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 659,7 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 289,0 Mill. EUR oder 21,1 % überboten. In den letzten zwei Monaten konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des

Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 3,4 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 26,0 % einher. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechsellern – seit Mitte des Jahres 2009 wieder stark steigend. Mitte des Jahres 2010 wurde das vor der Konjunktur- und Finanzkrise erreichte Niveau wieder überschritten. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Februar ein Niveau von 478,5 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 28,8 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann seit Februar 2008 wieder leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Januar 2010 wiederum leicht ansteigt. Im Februar des Jahres 2011 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 77 161 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Februar 2010) mit +7,0 % eine Zunahme um 5 055 Personen. Im gesamten 12-Monats-Vergleich ergeben sich +1,6 %; die Tendenz war leicht steigend. Im Februar 2011 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)

21 510 EUR, das waren +13,2 % gegenüber dem Februar 2010. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg auch an, aber schwächer: Sie lag im gleichen Zeitraum um 1,8 % oder 46,49 EUR je Beschäftigten höher als im Februar 2010 – insgesamt bei 2 562,37 EUR je Beschäftigten.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Februar 2011 ein Niveau von 118,7 Mill. EUR. Der Auftragseingang zeigte mit +31,7 % zum Vorjahresmonat eine stark positive Entwicklung. Im Vergleich der beiden letzten 12 Monate gab es demgegenüber eine Veränderung um „nur“ +1,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente war stark steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich negativ, –15,6 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume –1,3 %. Der Trend stellte sich bei den Baugenehmigungen leicht fallend dar. Beim baugewerblichen Umsatz scheint sich die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz nicht mehr so stark fortzusetzen. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg nach einer Beruhigungsphase von 2005 bis 2009 wieder leicht an. Der baugewerbliche Umsatz lag um 83,8 % über dem Wert vom Februar 2010. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume ergibt sich ein Wert von –2,3 %. Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort. Im Februar 2011 gab es in diesem Wirtschaftszweig 15 057 Beschäftigte, 2,5 % mehr als im Februar 2010 – der Trend des letzten Jahres war leicht steigend. Die im Februar 2010 berichtspflichtigen 322 Betriebe – neun Betriebe mehr gegenüber dem Februar 2010 – erreichten einen Gesamtumsatz von 109,3 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 107,6 Mill. EUR).

Im Brandenburger Einzelhandel erfolgte Mitte des Jahres 2010 ein methodischer Wechsel – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2009 erfolgt. Dadurch wird eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 2,5 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +1,2 %. Die Beschäftigungsentwicklung im gleichen Zeitraum zeigte einen leicht steigenden Zuwachs. Im Februar stieg die vorläufige Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Einzelhandel im Durchschnitt um 2,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Vollbeschäftigte +2,2 %, Teilzeitbeschäftigte +2,0 %). Innerhalb der letzten 12 Monate stiegen die Trend-Konjunktur-Komponenten des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten leicht, die des realen Umsatzes blieb konstant.

Im Großhandel des Landes Brandenburg erfolgte der gleiche methodische Wechsel wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 15,0 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +7,7 % und die Beschäftigten-Kennziffer stieg um 1,3 %. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres war dann ebenfalls steigend, der des realen und des nominalen Umsatzes sehr stark.

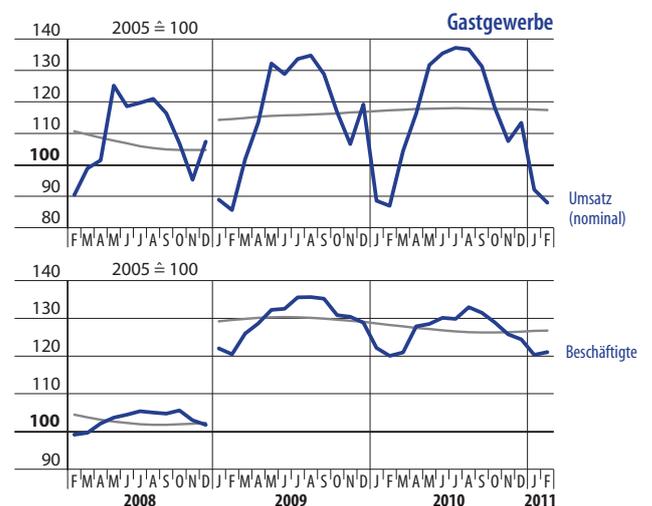
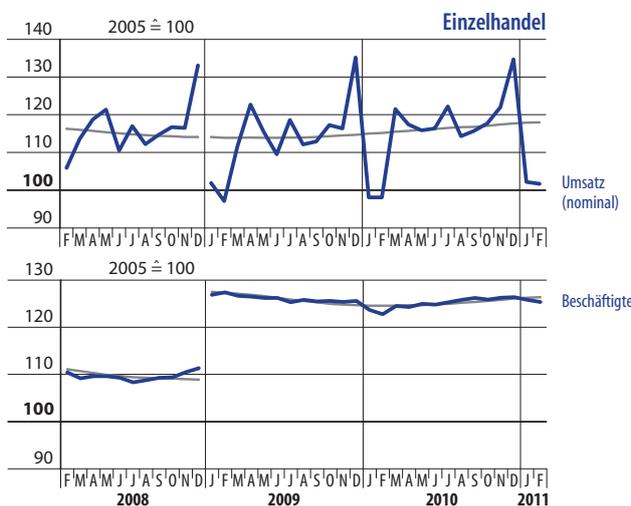
Im **Gastgewerbe** wurde, ebenso wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche methodische Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 1,5 % zu, die des realen Umsatzes um 1,1 % und die der Beschäftigten um 2,3 % ab. Der Trend aller drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres: nominaler Umsatz – gleichbleibend; Beschäftigte und realer Umsatz – leicht fallend.

Die Erhebung zum **Brandenburg-Tourismus** wurde im Januar 2009 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) umgestellt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse kaum beeinflusste. Im Februar 2011 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen 486,0 Tsd.; gegenüber dem Februar 2010 waren es 20,6 Tsd. Übernachtungen oder 4,4 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von ebenfalls 4,4 %. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 8,8 %. Im laufenden 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +5,5 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Februar 2011 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen eine langfristig steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Die Gästezahl stieg hierbei etwa doppelt so stark wie die der Übernachtungen an.

Im **Brandenburger Außenhandel** wurde im Zeitraum von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung bewältigt, die beide Merkmale etwa auf das Niveau von 2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der

Brandenburger Wirtschaft betrug im Februar 1 193,8 Mill. EUR und lag damit um 36,2 % über dem Ergebnis des Februar 2010. Beim Vergleich der letzten Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 19,2 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden 67,2 % der gesamten Ausfuhr des Februar 2011 exportiert, mit 802,2 Mill. EUR 30,2 % mehr als im Februar 2010; beim Vergleich der letzten Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 23,2 %. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis Februar 2011 – Waren im Wert von ca. 1,5 Mrd. EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 463,8 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +37,1 % gegenüber dem Februar 2010 führte. Im laufenden Jahr (zwei Monate) wurden Waren im Wert von 2,7 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +26,0 %. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Ein-, der gesamten Aus- und der Ausfuhr nach der EU sehr stark steigend. Diese überaus positive Entwicklung wird zu einem großen Teil durch den „statistischen Basiseffekt“ der Konjunktur- und Finanzkrise überzeichnet. Beim Import und Export wurde das Vor-Krisen-Niveau seit etwa Juni 2010 wieder überschritten. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Februar 2011 wurden 83 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Februar 2010 (288 mehr An- als Abmeldungen) waren es – bei einer Differenz vom – 205 Anmeldungen



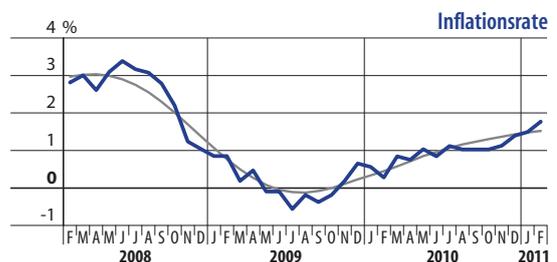
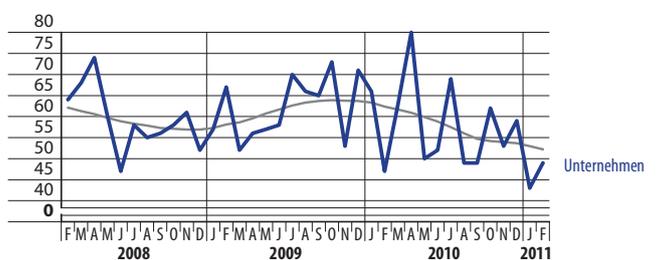
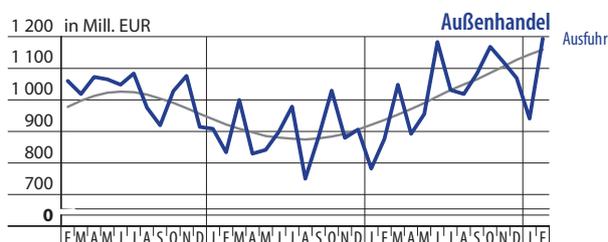
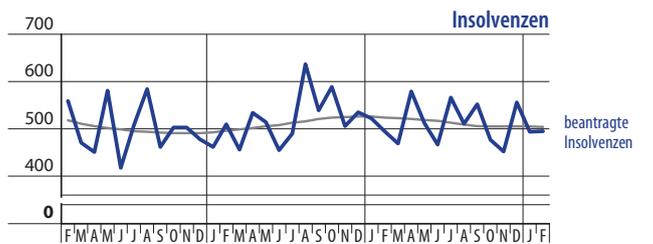
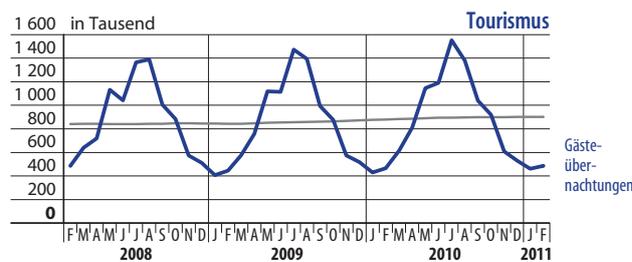
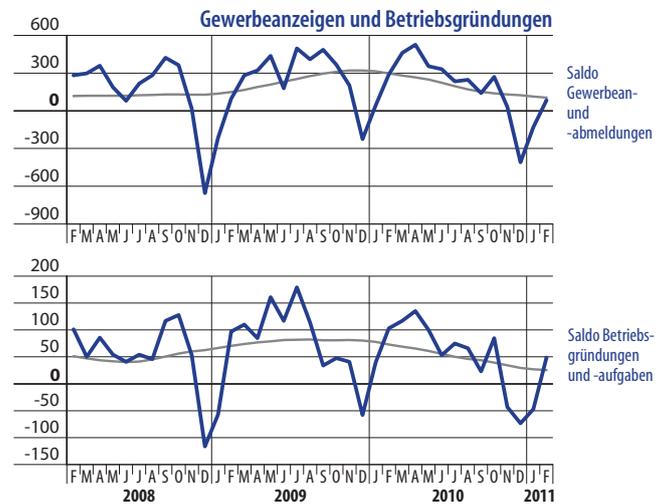
gegenüber den Abmeldungen $-71,2\%$ und im Ein-Jahres-Vergleich dann $-35,0\%$. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Februar 2011 auf 49 Anmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Minus von $52,4\%$ zum Februar 2010 (103 Anmeldungen mehr als Abmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben $-44,6\%$. Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei beiden Kennziffern als sehr stark fallend eingeschätzt werden, es existiert allerdings eine ausgeprägte saisonale Abhängigkeit – mit besonders vielen Abmeldungen zum Jahreswechsel.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine leicht bzw. stärker fallende, also durchaus positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 495 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem Februar des Vorjahres keine Veränderung, also genau $\pm 0,0\%$. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich etwas über 500 Verfahren beantragt. Im 12-Monats-Zeitraum (März 2010 bis Februar 2011) waren es dann $-2,3\%$

zum vorherigen Vergleichszeitraum (März 2009 bis Februar 2010). Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas über 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den September 2009 dann seit dem Januar 2010 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 49 Fälle, das entspricht $+4,3\%$ zum Februar 2010. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich $-7,6\%$. Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend und bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen stärker fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Februar 2011 bei 109,1. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Februar 2010 und dem Februar 2011, ergab sich damit ein Wert von $+1,8\%$, im Januar 2011: $+1,5\%$. Während die Preise für Energie und Nahrungsmittel überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei der Nachrichtenübermittlung, Bekleidung und Schuhen sowie alkoholischen Getränken und Tabakwaren etwas. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit dem September 2009 leicht und fast linear an – in der letzten Zeit schwächte sich der Anstieg etwas ab.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Methodischer Wechsel Januar 2009 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Februar 2011****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 8. Juni 2011))

Merkmal	Einheit	Februar 2011		Januar 2011 bis Februar 2011		März 2010 bis Februar 2011		Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	
			%		%		%	
Frühe Indikatoren →								
Verbraucherpreisindex								
Gesamindex.....	2005 \pm 100	109,6	2,1	109,3	2,0	108,3	1,5	↗
Auftragseingang								
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 \pm 100	147,2	52,8	125,9	36,4	114,8	14,0	↗
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	130,9	23,1	110,3	17,3	144,7	32,1	↗
Baugenehmigungen.....	Anzahl	127	0,8	133,5	-9,2	148,0	3,6	↘
Gegenwärtige Indikatoren ↗								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
(Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 764,8	1,0	1 687,9	3,7	1 849,7	4,5	↗
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	921,2	-2,8	975,6	-5,1	717,8	17,6	↘
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	122,8	59,6	124,1	61,0	158,3	19,9	↗
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 \pm 100	94,7	3,0	96,9	4,2	105,6	2,6	↗
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 \pm 100	92,6	1,8	95,4	3,3	103,9	2,1	↗
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 \pm 100	114,8	2,6	115,5	4,6	125,3	6,9	↗
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 \pm 100	103,4	-4,3	105,0	-1,3	117,2	0,8	→
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 \pm 100	96,5	0,7	95,8	0,8	116,1	1,7	↗
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 \pm 100	87,3	-0,6	86,8	-0,1	105,5	-1,2	→
Gästeankünfte.....	1 000	588,8	8,3	576,2	7,5	761,0	8,9	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 246,9	4,1	1 233,6	4,3	1 741,4	9,0	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 039,8	9,4	1 017,6	14,8	1 046,8	19,5	↗
davon nach EU.....	Mill. EUR	452,6	-6,1	437,9	-0,1	471,0	15,6	↗
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	785,5	7,3	765,9	-4,1	801,2	12,7	↗
Produktion								
(Bergbau und verarbeitendes Gewerbe) ¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	22 048	-3,6	21 188,1	-0,7	23 720,3	3,8	↗
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3580	2,7	3 835,1	4,9	3 890,8	3,1	↗
Späte Indikatoren ↗								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	1303	60,7	1 005,5	30,7	1 345,5	39,9	↗
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	166	93,0	126,5	130,0	162,2	49,7	↗
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	584	-11,4	563,5	-12,7	645,5	-0,1	↘
davon Unternehmen.....	Anzahl	128	-7,9	106,5	-19,6	126,3	1,0	↘
Beschäftigte.....								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	80,0	5,0	79,6	4,5	78,0	1,5	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	10,7	7,6	10,6	5,0	10,4	9,7	↗
Einzelhandel ⁴	2005 \pm 100	115,8	1,2	116,0	0,9	115,8	-0,8	→
Großhandel ⁴	2005 \pm 100	132,2	0,5	132,0	0,1	132,1	-0,7	↗
Gastgewerbe ⁴	2005 \pm 100	110,8	-0,9	111,1	-1,0	113,7	-3,4	→
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	240 401	-1,8	239 127	-2,4	230 516	-3,1	↘
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	14,0	-3,4	14,0	-3,8	13,5	-4,3	↘
offene Stellen.....	Anzahl	11 290	30,7	10 911,5	30,0	10 392,8	22,6	↗

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe ab 50 Beschäftigte

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p

1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %

p \leq -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p

1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %

p \leq -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 18. Mai 2011)

Merkmal	Einheit	Februar 2011		Januar 2011 bis Februar 2011		März 2010 bis Februar 2011		Februar 2011
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%		%	
Frühe Indikatoren								
↑								
Verbraucherpreisindex								
Gesamtindex.....	2005 ± 100	109,1	1,8	108,8	1,6	108,1	1,1	↗
Auftragseingang								
Auftragseingang								
Auftragseingangsbauindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2005 ± 100	205,9	60,7	180,7	48,2	160,0	15,1	↑
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	118,7	31,7	126,9	50,9	152,2	1,8	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	455	-15,6	472,0	-11,9	573,0	-1,3	↓
Gegenwärtige Indikatoren								
↗								
Umsatz								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 659,7	21,1	1 679,9	26,0	1 721,8	16,3	↑
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	3 033,6	-6,6	3 294,4	-2,3	3 022,9	3,3	↓
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	107,6	83,8	100,6	56,9	179,3	-2,3	↗
Einzelhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	101,7	3,7	102,0	3,9	116,8	2,5	↗
Einzelhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	96,8	1,7	97,5	2,2	112,1	1,2	→
Großhandel - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	127,0	33,9	127,0	37,4	129,2	15,0	↑
Großhandel - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	109,2	25,2	109,2	28,5	112,7	7,7	↑
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁴	2005 ± 100	88,1	1,1	90,2	2,6	117,9	1,5	→
Gastgewerbe - Umsatz real ⁴	2005 ± 100	80,0	-0,2	82,0	1,5	107,6	-1,1	↓
Gästeankünfte.....	1 000	188,6	8,8	179,8	11,5	326,7	5,5	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	486,0	4,4	474,1	5,8	895,2	4,4	↗
Außenhandel								
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 193,8	36,2	1 067,2	28,7	1 058,7	19,2	↑
davon nach EU.....	Mill. EUR	802,2	30,2	737,9	23,7	728,9	23,2	↑
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 463,8	37,1	1 339,6	26,0	1 255,4	27,0	↑
Produktion (Bergbau und verarbeitendes Gewerbe)¹								
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	21 510,1	13,2	21 561,3	16,6	23 254,4	14,4	↑
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 562,4	1,8	2 569,6	0,9	2 756,7	3,6	↗
Späte Indikatoren								
↓								
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	83	-71,2	-23,5	-114,2	178,2	-35,0	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	49	-52,4	1,0	-98,6	45,0	-44,6	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	495	0,0	494,5	-2,8	510,8	-2,3	↓
davon Unternehmen.....	Anzahl	49	4,3	46,0	-18,6	56,5	-7,6	↓
Beschäftigte.....								
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	77,2	7,0	77,4	7,3	74,0	1,6	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	15,1	2,5	15,1	1,8	15,8	0,3	↗
Einzelhandel ⁴	2005 ± 100	125,4	2,1	125,6	1,9	125,5	0,0	↗
Großhandel ⁴	2005 ± 100	130,8	1,8	130,7	1,8	130,5	1,3	↗
Gastgewerbe ⁴	2005 ± 100	121,2	0,8	120,9	-0,3	127,0	-2,3	↓
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose.....	Anzahl	163 172	-6,1	163 158	-5,3	147 659	-9,6	↓
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	12,2	-6,2	12,2	-5,4	11,0	-9,6	↓
offene Stellen.....	Anzahl	9 835	27,8	9 004,0	26,2	8 900,1	23,9	↑

1 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)

2 Betriebe ab 50 Beschäftigte

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 vorläufig

Legende Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

↑

1 % ≤ p < 10 %

↗

-1 % < p < 1 %

→

-10 % < p ≤ -1 %

↓

p ≤ -10 %

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

↑

1 % ≤ p < 2 %

↗

-1 % < p < 1 %

→

-2 % < p ≤ -1 %

↓

p ≤ -2 %

↓

Der Zensus 2011 – eine logistische Herausforderung

Zwischenbericht für Berlin und Brandenburg für die Zeit bis Ende Mai 2011

Standort- und Personalentwicklung

Am Anfang stand die Suche nach einem geeigneten Dienstgebäude, das zu einem akzeptablen Preis gemietet werden kann und für den Zensus 2011

In diesem Beitrag werden der Aufbau der Organisationseinheit „Projekt Zensus 2011“ seit dem ersten Quartal 2009 und die Tätigkeiten zur Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011 mit Blick auf die verschiedenen Dimensionen des praktischen Produktionsprozesses bis Ende Mai 2011 im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) dargestellt. Dieser Zeitpunkt liegt mitten in der Hauptarbeitsphase, weshalb es sich um einen Zwischenbericht handelt. Behandelt werden – auch in quantitativer Hinsicht – in einem ersten Teil die Standort- und Personalentwicklung, in einem zweiten Teil der Aufbau und die Tätigkeit der Erhebungsorganisation in beiden Ländern sowie in einem dritten Teil die praktische organisatorische Vorbereitung und Durchführung des fachlichen Kerns des Zensus 2011, also der der Gebäude- und Wohnungszählung und der Haushaltebefragung sowie der Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen. Der vierte Teil des Beitrages beleuchtet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Zensus 2011 in den Bundesländern Berlin und Brandenburg.

ca. 230 Beschäftigte für Berlin und Brandenburg aufzunehmen vermag, zentral gelegen ist, um für die Erhebungsbeauftragten und die eigenen Beschäftigten günstig erreichbar zu sein, und den Anforderungen der räumlichen Abschottung genügt. Die vorhandene oder mögliche IT-Anbindung spielte ebenso eine Rolle, wie die bereits vorhandene oder ohne unverhältnismäßigen zeitlichen und finanziellen Aufwand zu beschaffende, nur zeitweilig benötigte Büroeinrichtung. Mitte Juni 2009 wurde zum Zweck der Gebäudesuche eine Task Force ins Leben gerufen, die insgesamt sieben Gebäude besichtigte. Den Besichtigungen vorausgegangen waren zunächst Anfragen an die öffentlichen Immobilienmanagementgesellschaften der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Bundes. Von diesen Gesellschaften wurde jedoch nur jeweils ein Angebot unterbreitet. Da keines dieser Angebote akzeptabel war, wurde die Suche auf den freien Immobilienmarkt ausgeweitet. In der Zwischenzeit war auch die Entscheidung für einen gemeinsamen Standort für die Durchführung des Zensus 2011 gefallen – und zwar auf Berlin.

Als Zensusstandort stand schon bald das jetzige Dienstgebäude in Alt-Moabit 90a fest. Der Hauptmieter suchte bereits seit April 2008 einen Untermieter und bot

das gesamte Gebäude für drei Jahre zu einem günstigen Mietpreis an. Büro- und Küchenausstattung, Verkabelung und ÖPNV-Anbindung waren bereits vorhanden. Ende Dezember 2009 konnte der Mietvertrag unterzeichnet werden. Als Einzugsstermin wurde der 13. April 2010 festgelegt. Bis zu diesem Zeit-

punkt musste das Objekt bezugsfertig sein. Zu den ersten zensus-eigenen Bereichen, in denen Personaleinstellungen vorgenommen wurden, gehörten die Bereiche Hausservice, Controlling und Personal, da die elementaren Voraussetzungen für Standort und Personal am Anfang zu stehen hatten. Zunächst war ein Schließplan für alle Türen des Objektes zu erstellen, der die voraussichtlichen Raumplanungen und Anforderungen an die notwendigen Abschottungen vorsah und umsetzte. Parallel dazu waren für den Zensusstandort gesonderte Dienstanweisungen zu Hausordnung, Besucherordnung und weiteren Themen zu erstellen.

Zum Zeitpunkt des Einzugs bestand das Zensus-Team aus 34 Beschäftigten, davon 17 aus Berlin (Alt-Friedrichsfelde) sowie 17 aus Potsdam. In den nächsten zwölf Monaten bis zum Zensusstichtag 9. Mai 2011 ist der Personalbestand auf 189 Beschäftigte aufgestockt worden (Abbildung 1). Hierfür wurde nach den Vorgaben der Ministerien zunächst auf die Berliner und Brandenburger Stellenpools zurückgegriffen. Da auf diesem Weg nur eine begrenzte Zahl von Mitarbeitern rekrutiert werden konnte, wurden sowohl intern als auch extern Stellen ausgeschrieben. Doch schon bald zeigte sich, dass die Dimension des erforderlichen Personals für das Projekt Zensus 2011 nach alternativen Personalrekrutierungsmöglichkeiten verlangte. So mussten insbesondere die befristeten Einstellungen im mittleren Dienst verfahrensmäßig vereinfacht werden. Auf Anregung des Personalrates wurden die Kontakte zur Universität Potsdam wieder aufgenommen und der Lehrstuhl für Organisation und Personalwesen mit der Entwicklung eines Online-Bewerbungsportals betraut.

Nach der Lösung aller vertraglichen, technischen, gestalterischen und datenschutzrechtlichen Fragen konnten die umfangreichen Bewerbungsverfahren im Herbst 2010 und Winter 2011 erfolgreich über dieses Portal abgewickelt werden. Die Vorauswahl des Online-Portals durch die festgelegten Kriterien reduzierte die Durchsicht und Bewertung von mehreren Hundert Bewerbungen erheblich, und die engen Strukturen des multimodalen Interviews führten zu einer objektivierten Bewertung. Insgesamt hat der Bereich Personal bis heute 27 Ausschreibungsverfahren betreut. Dabei waren 2.727 Bewerbungen zu verarbeiten. Es wurden 458 einzelne Bewerbungsgespräche geführt. Hinzu kommen etliche kurzfristige Personalbeschaffungen über Personaldienstleistungsfirmen.

Die ursprünglich geplante Anzahl von 230 Beschäftigten wurde nicht ganz erreicht. Zum Stand 18. Mai 2011 gehörten zum Projekt Zensus 211 Beschäftigte mit einem Durchschnittsalter von ca. 38 Jahren, wobei der Jahrgang 1983 besonders stark vertreten ist. Zum Vergleich: Das Durchschnittsalter der AfS-Beschäftigten (ohne Zensus) beträgt ca. 50 Jahre, das Durchschnittsalter aller AfS-Beschäftigten ca. 47 Jahre.

Auf diesen verschiedenen Wegen der Personalrekrutierung ist am Standort in Berlin Alt-Moabit das Projekt Zensus 2011 im Jahresverlauf 2010 und in 2011 in dem Maße schrittweise personell aufgebaut worden, wie es die zu erledigenden Aufgaben erforderten.

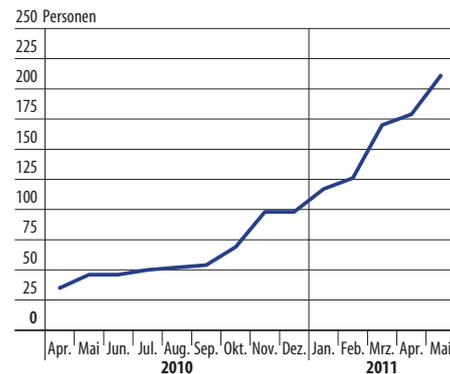
Vorbereitende Aktivitäten durch den Hausservice und die Beschaffungsstelle

Mit der Übernahme des Gebäudes in Berlin, Alt-Moabit 90a, war auch ein eigenständig agierender Hausservice aufzubauen. Am Standort waren zwar durch den Vormieter Büromöbel vorhanden, die auf Gebrauchsfähigkeit zu überprüfen waren. Für bis zu 230 Beschäftigte waren die Arbeitsplätze nach arbeitsmedizinischen Gesichtspunkten einzurichten und mit Büromaterial auszustatten. Eine Vielzahl von Verträgen musste vorbereitet und geschlossen werden, u.a. Verträge für die Zustellung und Abholung der Post, die Entsorgung von Datenmüll, die Wartung der Brandmelde- und Klimaanlage, den Pfortendienst, die Reinigung etc. Seit September 2010 betreibt das Projekt Zensus 2011 ein eigenständiges Vertragswesen, in welchem 21 Verträge registriert sind, darunter sechs Mietverträge (z.B. der Mietvertrag für das Dienstgebäude), zwei Wartungsverträge (Klimaanlage, Brandmeldeanlage) sowie 13 Dienstleistungsverträge – von Post über Strom bis zu Wachschutz und Hausreinigung. Hinzu kamen die speziellen Erfordernisse für den Zensus 2011: Prüfung des Objektes auf besondere Sicherheitsmaßnahmen und Realisierung, Einrichtung eines „Zwischenlagers“ für das Erhebungsmaterial, Aufbau der Eingangsverarbeitung und Suche eines Callcenters sowie einer Lösung zur Beantwortung elektronischer Anfragen.

Für den Druck der Fragebogen für die Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung und die Haupterhebung wurden drei europaweite Ausschreibungen in Gang gesetzt. Daneben war eine große Anzahl an Schreiben, Terminankündigungskarten, Interviewerausweisen, Übersetzungshilfen, Informationsmaterialien und Schulungsunterlagen zu drucken sowie Briefumschläge zu bedrucken: für Brandenburg über 19,5 Mill. Seiten, für Berlin mehr als 5 Mill. Seiten. Ein großer Teil dieser Materialien war für die 30 Erhebungsstellen in Brandenburg und die sich im Objekt befindende Berliner Erhebungsstelle vorgesehen. Insgesamt wurden seit dem Einzug am 13. April 2011 bis Ende Mai 2011 Beschaffungen in Höhe von 2,2 Mill. EUR getätigt. Im Durchschnitt waren zwei Beschaffer voll ausgelastet.

Mit Beginn des Rücklaufs der Haupterhebung sind die „Verkehrsströme“ im Haus zu steuern. Neben den täglichen Anlieferungen aus den 30 Erhebungsstellen erfolgt die Rückgabe der Unterlagen von den Erhebungsbeauftragten aus Berlin sowie die Anliefe-

Abb. 1 Personalentwicklung des Zensus-Projektes 2011 von April 2010 bis Mai 2011



rung der Fragebogen zur Gebäude- und Wohnungszählung aus den Postverteilstellen. Viele Auskunftspflichtige geben die Fragebogen auch persönlich ab. Um dies alles zu bewältigen, wurden die Hausöffnungszeiten verlängert.

Vorbereitende Aktivitäten im Finanzwesen und Controlling

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat mit dem Ministerium des Innern Brandenburg und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin Servicevereinbarungen für die Zensusvorbereitung und Zensusdurchführung, einschließlich der Auswertung der Ergebnisse, abgeschlossen. Beide Auftraggeber erhalten separate Abrechnungen nach dem jeweiligen Aufwand. Neben dem jährlichen revisions-sicheren länderspezifischen Nachweis der Kosten für den Zensus 2011 insgesamt, sind die verursachungsgerechten Kosten für die Brandenburger Erhebungsstellen zu prüfen und nachzuweisen. Die Abrechnung hat spätestens bis Ende November 2012 zu erfolgen. Denn das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat durch das Zensusausführungsgesetz für das Land Brandenburg und die Zensuskostenverordnung den Auftrag, die Kommunen Brandenburgs mit den entsprechenden finanziellen Mitteln für die Tätigkeit der Erhebungsstellen auszustatten.

Aus diesen Gründen wurde ein eigenständiges Controlling für den Zensus aufgebaut, also eine laufende Darstellung und kritische Beleuchtung der Einnahmen und Ausgaben bzw. Erträge und Aufwendungen für den Zensus 2011 für beide Länder. Eine Finanzplanung ermöglicht es, kurzfristig die gegenwärtigen und zukünftigen finanziellen Entwicklungen darzustellen.

Unterschiedliche Erhebungsorganisation in Berlin und im Land Brandenburg

Für die Durchführung der statistischen Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 wurden in Berlin und im Land Brandenburg Erhebungsstellen eingerichtet. Für Berlin ist aus organisatorischen Gründen nur eine Erhebungsstelle gebildet worden, um einen flexiblen Personal- und Erhebungsbeauftragteneinsatz zu gewährleisten. Die regionale Aufteilung des Stadtgebietes erfolgte auf vier Bearbeitungsteams; ein weiteres Bearbeitungsteam wurde allein für die Sonderbereiche gebildet.

Im Land Brandenburg wurden insgesamt 30 Erhebungsstellen eingerichtet. In den kreisfreien Städten befindet sich jeweils eine Erhebungsstelle, in den Landkreisen existieren bis zu drei Erhebungsstellen. Auf der Grundlage des Brandenburgischen Zensusausführungsgesetzes beauftragte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Landkreise und kreisfreien Städte mit der Einrichtung der Erhebungsstellen vor Ort. Für die Standorte der Erhebungsstellen in Brandenburg wurden fast ausschließlich Gebäude gewählt, in denen bereits Verwaltungen der Landkreise oder der kreisfreien Städte untergebracht sind. Nur im Einzelfall wurden Räume in Oberstufenzentren, Wohnheimen oder Bürokomplexen genutzt.

Der jeweilige Standort einer Erhebungsstelle befindet sich nicht immer zentral innerhalb des regionalen Zuständigkeitsbereiches (4. Umschlagseite). Zwar ist nicht immer eine schnelle Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, aber diese Standorte sind von den Bürgern leichter zu finden, wenn sie bei bereits bekannten Verwaltungen ansässig sind.

Personelle Ausstattung

Die im Oktober 2010 eingerichteten Erhebungsstellen in Brandenburg wurden personell mit einem Erhebungsstellenleiter und einem Stellvertreter besetzt. Ab März 2011 erhielten die Erhebungsstellen weitere personelle Unterstützung; seit Mai 2011 wurde mit 140 Beschäftigten die Sollbesetzung in den 30 Erhebungsstellen Brandenburgs erreicht.

In der Berliner Erhebungsstelle werden gleichzeitig auch die Eingangsverarbeitung des Posteingangs der Gebäude- und Wohnungszählung für Berlin und für Brandenburg sowie die Beleganlieferung der Haushaltebefragungen aus den Brandenburger Erhebungsstellen durchgeführt. Der Personalbestand dieser Erhebungsstelle lag im November 2010 bei elf Beschäftigten. Diese wurden im Zeitraum des Hauptrücklaufs der Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung von Mitte November 2010 bis Mitte Januar 2011 von sechs Leiharbeitskräften unterstützt.

Ab Januar 2011 wurde das Personal der Erhebungsstelle schrittweise bis zum Mai 2011 auf 68 Mitarbeiter aufgestockt.

Auswahl und Einsatz von Erhebungsbeauftragten

Nach § 11 ZensG 2011 i. V. m. § 14 BStatG können für die Erhebungen nach §§ 6 bis 8 und 14 bis 17 Erhebungsbeauftragte (im Folgenden Interviewer) eingesetzt werden. Diese müssen „Gewähr für die Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten“. Sie dürfen danach „nicht eingesetzt werden, wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlass zur Besorgnis besteht, dass Erkenntnisse aus der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter zulasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden“. Die landesrechtlichen Regelungen sehen vor, dass in Berlin Haupt- und Bezirksverwaltungen sowie die mittelbaren Verwaltungsbereiche des Landes und in Brandenburg Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände und unter Aufsicht des Landes stehende juristische Personen des öffentlichen Rechts (Landesverwaltung nach Bundes-

recht) bei Bedarf Bedienstete benennen und für die Erhebungstätigkeit freistellen. Grundsätzlich kann jeder Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, zur Erhebungstätigkeit verpflichtet werden, es sei denn, ihm ist eine solche Tätigkeit aus gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen nicht zuzumuten.

Um die gesetzlich geforderten Bedingungen prüfen zu können, hatten die potenziellen Interviewer einen Bewerbungsbogen auszufüllen, auf welchem neben den für die Tätigkeit und Abrechnung nötigen persönlichen Daten auch die berufliche Tätigkeit und Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst, Fremdsprachenkenntnisse sowie die persönliche Mobilität erfragt wurden. Darüber hinaus diente ein kurzes Bewerbungsgespräch auch dazu, das Auftreten und mündliche Ausdrucksvermögen zu überprüfen. Dies wurde in Berlin u. a. im Rahmen von Informationsveranstaltungen vier bis acht Wochen vor den eigentlichen Schulungen realisiert. Neben der schriftlich dokumentierten und zu unterzeichnenden Verpflichtungserklärung auf die statistische Geheimhaltung und die Einhaltung der dienstlichen Verschwiegenheit war von den Interviewern zu erklären, dass gegen sie keine strafrechtlichen Ermittlungen laufen und kein gerichtliches Verfahren anhängig ist.

Werbemaßnahmen und Gewinnung von Erhebungsbeauftragten

Die Erhebungsstellen in Brandenburg nutzten unterschiedliche Werbemaßnahmen zur Gewinnung von Erhebungsbeauftragten. So wurden u. a. Wahlhelfer, Seniorenvereine usw. angesprochen, Plakate und Flyer in öffentlichen Einrichtungen wie Verwaltungen und Bibliotheken aufgehängt und ausgelegt, Handzettel verteilt und in Briefkästen geworfen, Anzeigen in kostenlosen Zeitungen oder auf Internetseiten veröffentlicht. Darüber hinaus wurden Amtsblätter angeschrieben und die regionalen Medienvertreter über Pressemitteilungen und durch gegebene Interviews und Pressekonferenzen informiert. Auch mittels „Mundpropaganda“ und eigener Internetpräsenz konnten Interviewer gewonnen werden.

Für Berlin wurden teils ähnliche Werbemaßnahmen in den verschiedensten Medien initiiert (vgl. für beide Länder weiter unten, Teil 4, zur Öffentlichkeitsarbeit). Die Bewerberzahlen (kumuliert) sind im zeitlichen Zusammenhang mit den wichtigsten Werbemaßnahmen in der Abbildung 2 dargestellt. Anhand des zeitlichen Ablaufes wird deutlich, dass die Pressekonferenz am 21. Januar 2011 mit Echo sowohl in der regionalen Tagespresse als auch im lokalen Fernsehen den entscheidenden Startpunkt für die Anwerbung setzte.

Benennungen Beschäftigter aus dem öffentlichen Dienst

Nach dem Zensusgesetz 2011 und den Zensusausführungsgesetzen Berlins und Brandenburgs sind die Dienststellen des Bundes und der Länder, in Brandenburg auch der Kommunalverwaltungen, verpflichtet, den Erhebungsstellen auf Anforderungen Beschäftigte für die Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte zu benennen und bei Bedarf vom Dienst freizustellen. Anfang Mai stand den Erhebungsstellen in Brandenburg mit knapp 40 Personen nur eine geringe Zahl

an Benannten aus dem öffentlichen Dienst für den Einsatz zur Verfügung. Etwa ein Drittel der Erhebungsstellen in Brandenburg hatte auf Kommunal- und Landesebene Benennungen angefordert; nur zwei erhielten die geforderte Unterstützung. Die Berliner Erhebungsstelle hatte von den Landes- und Bundesbehörden einschließlich ihrer nachgeordneten Behörden rund 500 Benennungen (unter 0,5 % des Personals) angefordert. Die Meldungen kamen auch hier überwiegend spärlich. Sie erfolgten teilweise ohne Berücksichtigung der persönlichen Eignung; von zwei Bundesministerien blieb die Unterstützung ganz aus.

In Brandenburg wurde – entsprechend dem Bedarf – mit etwa 4 200 Interviewern fast die doppelte Menge an Erhebungsbeauftragten gewonnen als in Berlin mit rund 2 300 (einschließlich Reserve). Mehr als 60 % der Interviewer in Berlin und Brandenburg sind über 46 Jahre alt. Der Anteil an männlichen Erhebungsbeauftragten ist in beiden Bundesländern im Vergleich zu den weiblichen Interviewern geringfügig höher und liegt bei etwa 54 %.

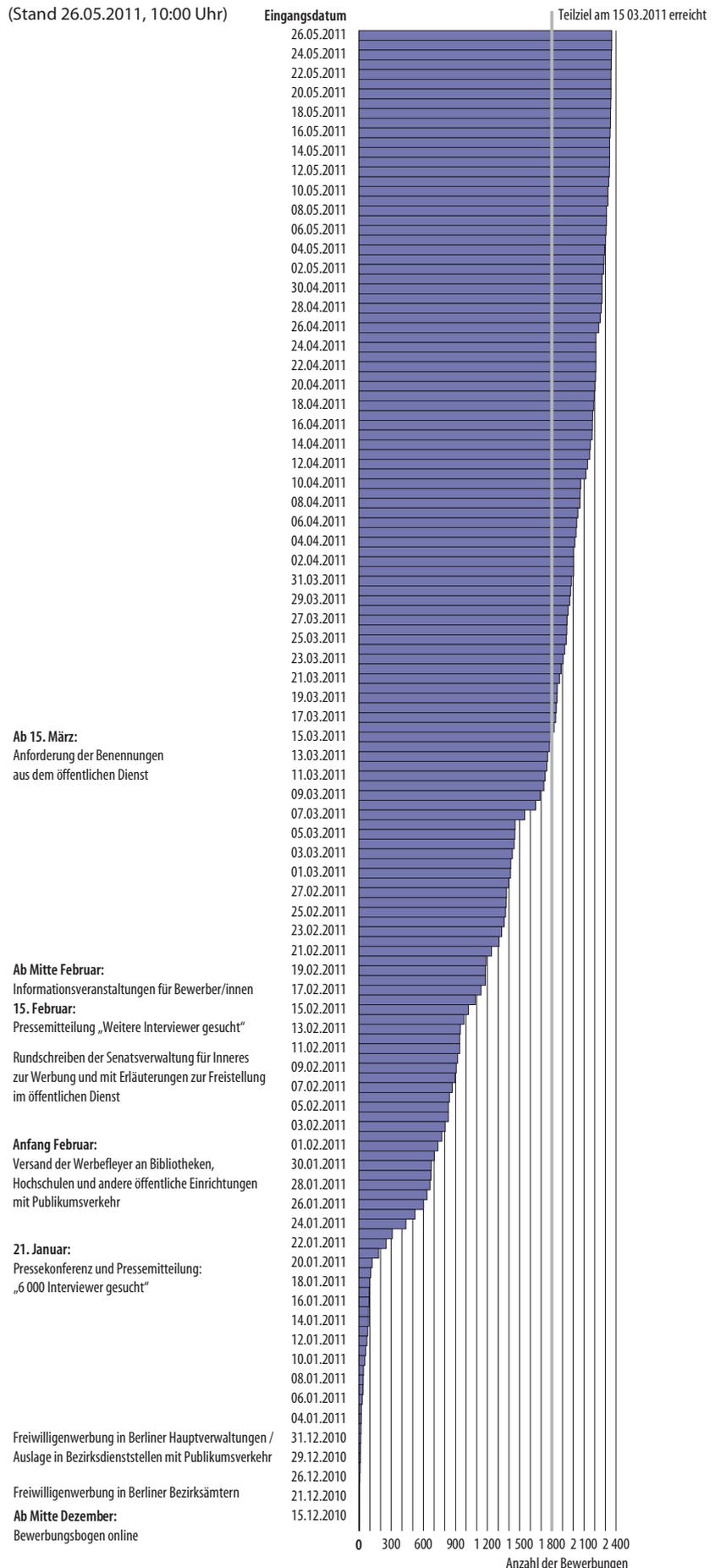
Schulungen der Interviewer

In den ersten beiden Märzwochen wurden jeweils ein Schulungsleiter und ein Stellvertreter der brandenburgischen Erhebungsstellen durch den Teilbereich Betreuung Erhebungsstellen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg an jeweils zwei Tagen auf die Schulungen der Interviewer vorbereitet.

Die Schulungen der Interviewer begannen in den Erhebungsstellen Brandenburgs bereits in der zweiten Märzhälfte. Nach jeder Schulung wurden die Teilnehmer als Interviewer bestellt und verpflichtet und erhielten ein Schulungshandbuch, die „Arbeitsanleitung für Erhebungsbeauftragte“. Bis zum Stichtag fanden in den Erhebungsstellen in Brandenburg ca. 250 Schulungen mit jeweils bis zu 20 Schulungsteilnehmern statt. Auch nach dem Stichtag werden sukzessiv in den Erhebungsstellen Nachschulungen durchgeführt, um Ausfälle von Interviewern zu ersetzen.

Abb. 2 Kumulierte Anzahl der Bewerbungen als Erhebungsbeauftragter in Berlin

(Stand 26.05.2011, 10:00 Uhr)



Ab 15. März:
Anforderung der Benennungen aus dem öffentlichen Dienst

Ab Mitte Februar:
Informationsveranstaltungen für Bewerber/innen
15. Februar:
Pressemitteilung „Weitere Interviewer gesucht“
Rundschreiben der Senatsverwaltung für Inneres zur Werbung und mit Erläuterungen zur Freistellung im öffentlichen Dienst

Anfang Februar:
Versand der Werbeflyer an Bibliotheken, Hochschulen und andere öffentliche Einrichtungen mit Publikumsverkehr

21. Januar:
Pressekonferenz und Pressemitteilung: „6 000 Interviewer gesucht“

Freiwilligenwerbung in Berliner Hauptverwaltungen / Auslage in Bezirksdienststellen mit Publikumsverkehr

Freiwilligenwerbung in Berliner Bezirksämtern

Ab Mitte Dezember:
Bewerbungsbogen online

Anzahl der Bewerbungen

In Berlin fanden vom 18. April 2011 bis zum 18. Mai 2011 insgesamt 34 Schulungsveranstaltungen mit durchschnittlich 51 Teilnehmern statt. Für die Ein- und Abgangskontrolle, die Betreuung und insbesondere die Materialausgabe sowie die Verpflichtung wurden durchschnittlich 20 Mitarbeiter eingesetzt.

Fachlicher Kern des Zensus 2011: die statistischen Erhebungen

Der Aufbau des Zensusstandortes, der erforderlichen Zentralen Dienste und der Erhebungsstellen waren und sind darauf ausgerichtet, den Zensus 2011 als statistische Erhebung durchzuführen, und zwar in den beiden Teilen Gebäude- und Wohnungszählung und Haushaltebefragung (sowie Sonderbereiche).

Die Gebäude- und Wohnungszählung

Der Zensus 2011 besteht neben der Volkszählung im engeren Sinne auch aus der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ). Diese primärstatistische Erhebung ist eine Vollerhebung aller Gebäude mit Wohnraum, Wohnungen und bewohnten Unterkünften. Die zu erhebenden Merkmale, die Art der Erhebung und die Auskunftspflichtigen wurden 2009 detailliert im Zensusgesetz 2011 festgelegt. Seit 2009 hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg aus verschiedenen Verwaltungsregistern und von Unternehmen Daten über die Eigentümer und Verwalter von Wohngebäuden und Wohnungen erhalten. In Brandenburg sind von sämtlichen Grundsteuerstellen, von der Landesvermessung und der Geobasisinformation Brandenburg sowie dem Technischen Finanzamt Cottbus knapp 2 Mill. Datensätze eingezogen worden. In Berlin wurden über 3 Mill. Datensätze der Ver- und Entsorgungsbetriebe und vom Liegenschaftskataster 2009 und 2010 abgefordert. Diese Daten mussten im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg aufbereitet werden, da Datenstruktur und Datenqualität nicht immer den Anforderungen entsprachen. Mit den aufbereiteten Daten fand im November 2010 in den Ländern Berlin und Brandenburg die Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung statt. Sie diente der Aktualisierung, Information und Überprüfung der Auskunftspflichtigen für die eigentliche Gebäude- und Wohnungszählung zum Stichtag 9. Mai 2011.

GWZ-Erhebungsvorbereitung

Das Anschriften- und Gebäuderegister (AGR) ist das zentrale Steuerungsinstrument des Zensus 2011. In ihm sind auch alle Anschriften mit Wohnraum in Berlin und Brandenburg enthalten. Für die GWZ war jeder Anschrift mindestens ein Auskunftspflichtiger zuzuordnen. Neben den Eigentümern sind auch Verwalter und sonstige Verfügungs- und Nutzungsberechtigte gleichrangig auskunftspflichtig. Um dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit einer staatlichen Maßnahme zu entsprechen, wurden weder bei der Vorerhebung noch bei der GWZ alle ermittelten Auskunftspflichtigen gleichzeitig angeschrieben.

Eine besondere Herausforderung in Brandenburg stellten Auskunftspflichtigen- und Objektduplikate dar, die sich aufgrund abweichender Schreibweisen von Eigentümernamen und Objektlagebezeichnungen, wie beispielsweise Flurstücksnummern, zu-

nächst ergaben. Durch viele Arbeitsschritte ist es gelungen, diese Objekt- und Auskunftspflichtigen-Duplikate weitgehend zu konsolidieren, sodass zur GWZ-Haupterhebung nur noch knapp 557 000 Versandfälle für ca. 636 000 Objekte zu bearbeiten sind.

In Berlin gab es drei wesentliche Besonderheiten bei der Aufbereitung der Lieferdateien:

- Erstens: Anschriften mit Hausnummernbereichen.
- Zweitens: In den Lieferdateien der Quellen waren häufig reine Gewerbeimmobilien enthalten.
- Drittens: der Flurstücksbezug der Liegenschaftskatasterauskunft (LIKA). Flurstücke können sich über mehrere Anschriften erstrecken. Alle Eigentümer eines Flurstücks werden an allen Anschriften als Eigentümer ausgewiesen.

Im Prozess der Konsolidierung im Hinblick auf die genannten Besonderheiten konnte die Anzahl der Auskunftspflichten von über 600 000 auf 310 000 reduziert werden. Dies gelang nur, weil in Berlin durch das Regionale Bezugssystem eine bundesweit einmalige Datenbasis besteht, die diese Auftrennung maschinell überhaupt möglich macht.

Die o.g. Themen sind keinesfalls regionale Besonderheiten, sondern treten bundesweit auf. So zeichnete sich beispielsweise bereits im Rahmen der GWZ'95 sowie im Zensustest 2001 in Berlin und Brandenburg ab, dass die von den Register führenden Stellen übermittelten Daten z.T. lückenhaft waren und nicht ohne weitere äußerst aufwändige Aufbereitungen für Zensuszwecke verwendbar waren.

Neben der Zuordnung der Auskunftspflichtigen im AGR wurden in beiden Ländern seit 2008 Unternehmen der Wohnungswirtschaft recherchiert, die über einen großen Wohnungsbestand verfügen (im Eigentum oder in Verwaltung). Diesen Unternehmen wurden Sondervereinbarungen über die elektronische Datenlieferung angeboten. Die schriftliche Beantwortung der Fragebogen entfällt damit. In Berlin und Brandenburg schlossen fast 400 Unternehmen mit dem AfS eine Sondervereinbarung ab. Damit wird etwa ein Viertel der Informationen über den Berliner Wohngebäudebestand auf diesem Weg übermittelt. Für Brandenburg liegt dieser Wert bei ca. 7 %. Die Unternehmen übermittelten dem AfS sowohl 2010 als auch 2011 Listen über ihren Gebäudebestand. Die Zuordnung der Unternehmensdaten war ein äußerst aufwändiger Prozess, da die Datenstruktur in vielen Fällen Nacharbeiten erforderte und der Gebäudebestand im Zeitverlauf teilweise erheblich variierte.

Die GWZ-Vorerhebung

In Berlin und Brandenburg wurden ab dem 18. November 2010 rund 830 000 Auskunftspflichtige zur GWZ-Vorerhebung befragt. Während in Brandenburg alle, durch die komplexen Auswahlregeln ausgewählten Auskunftspflichtigen angeschrieben wurden, sind in Berlin Wohnungseigentümer gezielt unberücksichtigt geblieben.

Die Tabelle gibt einen Überblick über die Versandfälle und den Rücklauf der Vorerhebung. In Berlin und Brandenburg

wurde bundesdurchschnittlich ein hoher Rücklauf erzielt. Der um konsolidierungsbedingte Dubletten

	Brandenburg	Berlin
Anzahl der Versandfälle.....	660 000	170 000
Onlinemeldungen ..	101 075	37 613
Belege	276 527	71 428

bereinigte Rücklauf der GWZ-Vorerhebung betrug Ende März 2011 rund 70 % und dauert trotz ursprünglich 14-tägiger Rücksendefrist bis heute an. Sehr hoch war in beiden Ländern auch der Anteil der erstmals in einem Zensus möglichen Onlinemeldungen.

Nach Versand der Vorbefragungsunterlagen gingen im Servicecenter für den Zensus 2011 in den ersten beiden Wochen rund 40 000 Anrufe von Auskunftspflichtigen ein. Insbesondere in den ersten Tagen nach dem Versand der Erhebungsunterlagen erhielt nur ein Bruchteil aller Anrufer/innen eine telefonische Auskunft. Die ebenfalls beworbene Form der Kontaktaufnahme per E-Mail wurde nur von wenigen Menschen genutzt. Allerdings erreichten die GWZ-Fachbereiche mehrere Tausend postalische Anfragen. Thematische Schwerpunkte der Kommunikation mit Auskunftspflichtigen waren allgemeine Fragen zum Zensus und zur Auskunftspflicht, Hinweise zur Zählungsrelevanz einzelner Gebäude, mehrfache Beschickung und die Portofrage.

Die eingegangenen ausgefüllten Fragebogen wurden belegelesen. Die fünf Monate währende Verarbeitung des Vorerhebungsrücklaufs begann direkt nach dem Versand der Erhebungsunterlagen im November 2010 und konnte trotz enormen Zeitdrucks Ende März 2011 erfolgreich abgeschlossen werden.

Trotz intensiver Recherchen ist es nicht immer gelungen, jeder Anschrift mit Wohnraum einen Auskunftspflichtigen zuzuordnen. Es kommen Auskunftspflichtige hinzu, die postalisch nicht erreichbar waren. Insbesondere im Land Brandenburg blieb eine größere Anzahl von Anschriften (ca. 22 000 Anschriften) nach der Vorerhebung ungeklärt.

Die Organisation der GWZ

Die Planungen der GWZ 2011 im engeren Sinne begannen im AfS im Jahr 2008. Während 2008 und 2009 nur wenige Beschäftigte die Zählung vorbereiteten, wurde im November 2010 die maximale Beschäftigtenzahl von jeweils ca. 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den beiden GWZ-Fachbereichen erreicht. Neben der eigentlichen fachlichen Arbeit musste die für Statistiker eher ungewöhnliche Aufgabe bewältigt werden, zwei EU-weite Ausschreibungen der Druck- und Versanddienstleistungen durchzuführen.

In der Hauptbefragung der GWZ wurden in der Zeit nach dem 9. Mai 2011 rund 1 Mill. Fragebogen verschickt. Alle angeschriebenen Auskunftspflichtigen

Anzahl der	Brandenburg	Berlin
Erhebungsbogen	623 639	310 715
Folgebogen	11 985	61 090
Versandfälle	556 818	223 544
Rücklauf (Stand: 7.6.2011)	268 221	130 904

erhielten ein Anschreiben, einen Erhebungsbogen, einen unfrankierten Rücksendeumschlag und ggf. weitere Erhebungs- und Folgebogen. Folgebogen werden immer dann verschickt, wenn sich in einem Wohngebäude mehr als sechs Wohnungen befinden. Unmittelbar nach dem Versand der Unterlagen ging im Callcenter eine Vielzahl von Anrufen ein. Bis Ende Mai 2011 waren es rund 31 000 Anrufe, von denen fast alle Anrufer/innen sofort eine Auskunft erhielten. Die Möglichkeit der Kontaktaufnahme der E-Mail nutzten bisher in Berlin und Brandenburg jeweils 600 Auskunftspflichtige.

Die Entscheidung, vor der eigentlichen Zählung eine Gebäudevorerhebung durchzuführen, erwies sich als sinnvoll. Die Überprüfung und Aktualisierung der ermittelten Auskunftspflichten und der Adressqualität führte zu einem deutlichen Qualitätsgewinn und zu einer Kosten- und Zeitersparnis bei der Haupterhebung. Zusätzlich gab sie die Möglichkeit, Erfahrungen bei der Auskunftserteilung, der Organisationsabwicklung und der Belegverarbeitung zu sammeln.

Organisatorische Vorbereitungen der Haushalbefragung

Neben der schriftlichen Gebäude- und Wohnungszählung ist die Befragung durch Interviewer bei privaten Haushalten und Sonderbereichen der zweite wesentliche Teil der praktischen statistischen Erhebungen für den Zensus 2011.

Bereitstellung und Identifizierung der Anschriften für die Haushalbefragung

Die bundesweite Stichprobenziehung ergab für das Land Brandenburg rund 75 000 Anschriften in der Haushaltsstichprobe, darunter sind 60 Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte (so genannte nicht-sensible Sonderbereiche). Gut 3 000 Anschriften werden im Rahmen der Wiederholungsbefragung noch einmal befragt. Zunächst musste im AfS für jede Stichprobenanschrift geklärt werden, ob die Beschreibung der Anschrift über die Angabe von Ort, Ortsteil, Postleitzahl, Straße und Hausnummer eine eindeutige Identifizierung der Lage ermöglicht. Probleme machten dabei vor allem die zahlreichen Straßenumbenennungen und hierbei insbesondere die Neu- oder Ummummerierungen. Häufig mussten die Ortsteilangaben korrigiert oder ergänzt werden, wenn eine Straßenbezeichnung innerhalb derselben Gemeinde (noch) in mehreren Ortsteilen vorhanden ist. Der unterschiedliche Aktualisierungsstand in den zur Prüfung zur Verfügung stehenden Daten erschwerte die eindeutige Identifizierung erheblich.

Für das Land Berlin wurden 7 500 Anschriften für die Durchführung der Haushalbefragung zufällig ausgewählt, 50 davon sind Wohnheime bzw. Gemeinschaftsunterkünfte. Rund 350 Anschriften werden im Rahmen der Wiederholungsbefragung noch einmal befragt. Probleme mit der Identifizierung der Anschriften waren in Berlin nicht zu verzeichnen; das zentrale Verfahren zur Verwaltung des Anschriftenbestandes im Land Berlin als Einheitsgemeinde hat dies ganz wesentlich ermöglicht. Da das AfS zugleich Erhebungsstelle für das Land Berlin ist, mussten vor der Erhebungsdurchführung von den Stichprobenanschriften 150 Anschriften, an denen mehr als 100 Personen gemeldet sind, vor Ort in mehrere Erhebungsbezirke geteilt werden. Dies ist erforderlich, um den maximalen Erhebungsumfang für den einzelnen Erhebungsbeauftragten sicherzustellen. In Brandenburg wurde diese Einteilung von den 30 örtlichen Erhebungsstellen durchgeführt.

Bereitstellung der Anschriften für die Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen

Im Land Brandenburg gibt es rund 1 500 Anschriften mit Sonderbereichen. Davon sind ca. 500 Anschriften nicht-sensible Einrichtungen. An den anderen 1 000 Anschriften befinden sich sensible Sonderbereiche wie beispielsweise Kinder- und Jugendheime, Justizvollzugsanstalten oder Behindertenwohnheime.

Die grundlegenden Probleme bei der eindeutigen Identifizierung sind identisch mit denen der Haushaltsstichprobe im Land Brandenburg. Darüber hinaus gab es sehr viele Trägerwechsel verbunden mit Namensänderungen und teilweise auch Umzügen innerhalb derselben Gemeinde.

In Berlin gibt es insgesamt 1 200 Anschriften mit Sonderbereichen. Auch hier sind 500 Anschriften den Einrichtungen nicht-sensibler Sonderbereiche zuzuordnen, wovon 200 aufgrund der Größe in mehrere Erhebungsbezirke eingeteilt wurden. An den anderen 700 Anschriften befinden sich sensible Sonderbereiche; eine Einteilung in Erhebungsbezirke ist hier nicht erforderlich, da die Auskunft über die Einrichtungsleitung erfolgt.

Bereitstellung der Materialien für die Erhebungsdurchführung

Für die Erhebungsdurchführung mit Erhebungsbeauftragten direkt nach dem Zensusstichtag sind fünf Typen von Erhebungsbezirken zu unterscheiden:

1. Erhebungsbezirke der Haushaltsstichprobe an Normalanschriften,
2. Erhebungsbezirke der Haushaltsstichprobe an Anschriften mit nicht-sensiblen Sonderanschriften,
3. Erhebungsbezirke an Anschriften mit nicht-sensiblen Sonderbereichen,
4. Erhebungsbezirke an Anschriften mit sensiblen Sonderbereichen,
5. Erhebungsbezirke für Normalbereiche an einer Sonderanschrift.

Für jeden Erhebungsbezirkstyp werden unterschiedliche Unterlagen für die Erhebungsdurchführung verwendet. Dazu gehören neben den jeweiligen Fragebogen und Erhebungslisten auch die entsprechenden Anschreiben, Terminankündigungskarten und Informationsmaterialien. Diese Unterlagen wurden ergänzt durch weitere Materialien und Unterlagen, wie Interviewerausweise, die Arbeitsanleitung sowie die Vordrucke für Bestellung und Verpflichtung der Erhebungsbeauftragten. Weiterhin waren Transportkoffer und Sammelmappen sowie Durchziehsiegel, verschiedene Briefumschläge, Kugelschreiber und Notizzettel vorgesehen. All diese Unterlagen mussten von den Erhebungsstellen individuell für jeden Erhebungsbeauftragten zusammengestellt und nach der Schulung übergeben werden.

Der Vorlauf für die Beschaffung dieser Unterlagen betrug bis zu einem Jahr, teilweise waren europaweite Ausschreibungen erforderlich. Insgesamt wurden für Berlin und Brandenburg fast 2 Mill. Erhebungsbogen bereitgestellt. Dazu kommen rund 600 000 Anschreiben und 1 Mill. Terminankündi-

gungskarten sowie über 1 Mill. Umschläge, um nur die umfangreichsten Positionen zu quantifizieren. Wesentlicher Bestandteil der Beschaffungen war die dezentrale Lieferung der Materialien direkt an die Erhebungsstellen in Berlin und Brandenburg.

Zum Berichtszeitpunkt Ende Mai 2011 war die Haushaltebefragung in beiden Ländern, die um den Zensusstichtag 9. Mai 2011 begann, in vollem Gange.

Zentrale Eingangsbearbeitung für Berlin und für das Land Brandenburg

In der Erhebungsstelle Berlin ist der Bereich der Eingangsverarbeitung für Berlin und für das Land Brandenburg organisatorisch angesiedelt. Hier wird zum einen der Posteingang für die Gebäude- und Wohnungszählung aus Berlin und Brandenburg und die Haushaltebefragungen Berlins bearbeitet (Lieferkontrolle, Brieföffnung, Briefentleerung, Sortierung des Briefinhalts). Zum anderen werden die Eingänge der Haushaltebefragungen aus den Erhebungsstellen geprüft und registriert sowie alle Fragebogen für die Datenerfassung vorbereitet. Darüber hinaus wird sogenanntes Zusatz- und Sonderschriftgut für die Weiterverarbeitung präpariert. In den Aufgabenbereich der Eingangsverarbeitung fällt auch die Archivierung der erfassten Belege in besonders geschützten Kellerräumen. Dabei registrieren die Mitarbeiter jedes einzelne Arbeitspaket an jeder Arbeitsstation bis zum Archivierungsort.

Bis zum 31. Mai 2011 lag der Briefeingang für die Gebäude- und Wohnungszählung bei ca. 170 000 Briefen, die tagesaktuell verarbeitet und der Datenerfassung bereitgestellt wurden. Die größte Tagesmenge wurde am 27. Mai 2011 mit 25 864 Briefen verzeichnet. Für die Haushaltebefragungen in Berlin zählte die Erhebungsstelle bis zum 31. Mai 2011 einen Rücklauf von rund 3 000 Briefen. Die Erhebungsstellen in Brandenburg haben bis dahin rund 11 000 Fragebogen in Papierform an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gesandt.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Als Beitrag zu Transparenz und Vertrauenswerbung sucht das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den Zensus 2011 den Kontakt zu den regionalen und überregionalen Medienvertretern, Datenschutzbeauftragten, Interessenverbänden, Verbraucherzentralen und zur Bevölkerung, um diese umfassend über den Zensus 2011 in Berlin und Brandenburg zu informieren.

Pressekonferenzen

Ein Großteil der Berliner und Brandenburger Gebäude- und Wohnungseigentümer kam erstmals im November 2010 mit dem Zensus 2011 in Berührung, als zur Klärung der Auskunftspflicht die Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt wurde. Anlässlich der Vorerhebung veranstaltete das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg am 12. November 2010 am Zensusstandort die erste Pressekonferenz. Neben der regionalen Tagespresse wurden regionale Immobilienverbände sowie die immobilienpezifische Fachpresse eingeladen.

Zur Durchführung der Befragungen im Rahmen des Zensus 2011 sind in Berlin und in Brandenburg ab dem 9. Mai bis Ende Juli 2011 mehr als 6 000 Erhebungsbeauftragte unterwegs. Hier galt es in Berlin insgesamt 1 800, in Brandenburg 4 300 Erhebungsbeauftragte für diese ehrenamtliche Tätigkeit zu gewinnen. Um die Berliner und Brandenburger Erhebungsstellen bei der Suche nach Erhebungsbeauftragten zu unterstützen, wurde am 21. Januar 2011 eine zweite Pressekonferenz durchgeführt.

Mit dem Stichtag 9. Mai 2011 hat bundesweit der Zensus 2011 begonnen. Zum Start der ersten Volkszählung in Deutschland seit fast 25 Jahren hat das AfS am 4. Mai 2011 erneut zu einer Pressekonferenz eingeladen. Die Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, die Projektleitung und die Kollegen der Fachbereiche und Erhebungsstellen setzen sich in verschiedenen Medien öffentlich für den Zensus 2011 ein. Bereits vor und im Nachgang zur Pressekonferenz wurden von den Kolleginnen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zahlreiche Anfragen der Medien zum Zensus 2011 bearbeitet sowie eine Vielzahl an Fernseh- und Radiointerviews koordiniert.

Pressemitteilungen

Begleitend zu den Pressekonferenzen gibt das AfS Pressemitteilungen zu aktuellen Anlässen rund um den Zensus 2011 in Berlin und Brandenburg heraus. Seit dem Start der Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung im November 2010 bis zum Zensusstichtag am 9. Mai 2011 hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ein Dutzend Pressemitteilungen veröffentlicht.

Hintergrundgespräche

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg tritt zur Förderung des öffentlichen Dialoges proaktiv an die Medien heran und pflegt den regelmäßigen Austausch mit Journalisten. In mehreren Hintergrundgesprächen waren Journalisten dazu eingeladen, über aktuelle Entwicklungen des Projektes zu diskutieren. Das erste Hintergrundgespräch mit dem rbb Berlin-Brandenburg fand zum Start der Vorerhebung für die Gebäude- und Wohnungszählung statt, mit dem Ziel, dieses Thema in geeigneten Formaten des Rundfunks zu platzieren. Ein zweites Hintergrundgespräch wurde anlässlich der Gewinnung von Erhebungsbeauftragten geführt. Ein drittes Hintergrundgespräch fand mit der Berliner Zeitung zum Auftakt des Zensus 2011 statt.

Telefonische Auskunfterteilung zum Zensus 2011

Telefonische Anfragen zum Zensus 2011 werden für alle Erhebungsteile im Zeitraum vom 2. Mai 2011 bis zum 30. September 2011 – erreichbar von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 20 Uhr – durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) übernommen. Diese Dienstleistungen umfassen die Übernahme der Bürgeranrufe und telefonische Auskunfterteilung zum Zensus in Berlin und Brandenburg im Frontoffice und im Falle spezieller Fachfragen die Anrufweiterleitung an das AfS im Backoffice. Zu diesem Zweck sind für Berlin und für Brandenburg zwei separate Service-nummern eingerichtet. Bis zu 25 Agenten-Arbeitsplätze mit dazugehöriger Technik sind im Service-

center des ITDZ Berlin bereitgestellt. Bei erhöhtem Anrufaufkommen können weitere 25 Arbeitsplätze besetzt werden.

Bereits zur Vorerhebung der Gebäude- und Wohnungszählung wurde das ITDZ beauftragt. Im Zeitraum vom 15. November 2010 bis zum 23. Dezember 2010 wurden für Berlin knapp 11 000 Anrufe entgegengenommen, für Brandenburg knapp 30 000. Das stärkste Anrufaufkommen war am Montag nach dem Versandtermin 18. November 2010 mit ca. 13 000 Anrufen zu verzeichnen und nahm in der Folge über den vierwöchigen Zeitraum kontinuierlich ab. Die Wochenspitzen waren stets montags. Die meisten Bürger riefen zwischen 9 Uhr und 10 Uhr vormittags sowie zwischen 13 Uhr und 14 Uhr nachmittags an.

Für die telefonische Auskunfterteilung erhielten die Mitarbeiter des ITDZ Berlin vorab eine Schulung nach den Vorgaben des AfS zu allgemeinen Fragen zum Zensus, insbesondere zur Gebäude- und Wohnungszählung und zum Umgang mit Beschwerden. Am häufigsten wurden Fragen zur Echtheit der Befragung, Frankierungspflicht der Rücksendeumschläge, Mehrfachzustellung von Fragebogen, aber auch zur generellen Auskunftspflicht gestellt.

Seit dem Start der Haupterhebung zum Zensus 2011 am 9. Mai 2011 bis Ende Mai 2011 sind vom ITDZ für das Land Berlin mehr als 18 000 telefonische Anfragen entgegengenommen worden. Für das Land Brandenburg sind bis Ende Mai 2011 aufgrund der stufenweisen Versendung der Fragebogen zur Gebäude- und Wohnungszählung bislang etwa 13 000 Anrufe zu verzeichnen. Diese Zahlen liegen deutlich unter den Erwartungen nach den Erfahrungen aus der Vorerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung.

OTRS-Ticketsystem (Open Ticket Request System)

Für die elektronischen Anfragen nutzt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ein modernes, ebenfalls vom ITDZ bereitgestelltes OTRS-Ticketsystem. Dieses ermöglicht es u.a., bei häufig gestellten Anfragen vorbereitete Antworten zu geben. Anrufe außerhalb der Servicezeiten des Servicecenters werden in dieses E-Mail-System übergeben und direkt an das AfS weitergeleitet. Ziel ist es, alle gestellten Anfragen innerhalb einer Woche zu beantworten.

Über das OTRS-Ticketsystem sind zum Zeitpunkt der Vorerhebung für die Gebäude- und Wohnungszählung im AfS ca. 1 000 Anfragen für Berlin und für Brandenburg beantwortet worden.

Internetauftritt zum Zensus 2011 in Berlin und Brandenburg

Auf dem eigens für das Projekt konzipierten Internetauftritt unter www.zensus-berlin-brandenburg.de werden fortwährend Informationen zum Zensus 2011 speziell für die Bevölkerung in Berlin und Brandenburg bereitgestellt und kontinuierlich aktualisiert. Ergänzend dazu stehen in der Infothek und auf den Unterseiten Informationen zu allen Erhebungsteilen in Form von Faltblättern, Broschüren und Mustern als PDF zum Download zur Verfügung. Zusätzlich wurde zum Zensusstichtag eine barrierefreie Unterseite mit Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen zum Zensus 2011 entwickelt.

Faltblätter / Plakate

Anfang April 2011 startete das Statistische Bundesamt eine breit angelegte Informationskampagne zum Zensus 2011. Die bundesweite Kampagne endete Mitte Mai und umfasste neben Kino- und TV-Spots auch Großflächenplakate, City-Light-Poster und Anzeigen im Internet. Neben dem vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten Informationsmaterial sind begleitend zur Vorerhebung für die Gebäude- und Wohnungszählung, für die Gewinnung von

Faltblätter	Anzahl
Zehn Fragen – Zehn Antworten	394 000
Vorerhebung Gebäude- und Wohnungszählung	1 000
Erhebungsbeauftragte für den Zensus 2011 in Berlin und in Brandenburg gesucht!	100 000
Zensus 2011 und Mikrozensus	43 000
Broschüren	
Zehn Fragen – Zehn Antworten	7 000
Plakate	
Zensusstichtag 9. Mai 2011	2 500
Erhebungsbeauftragte für den Zensus 2011 in Berlin und in Brandenburg gesucht!	2 500

Berliner Fenster

Im Zeitraum vom 9. Mai 2011 bis 13. Mai 2011 war auf Initiative des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg eine Woche lang morgens in der Zeit von 6 Uhr bis 8 Uhr sowie nachmittags in der Zeit von 14 Uhr bis 16 Uhr im Berliner Fenster aller Berliner U-Bahnen der Spot des Statistischen Bundesamtes zum Zensus 2011 zu sehen.

Ende Mai 2011 konzentriert sich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf die Beantwortung von täglich eintreffenden Presse- und Interviewanfragen zum Zensus 2011 sowie die telefonische und elektronische Auskunfterteilung gegenüber Auskunftspflichtigen.

Redaktion: *Zensus-Team*

Erhebungsbeauftragten und den Zensusstichtag haus-eigene Faltblätter und Plakate für den Einsatz vor Ort entwickelt worden.

Ein Index zur Erfassung von Problemlagen für Berliner Grundschulen

Die Anwendung von Kerndichteschätzungen für die Bildungsberichterstattung

Bildung wird in modernen Gesellschaften als Humankapital, als vermehrbare Produktionsressource verstanden. Ein Staat mit breit angelegtem Bildungs- und Ausbildungssystem und hohem Bildungsstand der Bevölkerung gilt als international wettbewerbsfähig, innovativ und erfolgreich. Zudem ist Bildung ein Indikator für Demokratisierung und Emanzipation, wobei der Bildungszugang und -erwerb ausschließlich über meritokratische Prinzipien gesteuert werden soll, d. h. Status, Prestige und Macht sollen aufgrund von individueller Leistung und nicht aufgrund von vererbtem Stand legitimiert sein (Allmendinger 2009: 49).

Wie Studien der empirischen Bildungsforschung sowie die Ergebnisse internationaler Schulleistungstudien belegen, haben soziale und kulturelle Merkmale von Schülerinnen und Schülern einen Einfluss auf schulische Leistungen. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen erreichen bei gleicher Begabung schlechtere Schulleistungen als solche aus sozial besser gestellten Familien. Dies wird verstärkt, wenn die Kinder und Jugendlichen zusätzlich die Unterrichtssprache unzureichend beherrschen.

Bevölkerung in Berlin

Ein aktueller Bundesländervergleich der Kompetenzen von Neuntklässlern in den Fächern Deutsch, Englisch bzw. Französisch zeigt, dass die Verknüpfung zwischen sozialer Herkunft und sprachlicher Leistungen in Berlin am stärksten ist. Darüber hinaus erzielten Schüler mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Ergebnisse als Schüler ohne Migrationshintergrund (Köller et al. 2010). Diese Bevölkerungsgruppen sind in Berlin nicht nur stark repräsentiert, sondern konzentrieren sich zudem auf einzelne Stadtgebiete. In Berlin hat etwa ein Viertel aller Einwohner einen Migrationshintergrund. Diese Personen konzentrieren sich auf die Bezirke Mitte (44,4 %), Neukölln (38,6 %) und Friedrichshain-Kreuzberg (36,6 %) (AFS, ISQ 2008: 37-38). Personen mit

Nicht nur die soziale und kulturelle Herkunft des einzelnen Schülers wirkt sich auf die Schulleistungen aus, auch die Zusammensetzung der Schülerschaft spielt eine Rolle, da diese einerseits das Klassenniveau bestimmt und andererseits die Leistungen Einzelner beeinträchtigt. Dies zeigt sich darin, dass Schüler in Schulen mit hohen Anteilen benachteiligter Schüler weniger leisten, als aufgrund ihrer individuellen Lernvoraussetzungen zu erwarten wäre (Valtin 2009: 12).

Insbesondere in Städten kann die Zusammensetzung der Schülerschaft zwischen einzelnen Schulen sehr unterschiedlich sein, da sich die Bevölkerung in Bezug auf soziale und kulturelle Merkmale ungleich über die Stadt verteilt. Rekrutieren Schulen ihre Schüler ortsnah, gestaltet sich die Komposition der Schülerschaft je nach Sozialstruktur des Einzugsgebietes. Entsprechend sind Schulen in sozial benachteiligten Gebieten stärker gefordert als Schulen in gut situierten Gebieten. Die Gegebenheiten am Schulstandort bilden also eine Rahmenbedingung, unter der die Arbeit der Schulen stattfindet. Dies führt zu der Notwendigkeit, die sozialstrukturellen und kulturellen Gegebenheiten am Schulstandort zu erfassen, insbesondere wenn Ergebnisse von flächendeckenden Lernstandserhebungen verglichen werden sollen.

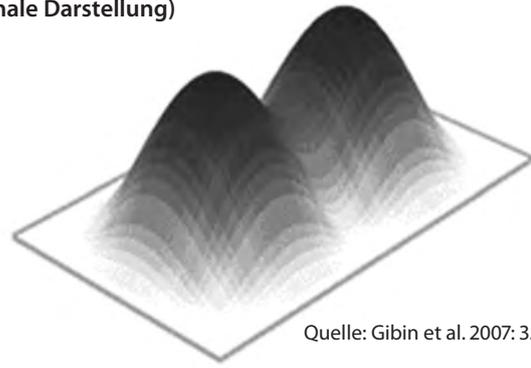
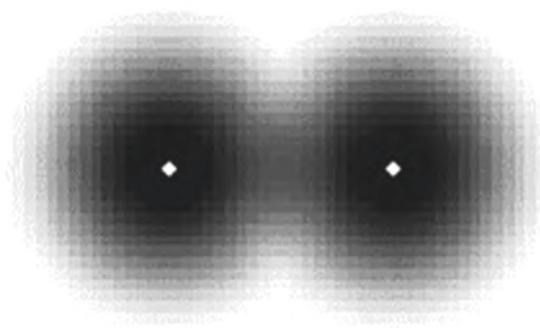
Migrationshintergrund sind aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Fertilitätsrate und eines altersabhängigen Migrationsverhaltens besonders stark in den jüngeren Altersgruppen vertreten. Unter den bis 15-jährigen Berlinern hatte im Jahr 2008 fast die Hälfte einen Migrationshintergrund (www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie).

Bei kleinräumiger Betrachtung wird deutlich, dass die Quoten der Personen mit Migrationshintergrund insbesondere bei der unter 19-jährigen Bevölkerung in einzelnen lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) der genannten Bezirke Werte von nahezu 90 % annehmen. Demgegenüber gibt es Gebiete in Berlin, in denen die Quote der unter 19-jährigen Personen mit Migrationshintergrund bei lediglich 2 % liegt (AFS, ISQ 2008: 39).

Nicht nur Personen mit Migrationshintergrund sind ungleich über die Stadt verteilt, sondern auch sozial benachteiligte Einwohner. Dies zeigt sich insbesondere an den sehr unterschiedlichen Quoten der Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). In Berlin lebten 2008 17,7 % der Bevölkerung in Bedarfsgemeinschaften. Deutlich höher lag diese Quote bei den unter 3-Jährigen mit 41,9 %. In den Bezirken Neukölln, Marzahn-Hellersdorf und Mitte sind die Leistungsempfänger nach dem SGB II mit über 50 % vertreten. Auch jeder zweite unter 3-Jährige lebt dort in einer Bedarfsgemeinschaft. Betrachtet man die LOR, zeigt sich, dass die Quote

der Personen in Bedarfsgemeinschaften im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bis zu 75,2 % beträgt. Im Kontrast dazu gibt es in Berlin auch LOR, in denen der Anteil der Leistungsempfänger nach dem SGB II unter 1 % liegt (AFS, ISQ 2008: 49-50).

Aus der ungleichen Verteilung der Bevölkerung nach kulturellen und sozialen Gesichtspunkten im Stadtgebiet wird deutlich, dass Bildungseinrichtungen unter sehr unterschiedlichen Bedingungen agieren müssen. Dies betrifft insbesondere die wohnortnah genutzten vorschulischen Einrichtungen und Grundschulen. Eine Erfassung der sozialstrukturellen und kulturellen Gegebenheiten an den Standorten der Berliner Bildungseinrichtungen erscheint vor diesem Hintergrund als notwendig.

Abb.1 **Quartic-Kernel** zweier Punkte (zwei- und dreidimensionale Darstellung)

Quelle: Gibin et al. 2007: 3.

Um die demografischen und sozialstrukturellen Bedingungen in einzelnen Teilen Berlins abzubilden, wurden bisher Daten zur Bevölkerungsstruktur auf die Ebene von Gebieten wie Bezirke, Stadtteile oder LOR aggregiert. Es ergeben sich Mittelwerte, die sich auf regionale Einheiten beziehen. Soziale und kulturelle Ungleichheiten können jedoch auch innerhalb von regionalen Einheiten und über deren Grenzen hinweg existieren. Durch die Aggregation auf bestimmte Gebietseinheiten gehen entsprechend kleinräumige Informationen verloren, dieser Effekt zeigt sich umso deutlicher, je großflächiger die regionale Einheit ist. Da dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für Berlin sowohl Einwohnerdaten als auch Daten zu den Leistungsempfängern nach dem SGB II

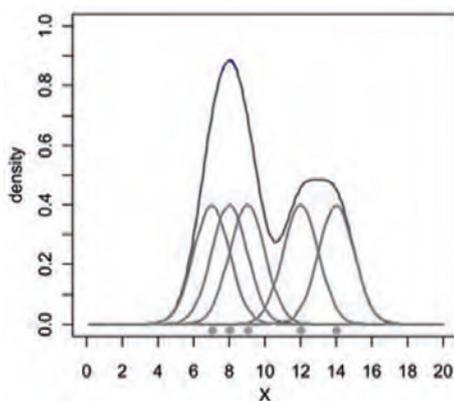
adressgenau vorliegen, besteht die Möglichkeit, ein alternatives Verfahren zur Erfassung sozialer Problemlagen, unabhängig von vordefinierten Gebiets-einheiten, anzuwenden.

Methodik

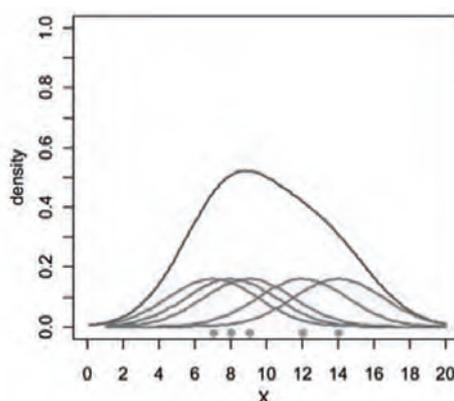
Zur Erfassung der Rahmenbedingungen von Schulstandorten wurden Kerndichteschätzungen auf Basis der SGB II-Daten durchgeführt. Jeder Schule lässt sich so ein Wert zuordnen, der die sozialen Gegebenheiten am Schulstandort widerspiegelt. Anhand dieses Wertes und auf Grundlage schulbezogener Daten zur kulturellen Zusammensetzung der Schülerschaft wurde ein Index mit Hilfe einer Hauptachsenanalyse gebildet. Die statistischen Verfahren werden im Folgenden skizziert.

Abb.2 **Einfluss der Bandbreite**

KDE – Schmale Bandbreite



KDE – Größere Bandbreite



Quelle: Bensen et al. 2009: 51.

Kerndichteschätzung – Kernel-Density-Estimation (KDE)

Die Kerndichteschätzung ist eine Methode, mit deren Hilfe die räumliche Verteilung von Punkten bzw. Ereignissen, wie Adressen von Einwohnern mit einem bestimmten Merkmal, analysiert werden können. Dazu werden aus den Punktdaten Häufigkeitsdichten und Dichteflächen unabhängig von regionalen Einheiten erzeugt.

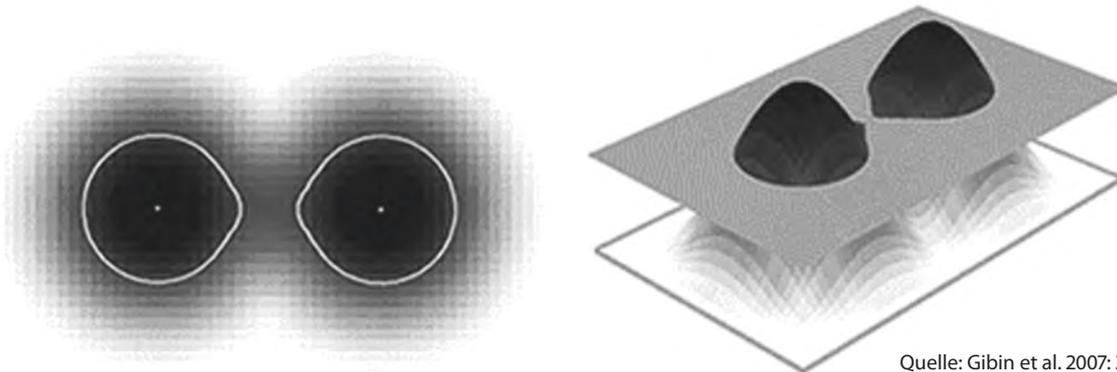
Zunächst wird ein Raster über das Untersuchungsgebiet gelegt. Um für jede Rasterzelle einen Dichteschätzwert zu ermitteln, wird über jeden Adresspunkt eine Dichtefunktion, ein „Kernel“, gesetzt¹; die Werte der einzelnen „Kernel“ werden zu einer Kerndichte aufsummiert. Die Distanzen zwischen der Rasterzelle und den Adresspunkten fließen in die Berechnung mit ein, wobei geringere Distanzen die Schätzwerte erhöhen (Abbildung 1). Die Schätzwerte aller Rasterzellen werden dann als eine kontinuierliche Oberfläche dargestellt (Bensen et al. 2009; Schröpler 2009; Gibin et al. 2007).

Wahl der Bandbreite

Die Bandbreite bzw. Streuung einer Dichtefunktion hat einen direkten Einfluss auf die Kerndichteschätzwerte. Während eine größere Bandbreite zu einer stärkeren Glättung der Funktion führt und so einen Informationsverlust mit sich bringen kann, resultiert aus einer schmalen Bandbreite eine geringere Glättung, was zur Überschätzung der Dichtewerte führen kann (Abbildung 2).

¹ Dazu kann z. B. ein *Quartic-Kernel* oder eine Gauss-Normalverteilung verwendet werden.

Abb. 3 50 %-PVC-Linie für zwei Punkte (zwei- und dreidimensionale Darstellung)



Quelle: Gibin et al. 2007: 3.

Es gibt keine statistischen Richtlinien zur Festlegung der Bandbreite. Mit Hilfe verschiedener Berechnungsverfahren lassen sich auf Grundlage der Punktdaten geeignete Bandbreiten ermitteln. Je nach Verfahren können sich dabei sehr unterschiedliche Bandbreiten ergeben. Es sollten dann Dichteschätzungen auf Basis der verschiedenen ermittelten Bandbreiten durchgeführt und deren Ergebnisse kritisch miteinander verglichen werden (Bonsen et al. 2009; Schräpler 2009).

Percentage Volume Contours (PVC)

Ausgehend von der höchsten Dichte kennzeichnen die PVC vorab zu bestimmende Volumina der dreidimensionalen Kerndichtefunktion. Bei einer 20 %-PVC-Linie handelt es sich beispielsweise um eine Höhenlinie, welche die oberen 20 % des Volumens der Kerndichtefunktion erfasst. In Abbildung 3 ist die 50 %-PVC-Linie für zwei (Adress-) Punkte dargestellt.

Die Höhenlinien lassen sich anschließend in Polygone umwandeln, die bestimmte Dichtekategorien abgrenzen (Bonsen et al. 2009; Schräpler 2009; Gibin et al. 2007).

Faktorenanalyse (Hauptachsenanalyse)

Die Faktorenanalyse ist eine Methode zur Dimensionsreduktion, mit deren Hilfe ermittelt werden kann, ob sich mehrere beobachtbare Variablen auf wenige dahinterstehende komplexe Variablen, also Faktoren, zurückführen lassen. Ziel ist es, diese Faktoren zu extrahieren.

Ein Index kann als komplexe Hintergrundvariable aufgefasst werden, insofern eignet sich die Faktorenanalyse zur Indexkonstruktion. Es wird dann nur ein Faktor extrahiert, der die manifesten Variablen repräsentiert. Eine Methode zur Extraktion eines Faktors ist die Hauptachsenanalyse, mit deren Hilfe die Varianz, die mehrere Variablen gemeinsam haben, durch einen Faktor erklärt wird (Backhaus 2003).

Datengrundlage

Die Einwohnerregisterstatistik

Das Einwohnerregister wird dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vom Landeseinwohneramt zur Verfügung gestellt. Das Register enthält anonymisierte Daten zu allen am Stichtag (30. Juni bzw. 31. Dezember) melderechtlich registrierten Einwohnern Berlins, wobei Personen, die in mehreren Bezirken von Berlin gemeldet sind, dem Bezirk der Hauptwohnung zugeordnet werden. Folgende relevante Erhebungsmerkmale sind enthalten: Bezirk, Alter, Datum des Zuzugs nach Berlin und Datum des Zuzugs in den Bezirk. Zudem ist die Unterscheidung der Einwohner nach Staatsangehörigkeit und Herkunftsland möglich und es können Personen mit Migrationshintergrund identifiziert werden. Als Hilfsmerkmale für die kleinräumige regionale Zuordnung sind die Straßenummer und die Hausnummer mit Hausnummernzusatz enthalten (www.statistik-berlin-brandenburg.de).

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Die Bundesagentur für Arbeit erhebt Angaben zu den Bedarfsgemeinschaften und deren Mitgliedern. Die Statistik der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden ist u. a. nach den folgenden Merkmalen auswertbar: Geschlecht, Alter, Familienstand (verheiratet/nicht verheiratet), alleinerziehend, Staatsangehörigkeit (Deutsch/Nationalitäten nach dem amtlichen Schlüssel des Statistischen Bundesamtes), Einreisestatus (Aussiedler/Asylbewerber/Asylberechtigter/Kontingentflüchtling), Schulbildung (höchster erreichter Schulabschluss), Berufsausbildung (Art der letzten abgeschlossenen Berufsausbildung), Ausbildungsberuf (Berufsklasse der letzten abgeschlossenen Berufsausbildung)².

In der Grundsicherungsstatistik wird über die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften, deren Einkünfte, Bedarfe, Wohnsituationen und gewährte Leistungen berichtet. Dabei werden neben den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auch die nicht erwerbsfähigen Personen in den Bedarfsgemeinschaften einbezogen; das sind vor allem Kinder unter 15 Jahren.

² Die Merkmale Schulbildung und Berufsausbildung sind sehr lückenhaft erfasst.

Erfasst werden in der Statistik die Arbeitslosen und Arbeitssuchenden mit Wohnort im Bundesgebiet. Die Zuordnung zu regionalen Gliederungen bei Auswertungen erfolgt adressscharf nach dem Wohnort. Die Datenbereitstellung durch die Bundesagentur für Arbeit für die statistischen Ämter erfolgt u. a. in Form eines pseudonymisierten Einzeldatensatzes (Qualitätsbericht: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, Version 3.0, Stand: 16.05.2008; Qualitätsbericht: Statistik der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden, Version 1.0, Stand: 24.10.2005; www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/l.html).

VERA 3

Seit dem Schuljahr 2008/2009 werden bundesweit einheitliche Vergleichsarbeiten am Ende der Jahrgangsstufe 3 (VERA 3) und 8 (VERA 8) durchgeführt, an denen sich alle Bundesländer beteiligen. In Berlin und Brandenburg ist die Teilnahme für alle öffentlichen Grund- und Sekundarschulen verbindlich. Diese verpflichtende Durchführung ist eine Maßnahme der Gesamtkonzeption der Länder Berlin und Brandenburg und soll die Schulen in ihrem Bemühen um eine Steigerung der Unterrichtsqualität unterstützen und die Leistungsfähigkeit der Schulen Berlins und Brandenburgs erhöhen (www.isq-bbb.de/Vergleichsarbeiten.4.0.html).

An den für das Schuljahr 2008/2009 bundesweit im Mai 2009 durchgeführten Vergleichsarbeiten der Jahrgangsstufe 3 nahmen 23 523 Berliner Schüler im Fach Deutsch und 23 614 im Fach Mathematik teil. Zur Teilnahme verpflichtet waren davon 22 290 (im Fach Deutsch) bzw. 22 371 Schüler (im Fach Mathematik) aus 1396 Klassen und 394 öffentlichen Grundschulen. Die übrigen Drittklässler, die der Schulen in freier Trägerschaft, waren nicht zur Teilnahme verpflichtet und stellten ihre Daten somit freiwillig und unsystematisch zur Verfügung. Insgesamt nahmen 33 Schulen in freier Trägerschaft mit 72 Klassen und ca. 1 200 Schülern der dritten Jahrgangsstufe teil. Die Teilnehmer aus diesen Schulen wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Einerseits aufgrund der Datengüte, andererseits aufgrund der Tatsache, dass die Möglichkeit der überregionalen Rekrutierung der Schülerschaft besteht, was nicht mit den theoretischen Annahmen der vorliegenden Analyse vereinbar ist.

Unter den zur Teilnahme verpflichteten Schülern waren knapp 50 % Mädchen und fast 30 % Schüler nichtdeutscher Herkunft. Der Anteil der Schüler mit einer Teilleistungsstörung im Fach Deutsch betrug 5,3 %.

Es wurden Aufgaben im Fach Deutsch zu den in den Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz formulierten Inhaltsbereichen *Leseverständnis* und *Schreiben* bearbeitet sowie Aufgaben im Fach Mathematik zu den Bereichen *Raum & Form* und *Daten, Häufigkeit & Wahrscheinlichkeit*. Zur Erfassung des gesamten Leistungsspektrums der Schüler in den jeweiligen Inhaltsbereichen mussten Aufgaben mit

unterschiedlichem Schwierigkeitsniveau bearbeitet werden.

Die Ergebnisse wurden nach Lösungshäufigkeit und nach Fähigkeitsniveau (weniger als grundlegende, grundlegende, erweiterte und fortgeschrittene Fähigkeiten) vom Institut für Schulqualität (ISQ), das mit der Administration und der Unterstützung der Schulen bei der Durchführung beauftragt wurde, ausgewertet und übermittelt. Für die vorliegende Analyse wurden vom ISQ Daten zur Verfügung gestellt, welche auf die Ebene der Schulen aggregiert sind. Der vorliegende Datensatz enthält neben den Lösungshäufigkeiten und den Verteilungen auf die einzelnen Fähigkeitsniveaus Merkmale der beteiligten Schülerschaft, die sich auf die Drittklässler einer Schule beziehen. Dabei handelt es sich um den Anteil an männlichen Schülern, den Anteil an Wiederholern bzw. Verweilern im dritten Jahrgang, den Anteil an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache sowie den Anteil an Schülern mit Teilleistungsstörung im Fach Deutsch bzw. Mathematik.

Indikatorenauswahl

Im Vorfeld der Kerndichteschätzung wurden Zusammenhangsanalysen zwischen den Ergebnissen der flächendeckenden Vergleichsarbeiten (VERA 3) von Berliner Drittklässlern im Schuljahr 2008/09 mit den Daten des Einwohnerregisters und der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Die Indikatorenauswahl erfolgte anhand der Ergebnisse dieser Analysen.

Es hat sich gezeigt, dass von den Indikatoren zur Erfassung der Bevölkerungsstruktur insbesondere die SGB II-Quote eines Einschulungsbereichs mit den durchschnittlichen Schülerleistungen in enger statistischer Beziehung steht³. Insofern wird davon ausgegangen, dass die SGB II-Quote der wichtigste Indikator zur Abbildung sozialer Problemlagen ist⁴. Die Datenlage lässt eine Unterscheidung der Leistungsempfänger nach dem SGB II nach Altersgruppen zu. Entsprechende differenzierte Analysen haben gezeigt, dass die SGB II-Quote der erwachsenen Bevölkerung in stärkerem Zusammenhang mit der Varianz der Schulleistungen steht als die Quote der minderjährigen Hilfeempfänger. Eine Beschränkung auf die SGB II-Quote der Minderjährigen erscheint dementsprechend nicht sinnvoll.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass der Anteil an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache mit dem durchschnittlichen Leistungsniveau im Zusammenhang steht⁵. Die Quote der Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache liegt für die Drittklässler der Berliner Grundschulen im Schuljahr 2008/09 vor, so dass dieser Indikator bei der Indexbildung einfließen kann. Die Verwendung dieses Indikators erscheint aus zwei weiteren Gründen als sinnvoll:

1) Nicht die kulturelle Herkunft eines Kindes ist von entscheidender Bedeutung für dessen schulische Leistungen, sondern die Kenntnis der deutschen Sprache. In die Kategorie nichtdeutsche Herkunftssprache fallen zweisprachige Schüler,

³ Es wurden außerdem folgende Indikatoren in der Analyse berücksichtigt: der Anteil an Adressen in einfacher Wohnlage, der Anteil an Personen mit einer Wohndauer von mindestens fünf Jahren, die Einwohnerdichte, der Migrantenanteil.

⁴ Darüber hinaus hat eine Faktorenanalyse der o. g. Indikatoren zur Bevölkerungsstruktur gezeigt, dass die SGB II-Quote sowohl die höchste Kommunalität als auch die höchste Faktorenladung aufweist.

⁵ Zu den berücksichtigten Merkmalen der Jahrgangskomposition gehören der Anteil an Wiederholern, der Anteil an Schülern mit einer Teilleistungsstörung im Fach Deutsch oder Mathematik und der Jungenanteil.

bei denen, unabhängig von Nationalität und Geburtsort, Deutsch nicht die vorwiegend gehörte und/oder gesprochene Sprache ist. Damit wird berücksichtigt, dass ein Teil der Schülerschaft in Deutschland geboren ist, aber nicht überwiegend Deutsch spricht bzw. nicht in Deutschland geboren ist, jedoch hauptsächlich Deutsch spricht (www.standardsicherung.schulministerium.nrw.de/vera3/upload/download/VERA-Landau/Durchfuehrung_VERA3_NW_2010_online.pdf).

- 2) Mit der Berücksichtigung dieses Indikators wird dem Problem der Selektivität Rechnung getragen. Durch die gezielte Vermeidung von Schulen und das Ausweichen auf Privatschulen durch bildungsbewusste Eltern sind die Migrantenquoten an den Schulen teilweise höher als im Einschulungsbereich. Die Quote der Schüler nichtdeutscher Herkunft liefert entsprechend ein realistischeres Bild der Schülerzusammensetzung als beispielsweise die Quote der Personen mit Migrationshintergrund im Einschulungsbereich.

Ein auf Grundlage von SGB II-Dichten und den Quoten der Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache generierter Index bildet sowohl die sozialen Gegebenheiten am Schulstandort als auch die Zusammensetzung der Schülerschaft hinsichtlich ihres primären Sprachgebrauchs ab. Es werden also sowohl soziale als auch migrationspezifische Rahmenbedingungen, unter denen die Grundschulen agieren, erfasst.

Ergebnisse

Berechnung der SGB II-Dichten (I)

Da dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Adressen der Transferleistungsempfänger nach dem SGB II zur Verfügung stehen, kann die Dichte dieser mithilfe des *Kernel-Density*-Verfahrens berechnet werden.

Da eine hohe Leistungsempfängerdichte ein Ausdruck von hoher Bevölkerungsdichte sein kann, wird die Anzahl der SGB II-Empfänger an jeder Adresse ins Verhältnis zur Einwohnerzahl an der entsprechenden Adresse gesetzt.

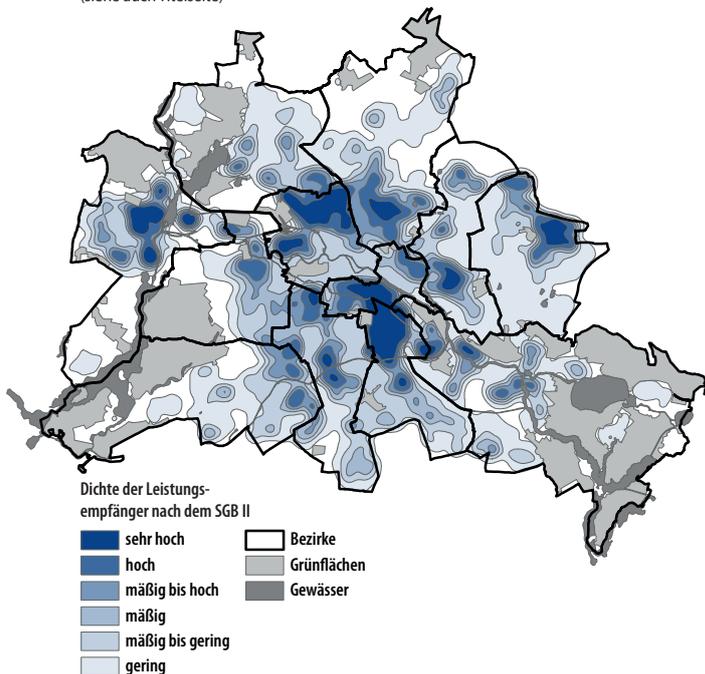
Als „Kernel“ für die Dichteschätzung nutzt die verwendete Software (vgl. Beyer 2004) eine Approximierung der Gauß-Normalverteilung durch einen *Quartic-Kernel*.

Mit verschiedenen Verfahren wurden mehrere Bandbreiten anhand der vorliegenden Daten ermittelt. Auf Grundlage dieser Bandbreiten wurden Kerndichteschätzungen durchgeführt, deren Ergebnisse einerseits mit kartierten kleinräumigen SGB II-Quoten verglichen und andererseits mit den Daten der Vergleichsarbeiten der Grundschüler im dritten Jahrgang korreliert wurden. Eine Bandbreite von 500 m hat sich in beiderlei Hinsicht als optimal herausgestellt.

Anhand der errechneten Dichtewerte wurden die *Percentage Volume Contours* generiert und auf deren Basis die in der Abbildung 4 (siehe auch Titelseite) dargestellten Polygonflächen erzeugt.

Wie der Legende der Karte und der Tabelle 1 zu entnehmen ist, stellen die dunklen Flächen die Gebiete mit einer sehr hohen SGB II-Dichte dar. Diese Flächen weisen ausgehend von der höchsten Dichte die oberen 20 % des Volumens der Kerndichtefunktion aus. Sehr hohe SGB II-Dichten sind im innenstadtnahen Bereich, also im Wedding, Teilen von Tiergarten, in Kreuzberg und in Nordneukölln zu finden sowie in wenigen Teilen von Lichtenberg, Hellersdorf, Prenzlauer Berg und Spandau. Helle Flächen weisen die Gebiete mit den vergleichsweise geringsten SGB II-Dichten aus. Diese sind in den Randregionen zu finden, dort wo es auch Gebiete gibt, in denen keine Transferleistungsempfänger leben.

Abb. 4 Polygone für Berlin bei einer Bandbreite von 500 m (siehe auch Titelseite)



Tab. 1 Kodierung der Dichtekategorien der Leistungsempfänger nach dem SGB II in Berlin

Flächen	Dichte der Leistungsempfänger nach dem SGB II
≤20 %	sehr hoch
>20 bis 35 %	hoch
>35 bis 50 %	mäßig bis hoch
>50 bis 65 %	mäßig
>65 bis 80 %	mäßig bis gering
>80 %	gering

Die verwendete Software lässt es zu, Dichtewerte an bestimmten Adresspunkten, wie Grundschulstandorte, zu exportieren. Dies macht die Anwendung einer alternativen Vorgehensweise möglich, sofern Dichtewerte für eine beschränkte Anzahl von Punkten ermittelt werden sollen. Da eine hohe Dichte an SGB II-Leistungsempfängern ein Ausdruck von hohen Einwohnerdichten sein kann, musste wie oben beschrieben, die Zahl der Hilfeempfänger pro Adresse durch die Zahl der Einwohner an dieser Adresse dividiert werden. Anschließend wurden anhand der resultierenden Quoten pro Adresse Kerndichteschätzungen durchgeführt.

Für die Ermittlung von Dichtewerten an einzelnen Grundschulstandorten wurden alternativ dazu separate Kerndichteschätzungen für die Leistungsempfänger nach dem SGB II (ohne Berücksichtigung der Einwohner an der jeweiligen Adresse) und für die Einwohner durchgeführt. Nach der Extraktion der Werte an den Grundschulstandorten konnten die Dichtewerte der Hilfeempfänger ins Verhältnis zu den Dichtewerten der Einwohner gesetzt werden.

Aufgrund der Ergebnisse von Zusammenhangsanalysen zwischen den jeweils ermittelten Dichtewerten und den SGB II-Quoten der Einschulungsbereiche wurden die mit dem zweiten Verfahren ermittelten Dichtewerte für die Indexbildung genutzt.

Bildung eines Index zur Erfassung von Problemlagen

Um die sozialen und migrationsspezifischen Rahmenbedingungen der Berliner Grundschulen darzustellen, wurde auf Basis der Dichtewerte der SGB II-Leistungsempfänger der jeweiligen Schulstandorte und der Quoten der Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache mithilfe einer Hauptachsenanalyse ein Index gebildet, so dass den einzelnen Grundschulen ein Indexwert zugeordnet werden konnte. Grundschulen in Wedding, Tiergarten, Kreuzberg, Nordneukölln und teilweise auch in Spandau sind am stärksten von Problemlagen betroffen. Hier sind sowohl die SGB II-Dichten als auch die Quoten der Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache im dritten Jahrgang des Schuljahres 2008/09 der Grundschulen besonders hoch. Es gibt aber auch Gebiete, in denen die SGB II-Dichten gering sind und die Anteile an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache ebenfalls. Dies ist mit Ausnahme von Teilen von Spandau und Marzahn-Hellersdorf in den Randgebieten der Fall.

Bivariate Korrelationen zwischen den Schülerleistungen und den ermittelten Indexwerten zeigen, dass der Index in stärkerem Zusammenhang mit den Schülerleistungen steht als die SGB II-Dichte ohne Berücksichtigung des Anteils an Schülern mit nichtdeutscher Herkunftssprache im Dritten Jahrgang. Der Index zur Erfassung von Problemlagen steht jedoch nur in zwei von vier Testbereichen in engerer Beziehung zu den Schulleistungen als die SGB II-Quote im Einschulungsbereich (Tabelle 2).

Tab.2 **Zusammenhang zwischen durchschnittlichen Schülerleistungen und SGB II-Dichte, Indexwert und SGB II-Quote (Pearsons Korrelationskoeffizient) in Berlin**

Durchschnittliche Lösungshäufigkeiten	SGB II-Dichte	Indexwert	Quote im Einschulungsbereich
im Bereich:			
Leseverständnis	-0,70	-0,76	-0,72
Schreiben	-0,63	-0,67	-0,70
Raum und Form	-0,57	-0,63	-0,63
Daten, Häufigkeit und Wahrscheinlichkeit	-0,64	-0,72	-0,70

Fazit

Das Anliegen dieser Untersuchung war es, einen Index zur Erfassung von Problemlagen für Berliner Grundschulen zu entwickeln, der die Gegebenheiten am Schulstandort erfasst und Informationen zur Sprachherkunft der Schülerschaft berücksichtigt. Ausgehend von der Annahme, dass die SGB II-Quote ein wichtiger Indikator zur Abbildung von sozialen Problemlagen darstellt, wurden auf Basis von Adressdaten der Hilfeempfänger nach dem SGB II Kerndichteschätzungen durchgeführt. Dieses Schätzverfahren hat den Vorteil, dass flächendeckende Daten unabhängig von vorgegebenen regionalen Einheiten ausgewertet werden können. Aus den ermittelten SGB II-Dichtewerten und den Anteilen an Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache im dritten Jahrgang des Schuljahres 2008/09 der einzelnen Grundschulen wurde dann mit Hilfe einer Hauptachsenanalyse ein Index zur Erfassung von Problemlagen gebildet. Die Indexwerte wurden anschließend in fünf Kategorien eingeteilt.

Die für die Grundschulen ermittelten Indexwerte stehen in deutlichem statistischen Zusammenhang mit der Varianz der Ergebnisse der Vergleichsarbeiten. In zwei von vier Testbereichen ist die statistische Beziehung zwischen dem Index und den Leistungen enger als die Beziehung zwischen der SGB II-Quote und den Leistungen. Der Zusammenhang zwischen der Varianz der Schülerleistungen und der Varianz des Index deutet darauf hin, dass Ergebnisse von Vergleichsarbeiten nicht unabhängig von den sozialen Gegebenheiten am Schulstandort und der Zusammensetzung der Schülerschaft hinsichtlich ihrer Sprachherkunft interpretiert werden sollten. Mit Hilfe des entwickelten Index könnten Leistungstestergebnisse zwischen den Schulen sinnvoll verglichen werden. Über die Verwendung des Index bei der Interpretation von Vergleichsarbeiten hinaus könnte der Index bei der personellen und finanziellen Ausstattung von Grundschulen berücksichtigt werden.

Autorin: *Christin Laschke*

Frau Laschke war Studentin der Freien Universität Berlin, Institut für Soziologie, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Diese Arbeit entstand im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Bildungsbericht 2010.

Literatur

- Allmendinger, J.; Nikolai, R.; Ebner, C. (2009): Soziologische Bildungsforschung. In: Tippelt, R.; Schmidt, B. (Hg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden: VS Verlag, (47–70).
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS); Institut für Schulqualität (ISQ) (2008): Bildung in Berlin und Brandenburg 2008.
- Backhaus, K.; Erichson B.; Plinke, W.; Weiber, R. (2003): Multivariate Analysemethoden. Springer: Berlin.
- Bensen, M., Bos, W., Imhäuser K.; Makles, A., Schräpler, J.-P., Terpoorten, T. und Weishaupt, W. (2009): Prüfung der Leistungsfähigkeit und Verbesserung der Struktur amtlicher Daten im Rahmen der Konstruktion von schulbezogenen Sozialindizes. BMBFProjekt, Förderkennzeichen PL13051A, Endbericht.
- Gibin, M.; Longley, P.; Atkinson, P. (2007): Kernel Density Estimation and Percent Volume Contours in General Practice Catchment Area Analysis in Urban Areas. London: GISRUUK.
- Köller, O.; Knigge, M.; Tesch, B. (2010): Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Befunde des ersten Ländervergleichs zur Überprüfung der Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch. Zusammenfassung.
- Kuhl, P.; Fahrych, P. (2009): Vera 3. Vergleichsarbeiten der Jahrgangsstufe 3 im Schuljahr 2008/09. Länderbericht Berlin. Berlin: Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg.
- Levine, N. (2004): CrimeStat III Version 3.0. A Spatial Statistics Program for the Analysis of Crime Incident Locations. Houston, TX. The National Institute of Justice, Washington, DC.
- Qualitätsbericht: Statistik der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden, Version 1.0, Stand: 24.10.2005;
- Qualitätsbericht: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, Version 3.0, Stand: 16.05.2008;
- Schräpler, J.-P. (2009): Verwendung von SGB II-Dichten als Raumindikator für die Sozialberichterstattung am Beispiel der „sozialen Belastung“ von Schulstandorten in NRW. Ein Kernel-Density-Ansatz. In: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 57
- Valtin, R. (2008): Soziale Ungleichheit in Deutschland – Zentrale Ergebnisse aus IGLU 2006 und PISA 2006. In: Wernstedt, R.; John-Ohnesorg, M. (Hg.): Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg, Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III, Dokumentation der Sitzung des Netzwerk Bildung vom 24.01.2008, 12–14.

Internetressourcen

- www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie/einwohner_staatsangehoerigkeit.html (27.4.2010).
- www.isq-bbb.de/Vergleichsarbeiten.4.0.html (18.11.2009)
- www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/l.html (12.09.2009)
- www.standardsicherung.schulministerium.nrw.de/vera3/upload/download/
- VERA-Landau/Durchführung_VERA3_NW_2010_online.pdf (07.08.2010)
- www.statistik-berlin-brandenburg.de (10.10.2009)

Softwareressourcen

- ArcGIS 9.2: Environmental System Research Institute, Inc. (ESRI) (1995–2008).
- Beyer, H. L. (2004): Hawth's Analysis Tools for ArcGIS.
- MapInfo Professional Version 7.5: Map Info Corp. (1985–2003).
- R 2.7.0 / R. 2.7.1: R Development Core Team (2008): R: A Language and environment for statistical computing. R. Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria.
- SPSS 15.0: SPSS Inc. (1989–2006).

Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe

Einführung

Im Mittelpunkt der energiepolitischen Diskussion in Deutschland steht häufig der Umwandlungsbereich.

Das Thema Energieverbrauch und Energienutzung ist nicht nur durch die aktuell geführte Atom- und Klimaschutzdiskussion in Politik und Medien allgegenwärtig, sondern es ist vor dem Hintergrund der immer knapper werdenden Ressourcen und den dadurch steigenden Energiepreisen auch Gegenstand ökonomischer Optimierungsprozesse. Die Frage nach der Energieeffizienz lässt sich dabei auf allen energiewirtschaftlichen Ebenen stellen.

Im Umwandlungsbereich geht es um die optimale Ausnutzung der primären Energieträger zur Erzeugung von Strom, Wärme und anderen sekundären Brennstoffen. Wichtige Ansatzpunkte bilden hier gekoppelte Prozesse, bei denen in Kraftwerken sowohl Wärme als auch Strom erzeugt wird und dadurch bei der Verbrennung der Energieträger ein größerer Anteil der frei werdenden Energie genutzt werden kann (Wirkungsgrad).

Neben der Umwandlung der Energieträger lässt sich die Energieverwendung auch aus der

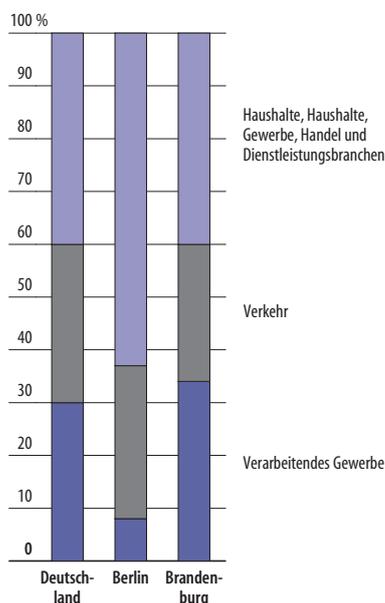
Sicht des Endenergieverbrauchs diskutieren. Beim Endenergieverbrauch werden im Allgemeinen drei Verbrauchergruppen unterschieden. Der Verkehrssektor ist in erster Linie ein Verbraucher von Mineralölprodukten. Hier kann zum einen durch die

Entwicklung sparsamer Verbrennungsmotoren und zum anderen durch eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens der Energiebedarf gesenkt werden. Die privaten Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungsbranchen (GHD) bilden zusammen einen weiteren Energienutzungssektor. Neben einer Änderung im Nutzungsverhalten können Energieeinsparungen hier vor allem über energetische Sanierungen der Wohn- und Dienstgebäude realisiert werden. Im Industriesektor dagegen kommen zusätzlich die zum Teil sehr energieintensiven Produktionsprozesse zum Tragen. Energieeinsparungen sind hier häufig mit großen Investitionen in die bestehenden Produktionsanlagen oder in den Bezug anderer Rohstoffe verbunden.

Die Abbildung 1 gibt für das Jahr 2007 einen Überblick über die Bedeutung der drei vorgestellten Verbrauchergruppen in den Ländern Berlin und Brandenburg sowie für das gesamte Bundesgebiet. In Deutschland bilden die Haushalte und GHD die größte Verbrauchergruppe mit einem Anteil von etwas über 40 % am gesamten Endenergieverbrauch. Der Verkehrssektor und das Verarbeitende Gewerbe liegen im Bundesdurchschnitt gleich auf – mit einem Energieverbrauch von jeweils 30 % im Vergleich zum Gesamtergebnis. Der Verkehrssektor hat auch in Berlin und Brandenburg einen ähnlichen Anteil am Endenergieverbrauch. Der große Unterschied zwischen diesen beiden Ländern liegt hier in der Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes als Energieverbraucher: In Brandenburg fällt über ein Drittel des Endenergieverbrauchs auf das Verarbeitende Gewerbe, in Berlin liegt dieser Anteil bei knapp 8 %. In der Hauptstadt liegt dagegen der Energieverbrauch der Haushalte und GHD mit 63 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Diese großen Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg sind in erster Linie durch die Industrieschwerpunkte der beiden Länder zu erklären. In Berlin sind die Nahrungs- und Futtermittelindustrie, die Pharmaindustrie und die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen einer der größten Energieverbraucher des Verarbeitenden Gewerbes. In Brandenburg zählen hierzu die besonders energieintensiven Industriebranchen der Metallerzeuger- und -bearbeiter, der Hersteller von Glas, Glaswaren und Keramik und der Chemieindustrie.

Eine Analyse der Energieverwendung des Verarbeitenden Gewerbes ist nicht nur aufgrund der quantitativen Bedeutung dieses Sektors als Verbraucher von Endenergie interessant, sondern insbesondere auch wegen der besonderen Rolle von Energie

Abb. 1 Anteile am Endenergieverbrauch der Sektoren in Berlin, Brandenburg und Deutschland im Jahr 2007



im Produktionsprozess eines Industriebetriebes. Der Einsatz von Energie kann hier als ein Produktionsfaktor gesehen werden, der neben den Beschäftigten, den Rohstoffen und den Produktionsanlagen erforderlich ist, um die Industriegüter herzustellen. Vor diesem Hintergrund kann ein positiver Zusammenhang zwischen Energieeinsatz und dem Wert der Industrieproduktion erwartet werden: Je mehr ein Industriebetrieb produziert, desto größer ist sein Energieverbrauch.

Die Bemühungen der letzten Jahre um eine höhere Energieeffizienz der Produktionsprozesse legt nun die Vermutung nahe, dass sich dieser Zusammenhang nach und nach auflösen sollte. Produktionssteigerungen sollten also nicht im selben Umfang eine Erhöhung des Energieverbrauches nach sich ziehen. Das Ziel einer höheren Energieeffizienz ist demnach eine zunehmende Entkopplung von Energie und Produktion, die sich auch in den amtlichen statistischen Daten zum Verarbeitenden Gewerbe niederschlagen würde.

Wie steht es nun also mit der Energieeffizienz des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg? Dies ist die zentrale Frage dieses Beitrags. Zuvor soll in einer ausführlichen Darstellung der Energieverwendung des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland ein Überblick über die allgemeine Entwicklung gegeben werden.

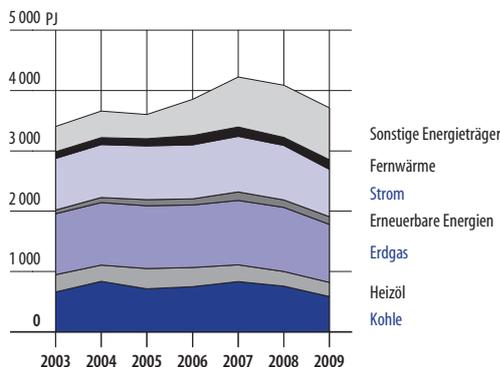
Die Datengrundlage dazu bildet in erster Linie die Erhebung über die Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden für die Jahre 2003 bis 2009. In dieser jährlichen Erhebung über den Bezug, die Erzeugung, die Abgabe, den Verbrauch und den Bestand von Energieträgern und Brennstoffen sind Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten auskunftspflichtig. Ein direkter Vergleich mit den Ergebnissen vor dem Jahr 2003 ist aus methodischen Gründen nicht sinn-

voll, da diese Erhebung mit der Novellierung des Energiestatistikgesetzes seit diesem Jahr vollständig neu organisiert und inhaltlich erweitert worden ist¹. Verglichen werden diese Daten mit Ergebnissen der monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Somit handelt es sich um eine Verknüpfung zweier unterschiedlicher statistischer Erhebungen, die sich zumindest für das hier verwendete Jahresergebnis auf den gleichen Berichtskreis beziehen.

Allgemeine Entwicklung in Deutschland

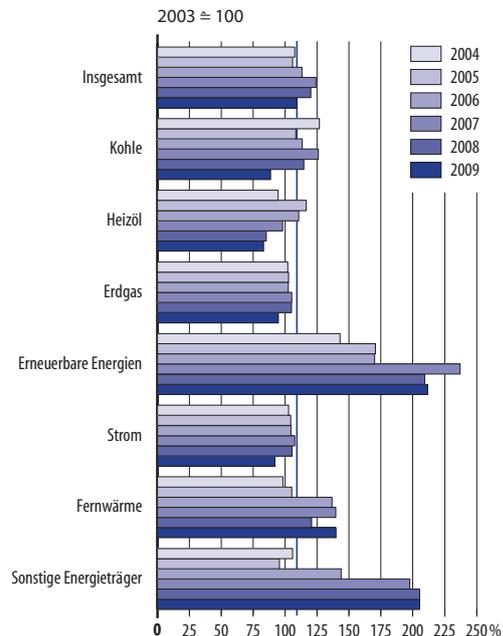
In den letzten beiden Jahren ging der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe für das gesamte Bundesgebiet deutlich sichtbar zurück (Abbildung 2). Von insgesamt 4 225 PJ im Jahr 2007 verringerte sich der Energieträgereinsatz bis zum Jahr 2009 um 12,1% auf 3 712 PJ. Diese temporäre Entwicklung hat ihre Hauptursache vermutlich in der Wirtschaftskrise, die in Deutschland im Herbst 2008 ihren Anfang nahm, denn verglichen mit dem Ausgangsjahr 2003 ist immer noch eine Zunahme des Energieverbrauchs um 9,0% zu beobachten. Dieser Anstieg des Energieverbrauchs im Verarbeitenden Gewerbe seit 2003 hat seine Ursache in der Entwicklung von drei Energieträgern, die bisher nur einen kleinen Anteil am Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe haben (Abbildung 3): Seit 2003 ist der Verbrauch von Erneuerbaren Energieträgern (+111,7%), Fernwärme (+39,9%) und den sonstigen Energieträgern (+105,3%) im Verarbeitenden Gewerbe deutlich gestiegen. Zu den sonstigen Energieträgern gehören unter anderem Industrieabfälle, Dampf, Wasserstoff und sonstige Gase. Dagegen ist im Vergleich zum Jahr 2003 insbesondere der Verbrauch fossiler Energieträger wie Heizöl (-16,9%), Kohle (-11,5%) und Erdgas (-5,2%) im Jahr 2009 deutlich zurückgegangen. Über die letzten Jahre betrachtet können wir somit einen

Abb. 2 Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe Deutschland von 2003 bis 2009 in PJ



¹ Siehe dazu: Bayer, Wolfgang (2003): Amtliche Energiestatistik neu geregelt, in: Wirtschaft und Statistik 1/2003, Wiesbaden.

Abb. 3 Entwicklung der Energieträgerverwendung im Verarbeitenden Gewerbe Deutschland



Tab.1 **Energieträgereinsatz bei den größten Energieverbrauchern im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands 2009**

WZ	Wirtschaftsabteilung	Ins-gesamt in PJ	Kohle	Heizöl	Erdgas	Erneuer- bare Energien	Strom	Fern- wärme	Sonstige Energie- träger
20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen.....	1 012	3,1	3,0	32,6	1,3	15,3	8,3	36,5
24	Metallerzeugung und -bearbeitung.....	698	48,2	1,0	15,3	0,0	17,3	0,3	17,8
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung.....	498	6,6	22,3	6,2	•	6,0	0,7	58,1
17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus.....	274	7,6	1,6	37,9	16,8	27,8	5,5	2,8
23	Herstellung von Glas, -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden.....	271	20,8	8,1	35,4	1,9	15,4	0,2	18,1
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln.....	192	5,6	8,5	51,0	1,4	28,8	3,0	1,7
29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.....	100	•	2,2	30,6	0,1	52,4	13,5	0,6
16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel).....	78	•	2,2	8,1	63,6	20,7	5,0	0,2
22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren.....	78	0,4	5,8	25,4	1,6	58,8	6,2	1,9
28	Maschinenbau.....	76	0,3	11,5	30,7	0,5	47,0	6,7	3,3
B-C	Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau sowie Gewerbe von Steinen und Erden.....	3 712	15,8	6,4	25,9	3,4	21,2	4,2	23,2

Ein Blick auf die Energieverwendung in den energieintensivsten Wirtschaftszweigen der deutschen Industrie im Jahr 2009 (Tabelle 1) verdeutlicht hinsichtlich des Energieträgereinsatzes große Branchenunterschiede. Der größte industrielle Energienutzer ist die Chemiebranche mit einem Energieverbrauch von 1 012 PJ und einem Anteil von 27,3 % am gesamten Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe des Jahres 2009. Besonders wichtig sind hier insbesondere die sonstigen Energieträger (36,5 %) und das Heizöl (32,6 %). Beim zweitgrößten Energieverbraucher, der Metallerzeugung und -bearbeitung ist die Kohle mit einem Anteil 48,2 % der wichtigste Energieträger. In der Kokerei

und Mineralölverarbeitung werden dagegen in erster Linie sonstige Energieträger eingesetzt (58,1 %). Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie nutzt zu einem besonders großen Anteil Erdgas (51,0 %), erneuerbare Energien finden großen Einsatz in der Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (63,6 %). Besonders stromintensiv sind dagegen die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (58,8 %), der Fahrzeugbau (52,4 %) und der Maschinenbau (47,0 %).

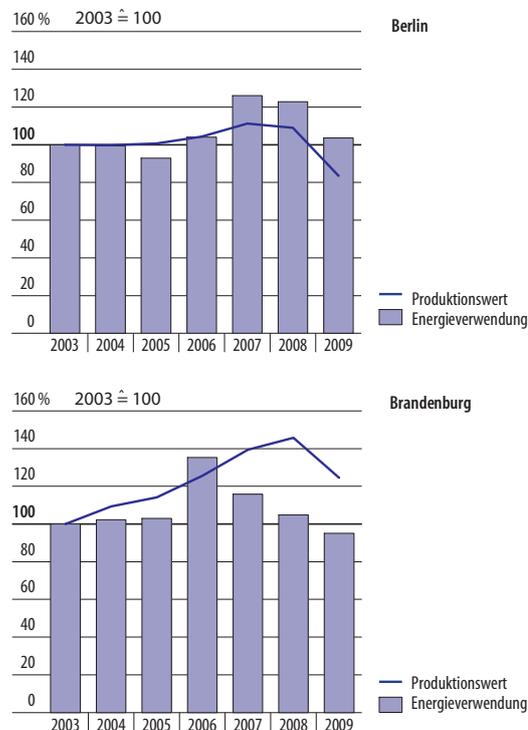
Energieintensität in Berlin und Brandenburg

Die Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe der Länder Berlin und Brandenburg ist Gegenstand der Abbildungen 4 und 5. Während in Berlin der Energieverbrauch des Jahres 2009 noch 3,7 % oberhalb des Ergebnisses aus dem Jahr 2003 liegt, verbraucht im Jahr 2009 die Brandenburger Industrie 4,9 % weniger Energie als 2003.

Ein Vergleich mit der Entwicklung des Produktionswertes verdeutlicht die starke Kopplung von Energieverbrauch und Produktion in Berlin (Abbildung 4, oben). In den Jahren 2007 und 2008 stieg der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe Berlins überproportional zum Wert der produzierten Güter an. Im Jahr 2009 brach die Produktion in Berlin dagegen deutlich stärker ein als der industrielle Energieverbrauch. Auch in Brandenburg (Abbildung 4, unten) ist eine Kopplung der Energieverwendung an den Produktionswert zu beobachten. Im Gegensatz zu Berlin liegt hier jedoch der relative Anstieg des Produktionswertes im Vergleich zum Jahr 2003 in jedem Jahr (bis auf 2006) über dem Anstieg des Energieverbrauches.

Ein Vergleich von Energieverbrauch und Produktionswert im Verarbeitenden Gewerbe Berlin und

Abb. 4 **Entwicklung des Energieverbrauchs und des Produktionswertes im Verarbeitenden Gewerbe Berlins und Brandenburgs**



Trend zur Ausdifferenzierung des Energieträgermixes beobachten, wie er in der gesamten Energieversorgung in Deutschland vollzogen wird.

Brandenburgs wirft die Frage nach der Energieintensität der industriellen Produktion auf. In der Abbildung 5 sind für sechs der energieintensivsten Industriebranchen in Berlin und Brandenburg der Energieverbrauch in GJ je 1000 EUR Produktionswert dargestellt. Für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt wird deutlich, dass die Energieintensität der Brandenburger Industrie deutlich über, die Ergebnisse der Berliner Industrie dagegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Solche Unterschiede können auf die unterschiedliche Industriestruktur in den beiden Bundesländern zurückzuführen sein. Aus diesem Grund wurde auch die Energieintensität in einzelnen Industriebranchen miteinander verglichen. Dabei treten geringfügige Länderunterschiede insbesondere bei den Herstellern und Gummi- und Kunststoffwaren, bei den Herstellern von Metall- und Kunststoffwaren und in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie auf. Bei den Herstellern von Glas, Glaswaren und Keramik sowie in der Metallherzeugung und -bearbeitung liegt die Energieintensität der Brandenburger Betriebe deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Berliner Industriebetriebe weisen dagegen in keinen der ausgewählten Branchen eine Energieintensität auf, die über dem Bundesergebnis liegt. Ursächlich dafür sind die verschiedenen Industrieschwerpunkte und Wertunterschiede innerhalb einzelner Wirtschaftszweige. So liegt zum Beispiel der Preis für eine Tonne Aluminium deutlich über dem Preis für eine Tonne Stahl. Daraus erklären sich die Differenzen in der Energieintensität der überwiegend Aluminium produzierenden Berliner Metallindustrie und des Stahlschwerpunktes der Brandenburger Metallherzeuger.

Fazit

Von einer Entkopplung von Energieverbrauch und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe kann auf Basis des analysierten Datenmaterials nicht gesprochen werden. Insbesondere im Krisenjahr 2009 hat sich gezeigt, wie stark der Energieverbrauch von der Industrieproduktion abhängt. Da die Energieintensität maßgeblich von den technischen Produktionsprozessen abhängig ist, können hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Energieverbrauch und Produktion deutliche Unterschiede sowohl zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen als auch zwischen den Regionen beobachtet werden. Diese Faktoren können nur durch Analyse der Energieverwendung auf der Basis von Mikrodaten methodisch kontrolliert werden. In der wissenschaftlichen Literatur sind derartige Analysen nur begrenzt anzutreffen.² Großes Analysepotenzial bietet da das Modul „Energieverwendung“ des AfID-Betriebspanels der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.³ Mithilfe dieses Datenangebotes werden die betrieblichen Mikrodaten aus den Konjunktur- und Strukturhebungen im Verarbeitenden

Abb. 5 Energieintensität in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbe in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2009

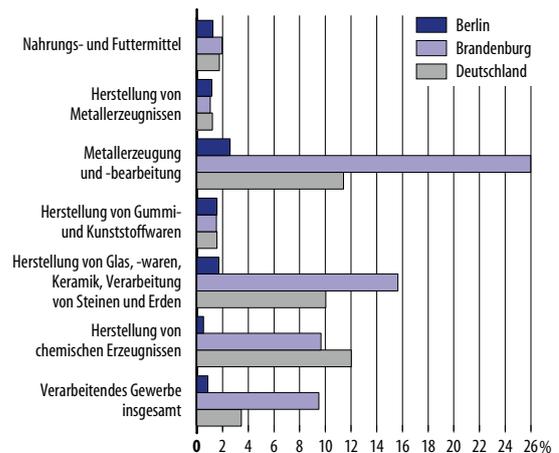
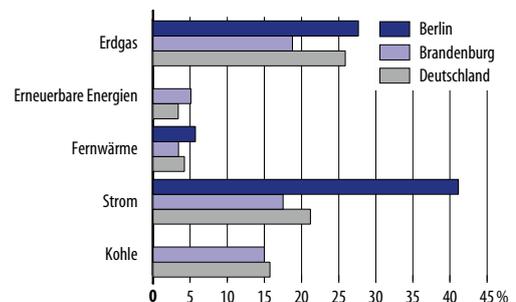


Abb. 6 Anteil ausgewählter Energieträger am Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe Berlins, Brandenburgs und Deutschlands 2009



Gewerbe mit der Erhebung über die Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe verknüpft und damit der Zusammenhang zwischen Produktion und Energieverbrauch analysierbar gemacht.

Die analysierten Daten geben darüber hinaus noch keine Auskunft über die aus dem Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe resultierenden CO₂-Emissionen. Dazu muss in erster Linie der landesspezifische Energieträgermix berücksichtigt werden (Abbildung 6). Hier zeichnet sich die Berliner Industrie durch einen überdurchschnittlichen Verbrauch an Strom, Erdgas und Fernwärme aus, während in Brandenburg die Verwendung emissionsfreier, erneuerbarer Energieträger über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Für den bedeutenden Energieträger Strom ergeben sich zusätzlich große Unterschiede hinsichtlich der zur Erzeugung eingesetzten Energieträger. Während in Berlin im Jahr 2007 rund 1,8 % der Stromerzeugung auf erneuerbare Energieträger zurückzuführen war, lag dieser Anteil in Brandenburg bei 17,0 % an der Bruttostromerzeugung. Für eine klimapolitische Bewertung der Energieeffizienz im Verarbeitenden Gewerbe der Länder Berlin und Brandenburg sind diese Ergebnisse zu berücksichtigen.

² Siehe dazu: Petrick, Sebastian; Rehdanz, Katrin; Wagner, Ulrich, J. (2011): "Energy Use Patterns in German Industry: Evidence from Plant-level Data", in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 231/3: 379–414.

³ Siehe dazu: Malchin, Anja; Pohl, Ramona (2007): Firmendaten der amtlichen Statistik – Datenzugang und neue Entwicklungen im Forschungsdatenzentrum, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 76, 3: 8–16.

Der Mikrozensus in Brandenburg – Wandel von Methode, Inhalt und Form

Das Erhebungskonzept

Im ersten Jahr des Mikrozensus in Brandenburg war an eine andere Befragungsform als das mündliche Interview mit Hilfe eines Erhebungsbogens noch

1991 wurde in Brandenburg der Mikrozensus in der amtlichen Statistik eingeführt. Wegen des veränderten Befragungsumfangs, der hinzugekommenen neuen Bundesländer und im Ergebnis der Volkszählung von 1987 in der Bundesrepublik war das Mikrozensusgesetz 1990 angepasst worden. Inzwischen erfolgten 1996 und 2004 Neufassungen mit umfangreichen Veränderungen und Angleichungen an die gesellschaftlichen Erfordernisse.

nicht zu denken. 280 neu angeworbene Interviewer begannen ihre Arbeit mit Erhebungsbögen, bei denen alle Fragen sofort im Bogen signiert wurden. Dadurch betrug die Seitenzahl lediglich vier. Allerdings waren Mikrozensus und EU-Arbeitskräftestichprobe (AKS) noch getrennt, sodass zwei verschiedene Fragebögen nacheinander eingesetzt wurden. Kamen noch Zusatzerhebungen wie Fragen zur Wohnsituation, ein EU-Ad-hoc-Modul oder freiwillige Zusatzfragen hinzu, wuchs die Zahl der Bögen einschließlich der für die schriftliche Befragung vorgesehenen auf acht unter-

schiedliche Erhebungsunterlagen an. Das erforderte sowohl im Amt als auch bei den Interviewern stets höchste Konzentration. Innerhalb der Bundesrepublik hatten zudem die Länder einen unterschiedlichen Auswahlsatz bei der AKS. In Brandenburg betrug der Auswahlsatz 0,4 %. Der schon damals nur für die Haushalte verwendete schriftliche Fragebogen hatte im Mikrozensus einen Umfang von 21 Seiten und ca. 95 bis 100 Fragen. Heute schwankt der Bogenumfang zwischen 150 und 200 Fragen und bis zu 58 Seiten, je nach Erhebungsjahr.

Die Zahl der zu befragenden Haushalte betrug 1991 in Brandenburg etwas mehr als 10 000, bei einer Bevölkerung von 2,64 Mill., heute haben wir 2,53 Mill. Einwohner und befragen ca. 12 000 Haushalte.

1994 begann für den Mikrozensus in Brandenburg eine neue Ära. Mit Hilfe des Statistischen Bundesamtes wurde mit der Vorbereitung der computer-gestützten Befragung begonnen und im April 1995 gelangten 10 Geräte mit einer Kapazität von je 16 Megabyte Arbeitsspeicher zu den Interviewern. Ohne Tests, ohne jegliche Ersatzgeräte, ohne einen Plan B wurden die Computer eingesetzt. Programmfehler, Hardwareprobleme u. a. durften einfach nicht auftreten. Dass alles wirklich reibungslos und ohne Pannen ablief, grenzt aus heutiger Sicht fast an ein Wunder. Wenn größere Probleme auftraten, dann waren sie eher durch versäumte Absprachen mit dem Statis-

tischen Bundesamt bedingt. So, als schon im Folgejahr sämtliche Geräte nicht mehr für die Feldarbeit verwendet werden konnten, da das zur Verfügung gestellte Softwareprogramm aus den Niederlanden (Blaise) bereits 32 Megabyte Arbeitsspeicher benötigte. Diese Probleme konnten schnell, unkompliziert und ohne viel Bürokratie gelöst werden, 15 Geräte mit 64 Megabyte der neuesten möglichen Konfiguration gelangten zum Einsatz – schließlich musste auch hier das Kosten-Leistungsverhältnis beachtet werden.

Brandenburg war das erste Bundesland, welches Laptops in der Feldarbeit des Mikrozensus einsetzte. Hessen folgte, aber bis 1998 blieb es bei vereinzelt Vorstößen der Länder.

2001 wurde dann der flächendeckende Einsatz von Laptops in der Erhebung beschlossen, aber es dauerte noch ein paar Jahre, bis alle Länder diese Technik umfassend nutzten.

1998 war wiederum Brandenburg Vorreiter bei einem nächsten Schritt, der Datenfernübertragung. Bis dato wurden ständig Disketten hin und her verschickt. Sie waren zwar mit einer Sicherheitsverschlüsselung versehen, würden jedoch heute kaum noch den Datenschutzerfordernissen genügen. Damals hatte der Landesdatenschutzbeauftragte zugestimmt. Gleichzeitig wurde ein Remoteverfahren eingeführt, das es uns ermöglichte, Fehler auf den Geräten der Erhebungsbeauftragten per Fernwahl vom Amt aus zu beseitigen. Die aufwändigen und zeitintensiven Fahrten zum Interviewer oder die Reise der Interviewer zum Amt entfielen weitgehend. Leider ist seit 2007 diese Möglichkeit nicht mehr gegeben.

Die Zahl der Interviewer wurde zwangsläufig ständig reduziert, von 280 am Anfang auf 150 im Jahr 1998. Heute sind in Brandenburg 75 ehrenamtliche Interviewer ausschließlich mit Laptops ausgestattet im Einsatz. Auch die Bezeichnung hat sich geändert. Mit dem neuen Mikrozensusgesetz von 2004 wurden aus Interviewern Erhebungsbeauftragte.

Neben dem Einsatz von Bogen und Laptop wurden auch verstärkt Telefoninterviews durchgeführt. Den Bestrebungen, dieses Medium weiter auszubauen, sind jedoch durch Umfang und Komplexität der Fragen mit ihren vielen Unterpositionen Grenzen gesetzt. Weiterhin sind gerade durch die Vielzahl der neuen Telefoniearten und Handyoptionen Telefonadressen nicht in dem Umfang verfügbar, um über sogenannte Callcenter die Befragung durchführen zu können. Viel schwerwiegender wirkt jedoch, dass

der Mikrozensus eine geklumpte Flächenstichprobe ist und so über das Telefon nicht der Durchschnitt der Bevölkerung erreicht werden kann. Dessen ungeachtet nehmen gerade Haushalte, die das persönliche Interview aus den verschiedensten Gründen nicht akzeptieren, diese Form der Befragung gern als Alternative zum schriftlichen Bogen an. Mit dem neuen Mikrozensusgesetz ab 2012 soll auch verstärkt die Möglichkeit angeboten werden, die Befragung online durchführen zu können. Allerdings sind hier noch umfangreiche Sicherheitsfragen zu beantworten und haltbare Lösungen zum Datenschutz zu finden.

Die Harmonisierung von Mikrozensus und AKS

Bis einschließlich 2004 waren Mikrozensus und AKS getrennte Erhebungen mit getrennten Fragebögen. Mit dem Mikrozensusgesetz vom 24. Juni 2004 wurde beginnend mit dem Jahr 2005 eine weitgehende Harmonisierung beider Erhebungen vollzogen und ein einheitliches Erhebungskonzept verwirklicht: nunmehr mit einem einheitlichen Auswahlatz von 1 % sowohl für MZ als auch für AKS und in allen 16 Bundesländern.

Der Mikrozensus erfuhr damit auch eine umfangreiche Neukonzeption der Fragestellungen und Inhalte. Besonders die Erwerbstätigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit nahmen von nun an einen immer größeren und bedeutenderen Teil des Frageprogramms ein. Auch der Anteil freiwilliger Fragen wurde zugunsten des Pflichtteils reduziert. Lediglich die nun jährlich wechselnden Ad-hoc-Module werden konsequent auf freiwilliger Basis erhoben.

Einen besonderen Methodenwechsel gab es zu Beginn des Jahres 2005. Aufgrund der eindringlichen Forderung von Eurostat, monatlich Daten aus der AKS für den europäischen Vergleich bereitzustellen, entschied man sich in Deutschland, von einer Stichtagserhebung zu einer laufenden Erhebung überzugehen. War bis 2004 der Stichtag auf den letzten Mittwoch im April mit vollständiger Woche und ohne Feiertage festgelegt worden, musste nun das gesamte Befragungskonzept auf die Unterjährigkeit ausgerichtet werden. Jetzt wurden Erhebungsbeauftragte gesucht, die das ganze Jahr über interviewen gehen konnten. Der Laptop wurde dabei zum entscheidenden Werkzeug.

Auch die Ergebnisdarstellung musste der neuen Methode angepasst werden. Nun wurde der Durchschnitt des Jahres aus den Quartalsdaten berechnet. Entscheidende Vorteile dieser neuen Befragungsförmung waren zum einen, dass die doch recht engen Termine der Erhebungsdurchführung (Mai bis Juli) nicht mehr gegeben waren. Das auch heute noch geringere Befragungsvolumen während der Ferienmonate wirkte sich nicht mehr so gravierend aus. Zum anderen konnten durch den Wegfall des Stichtages saisonale Effekte besser beobachtet werden und letztendlich führte die kontinuierliche Erhebung auch zu erheblichen Verbesserungen in den Arbeitsabläufen des Fachreferates. Die doch recht einseitige Arbeitseinteilung der Vorjahre wurde durch komplexe Arbeitsaufgaben für die Mitarbeiter abgelöst.

Die Frageninhalte

Neue schnelle Prozessoren, genügend Arbeitsspeicher und weiterentwickelte Fragestellungen machten es möglich, die Erhebungsprogramme effizienter und plausibler zu gestalten. Dies war jedoch auch notwendig, da sich die Anzahl der Fragen in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt hat. Das Maß der Belastbarkeit der Haushalte lässt sich nicht beliebig vergrößern. Daher waren und sind gute Frageprogramme enorm wichtig, um zumindest seitens der Erhebenden alles zu tun, einen reibungslosen und in sich logischen und stimmigen Befragungsablauf zu gestalten. Der Einfluss von Eurostat auf die Frageninhalte ist in den vergangenen Jahren stärker geworden. Gegenwärtig resultieren ca. 70 % der Fragen direkt aus Forderungen der EU nach einheitlichen und vergleichbaren Merkmalen. Die Harmonisierung von Mikrozensus und AKS hat sich natürlich auch entscheidend auf die Merkmalsausprägungen des Mikrozensus ausgewirkt.

Viele vormals freiwillig zu beantwortenden Fragen wurden in den Pflichtteil integriert und manche ganz weggelassen (z. B. Eheschließungsjahr, Besuch einer Kindertagesstätte). Ob dies tatsächlich immer zu wirksamen Entlastungen der Haushalte geführt hat, ist schwierig zu beantworten.

Auf der Grundlage von Erkenntnissen aus anderen amtlichen Befragungen und der Marktforschung wurden besonders die Fragen zur Erwerbstätigkeit ständig weiterentwickelt. Besonders die Haushalte, die den Mikrozensus schriftlich beantworteten, hatten an dieser Stelle Verständnisschwierigkeiten.

Große methodische Veränderungen schlugen sich besonders in Zeitreihen sehr anschaulich nieder. Beispielsweise wirkte sich die Neufestlegung des Familienbegriffs ab 2005 in erheblichem Umfang auf die festgestellte Anzahl der Familien aus. Auch die Umstellung der D-Mark auf den Euro ab 2002 hatte zur Folge, dass sich Verschiebungen bezüglich der Haushalts- und Familieneinkommen ergaben. Die rein formal vollzogene Umrechnung erbrachte im Einführungsjahr sehr „krumme“ Eurowerte. Die im Jahr 2003 folgende Auf- bzw. Abrundung auf volle Einhunderter-Schritte schränkt die Vergleichbarkeit zu vorherigen Berichtsjahren ein.

ALG I und ALG II, Veränderungen in den Schulsystemen, verschiedene neue Bildungswege, all dies musste im Laufe der Jahre stets zeitnah eingebaut und umgesetzt werden.

Die jährlich wechselnden Ad-hoc-Module, die lt. EU-Verordnung in die AKS integriert wurden, sind aufgrund ihres geringen Umfanges (0,1 %) leider nur auf Bundesebene auswertbar und somit, trotz interessanter Sachverhalte (Erwerbstätigkeit und Gesundheit, Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung u. v. m.), für tief gegliederte Betrachtungen nur eingeschränkt nutzbar.

Einen hohen populären und für soziologische Untersuchungen wertvollen und interessanten Stellenwert hatten und haben die Fragen der freiwilligen Themenkomplexe.

Seit Beginn des Mikrozensus in Brandenburg wurden u. a.

- der Weg zur Arbeit und zur Schule (ab 1991),
- Krankheiten und Unfallverletzungen (ab 1992),
- Rauchverhalten und Jodsalzverwendung (ab 1992),
- Lebensversicherungen und Leistungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) (ab 1994),
- Staatsangehörigkeit und Migration (ab 1996),
- Körpergröße und Gewicht (ab 2005) und
- die Zahl der geborenen Kinder (ab 2008)

erfragt. Wenngleich die Antwortbereitschaft bei freiwilligen Fragen erwartungsgemäß immer etwas geringer ausfällt als bei den Pflichtantworten (besonders bei der schriftlichen Befragung), so liefern sie doch sehr interessante, verlässliche und wertvolle Ergebnisse.

Design und Layout

Nicht nur die Art der Erhebungsbögen hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre verändert, auch das äußere Erscheinungsbild war stetem Wandel unterzogen. Während sich der Mikrozensusbogen jährlich zwischen sandfarben und zartrosa bewegte, war der EU-Bogen stets in hellblau gehalten. Freiwillige Fragen werden bis heute grün gekennzeichnet.

Im Ergebnis einer Interviewer- und Haushaltsbefragung wurde 1999 der reine Signierbogen zugunsten des bis dato nur für die schriftliche Befragung verwendeten ersetzt, da sich erwiesen hatte, dass vor allem Schrift und Filterführung nicht mehr den Anforderungen an einen nutzerfreundlichen Bogen entsprachen. Der Vorteil des alten Bogens (geringe Seitenzahl) wog dessen Nachteile bei weitem nicht auf.

Besonders die optische Fragenführung für Personen, auf die nicht alle Fragen zutreffen, wurde neuesten Erkenntnissen der Fragebogengestaltung angepasst. Allerdings musste auch dadurch die Seitenzahl erheblich erhöht werden. Aufgrund der oftmals sehr schlechten Qualität der Antworten, des hohen organisatorischen Aufwandes und der hohen Folgekosten (Mahnung, Heranziehungsbescheid usw.) besteht die Zielstellung, den Umfang dieser Erhebungsform so gering wie möglich zu halten. Leider ist in den 20 Jahren Mikrozensus in Brandenburg die Zahl der „Selbstaussfüller“ kontinuierlich gestiegen, von anfangs unter 7% auf mittlerweile 15%. Es hat sich dabei im Laufe der Jahre gezeigt, dass das Antwortverhalten ein Spiegelbild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen ist.

Aber auch andere Faktoren wie Datenschutzskandale, Medienberichte über Betrügereien bei sogenannten Haustürgeschäften und andere Ereignisse haben zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und damit einem Anstieg der Verweigerungen des Interviews vor Ort beigetragen.

Die weitere Verbesserung der Verständlichkeit, der Filterführung, der Fragestellungen und des Layouts sind Aktivitäten der amtlichen Statistik, zumindest die negativen Einflüsse zu reduzieren, die wir selbst beeinflussen können.

Die Erhebungsbeauftragten

Im Spätherbst 1990, zu einer Zeit, als die bisherige Statistik in ihren gesamten Organisationsmechanismen, Strukturen und Verzahnungen aufhörte zu existieren, war der Mikrozensus als Erhebung völlig unbekannt. Die Methode, mit Hilfe von Interviewern amtliche Befragungen durchzuführen, war allenfalls aus Volkszählungen bekannt. Dort jedoch war nicht die Statistik federführend, sondern der Staat und die staatlichen Regionalorgane.

Bis zum April des nächsten Jahres sowohl die Organisationsstruktur im Fachbereich aufzubauen, eine erhebliche Anzahl Personen aus der Bevölkerung für den Mikrozensus zu werben und zu befähigen, als Interviewer tätig zu werden, bedurfte mehr als nur Optimismus.

Selbst noch lernend mussten Schulungen organisiert und durchgeführt werden, waren Erhebungsunterlagen und Hilfsmittel zu ordern, Entschädigungssätze zu planen, zu verbuchen u. v. m. Dabei war die Hilfe von Partnerämtern aus den alten Bundesländern von unschätzbarem Wert. In unserem Fall war Nordrhein-Westfalen das Partnerland. In kürzester Zeit wurden die wichtigsten Mechanismen erlernt, um eine solche Erhebung durchführen zu können.

In dieser Zeit des Umbruchs war es relativ problemlos, geeignete und bereite Personen zu rekrutieren. Viele Menschen waren durch den radikalen Systemwechsel in ihrer einst sicher geglaubten Arbeits- und Lebensweise verunsichert und nahmen dankbar das – wenn auch bescheidene – Angebot dieser Nebenerwerbstätigkeit an. Es waren vor allem Personen, die die neuen Vorruhestands- und Altersteilzeitregelungen in Anspruch nahmen (oder nehmen mussten), die sich als Interviewer für den Mikrozensus bereit erklärten. Heute ist das Spektrum der sozialen Stellung der Erhebungsbeauftragten sehr homogen, wenngleich auch heute Personen im Rentenalter oder kurz davor das Gros der ehrenamtlich Tätigen stellen.

Zwei große Umbrüche kennzeichnen die Arbeit mit Erhebungsbeauftragten. Die erste Selektion erfolgte, als auf die Arbeit mit Laptops umgestellt wurde. Es musste ein Großteil der Interviewer den Mikrozensus verlassen und nicht alle waren willens und in der Lage, dieses neue Medium für sich zu erobern. Die zweite Neuorientierung erfolgte mit der ganzjährigen Verfügbarkeit. Wenngleich mancher Erhebungsbeauftragter die nunmehr kontinuierliche Arbeit begrüßte, mussten dennoch gerade in Problemgebieten neue Personen geworben werden.

Neben den Inhalten der Mikrozensususerhebung wird heute ein erheblicher Schulungsaufwand für die Beherrschung der Software (Blaise) aufgewandt. Die jetzt über Technik verknüpften einzelnen Arbeitsprozesse verlangen ein höheres Maß an PC-Nutzerkenntnissen, als es noch zu Beginn der Laptopenführung nötig war. Schrittweise wurden sämtliche notwendigen Nebenarbeiten (Abrechnung, Mahnwesen, Bearbeitung der Ordnungs- und Hilfsmerkmale u. a.) in die Laptoparbeit der Erhebungsbeauftragten integriert.

Mit immer besseren Lerninstrumenten und -methoden wird erreicht, dass die nötigen Kenntnisse erworben werden können. Dazu gehört auch das 2009 eingeführte elektronische Lernprogramm „E-Learning“, das in Zusammenarbeit von Bund und Ländern und einem freien Institut geschaffen wurde und jedem Erhebungsbeauftragten zur Verfügung steht.

Zukünftige Entwicklungen

Mit dem Ende der Gültigkeitsdauer des derzeitigen Mikrozensusgesetzes zum 31.12.2012 muss ab 2013 ein neues Gesetz bzw. eine Novellierung oder Verlängerung erfolgen. Diese formale Gesetzesarbeit bietet auch die Möglichkeit, in Teilen eine Anpassung an neue, veränderte gesellschaftliche Bedingungen zu erwirken.

So soll besonders der Paragraph der Auskunftspflicht im Problemfeld des betreuten Wohnens genauer definiert werden, die Freiwilligkeit mit neuen Merkmalen belegt und die Form der Erhebung um die Möglichkeit einer online-Beantwortung erweitert werden. Auch inhaltlich müssen Anpassungen an neue Gegebenheiten vorgenommen werden.

Da Eurostat nunmehr eine feste Erhebungswoche favorisiert, sind Überlegungen diesbezüglich auch für den Mikrozensus/AKS notwendig.

Die Möglichkeit von professionellen Erhebungsbeauftragten wird mittelfristig geprüft, setzt jedoch eine Kostenbetrachtung voraus, die vor allem Personalzuwachs in den Ämtern bedingt – bei der derzeitigen Finanzlage der Länder eher ein Wunsch als dass es z. Z. real in Betracht gezogen werden könnte.

Die Datenfernübertragung der unmittelbaren Zukunft liegt im Universal Mobile Telecommunications System (UMTS) oder ähnlichen verfügbaren Sendemöglichkeiten. Gegenwärtig sind wir dabei, sämtliche Laptops auf dieses unabhängige Medium umzustellen, da das analoge Netz, welches von der Mehrheit unserer Erhebungsbeauftragten noch genutzt wird, in absehbarer Zeit nicht mehr zur Verfügung gestellt wird.

Autor: Peter Kuchta

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten im Erwerbsleben und im Einkommen in Berlin

Einkommen und Erwerbsumfang im Mikrozensus

Im Mikrozensus bezieht sich das erfragte persönliche Nettoeinkommen auf den Monat vor der Erhebung. Es wird durch Selbsteinstufung der Befragten in eine von 25 vorgegebenen Einkommens-

Inwieweit die Geschlechtszugehörigkeit eine Ungleichheitsdimension im Erwerbsleben darstellt, ist nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Diskussion um Frauenquoten ein stets aktuelles Thema. Berufserfolge in Form von erzielten Einkommen und Aufstiegsmöglichkeiten sind für Frauen insbesondere dann schwer zu realisieren, wenn klassische Rollenaufteilungen in der Familien- und Haushaltsführung Auswirkungen auf den Erwerbsumfang bzw. die Erwerbsaufteilung innerhalb einer Lebenspartnerschaft zur Folge haben. Bieten differenzierte Arbeitszeitmodelle einerseits eine Möglichkeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern oder individuelle Lebensentwürfe zu realisieren, können sie andererseits leicht zur Karrierefalle werden oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit geschlechtsspezifisch einseitig gefährden. In diesem Beitrag werden die Zusammenhänge zwischen Erwerbsbeteiligung, Einkommen und Geschlechtszugehörigkeit mithilfe des Mikrozensus, für den Angaben zum Einkommen, zum Erwerbsumfang, zur Lebensform und zu weiteren relevanten Merkmalen erfasst werden, beleuchtet¹.

klassen ermittelt. Dabei wird jedoch nicht allein das Erwerbseinkommen, sondern die Summe aller Einkommensarten, also auch Transferleistungen, Erträge aus eigenem Vermögen, private Unterstützung usw. abgebildet. Somit sind Einkommensvergleiche, die sich auf die Erwerbssituation beziehen, nicht unproblematisch [1]. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass insbesondere Vollzeitbeschäftigte ihr Einkommen in überwiegender Maße durch Erwerbstätigkeit erzielen.

Für Zeitvergleiche, die rückblickend über das Jahr 2002 hinausgehen, ergeben sich zudem gewisse Unschärfen aufgrund der Euro-Einführung, da im Zuge dessen die Klassengrenzen geglättet wurden.

Für die Auswertung des persönlichen Nettoeinkommens nach bestimmten Merkmalen kann es aufgrund geringer Fallzahlen notwendig sein, mehrere Klassen zusammenzufassen. Eine weitere Möglichkeit der Untersuchung besteht darin, das mittlere Einkommen zu verwenden. Dieses wird aus den gruppierten Nettoeinkommen auf der Basis des Medians berechnet. Er wird bestimmt, indem die Fälle, die in der Klasse des Medians liegen, innerhalb der Gruppe gleich verteilt werden und somit einen konkreten Einkommenswert zugewiesen bekommen. Der Medianwert wird dann auf Abstände von 25 EUR gerundet, um keine exakte Genauigkeit zu suggerieren.

Der Erwerbsumfang wird im Mikrozensus auf mehrfache Weise erfasst. So erfolgt einerseits die Abfrage der normalerweise pro Woche geleisteten Arbeitsstunden sowie der tatsächlichen Arbeitszeit in der Berichtswoche. Liegt die normale Arbeitszeit unter 31 Stunden, wird die Tätigkeit als Teilzeittätigkeit eingestuft. Ist dies der Fall oder stuft die Auskunft erteilende Person sich selbst als teilzeitbeschäftigt ein, wird nach dem Hauptgrund für die Teilzeitbeschäftigung gefragt. Somit sind auch Aussagen über die Motivation oder die Freiwilligkeit möglich.

Erwerbsbeteiligung und Erwerbsumfang

Im Jahr 2009 waren in Berlin 1,53 Mill. Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren erwerbstätig und hatten damit in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet – davon waren 734,1 Tsd. weiblich und 799,4 Tsd. männlich. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, betrug damit bei den Frauen 62,9 %, bei den Männern 66,9 % (Tabelle 1). Auch beim Erwerbsumfang liegen die Männer vorn: Sie arbeiteten mit durchschnittlich 38,1 Stunden in der Woche normalerweise fast 5 Stunden länger gegen Bezahlung als das andere Geschlecht, und zwar (33,4 Stunden) (Tabelle 1).

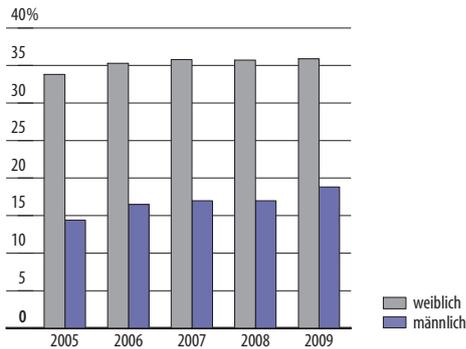
In den letzten Jahren wurde der Sektor der Teilzeitarbeit zulasten der regulären Vollzeitbeschäftigung deutlich ausgeweitet. Der Teilzeitanteil (Abbildung 1) ist bei den weiblichen Erwerbstätigen deutlich größer, woran sich auch in der Zeit seit dem Jahr 2005 kaum etwas geändert hat. Damals lag dieser bei den Frauen bei 33,8 % gegenüber dem der Männer mit lediglich 14,4 %. Zwar stieg der Anteil bis 2009 bei den Männern mit 4,4 Prozentpunkten stärker an (Frauen +2,1 Prozentpunkte), er ist aber mit 35,9 % immer noch fast doppelt so hoch (Männer 18,8 %).

Tab. 1 Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2009 nach Geschlecht, Beteiligung am Erwerbsleben sowie Erwerbsumfang

Bevölkerung von 15 bis 64 Jahre	Insgesamt	weiblich	männlich	weiblich	männlich
	in Tausend			in %	
Insgesamt	2 362,6	1 167,4	1 195,2	100	100
Erwerbslose.....	245,7	97,5	148,2	8,4	12,4
Nichterwerbspersonen.....	583,4	335,8	247,6	28,8	20,7
Erwerbstätige.....	1 533,5	734,1	799,4	62,9	66,9
davon					
Vollzeit.....	1 119,4	470,4	649,0	64,1	81,2
Teilzeit.....	414,1	263,8	150,3	35,9	18,8
Durchschnittliche normale Wochenarbeitszeit in Std..	35,8	33,4	38,1		

¹ Für weitergehende Informationen sei hier auch der Gender Datenreport Berlin 2010 empfohlen [1].

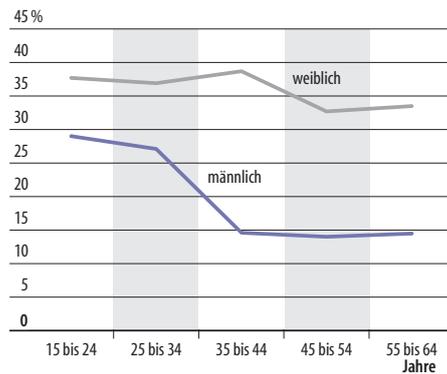
Abb. 1 Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2005 bis 2009 nach Geschlecht



Noch auffälliger werden die Unterschiede, wenn man verschiedene Altersklassen betrachtet (Abbildung 2). Ist der Unterschied der Teilzeitanteile in den jüngeren Gruppen von 15 bis 24 Jahren und 25 bis 34 Jahren noch verhältnismäßig gering (8,6 bzw. 9,8 Prozentpunkte), so nimmt dieser in der Gruppe der Erwerbstätigen im Alter von 35 bis 44 Jahren deutlich zu (24 Prozentpunkte). Während der Anteil der männlichen Teilzeitbeschäftigten zwischen den Gruppen der 25- bis 34-Jährigen und 35- bis 44-Jährigen stark abnimmt (von 27,1 % auf 14,6 %) und sich auf diesem Niveau fortsetzt, so nimmt er bei den Frauen zunächst sogar noch leicht zu und pendelt sich, dann wieder leicht sinkend, mit zunehmendem Alter bei rund einem Drittel ein.

Ein aufschlussreiches Bild ergibt sich, betrachtet man die Antworten in der Mikrozensus-erhebung auf die Frage nach den Gründen für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit (Abbildung 3). An der prozentualen Verteilung der Merkmalsausprägungen lässt sich das Muster einer geschlechtsspezifischen Rollenverteilung ablesen. So geben mit 26,8 % mehr als ein Viertel der in Teilzeit beschäftigten Frauen an, aufgrund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen bzw. wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen auf eine Vollzeitstelle zu verzichten, während diese Anteile bei den Männern zusammen gerade einmal 4 % betragen. Angesichts der Tatsa-

Abb. 2 Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen in Berlin 2009 nach Geschlecht und Alter



che, dass ein ohnehin deutlich größerer Anteil der in Teilzeit Tätigen weiblich ist, bedeutet dies, dass mehr als elfmal so viele Frauen wie Männer aus den genannten Gründen auf eine Vollzeiterwerbstätigkeit verzichten. Hinzu kommt, dass aufgrund der verschlechterten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt nunmehr auch die größte Gruppe der teilzeitarbeitenden Frauen nur deshalb verkürzt arbeitet, weil sie den gewünschten Vollzeitarbeitsplatz nicht findet.

Vollzeit und Einkommen

Für sinnvolle Einkommensvergleiche muss der jeweilige Erwerbsumfang berücksichtigt werden, weshalb im Folgenden nur in Vollzeit tätige Personen in die Darstellung einbezogen werden. Allerdings ist auch diese Kategorie variabel hinsichtlich der Wochenarbeitszeit, was die Aussagekraft etwas schwächt. Während voll arbeitende Männer im Jahr 2009 durchschnittlich 42,5 Stunden pro Woche tätig waren, lag der Wert bei den Frauen mit 40,5 Stunden darunter. Im Schnitt erzielten die Frauen hier ein Einkommen von 1 450 EUR gegenüber den Männern mit 1 575 EUR.

Über einen Zeitraum seit 1993 betrachtet, lässt sich insgesamt eine Annäherung erkennen (Abbildung 4). Betrug die Differenz im Jahr 1993 umgerechnet 225 EUR, so waren es 2009 noch 125 EUR. Damit lag das Einkommensniveau der Frauen bei 92,1 % der Männer gegenüber 83,0 % im Jahr 1993.

Abb. 3 Teilzeitbeschäftigte von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2009 nach Geschlecht und Hauptgrund für Teilzeittätigkeit

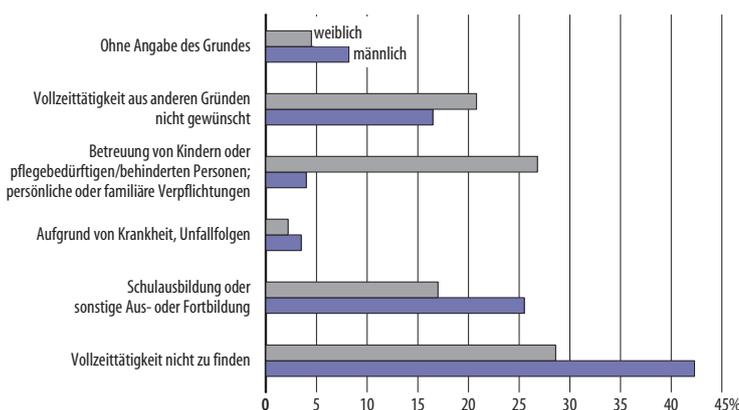


Abb. 4 Mittleres monatliches Einkommen der Vollzeitbeschäftigten von 15 bis 64 Jahren in Berlin 1993 bis 2009 nach Geschlecht

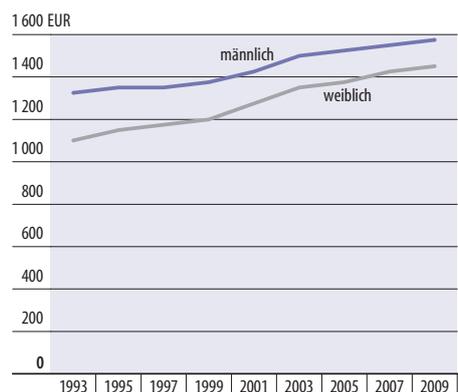
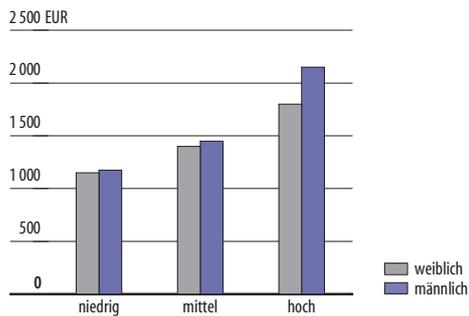


Abb. 5 **Vollzeitbeschäftigte von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2009 nach Geschlecht, Bildungsstand und mittlerem Nettoeinkommen**



In Vollzeit erwerbstätige Frauen waren im Jahr 2009 in den unteren Einkommensgruppen stärker vertreten als Männer. Entsprechend stellten Männer größere Anteile in den oberen Klassen (Tabelle 2). So verdienen mit 65,6 % knapp zwei Drittel der Frauen nicht mehr als 1 700 EUR netto, dagegen überschritt mit 43,8 % beinahe die Hälfte der vollzeiterwerbstätigen Männer diese Marke. An der höchsten im Mikrozensus erfragten Einkommensklasse von mehr als 2 900 EUR haben Männer sogar einen mehr als doppelten Anteil (13,5 % zu 6,2 %).

Eine Differenzierung nach Altersgruppen liefert folgendes Bild: In den unteren Einkommensklassen lassen sich nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern ausmachen. Die jüngste Altersgruppe ist jeweils besonders stark besetzt, insbesondere aufgrund der Auszubildenden und Berufseinsteiger. So erreicht etwa die Hälfte der Frauen, wie auch der Männer zwischen 15 und 29 Jahren, lediglich ein Einkommen von unter 1 100 EUR (52,8 % bzw. 49,7 %). In den älteren Gruppen betragen die entsprechenden Anteile jeweils etwas mehr als 15 %.

Deutliche Differenzen lassen sich dagegen bei den Einkommen von 2 000 Euro und mehr ablesen. Während sich der Anteil dieser Einkommen bei den Vollzeit erwerbstätigen Frauen ab 30 Jahre bei etwas mehr als einem Viertel einpendelt, steigt der entsprechende Anteil bei den Männern mit zunehmendem Alter auf 40,1 % bei den 50- bis 64-Jährigen an. Der

Vorsprung der Männer beträgt damit in dieser Gruppe 13,4 Prozentpunkte.

Ein entsprechendes Bild ergibt sich, wenn man die mittleren Einkommen betrachtet. Liegen diese in der jüngsten Altersklasse mit 1 075 EUR (Frauen) und 1 100 EUR (Männer) noch dicht beieinander, so vergrößert sich die Differenz mit zunehmendem Alter kontinuierlich auf 200 EUR in der ältesten Gruppe.

Vergleich des Einkommens nach Bildungsabschlüssen

Der Einkommensvergleich nach Bildungsgrad² verdeutlicht, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern über die Ausbildungsstufen hinweg Bestand haben, wenn auch in recht verschiedenem Ausmaß (Abbildung 5).

Insgesamt wirken sich höhere Bildungsabschlüsse positiv auf die Höhe der erzielten Einkünfte aus. Der Vergleich der mittleren Einkommen von Vollzeitbeschäftigten im Alter von 25 bis 64 Jahren zeigt jedoch, dass von höheren Abschlüssen die männlichen Berufstätigen in stärkerer Weise profitieren als die weiblichen. Während Frauen mit einem niedrigen Bildungsstand bei einer Differenz von 25 EUR die Einkommenshöhe der entsprechenden Männergruppe beinahe erreichen, ist der Unterschied beim mittleren Ausbildungsniveau mit 50 EUR bereits etwas größer. Besonders deutlich ist die Ungleichheit allerdings beim hohen Ausbildungsstand erkennbar. Hier wird von den Frauen im Mittel nur noch ein Niveau von 83,7 % der entsprechenden männlichen Bevölkerungsgruppe erreicht, was einer Differenz von 350 EUR entspricht.

Lebensformen und Einkommen

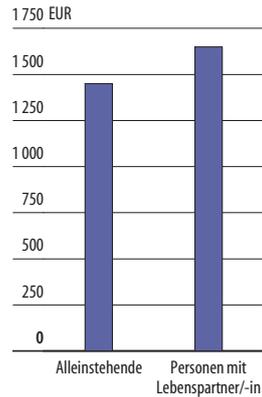
Zu den Lebensformen zählen im Mikrozensus Paare, alleinerziehende Personen mit ledigen Kindern im Haushalt sowie alleinstehende Personen. Die Paare lassen sich differenzieren in Ehepaare, nichteheliche (verschiedengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Letztere sind aus den folgenden Betrachtungen ausgeklammert, da der Blickpunkt auf geschlechtsspezifische Unterschiede gerichtet ist.

Tab. 2 **Vollzeitbeschäftigte von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2009 nach Geschlecht, Alter und persönlichem monatlichem Nettoeinkommen**

Monatliches Nettoeinkommen in EUR	Insgesamt	weiblich	männlich	im Alter von							
				15 bis 29 Jahren		30 bis 39 Jahren		40 bis 49 Jahren		50 bis 64 Jahren	
				weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
%											
Insgesamt.....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
unter 900.....	12,6	12,9	12,4	35,9	34,7	7,6	8,3	5,9	6,5	6,2	7,0
900 bis unter 1100..	10,6	11,4	10,1	16,9	15,0	9,4	8,7	9,5	9,0	10,7	9,2
1100 bis unter 1300...	12,6	14,2	11,5	16,1	13,4	15,3	11,9	12,7	11,3	13,1	9,9
1300 bis unter 1500...	12,9	14,4	11,8	11,8	13,5	12,1	11,3	15,9	11,1	17,1	11,7
1500 bis unter 1700...	11,4	12,7	10,5	6,3	7,8	15,9	11,9	13,9	11,5	13,9	10,0
1700 bis unter 2000...	12,0	11,7	12,1	6,8	7,9	13,3	15,2	13,6	12,3	12,4	12,0
2000 und mehr.....	27,9	22,7	31,6	6,1	7,7	26,5	32,6	28,5	38,3	26,7	40,1
mittleres Monatseinkommen....	1 525	1 450	1 575	1 075	1 100	1 575	1 675	1 575	1 725	1 550	1 750

² Der hier verwendete Bildungsgrad basiert auf der ISCED-Klassifikation der Bildungsabschlüsse. Die Klassen 1 und 2 bilden den „niedrigen“, die Klassen 3 und 4 den „mittleren“, und die Klassen 5 und 6 den „hohen“ Bildungsstand [2].

Abb. 6 Mittleres persönliches Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2009 nach der Lebensform



Es ist festzustellen, dass Personen, die mit einem Lebenspartner, ob verheiratet oder nicht, gemeinsam in einem Haushalt leben, mehr Einkommen erzielen als Alleinstehende (Abbildung 6). So beträgt das mittlere Nettoeinkommen in Vollzeit tätiger Alleinstehender im erwerbsfähigen Alter 1450 EUR, während Lebenspartner 1650 EUR erreichen. Die Unterscheidung hinsichtlich der Geschlechter zeigt, dass die Männer in einer Paarbeziehung mit 1775 EUR deutlich mehr Einkommen erzielen als Lebenspartnerinnen mit 1475 EUR. Auch unter den Alleinstehenden ist das Einkommen der Männer (1475 EUR) höher als das der Frauen (1425 EUR), wenn auch die Differenz von 50 EUR deutlich geringer als bei Personen mit Partnern (300 EUR) ausfällt.

Selbst eine Betrachtung nach verschiedenen Altersgruppen ändert an diesem Bild nichts Wesentliches (Abbildung 7). Zwar sind es unter den 30- bis 39-Jährigen die Frauen mit Lebenspartner und bei den 50- bis 64-Jährigen die alleinstehenden Männer mit den geringsten Durchschnittseinkommen (1550 EUR bzw. 1475 EUR), die Männer mit Partnerin sind jedoch in jeder Altersgruppe deutlich führend.

Bemerkenswert ist hierbei, dass sich eine Partnerschaft auf das Einkommen der Frauen nur gering, auf das der Männer jedoch beträchtlich auswirkt. Das Einkommen von Männern mit Partnerin ist um

Abb. 7 Mittleres persönliches Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten in Berlin 2009 nach Altersgruppen, Geschlecht und Lebensform

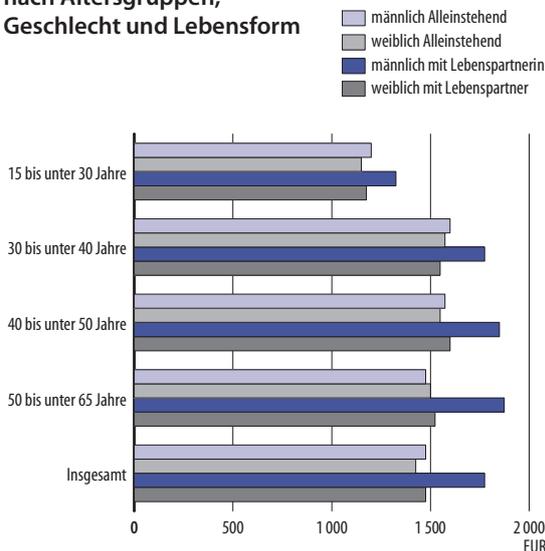
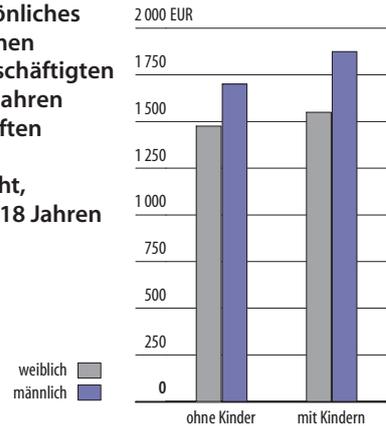


Abb. 8 Mittleres persönliches Nettoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten von 15 bis 64 Jahren in Partnerschaften in Berlin 2009 nach Geschlecht, Kindern unter 18 Jahren



300 EUR höher als das von Alleinstehenden. Die entsprechende Differenz bei den Frauen beträgt dagegen nur 25 EUR. Da anzunehmen ist, dass ein Teil dieses Effektes durch öffentliche Zahlungen wie Kindergeld an entsprechende Paare zustande kommt, ist es sinnvoll, Paare mit Kindern unter 18 Jahren herauszunehmen. Es zeigt sich, dass Männer in Partnerschaften ohne Kinder unter 18 Jahren mit 1700 EUR immer noch einen deutlichen Einkommensvorsprung von 225 EUR vor den Alleinstehenden haben, während für die Frauen mit 50 EUR ein deutlich geringerer Unterschied zu erkennen ist (Abbildung 8).

Eventuell wird das Eingehen einer Partnerschaft bzw. das Führen eines gemeinsamen Haushalts stärker vom Einkommen des Mannes abhängig gemacht als von den finanziellen Möglichkeiten der Frau.

Erwerbsumfang bei Personen in Partnerschaften

Sowohl Frauen als auch Männer von 15 bis 64 Jahren, die in verschiedengeschlechtlichen Partnerschaften zusammenleben, weisen eine erhöhte Erwerbstätigenquote gegenüber der gesamten Bevölkerung dieser Altersspanne auf (Abbildung 9). So sind hier 65,2 % der Frauen und 77,1 % der Männer erwerbstätig (gegenüber 62,9 % und 66,9 %). Nach Altersgruppen betrachtet trifft dies bei den Frauen allerdings in

Abb. 9 Erwerbstätigenquoten bei Lebenspartnern in Berlin 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen

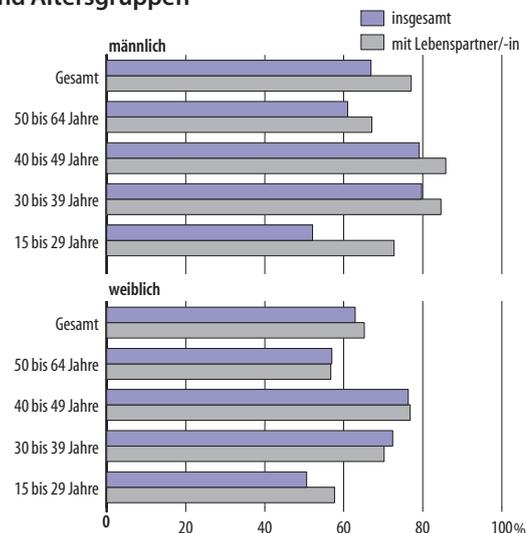
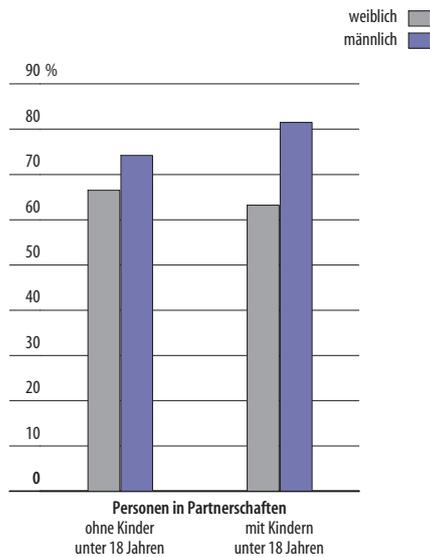


Abb. 10 **Erwerbstätigenquoten der Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren in Partnerschaften in Berlin 2009 nach Geschlecht und Kinderzahl**

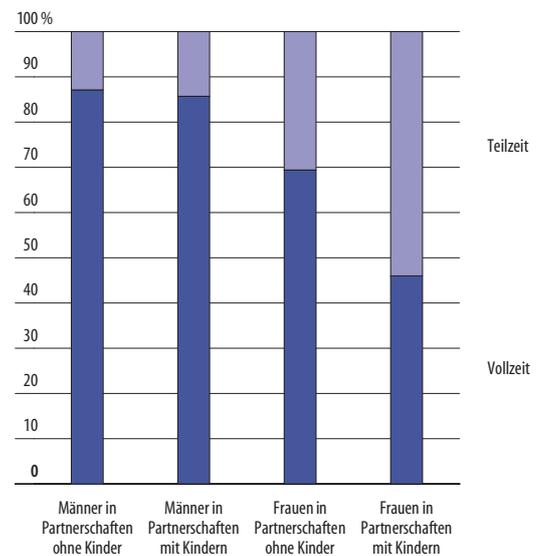


nennenswertem Maße nur für die 15- bis 29-Jährigen zu (57,7 % gegenüber 50,6 %). Bei den älteren Frauen weichen die Quoten der Partnerinnen kaum vom Gesamtwert ab bzw. liegen sogar leicht darunter (z.B. bei den 30- bis 39-Jährigen um 2,2 Prozentpunkte).

Ein gegensätzlicher Zusammenhang ist zwischen dem Vorhandensein von Kindern unter 18 Jahren und der Erwerbsbeteiligung festzustellen (Abbildung 10). Während die Quote bei den Vätern in Paaren um 7,3 Prozentpunkte höher liegt als bei den Kinderlosen (74,2 % zu 81,5 %), sinkt sie bei den Müttern um 3,3 Prozentpunkte (66,5 % zu 63,2 %).

Innerhalb der Gruppe der erwerbstätigen Personen in Paaren weisen die Zahlen auch im Hinblick auf Erwerbsumfang und Familienstruktur auf einen Zusammenhang hin (Abbildung 11). So unterscheidet sich die Teilzeitquote bei Männern zwar kaum zwischen denen mit und ohne Kinder unter 18 Jahren (14,3 % gegenüber 12,9 %), bei den Frauen zeigt sich jedoch eine deutliche Differenz. Ist deren Vollzeitanteil bei den Kinderlosen mit fast 70 % relativ hoch, so geht von den erwerbstätigen Frauen mit Kindern mehr als die Hälfte lediglich einer Teilzeittätigkeit nach (54 %). Ein Blick auf die angegebenen Gründe zeigt, dass dieser Befund seine Ursachen hat (Abbildung 12 und 13). So geben von den Frauen mit Kindern 60 % an, dass sie dies aufgrund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen bzw. behinderten Personen tun, bzw. persönliche oder familiäre Verpflichtungen die entscheidende Rolle bei der Entscheidung spielten. Da die Männer ohnehin deutlich seltener in Teilzeit arbeiten, sind die Fallzahlen in diesen Kategorien zu gering um eine belastbare Aussage zu treffen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die Einschränkung des Arbeitsumfanges teilzeittätiger Männer in Paarbeziehungen mit Kindern zum größten Teil unfreiwillig dem Umstand geschuldet ist, dass sie keine Vollzeitstelle finden (61,7 %; Frauen: 19,5 %). Die Zahlen deuten damit auf eine auch in Berlin noch weit verbreitete Rollenver-

Abb. 11 **Voll- und Teilzeitbeschäftigtenanteile der Erwerbstätigen in Berlin von 15 bis 64 Jahren in Partnerschaften nach Geschlecht und Kinderzahl**



teilung zwischen den Geschlechtern hin, wobei die Frau in erster Linie für die Versorgung und Erziehung der Kinder zuständig ist, während der Mann seinen Beitrag leistet, indem er durch sein Einkommen die Familie ernährt.

Erwerbsverteilung innerhalb von Partnerschaften

Innerhalb der Paare, in denen beide Partner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind, ergibt sich folgendes Bild: Lebt kein Kind unter 18 Jahren in der Lebensgemeinschaft, so sind in 37,9 % aller Paare beide Partner in Vollzeit erwerbstätig (Tabelle 3). Bei Paaren mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren trifft dies lediglich auf ein Viertel zu (24,6 %). Für 45,3 % der Paare mit Kindern lässt sich feststellen, dass bei einer Vollzeittätigkeit des Mannes die Frau entweder teilzeitbeschäftigt ist (28,1 %) oder keiner Erwerbstätigkeit nachgeht (17,3 %). Bei Paaren ohne minderjährige Kinder ist diese Konstellation nur zu 27,7 % zu finden (weiblicher Partner teilzeitbeschäftigt: 14,4 %, nicht erwerbstätig: 13,3 %). Der Fall, dass die Frau vollzeiterwerbstätig ist und der Partner nur in Teilzeit arbeitet bzw. gar keiner bezahlten Tätigkeit nachgeht, kommt nur bei 11,8 % aller Paare ohne Kinder und 5,9 % der Paare mit Kindern vor. Auch hier deutet sich an, dass das Vorhandensein von Kindern eher dazu führt, dass der Mann seinen Erwerbsumfang und damit das persönliche Einkommen erhöht, während die Frau ihre bezahlte Beschäftigung einschränkt oder aufgibt und damit auf Erwerbseinkommen verzichtet.

Fazit

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind sowohl beim Erwerbsumfang als auch bezüglich der erzielten persönlichen Einkommen festzustellen. So sind Männer insgesamt häufiger erwerbstätig als Frauen, während diese vor allem im mittleren und höheren Alter vermehrt teilzeitbeschäftigt sind. Insgesamt

Männliche und weibliche Erwerbstätige von 15 bis 64 Jahren in Paaren mit Kindern unter 18 Jahren nach dem Hauptgrund für die Teilzeittätigkeit

Abb. 12 Männliche Erwerbstätige

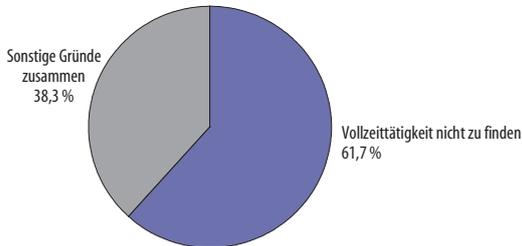
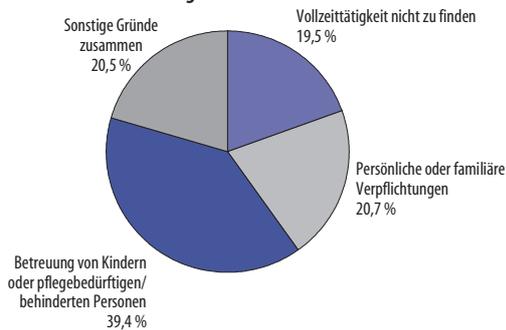


Abb. 13 Weibliche Erwerbstätige



nimmt der Teilzeitanteil im Zeitverlauf zu und steigt bei den Männern etwas stärker als bei den Frauen – die Differenz zwischen den Geschlechtern bleibt jedoch deutlich bestehen. Die angegebenen Gründe für die Teilzeittätigkeit sprechen dabei für eine immer noch weitverbreitete Rollenverteilung: In weitaus höherem Maße spielen für die Frauen familiäre Verpflichtungen und Betreuungstätigkeiten die wichtigste Rolle bei der Einschränkung der Erwerbstätigkeit.

Dieser Befund erhärtet sich bei der Betrachtung von Paarbeziehungen. Besonders das Vorhandensein von Kindern unter 18 Jahren hat Auswirkungen auf die Erwerbsaufteilung. Hier sprechen die Zahlen dafür, dass Männer ihre Erwerbstätigkeit eher noch ausweiten, während Frauen die ihre reduzieren oder sogar aufgeben, um sich familiären Aufgaben zuzuwenden.

Beim Einkommen lassen sich trotz einer gewissen Annäherung über die Zeit hinweg weiterhin Differenzen beobachten. Vor allem in den höheren Einkommensklassen sind die Anteile der Frauen deutlich geringer, wobei die Einkommensunterschiede zu den Männern mit steigendem Alter noch zunehmen. Von höheren Bildungsabschlüssen profitieren in Bezug auf das Einkommen männliche Erwerbstätige deutlich stärker.

Im Fokus der Lebensformen lässt sich interessanterweise ein deutlicher Einkommensvorteil von Männern in Paarbeziehungen feststellen, sowohl gegenüber Frauen als auch gegenüber alleinstehenden Männern. Über die Ursachen dieses überraschenden Befundes kann an dieser Stelle lediglich spekuliert werden. So könnten Männer verstärkt dazu neigen, eine festere Bindung erst dann einzugehen, wenn

Tab.3 Paare mit beiden Partnern im Alter von 15 bis 64 Jahren in Berlin 2009 nach Kinderzahl und Erwerbsumfang

Partner	Partnerin			
	Zusammen	Vollzeit	Teilzeit	nicht erwerbstätig
in %				
Zusammen	100	41,9	26,9	31,2
Vollzeit.....	67,4	32,5	20,0	14,9
Teilzeit.....	10,4	3,3	3,3	3,8
nicht erwerbstätig	22,2	6,1	3,6	12,4
ohne Kind unter 18 Jahren				
Zusammen	100	49,7	21,2	29,1
Vollzeit.....	65,7	37,9	14,4	13,3
Teilzeit.....	9,6	3,9	3,0	2,6
nicht erwerbstätig	24,8	7,9	3,8	13,1
mit Kind unter 18 Jahren				
Zusammen	100	30,5	35,3	34,3
Vollzeit.....	69,9	24,6	28,1	17,3
Teilzeit.....	11,6	/	3,7	5,6
nicht erwerbstätig	18,5	3,6	3,4	11,5

das eigene Einkommen ein gewisses Niveau erreicht hat, welches ihnen die Rolle des „Ernährers“ ermöglicht. Es ist allerdings auch vorstellbar, dass es sich um das Resultat eines selektiven Effekts durch die Frau bei der Partnerwahl handelt. Demnach würde das Einkommensniveau eines potenziellen Partners für Frauen ein häufigeres Auswahlkriterium darstellen, als dies umgekehrt der Fall wäre. Möglicherweise stellt sich der finanzielle Vorsprung auch erst im Verlauf der Beziehung bzw. Ehe ein. Demzufolge könnte eine Partnerschaft die Männer aufgrund einer Entlastung im privaten, häuslichen Bereich durch die Partnerin in die Lage versetzen, verstärkt berufliche Erfolge zu erzielen.

Autor: Jörg Feilbach

Quellen:

- [1] Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Gender Datenreport Berlin 2010.
- [2] Kuchta, P., Wenzel, K.: Der Mikrozensus: eine Quelle für Informationen zum Nettoeinkommen der Bevölkerung, Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 1/09, S. 52–56.
- [3] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2010 – Tabellenband, S. 71.

Leben Berliner mit Migrationshintergrund segregiert?

Erst seit wenigen Jahren ist es weitgehend Konsens, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist, in dem Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Herkunftsländern dauerhaft leben. Mit dem Konzept des Migrationshintergrundes wurde der quantitative Umfang der Gruppe, die eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte aufweist, statistisch zugänglich gemacht, während in den Jahren zuvor lediglich die Staatsangehörigkeit Aufschluss über das Migrationsgeschehen geben konnte. Ein Viertel der Berliner, das sind mehr als 850 000 Menschen, haben – so weisen es die Daten aus – einen Migrationshintergrund. Zu dieser Gruppe der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund zählen nicht nur die Personen, die eine eigene Zuwanderungserfahrung gemacht haben, sondern auch in Deutschland geborene Nachkommen, wenn zumindest ein Elternteil zugewandert oder Ausländer ist. Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund ist in einigen Berliner Bezirken höher als in anderen. Die migrantische Population ist nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Bei einer stärkeren Ungleichverteilung wird in der Stadtforschung von wohnortbezogener – residentieller – Segregation gesprochen. Die Ursachen der geografischen Konzentration einer Bevölkerungsgruppe können sehr verschieden sein. So führte (und führt) die soziale Segregation in Städten zu Wohngebieten, die von bestimmten Schichten besonders bevorzugt wurden und anderen verschlossen blieben. Wer

Geld und Referenzen hat, kann allerdings überall wohnen, für andere gilt das nicht gleichermaßen. Arbeiterquartiere gehörten fest zur durch Industriearbeit geprägten Epoche, wie beispielsweise der Wedding von der Kaiserzeit bis in das Nachkriegsdeutschland. Durch die Zuwanderung großer Gruppen entstanden – als Folge ethnischer Segregation – Viertel wie „Little Italy“ oder die „China Towns“ in nordamerikanischen Städten. Für manche gehört auch die heutige Gegend um das Kottbusser Tor im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu den ethnisch geprägten Vierteln.

Stadtgebiete mit einer ausgeprägten Eigencharakteristik sind Folge von Segregationsprozessen, die als räumliche Differenzierung wirken. Die Prägung zusammenhängender Wohngebiete durch eine Bevölkerungsgruppe kann von deren Mitgliedern positiv wahrgenommen werden, wie es im sprichwörtlichen „gleich und gleich gesellt sich gern“ heißt; segregative Erscheinungen können aber auch aus Zugangs- und Ausgrenzungsmechanismen erwachsen, die über den Wohnungsmarkt wirken. Die Segregation als Resultat negativer Filterprozesse kann zum Aufbau von sozialen Problemen beitragen. Die Zuwanderung nach Deutschland und die wachsende Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund hat die Diskussion um segregative Erscheinungen in den städtischen Vierteln neu belebt. Der folgende Beitrag geht dem Thema der residentielle Segregation in Berlin auf der Ebene der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) nach.

ration mehr als die geteilte Nachbarschaft, was aber außerhalb der hier verfolgten raumbezogenen Betrachtung liegt.

In den plakativen Bildern des „Melting Pot“ und der „Salad Bowl“ drückt sich – über eine bloße Beschreibung hinausgehend – ein normatives Verständnis aus. Im Schmelztiegel vermischen sich Gruppen durch Heirat und Wertegemeinschaft, soziale Unterschiede gleichen sich an. Als Entwicklungsziel wird die Einheit betont. Das Bild von der bunten Salatschüssel geht von fortdauernden kulturellen und ethnischen Unterschieden aus. Betont wird hierbei die Vielfalt, zu der auch ethnische Gebiete gehören können.

Ob und wie stark eine Bevölkerungsgruppe räumlich segregiert ist, lässt sich mit den vorhandenen Daten und empirischen Methoden untersuchen. Aus statistischen Befunden zum Segregationsgrad kann allerdings nicht die Frage beantwortet werden, ob die konstatierte Stärke für Integrationsverläufe zuträglich oder problematisch ist. Vom Soziologen Hartmut Häußermann wird das transitorische Moment eines segregierten Umfeldes für eine Zuwandererpopulation in einer Aufnahmegesellschaft betont, die Neuankömmlingen Unterstützung und Stabilisierung bieten kann. Die Gegenposition hierzu behauptet die Entstehung von Parallelgesellschaften, die neben den Normen und Regeln der Aufnahmegesellschaft existieren und ein dauerhaftes Integrationshemmnis darstellen sollen. Altbischof Wolfgang Huber betont in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. Januar 2011 „(...) es geht vielmehr um die Einsicht, dass wir in einer Integrationsgesellschaft leben. Deren Zustand sollte ohne falsche Dramatisierungen, aber mit der notwendigen Nüchternheit betrachtet werden“. In seinem Beitrag warnt er, anknüpfend an die Studien des Soziologen Hurrellmann, vor „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, die einem universalistischen Menschenbild zuwiderläuft.

Das stadtsoziologische Konzept der Segregation zielt auf den Wohnort mit seinem spezifischen Wohn- und Lebensumfeld. Räumlicher Orientierungspunkt für die Bewohner einer Stadt wird in aller Regel die

Residentielle Segregation

Die residentielle Segregation handelt von der Mischung und Entmischung von Bevölkerungsgruppen. Die in einem städtischen Gebiet lebenden Bevölkerungsgruppen sind dann räumlich vollständig gemischt, wenn in keinem Wohnquartier eine Bevölkerungsgruppe über- oder unterrepräsentiert ist. Der Zustand der gleichmäßigen Durchmischung ist die (normative) Ideallinie maximaler räumlicher Integration. Natürlich gehört zu einer gelingenden Integ-

Wohnung sein. Von hier aus wird die Stadt gesehen, erfahren und interpretiert. Wo endet aber das Wohnumfeld, wie weit reicht es? Menschen wohnen nicht nur, sie arbeiten, gehen zur Schule, machen eine Ausbildung, treffen Freunde usw. Dieser Erfahrungs- und Handlungsraum ist nicht zwangsläufig identisch mit dem Wohnumfeld. Durch Medien wie Internet und Satellitenfernsehen eröffnen sich neue – nicht physische, sondern virtuelle – Räume, die ein Teil der Lebenswelt sind. Dem Wohnumfeld kommt wohl dennoch eine besondere Bedeutung zu. Wenn sich das Wohnumfeld zum „Kiez“ konkretisiert, ist die Bedeutung offenkundig und der räumliche Zusammenhang bestimmbar, der dem Individuum einen identifikatorischen Bezugsraum bietet. Im Integrationsplan der Bundesregierung „Neue Wege – Neue Chancen“ heißt es, dass das „Wohnumfeld eine zentrale Funktion im Integrationsprozess“ hat.

Bei der Frage der residentiellen Segregation geht es somit um die soziale Kohäsion der Stadtgesellschaft und in ihrer Zuspitzung um die möglichen dystopischen Folgen, die sich in abgehängten Gebieten mit chancenlosen Bewohnern zeigen könnten.

Untersuchungsfragen

Die Fragen sind beschreibend orientiert und durch die vorhandenen Daten aufgespannt und limitiert. Zu den verfügbaren Merkmalen gehören der Migrationshintergrund, das Herkunftsgebiet und das Alter der Bewohner. Damit soll den folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Lässt sich die Segregation von Einwohnern mit Migrationshintergrund statistisch nachweisen?
- Sind möglicherweise einzelne Herkunftsgruppen stärker als andere segregiert?
- Sind jüngere Jahrgänge stärker als andere Jahrgänge segregiert?
- Wie verteilen sich die Personen mit Migrationshintergrund in kleinräumiger Betrachtung im Stadtgebiet?

Eine Verknüpfung der migrationsdemografischen mit weiteren sozialstrukturellen Dimensionen ist mit den vorhandenen Quellen kleinräumiger Daten leider nicht möglich. Somit kann nicht untersucht werden, welche Triebkräfte hinter einer möglicherweise zu konstatierenden Segregation stehen und ob das Migrationsmerkmal gegenüber anderen sozialstrukturellen Merkmalen tatsächlich so dominant ist, wie es in der öffentlichen Wahrnehmung häufig angenommen wird. Generationeneffekte, die für eine prozesshafte Betrachtung wichtig wären, sind ebenfalls nicht darstellbar.

Kleinräumige Gliederung Berlins

Segregation bezieht sich auf ein räumliches Umfeld. Für eine einfache Operationalisierung des residentiellen Umfeldes sollen die städtischen Planungsräume verwendet werden. Eine kleinräumige Untergliederung des Stadtgebietes hat in Berlin eine lange Tradition. Die über viele Jahre gebräuchlichen statistischen Gebiete und Verkehrs- bzw. Teilverkehrszellen sowie die Planungsräume der Jugendhilfe wurden durch das Ende 2005 initiierte Projekt zur Vereinheitlichung von Planungsräumen für Fachplanungen in Berlin grundlegend überarbeitet. Das Projekt

wurde am 1. August 2006 mit einem Senatsbeschluss (SB 3798/06) erfolgreich beendet. Bezeichnet wird die neue und verbindliche Raumgliederungssystematik als „Lebensweltlich orientierte Räume“ (LOR). Die Lebensweltlich orientierten Räume haben die veralteten teilräumlichen Gliederungen abgelöst. In Tabelle 1 werden die hierarchischen Beziehungen der LOR-Ebenen Prognoseraum, Bezirksregion und Planungsraum dargestellt. In der feinsten Untergliederung – den Planungsräumen – umfasst die Raumklassifikation 447 Einheiten, die das Stadtgebiet flächendeckend einteilen.

Die Lebensweltlich orientierten Räume sind mittlerweile fest etabliert und breit akzeptiert, da sie eine gute analytische Aufgliederung der Stadt darstellen, die durch die Verwendung in zahlreichen Untersuchungen validiert wurde. Sowohl das Monitoring Soziale Stadtentwicklung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wie der Sozialstrukturatlas der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und die zurzeit in Pilotbezirken erarbeiteten Bezirksregionenprofile verwenden die LOR als Analyse- und Darstellungsebenen.

Für die Untersuchung der Segregation wird die Ebene der Planungsräume verwendet, die ein detailliertes Bild der sozialräumlichen Stadtstruktur erlauben.

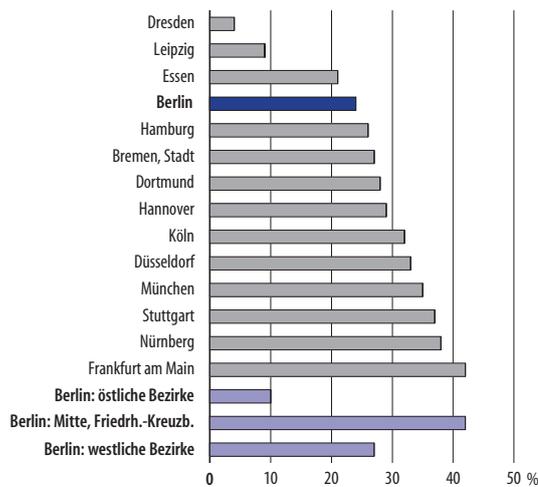
Statistische Daten

Als Datengrundlage wird der anonymisierte Statistikabzug aus dem Einwohnerregister Berlins vom 31. Dezember 2009 verwendet. Im Statistikabzug sind die melderechtlich am Ort der Hauptwohnung registrierten Einwohnerinnen und Einwohner enthalten, die somit die Grundgesamtheit bilden. Da es sich um Registerdaten handelt, besteht eine gewisse Untererfassung von Personen, die sich nicht angemeldet haben, und eine Übererfassung durch Personen, die in das Ausland verzogen sind und erst mit Verzögerung bei Registerbereinigungen abgemeldet werden. Als Variablen stehen das abgeleitete Merkmalskonstrukt Migrationshintergrund und das Herkunftsgebiet zur Verfügung. Als Personen mit Migrationshintergrund werden alle Einwohner gezählt, die a) keine deutschen Staatsbürger sind und b) Deutsche, die entweder im Ausland geboren wurden, eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, eingebürgert wurden oder unter die Optionsregelung nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht fallen sowie unter 18-Jährige, deren Eltern bzw. Elternteile ein Migrationsmerkmal aufweisen. Deutsche, die vor 1950 zugewandert sind, werden nicht als Migranten gezählt. Zur sprachlichen

Tab. 1 Hierarchische Ebenen des räumlichen Klassifikationssystems der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) in Berlin

LOR-Hierarchieebene	Anzahl/Einheiten	Durchschnittliche Größe (arithmetisches Mittel)	
		Fläche in km ²	Einwohnerzahl am 31.12.2009
Prognoseraum	60	14,8	56 161
Bezirksregionen ...	138	6,4	24 418
Planungsraum	447	2	7 538

Abb. 1 Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern 2008



Tab. 2 Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit in deutschen Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern 2008

Großstadt	Bevölkerung insgesamt	Darunter Ausländer	Darunter mit Migrationshintergrund	
			1 000	%
Berlin	3 424	477	822	24
westliche Bezirke	1 714	253	457	27
gemischte Bezirke (Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg)	598	167	252	42
östliche Bezirke	1 112	56	111	10
Bremen, Stadt ¹	547	71	150	27
Dortmund	586	90	166	28
Dresden ²	507	20	-	-4
Düsseldorf	581	107	189	33
Essen	581	59	123	21
Frankfurt am Main	661	166	278	42
Hamburg	1 772	252	466	26
Hannover	518	85	149	29
Köln	995	178	317	32
Leipzig ³	515	34	48	9
München	1 314	316	461	35
Nürnberg	503	101	189	38
Stuttgart	598	138	224	37

1 Statistisches Landesamt Bremen, Informationssystem „Bremen kleinräumig“, Einwohnerregister

2 Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden, Einwohnerregister (keine Angaben zu Einwohnern mit Migrationshintergrund verfügbar)

3 Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, Einwohnerregister

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Vereinfachung wird im weiteren Text gelegentlich von „Migranten“ gesprochen, damit sind immer Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund gemeint. Das Herkunftsgebiet wird aus der ersten und zweiten Staatsangehörigkeit oder dem Geburtsland erschlossen. Bei konkurrierenden Angaben zwischen den Elternteilen wird die Herkunft der Mutter eingesetzt. Das Herkunftsgebiet gibt ein Staatsgebiet und keine ethnische Zuordnung wieder, also z. B. Türkei und nicht kurdische Gebiete.

Eine Besonderheit des Berliner Einwohnerregisters ist die Möglichkeit kleinräumiger Auswertungen unterhalb der Bezirksebene. Außerdem kann die raumbezogene Entwicklung im Zeitverlauf gut dargestellt werden.

Vom Einwohnerregister als einer kommunalstatistischen Datenquelle ist die amtliche Bevölkerungsfortschreibung zu unterscheiden, da die Ergebnisse gewisse Unterschiede zeigen. So liegen die amtliche Bevölkerungszahl und die Zahl der Ausländer höher als die Angaben aus dem Einwohnerregister. Die Stichprobe des amtlichen Mikrozensus, die eine wesentliche Quelle für die Gewinnung sozialdemografischer Strukturdaten ist, wird mit den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet und weist damit ebenfalls abweichende Migrationsdaten aus. Wünschenswert wären natürlich Quellen übergreifend konsistenter Daten, dazu müsste aber ein jährlicher Zensus durchgeführt werden, der die verschiedenen Fehlerquellen korrigiert und überhaupt kleinräumige Auswertungen zuließe. Die Unterschiede werden im folgenden Abschnitt nochmals angesprochen, um sie einschätzen zu können.

Berlin im Vergleich mit anderen Großstädten

Der Migrationsanteil in Berlin wird vom Mikrozensus mit 24,3 % angegeben, während die Einwohnerregisterauswertung auf 25,4 % kommt. Die Abweichung erklärt sich aus den oben genannten Ursachen und den Unterschieden zwischen einer Haushaltsbefragung und einer Sekundärstatistik wie der Einwohnerregisterstatistik. Während beim Mikrozensus, der auf einer 1%-Haushaltsstichprobe basiert, durch geeignete Fragen Sachverhalte erfasst werden können, werden bei der Einwohnerregisterstatistik aus vorhandenen Angaben Rückschlüsse auf den Migrationsstatus gezogen. Für einen deutschlandweiten Vergleich müssen beide Quellen herangezogen werden; die kommunale Einwohnerregisterstatistik wird dabei nachrangig verwendet.

Tabelle 2 gibt die Ergebnisse für die 14 deutschen Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern wieder. Wenn nicht anders angegeben, wurde der Mikrozensus als Datenquelle verwendet. Für Bremen und die beiden sächsischen Großstädte Dresden und Leipzig wurden kommunalstatistische Einwohnerregisterauswertungen benutzt, da der Mikrozensus keine entsprechenden Ergebnisse für die Städte veröffentlicht; für Dresden gibt es leider auch auf diesem Weg keine Migrationsdaten.

In Berlin leben zwar – absolut gesehen – erheblich mehr Migranten als in jeder anderen deutschen Stadt, prozentual betrachtet liegt Berlin mit 24 % dennoch mehr im unteren Bereich. Frankfurt am Main hat einen um 18 Prozentpunkte höheren Migrantenanteil. Und auch die süddeutschen wirtschaftsstarke Städte liegen mehr als 10 Prozentpunkte vor Berlin (Abbildung 1).

Bemerkenswert ist, dass auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den östlichen Großstädten deutlich geringer ist. Dies zeigt sich auch in Berlin. In den westlich gelegenen Bezirken betrug der Migrantenanteil 2008 nach dem Mikrozensus etwa 27 %, in den östlichen 10 % und in den gemisch-

ten Innenstadtbezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg 42 %. Das Einwohnerregister erlaubt eine Auftrennung der Stadt entlang der historischen politischen Scheidelinie in Berlin-Ost und Berlin-West, danach betrug der Anteil am 31.12.2008 im Westteil 33,3 % und im Ostteil 12,7 % bei einem gesamtstädtischen Migrantenanteil von 25,4 %. Selbst wenn der Westteil Berlins als eigene Stadt in diesen Vergleich einginge, läge er im Mittelfeld und keineswegs in einer Spitzengruppe. Zu dieser Spitzengruppe gehörten allenfalls die Innenstadtbezirke, die auf einen Anteil kommen, der dem von Frankfurt am Main entspricht.

Der Mikrozensus lässt keine unterbezirkliche Darstellung zu, daher werden im Folgenden nur noch Daten des Einwohnerregisters zugrunde gelegt.

Wie lassen sie sich zeitliche Brüche bei der Bildung von Herkunftsgruppen lösen?

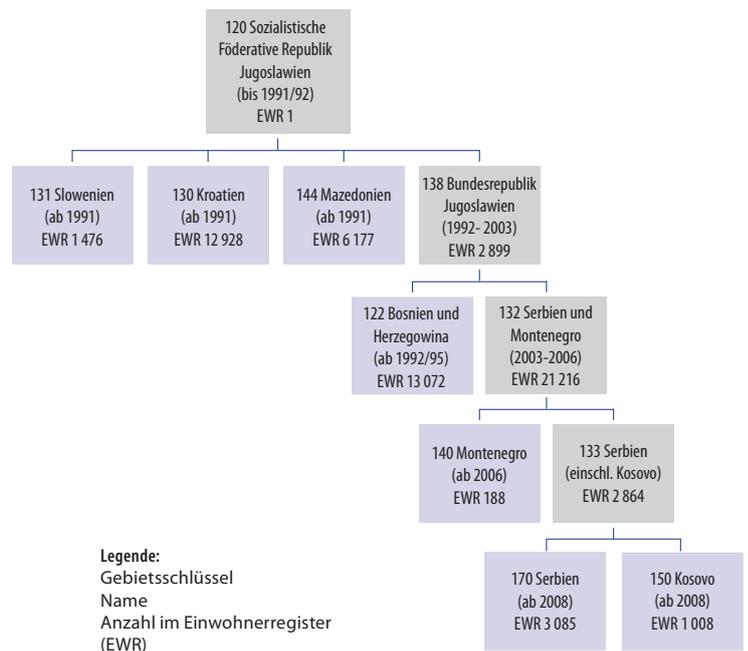
In Berlin lebten im Dezember 2009 Menschen aus 189 Staaten. Die Zusammensetzung der migrantisches Population ist vielfältiger als es zunächst den Anschein haben mag, da in der Öffentlichkeit nur wenige Migrantengruppen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, die das Wahrnehmungsbild der Einwanderer prägen. Personen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte bilden mit 177 000 Personen die mit Abstand größte Gruppe, wovon 108 000 Personen eine türkische Staatsangehörigkeit besitzen und weitere 69 000 deutsche Staatsbürger sind. Insgesamt 5,2 % der Berliner haben türkische Wurzeln, bezogen auf alle Migranten ist es jeder Fünfte (20,6 %). An zweiter Stelle folgt mit 93 000 Personen oder 2,8 % aller Einwohner die Gruppe mit polnischer Zuwanderungsgeschichte, die damit 10,8 % der Migranten ausmacht. Auf die größte Gruppe entfallen somit lediglich 20 % aller Migranten, auf die zweitgrößte noch 11 %, zusammen sind es gerade 31 % aller Migranten.

Die Bezeichnung Einwohner mit Migrationshintergrund vermittelt die Vorstellung einer umgrenzten Gruppe, der sich homogene Eigenschaften zuschreiben lassen. Durch die Aufgliederung nach Herkunftsstaaten zerfällt diese Gruppe jedoch in eine Vielzahl von Herkunftsn und die große Heterogenität wird deutlich.

189 Staaten lassen sich für eine statistische Untersuchung kaum handhaben und müssen daher zu sinnvollen Gruppen zusammengefasst werden. Ein weiteres Problem liegt in den im Register verzeichneten Staatsangehörigkeiten und Geburtsländern. Durch die großen Umwälzungen, namentlich in Osteuropa, kann es vorkommen, dass die Eintragungen nicht mehr den gültigen Stand der politischen Geografie wiedergeben.

Das Diagramm in Abbildung 2 stellt den Zerfall Jugoslawiens und den staatlichen Neubildungsprozess von heute sieben Staaten dar. Für die Berliner aus Slowenien, Kroatien und Mazedonien können genaue Angaben gemacht werden, da alle Zuordnungen eindeutig sind. Bei den Nachfolgestaaten der Bundesrepublik Jugoslawien, die zwischen 1992 und 2003 existierte, ist dies nicht mehr so eindeutig, da immer noch 2 899 Einwohner einen Verweis

Abb. 2 Repräsentation des Staatszerfalls Jugoslawiens im Einwohnerregister am 31. Dezember 2009



auf diesen nicht mehr existierenden Staat tragen. Unklar ist, welchem der heutigen Nachfolgestaaten sie zugehörig sein könnten. Eine Disaggregation ist mit den vorhandenen Informationen nicht möglich. Ähnlich stellt sich die Situation bei Serbien und Montenegro (2003–2006) und Serbien einschließlich des Kosovos dar. Von den 64 914 Einwohnern, die unter einem Gebiet registriert sind, das zum ehemaligen Jugoslawien gehörte, weisen nur 58,4 % den Eintrag eines existierenden Staates auf, die anderen Einträge sind veraltet und nicht eindeutig zuordenbar. Wie lässt sich mit diesem Problem umgehen?

Ein gebräuchlicher Ansatz ist es, Ergebnisse für die Gesamtheit des ehemaligen Jugoslawiens auszuweisen. Dagegen könnte sprechen, dass der Zerfall Jugoslawiens ein kriegerischer Prozess war und es zumindest fraglich ist, ein Herkunftsgebiet entgegen geschichtlicher Konfliktlinien rechnerisch überdauern zu lassen. Zumal bei der Segregation die (empfundene) Gruppenzugehörigkeit eine wichtige Rolle spielen sollte.

Bei der Segregation geht es um die Verteilung im Raum. Wie verteilen sich die Einwohner der verschiedenen Nachfolge- und Reststaaten Jugoslawiens im Stadtgebiet auf der Ebene der Planungsräume? Bevorzugen sie die gleichen Wohnquartiere (sprich Lebensweltlich orientierten Räume) oder nicht? Die gemeinsame räumliche Verteilung kann mittels einer Korrelationsanalyse auf der Ebene der 447 Planungsräume untersucht werden. Wenn die Prozentanteile der Einwohner in den Planungsräumen aus jugoslawischen Herkunftsgebieten positiv miteinander korrelieren, bedeutet dies, dass mehr oder weniger die gleichen Planungsräume bewohnt werden. Betrachtet werden sollen nur die Korrelationskoeffizienten, die mindestens einen Wert von 0,70 aufweisen und somit zumindest mittelstark sind. Die Korrelation der

Tab. 3 **Repräsentation der ehemaligen Sowjetunion im Einwohnerregister am 31. Dezember 2009**

Ge- biets- schlüs- sel	Gebiet	Einwohner im Bestand	Darunter Spät- aussiedler
159	Sowjetunion (bis 1991) ..	9 515	1 586
160	Russische Föderation	41 742	15 439
422	Armenien	731	22
425	Aserbaidtschan	1 475	63
127	Estland	612	45
430	Georgien	1 344	65
444	Kasachstan	18 827	11 532
450	Kirgisistan	1 714	814
139	Lettland	2 624	83
142	Litauen	2 011	124
146	Moldawien	1 188	144
470	Tadschikistan	424	194
471	Turkmenistan	216	67
166	Ukraine	14 816	1 649
477	Usbekistan	1 481	565
169	Weißrussland	2 141	118
Insgesamt		100 861	32 510

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Erläuterung

▣ Europäische Union

EU-15: Belgien, Dänemark, (Deutschland), Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich.

EU-Erweiterung: 2004 traten überwiegend in Osteuropa liegende Staaten der EU bei. Die 10 Staaten sind: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

EU-27: 2007 wurden Rumänien und Bulgarien aufgenommen. 27 Staaten bilden die heutige Europäische Union: Belgien, Bulgarien, Dänemark, (Deutschland), Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Zypern.

▣ Arabische Liga

21 Staaten sowie die palästinensische Autonomiebehörde: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate.

▣ Organisation der Islamischen Konferenz (OIC)

57 Staaten, in denen der Islam Staatsreligion ist oder vom Islam geprägt wird: Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Aserbaidtschan, Bahrain, Bangladesch, Benin, Brunei, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Dschibuti, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Indonesien, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kasachstan, Katar, Kirgisistan, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Malaysia, Malediven, Mali, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Surinam, Syrien, Tadschikistan, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Uganda, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate.

Einzelstaaten des ehemaligen Jugoslawien (Tabelle A1 im Anhang) zeigt die stärksten Zusammenhänge zwischen dem – politisch nicht mehr existenten – Gebiet Serbien und Montenegro (21 000 Einwohner) mit Serbien einschließlich Kosovo (2 864 Einwohner) und Serbien ohne Kosovo (3 085 Einwohner). Weitere nennenswerte Korrelationen finden sich zu Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Klare Hinweise auf eine statistische Zusammenfassung der Nachfolgestaaten und der Staatenreste werden somit auch durch die Korrelationsrechnung nicht gegeben. Es ist aber davon auszugehen, dass zumindest Personen serbischer Herkunft in räumlicher Nähe zueinander wohnen.

Als Folgerung soll deshalb das Konstrukt „ehemaliges Jugoslawien“ beibehalten werden, auch wenn dies nicht wirklich befriedigend ist. Da, wo möglich, werden die Nachfolgestaaten ausgewiesen, die Staatsreste werden nicht als gültige und eigenständige Einheiten nachgewiesen. Der Nachfolgestaat Slowenien ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union. Kroatien, Mazedonien und Montenegro sind Beitrittskandidaten.

Ein weiteres, wenn auch geringeres, Problem stellt die Sowjetunion mit ihren Nachfolgestaaten dar. Auch hier sind in 9 515 Fällen noch Eintragungen keinem der Nachfolgestaaten eindeutig zuordenbar. Tabelle 3 zeigt das Ergebnis der Dismembration der UdSSR. Das Gebiet der Sowjetunion umfasste auch wichtige Herkunftsgebiete der (Spät-) Aussiedler. Von den insgesamt 76 805 Spätaussiedlern, die sich im Berliner Einwohnerregister nachweisen lassen, kamen 32 510 aus der UdSSR. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind seit 2004 Mitglieder der Europäischen Union.

In die folgenden Betrachtungen sollen Jugoslawien und die UdSSR in zusammengefasster Form nachgewiesen werden. Eigenständig ausgewiesen werden alle Nachfolgestaaten, soweit sie für die Darstellung relevant sind. Das gilt insbesondere für die Nachfolgestaaten Russische Föderation, Kasachstan und Ukraine, da große Zuwanderergruppen von dort stammen.

Einbezogen werden sollen auch die Berliner Einwohner, deren eigene und familiäre Biografie eine Verbindung zu den palästinensischen Gebieten hat. Verschlüsselt sind die Palästinenser im Einwohnerregister mit „ungeklärte Staatsangehörigkeit“. Diese Gruppe umfasst zum ganz überwiegenden Teil, aber nicht ausschließlich, Palästinenser.

Als weitere Zusammenfassungen sollen Staatenbünde und transnationale Organisationen zur Gruppierung dienen, um aus der Vielzahl der Einzelstaaten größere Blöcke bilden zu können, denen Gemeinsamkeiten zugrunde liegen. Dazu gehört hier die Europäische Union (EU), die Arabische Liga, die Organisation der Islamischen Konferenz und die OECD. Für die EU werden mehrere Entwicklungsstadien ausgewiesen. EU-15 bezeichnet die westeuropäische Union und EU-Erweiterung die vornehmlich osteuropäische Erweiterung. Mit dem Kürzel EU-27 wird die heutige Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten bezeichnet (siehe Erläuterungen).

**Statistisches Profil:
Wie zahlreich sind
einzelne Herkunfts-
gruppen?**

Am stärksten vertreten sind unter den Migranten die Berliner mit türkischen Wurzeln, gefolgt von denen, die einen polnischen Hintergrund aufweisen, daran schließen sich die Gruppen an, die eine jugoslawische sowie eine russische Herkunft haben. Die migrantischen Berliner Bevölkerungsgruppen mit mehr als 10 000 Einwohnern können der Tabelle 4 entnommen werden. Von allen Migranten haben 21 % einen türkischen Hintergrund, 11 % einen polnischen, 8 % einen jugoslawischen und 5 % einen russischen (Tabelle 5). Insgesamt kommen die Migranten in Berlin aus 189 Herkunftsgebieten. 50 % aller Zuwanderer kommen dabei aus sieben Staaten bzw. Gebieten, und zwar – neben der Türkei, Polen, Jugoslawien und Russland – Libanon, Italien und Vietnam (Tabelle 5, Spalte kumulierte Prozente). Zusammengekommen hat jeder zweite Migrant (50,9 %) einen Bezug zu einem der sieben wichtigsten Herkunftsgebiete.

Von den 859 Tsd. Migranten Berlins kommen 236 Tsd. aus einem EU-Mitgliedsstaat (28 % der Migranten, 7 % der Einwohner; Tabelle 4). Aus den EU-Erweiterungsstaaten von 2004, die überwiegend osteuropäische Neumitglieder umfasste, kommen 131 Tsd. (15 % der Migranten). Ein arabisches Herkunftsgebiet weisen 65 Tsd. Berliner Migranten auf (7,6 % der Migranten). Und zu einem Land, das zur 57 Staaten umfassenden Islamischen Liga gehört, haben 295 Tsd. (34,5 % der Migranten, 8,8 % aller Berliner) einen Zuwanderungsbezug. Etwa ein Drittel der Migranten oder 9 % der Berliner kommen demnach aus einem islamischen Land. Zu berücksichtigen ist bei dieser Gruppenbildung, dass auch libanesisch oder irakische Christen, ägyptische Kopten, iranische Bahai oder säkulare Palästinenserinnen und Palästinenser zu dieser Herkunftsgruppe gehören. Diese Unschärfen gelten aber auch für alle anderen Herkunftsgebiete, da alle Staaten ethnisch und religiös heterogen sind. Beispielsweise leben ethnische Ungarn in sieben verschiedenen Staaten.

Tab. 4 **Einwohner mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Herkunftsgebieten und deutscher bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit in Berlin am 31. Dezember 2009**

Gebiets-schlüssel	Herkunftsgebiet – Name	Einwohner mit Migrationshintergrund insgesamt		Deutsche mit Migrationshintergrund		Ausländer	
		absolut	% Einwohner	absolut	% Einwohner	absolut	% Einwohner
163	Türkei.....	176 703	5,2	68 697	2,0	108 006	3,2
	ehem. Sowjetunion.....	100 861	3,0	63 453	1,9	37 408	1,1
152	Polen.....	93 109	2,8	50 755	1,5	42 354	1,3
	ehem. Jugoslawien.....	64 914	1,9	17 003	0,5	47 911	1,4
160	Russische Föderation.....	41 742	1,2	26 715	0,8	15 027	0,4
451	Libanon.....	22 314	0,7	15 036	0,4	7 278	0,2
137	Italien.....	19 550	0,6	4 357	0,1	15 193	0,5
432	Vietnam.....	19 282	0,6	6 471	0,2	12 811	0,4
444	Kasachstan.....	18 827	0,6	17 210	0,5	1 617	0,0
368	USA.....	18 211	0,5	4 913	0,1	13 298	0,4
129	Frankreich.....	17 508	0,5	4 557	0,1	12 951	0,4
166	Ukraine.....	14 816	0,4	6 363	0,2	8 453	0,3
	Palästinensische Gebiete	14 227	0,4	2 785	0,1	11 442	0,3
168	Vereinigtes Königreich.....	13 259	0,4	3 256	0,1	10 003	0,3
122	Bosnien u. Herzegowina	13 072	0,4	2 724	0,1	10 348	0,3
130	Kroatien.....	12 928	0,4	2 555	0,1	10 373	0,3
134	Griechenland.....	12 370	0,4	2 951	0,1	9 419	0,3
151	Österreich.....	12 300	0,4	3 246	0,1	9 054	0,3
125	Bulgarien.....	10 850	0,3	2 544	0,1	8 306	0,2
439	Iran.....	10 850	0,3	6 437	0,2	4 146	0,1
	Sonstige.....	253 017	7,5	142 679	4,2	110 605	3,3
	EU.....	236 407	7,0	90 732	2,7	145 675	4,3
	EU-15.....	105 106	3,1	24 722	0,7	80 384	2,4
	EU-Erweiterung 2004.....	131 301	3,9	66 010	2,0	65 291	1,9
	Arabische Länder.....	65 103	1,9	34 083	1,0	31 020	0,9
	Islamische Liga.....	295 540	8,8	138 206	4,1	157 334	4,7
	nicht zuordenbar.....	69 138	2,1	69 138	2,1	–	–
	Insgesamt	859 325	25,5	399 140	11,8	460 185	13,7

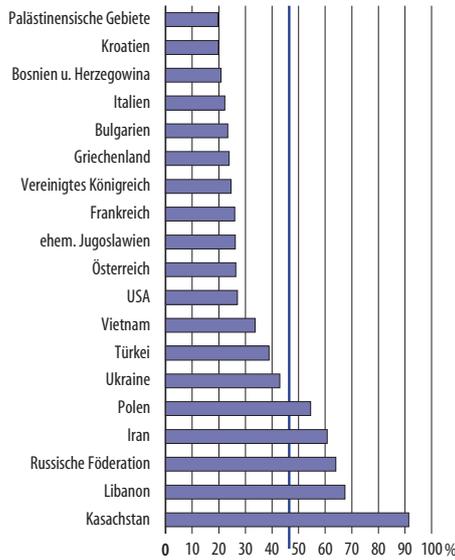
Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Tab. 5 **Zusammensetzung der Einwohnerschaft mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Herkunftsgebieten in Berlin am 31. Dezember 2009**

Rang	Herkunftsgebiet	Einwohner mit Migrationshintergrund	
		in % Migranten insgesamt	kumulierte %
1	Türkei.....	20,6	20,6
2	Polen.....	10,8	31,4
3	ehem. Jugoslawien.....	7,6	39,0
4	Russische Föderation.....	4,9	43,8
5	Libanon.....	2,6	46,4
6	Italien.....	2,3	48,7
7	Vietnam.....	2,2	50,9
8	Kasachstan.....	2,2	53,1
9	USA.....	2,1	55,2
10	Frankreich.....	2,0	57,3
11	Ukraine.....	1,7	59,0
12	Palästinensische Gebiete	1,7	60,7
13	Vereinigtes Königreich.....	1,5	62,2
14	Griechenland.....	1,4	63,6
15	Österreich.....	1,4	65,1
16	Bulgarien.....	1,3	66,3
17	Iran.....	1,2	67,6
	Sonstige.....	32,4	100
	Insgesamt	100	

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Abb. 3 Anteil der Deutschen an den Einwohnern mit Migrationshintergrund je Herkunftsgebiet in Berlin am 31. Dezember 2009



Tab. 6 Deutsche und ausländische Einwohner mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Herkunftsgebieten in Berlin am 31. Dezember 2009

Ge- biets- schlüs- sel	Herkunftsgebiet – Name	Quotient Deutsche mit Migrations- hintergrund/ Ausländer	Anteil der Deutschen an allen Einwohnern mit Migrations- hintergrund in %
163	Türkei.....	0,6	38,9
152	Polen.....	1,2	54,5
	ehem. Jugoslawien.....	0,4	26,2
160	Russische Föderation.....	1,8	64,0
451	Libanon.....	2,1	67,4
137	Italien.....	0,3	22,3
432	Vietnam.....	0,5	33,6
444	Kasachstan.....	10,6	91,4
368	USA.....	0,4	27,0
129	Frankreich.....	0,4	26,0
166	Ukraine.....	0,8	42,9
	Palästinensische Gebiete	0,2	19,6
168	Vereinigtes Königreich	0,3	24,6
122	Bosnien u. Herzegowina..	0,3	20,8
130	Kroatien.....	0,3	19,8
134	Griechenland.....	0,3	23,9
151	Österreich.....	0,4	26,4
125	Bulgarien.....	0,3	23,4
439	Iran.....	1,6	60,8
	EU.....	0,6	38,4
	EU-15.....	0,3	23,5
	EU-Erweiterung 2004.....	1,0	50,3
	Arabische Länder.....	1,1	52,4
	Islamische Liga.....	0,9	46,8
	nicht zuordenbar.....	0,9	48,5
	Insgesamt	0,9	46,4

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Statistisches Profil: Anteil der Deutschen in den Herkunftsgruppen

Die migrantische Einwohnerschaft teilt sich – wird die Staatsangehörigkeit zugrunde gelegt – in Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer. 47 % der Berliner Migranten sind deutsche Staatsangehörige. Zwischen den Herkunftsgebieten schwankt dieses Verhältnis stark (Tabelle 6, Abbildung 3). Mehr als 50 % Deutsche weisen die Zuwanderergruppen aus Polen (55 %), Iran (61 %), Russland (64 %), Libanon (67 %) und Kasachstan (91 %) auf. Auf einen Kasachen kommen sogar 11 mit deutscher Staatsangehörigkeit und bei Libanesen sind es immerhin zwei mit einem deutschen Pass (Tabelle 6). In der größten Zuwanderergruppe, den Türkischstämmigen, beträgt der Anteil der Deutschen dagegen lediglich 39 %. Niedrig ist der Anteil der Eingebürgerten auch bei den Zuwanderern, die aus einem Mitgliedsstaat der westeuropäischen EU-15 stammen, hier sind es gerade 23,5 %. Dagegen beträgt der Anteil unter den Einwohnern aus EU-Erweiterungsstaaten 50,3 %.

Statistisches Profil: Altersstruktur der Herkunftsgruppen

Die Altersstruktur und die Lastenverteilung zwischen den Generationen stehen seit einigen Jahren als ein zentrales Thema auf der politischen Zukunftsaenda Deutschlands. Auf die Zuwanderung und die Nachkommen werden dabei große Hoffnungen gesetzt, um der demografischen Alterung und dem Bevölkerungsschwund entgegenwirken zu können.

Das Durchschnittsalter der Berliner Einwohner lag im Dezember 2009 bei 42,7 Jahren (Tabelle 7). Die Deutschen ohne Migrationshintergrund sind im Durchschnitt 16 Jahre älter als die Deutschen mit Migrationshintergrund. Zwischen diesen beiden Alterspolen liegen die Ausländer, die 9 Jahre älter sind als die deutschen Migranten und sieben Jahre jünger als der durchschnittliche Deutsche ohne Zuwanderungsgeschichte.

Zwischen den einzelnen Herkunftsländern gibt es deutliche Unterschiede der Altersmittelwerte (Tabelle 7, Abbildung 4). Den höchsten Altersdurchschnitt haben – unter den ausgewählten wichtigsten Zuwanderungsgebieten – die Einwohner mit kroatischen Wurzeln (41,5 Jahre). Damit sind sie aber immer noch jünger als die Deutschen ohne Migrationshintergrund. Am jüngsten sind die Berliner mit palästinensischen bzw. libanesischen Wurzeln (21,5 bzw. 25,9 Jahre). Die große Gruppe mit türkischen Wurzeln ist im Mittel 32,8 Jahre alt.

Um das Verhältnis der Generationen unter ökonomischen Gesichtspunkten zu fassen, haben sich der Jugend- und der Altenquotient etabliert. Der Jugendquotient drückt das Verhältnis der unter 20-jährigen Bevölkerung zu den 20- bis unter 65-Jährigen aus, die die Basis der erwerbsfähigen Bevölkerung umreißen. Die Erwerbsfähigen bilden die Leistungsbasis für die Jüngeren bzw. Älteren. Der Jugendquotient besagt demzufolge, wie viele nicht erwerbsfähige Jüngere auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. Eine alte Gesellschaft weist einen geringen Jugendquotienten auf und eine junge Gesellschaft hat hohe Jugendquotientenwerte.

$$\text{Jugendquotient} = \frac{\text{Einwohner unter 20 Jahren}}{\text{Einwohner 20 bis unter 65 Jahren}} \cdot 100$$

Der Altenquotient misst das Verhältnis von Einwohnern im Rentenalter zur erwerbsfähigen Bevölkerung. Als Altersgrenze wird das bisher gültige Renteneintrittsalter gesetzt. Analog zum Jugendquotienten stellt dieser Quotient die Relation von erwerbsfähiger und nicht erwerbsfähiger Bevölkerung dar. Ein hoher Quotientenwert weist auf eine alte Bevölkerungsgruppe und ein kleiner Wert auf eine junge hin.

$$\text{Altenquotient} = \frac{\text{Einwohner 25 Jahre und älter}}{\text{Einwohner 20 bis unter 65 Jahren}} \cdot 100$$

Jugend- und Altenquotient sollen für die verschiedenen Herkunftsgebiete betrachtet werden.

Der Gesamtberliner Jugendquotient liegt bei 25,6, demnach kommen 26 unter 20-Jährige auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (Tabelle 7). Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund und den Ausländern ist der Quotient besonders klein (20,3 und 16,6). Sehr hohe Werte weist der Quotient bei den Berlinern mit einer palästinensischen oder libanesischen Zuwanderungsgeschichte auf (128,6 bzw. 92,4). Entsprechend sind die Anteile der unter 20-Jährigen in diesen Gruppen auch besonders hoch. Bei den Berlinern mit palästinensischen Wurzeln sind es sogar 55,3 %, die jünger als 20 Jahre sind (Tabelle 7).

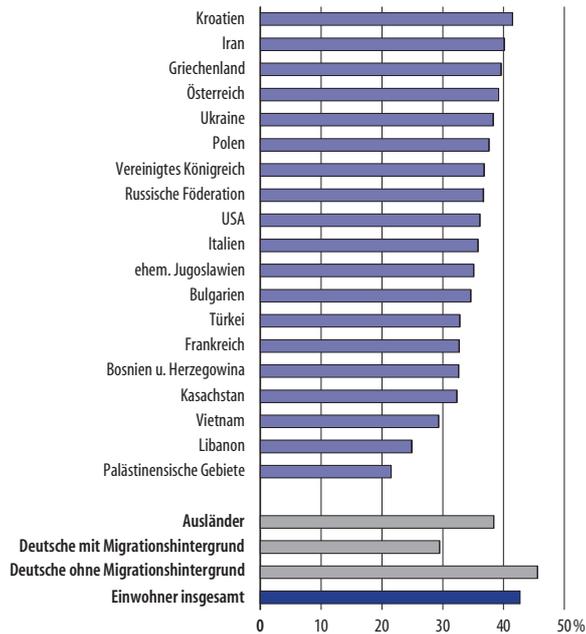
Der Altenquotient erreicht bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund einen besonders hohen Wert (36,4). Zweistellig sind die Werte auch für die Herkunftsgebiete Ukraine, Griechenland, Kroatien, Russland, Österreich, Türkei und Iran, während die Werte für die Einwohner aus palästinensischen Gebieten bei 3,9 und Vietnam sogar bei nur 2,6 liegen.

Die Altersstruktur der Einwohner nach Herkunftsgebieten weist auf große Strukturunterschiede hin. Junge Menschen sind ein großes Potenzial für die Gesellschaft, bergen aber auch ein erhebliches Konfliktpotenzial, wenn ihnen keine ausreichenden Lebenschancen eröffnet werden.

Einwohner mit Migrationshintergrund in den Planungsräumen

Als Analyseebene werden die Planungsräume verwendet, durch die die gesamte Stadt in 447 Teilräume eingeteilt wird. Gesamtstädtisch betrug der Anteil der Migranten nach dem Einwohnerregister 25,5 %. Im Planungsraum mit dem höchsten Anteil waren es 68,5 % (Tabelle 8). Wie gut der gesamtstädtische Anteil (der Mittelwert) die Anteile in den einzelnen Planungsräumen trifft, gibt der Variationskoeffizient *V* an. Der

Abb. 4 Durchschnittsalter der Einwohnerschaft nach Migrationsstatus und ausgewählten Herkunftsgebieten in Berlin am 31. Dezember 2009



Tab. 7 Jugend- und Altenquotient ausgewählter Einwohnergruppen in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Migrationsstatus und Herkunftsgebieten

Migrationsstatus – Herkunftsgebiet	Durchschnittsalter (arithmetischer Mittelwert)	Jugendquotient	Altenquotient	Anteil der unter 20-Jährigen in %
Deutsche.....	43,4	27,4	33,9	17,0
ohne Migrationshintergrund.....	45,6	20,3	36,4	13,0
mit Migrationshintergrund.....	29,5	83,4	14,0	42,2
Ausländer.....	38,4	16,6	10,0	13,1
Einwohner insgesamt.....	42,7	25,6	29,9	16,5
Ausgewählte Herkunftsgebiete:				
Türkei.....	32,8	57,7	14,8	33,4
Polen.....	37,6	25,7	9,7	19,0
ehem. Jugoslawien	35,1	46,8	12,9	29,3
Russische Föderation.....	36,7	35,2	16,5	23,2
Libanon.....	24,9	92,4	2,8	47,3
Italien.....	35,8	24,2	9,1	18,2
Vietnam.....	29,3	59,3	2,6	36,6
Kasachstan.....	32,3	38,1	5,3	26,6
USA.....	36,1	28,3	11,2	20,3
Frankreich.....	32,7	25,6	5,7	19,5
Ukraine.....	38,3	33,9	22,5	21,7
Palästinensische Gebiete.....	21,5	128,6	3,9	55,3
Vereinigtes Königreich.....	36,8	25,7	9,5	19,0
Bosnien u. Herzegowina.....	32,6	54,6	9,9	33,2
Kroatien.....	41,5	28,4	18,0	19,4
Griechenland.....	39,6	27,7	20,0	18,7
Österreich.....	39,2	25,2	16,2	17,8
Bulgarien.....	34,6	20,9	7,4	16,3
Iran.....	40,1	26,8	13,1	19,1

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

$$V = \frac{s}{\bar{x}} \cdot 100$$

Variationskoeffizient ist das Verhältnis der Standardabweichung bezogen auf den Mittelwert. Je größer die V-Werte sind, desto stärker variieren die Anteile zwischen den Planungsräumen.

Besonders große Abweichungen vom gesamtstädtischen Mittelwert zeigen sich zwischen den einzelnen Planungsräumen bei den Berlinern mit palästinensischem (174 %), kasachischem (173 %), libanesischem (153 %) und türkischem Hintergrund (132 %). Bei Bürgern mit polnischer Herkunft ist der Variationskoeffizient dagegen vergleichsweise niedrig (71 %). Das spricht dafür, dass sie deutlich gleichmäßiger über das Stadtgebiet verteilt leben, während Berliner aus anderen Herkunftsgebieten stärker Hochburgen zu bilden scheinen. Dem soll nun mit spezifischen Segregationsmaßen nachgegangen werden.

Tab. 8 **Streuung des Anteils der Einwohner mit und ohne Migrationshintergrund in den 447 Planungsräumen Berlins am 31. Dezember 2009 nach Herkunftsgebiet**

Migrationsstatus und ausgewählte Herkunftsgebiete (mit Mehrfachnennungen)	Anzahl	Mittelwert	Maximum ¹	Variationskoeffizient
	in 1 000	%		
Deutsche.....	2 909	86,3	99,2	12,1
ohne Migrationshintergrund ...	2 510	74,5	97,7	21,6
mit Migrationshintergrund	399	11,8	35,6	56,6
Ausländer.....	460	13,7	45,1	76,8
Einwohner mit Migrationshintergrund	859	25,5	68,5	63,0
EU	236	7,0	26,3	52,9
EU15	105	3,1	10,9	80,2
EU-Erweiterung.....	131	3,9	20,5	56,9
Arabische Staaten.....	65	1,9	12,8	120,8
Islamische Liga	296	8,8	45,9	106,5
Ausgewählte Herkunftsgebiete:				
Türkei.....	177	5,2	38,8	132,0
Polen.....	93	2,8	11,4	71,1
ehem. Jugoslawien	65	1,9	9,2	89,1
Russische Föderation	42	1,2	20,8	106,3
Libanon	22	0,7	5,6	153,1
Italien.....	20	0,6	2,2	81,9
Vietnam	19	0,6	21,1	144,0
Kasachstan	19	0,6	13,9	172,7
USA	18	0,5	5,3	112,0
Frankreich.....	18	0,5	3,2	93,5
Ukraine	15	0,4	3,7	92,2
Palästinensische Gebiete.....	14	0,4	4,2	174,0
Vereinigtes Königreich.....	13	0,4	2,5	90,9
Bosnien u. Herzegowina.....	13	0,4	2,6	114,4
Kroatien.....	13	0,4	1,8	90,8
Griechenland	12	0,4	1,7	88,7
Österreich.....	12	0,4	1,5	81,5
Bulgarien.....	11	0,3	5,1	114,4
Iran.....	11	0,3	2,6	116,7

¹ Planungsräume mit mehr als 200 Einwohnern

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin; Lebensweltlich orientierte Räume, Planungsräume (447 Einheiten)

Dimensionen der Segregation

Ihren Ausgang hat die Segregationsforschung in der sogenannten Chicagoer Schule um 1920 genommen (R. E. Park). Dass Segregation kein eindimensionales Konstrukt ist, folgerten Massey und Denton 1988 aus der Analyse einer Vielzahl von Indizes. Fünf Dimensionen wurden von ihnen unterschieden:

- **Ausgeglichene Verteilung** (*evenness*): Ausgeglichenheit zielt auf die Verteilung der Populationsgruppen im städtischen Raum. Eine Minorität ist segregiert, wenn sie sich ungleich über die räumlichen Teilgebiete verteilt. Ob eine Ungleichheit der Verteilung vorliegt, kann nur durch die Einbeziehung einer anderen Gruppe beurteilt werden. Bei einer unausgeglichene Verteilung bilden die Mitglieder verschiedener Gruppen keine gemeinsamen Nachbarschaften, sie leben separiert.
 - **Potenzieller Kontakt** (*exposure*): Die Dimension des Ausgesetztseins bezieht sich auf den Grad potenzieller Kontakte zwischen Gruppen in einer räumlichen Einheit. Einen wichtigen Einfluss hat die Gruppengröße. Minoritäten können gleich verteilt, also nicht segregiert sein, haben aber dennoch wenig Kontakt zur Majorität, wenn die eigene Gruppe relativ groß ist. Stellt die Minorität dagegen nur eine kleine Gruppe in der Gesamtpopulation, sind die Chancen für einen Kontakt zur Majorität höher. Die Dimension spannt sich zwischen Isolation und Kontakt auf.
 - **Klumpung** (*clustering*): Die Klumpungscharakteristik zielt auf die räumliche Nähe der Mitglieder einer Minderheitengruppe in Nachbarschaften, die zusammenhängende Gebiete bilden. Im Extremfall führt die Klumpung zur Herausbildung von Enklaven, einem Extremfall des Segregationsphänomens.
 - **Zentralisation** (*centralization*): Das Merkmal Zentralität bezieht sich auf die Nähe zum urbanen Zentrum. Ausgangspunkt ist die Beobachtung in Städten der Vereinigten Staaten, dass Neuzuwanderer zunächst in Areale drängen, die den zentralen Geschäftsbezirk umgeben. Die aufgestiegenen Nachkommen zieht es in der Folge in die besseren Außenbezirke. Die Pariser Stadtrandquartiere (*Banlieue*) sind ein aktuelles Gegenbeispiel.
 - **Konzentration** (*concentration*): Konzentration oder Dichte meint den physischen Raum, den sich eine Population teilen muss. Je beengter eine Gruppe lebt, desto mehr ist sie von dieser Segregationsdimension betroffen.
- Eine Bevölkerungsgruppe, die sich unausgeglichene im urbanen Raum verteilt, hoch verdichtet, sowie in zusammenhängenden Arealen lebt und nur gering mit der Majorität interagiert, kann als stark segregiert angesehen werden.

Messung der Segregationsdimensionen

Das auch heute noch gebräuchliche Maß zur Messung der Segregation ist der von O. D. Duncan und B. Duncan Anfang der 50er Jahre entwickelte Dissimilaritätsindex. Verbesserungen der Maße betrafen zunächst die Erweiterung auf mehr als zwei Vergleichsgruppen durch generalisierte Indizes. Gemeinsam ist den Maßen, dass sie nicht sensitiv gegenüber dem räumlichen Muster der Verteilung sind. Indizes, die die räumliche Anordnung nicht berücksichtigen, zei-

gen gleiche Werte bei gravierenden Unterschieden der räumlichen Verteilungsmuster an. Das führte zu Vorschlägen, die die einzelnen Areale nicht mehr als statistisch unabhängig betrachteten, sondern die Zusammensetzung der nächstgelegenen Gebiete einbezogen. In der Folge wurde eine große Zahl verschiedener Indizes entwickelt, die von Massey und Denton einer empirischen Dimensionsanalyse unterzogen wurden. Die Arbeit von Massey und Denton ordnete den einzelnen Segregationsdimensionen spezifische Indizes zu, von denen eine Auswahl hier angewendet und die zuvor kurz vorgestellt werden sollen.

a) Ausgeglichenere Verteilung

Segregationsindizes, die den Grad der Verteilungsausgeglichenheit messen (*evenness*), vergleichen die räumliche Verteilung über die städtischen Teilgebiete. Eine Segregation ist dann nicht vorhanden, wenn in allen Teilräumen die Bevölkerungsgruppen anteilig gleich stark vertreten sind. Am häufigsten verwendet wird für die Messung dieser Dimension der Segregations- bzw. der Dissimilaritätsindex.

• Segregationsindex *IS* und Dissimilaritätsindex *ID*

Duncan und Duncan etablierten Anfang der 50er Jahre den Dissimilaritätsindex *ID* als die am meisten nützliche Maßzahl für die residentielle Segregation der nicht weißen Bevölkerung einer Stadt. Eine Minorität ist segregiert, wenn sie – im Vergleich zu einer anderen Gruppe – ungleich über die Raumeinheiten verteilt ist. Der Dissimilaritätsindex bezieht die Minoritätsgruppe auf eine spezifische Referenzgruppe, während der Segregationsindex als Referenzgruppe die gesamte restliche Population nimmt, die nicht zur Minorität gehört. Im Falle der Aufteilung der Population in zwei Gruppen ist der Dissimilaritätsindex mit dem Segregationsindex identisch. Der Wertebereich reicht von 0 bis 1 bzw. 0 % bis 100 %. Ein Index von 0 steht für eine ausgeglichene Durchmischung und 1,0 für eine vollständige Segregation, die dann bestünde, wenn es keine Wohnareale gäbe, in denen Minoritäts- und Majoritätsmitglieder gemeinsam wohnten. Der Wert des Indexes kann – in einem technischen Sinn – als Prozentsatz der Minoritätspopulation interpretiert werden, der auf andere Aggregate verteilt werden müsste (unter Ignorierung des dafür benötigten Wohnraums), um eine ausgeglichene Verteilung zu erreichen. In der Sprache der Tabellenanalyse wären dann die Spaltenprozente untereinander gleich und gleich der Randverteilung.

Der Dissimilaritätsindex ist mit mehreren Problemen behaftet, und zwar der Abhängigkeit von der gewählten räumlichen Unterteilung (*modifiable area unit problem – MAUP*), die einen Vergleich zwischen verschiedenen Städten mit unterschiedlich kleinräumigen Gliederungen erschwert und mit dem sogenannten Schachbrettproblem (*checker board problem*), das den Effekt (oder Nichteffect) verschiedener räumlicher Verteilungsmuster auf Indexwerte untersucht. Ein weiteres Manko ist die mangelnde Sensitivität gegenüber Verschiebungen von Minoritätsanteilen zwischen Gebieten, die entweder oberhalb oder unterhalb des Gesamtdurchschnittes liegen. Trotz dieser Einschränkungen ist der Dissimilaritäts- bzw. Segregationsindex das wichtigste Maß.

$$IS = \frac{\sum_{i=1}^{Agg} \left| \frac{x_i}{X} - \frac{n_i - x_i}{N - X} \right|}{2}$$

$$ID = \frac{\sum_{i=1}^{Agg} \left| \frac{x_i}{X} - \frac{y_i}{Y} \right|}{2}$$

Segregationsindex:

- i* Aggregatindex von 1 bis *Agg*
- x_i* Subpopulation *X* im Aggregat *i*
- X* Summe der Subpopulation im Gesamtgebiet
- N* Gesamtpopulation
- n_i* Population im Aggregat *i*

Dissimilaritätsindex:

- i* Aggregatindex von 1 bis *Agg*
- x_i* Subpopulation *X* im Aggregat *i*
- X* Summe der Subpopulation *X* im Gesamtgebiet
- y_i* Subpopulation *Y* im Aggregat *i*
- Y* Summe der Subpopulation *Y* im Gesamtgebiet

Quelle: O. D. Duncan / B. Duncan, 1955

• Informationsindex *H*

Der Informationsindex *H* misst die Diversität der Bevölkerung innerhalb eines Gebietes. Zuerst wird die Entropie der Gesamtstadt berechnet. Sie ist am größten, wenn die Gruppen gleichstark sind. Danach wird die Entropie jedes Aggregates berechnet, um im letzten Schritt die gewichtete Abweichung der Teilräume vom gesamtstädtischen Wert zu berechnen. Der Koeffizient variiert zwischen 0 (alle Areale haben die gleiche Zusammensetzung) bis 1,0 (alle Areale beinhalten jeweils nur eine Gruppe). Die nachfolgende Formel ist für den Zweigruppenfall geeignet, die Berechnung ist aber für beliebige Gruppierungen möglich.

$$H = \sum_{i=1}^{Agg} \frac{n_{1i} + n_{2i}}{N_1 + N_2} \left(\frac{E_{Gesamt} - E_i}{E_{Gesamt}} \right)$$

H drückt die gewichtete Abweichung von der Diversität im Gesamtgebiet aus.

$$E_{Gesamt} = P \cdot \ln\left(\frac{1}{P}\right) + (1 - P) \cdot \ln\left(\frac{1}{1 - P}\right)$$

$$P = \frac{N_1}{N_1 + N_2}$$

Diversität im Gesamtgebiet

$$E_i = p_i \cdot \ln\left(\frac{1}{p_i}\right) + (1 - p_i) \cdot \ln\left(\frac{1}{1 - p_i}\right)$$

$$p_i = \frac{n_{1i}}{n_{1i} + n_{2i}}$$

Diversität des Aggregates *i*

- E_{Gesamt}* Mittlere Entropie des Gesamtgebietes
- E_i* Beitrag des Aggregates *i* zur Gesamtentropie
- n_{1i}* Subpopulation 1 im Aggregat *i*
- n_{2i}* Subpopulation 2 im Aggregat *i*
- N₁* Subpopulation 1 im Gesamtgebiet
- N₂* Subpopulation 2 im Gesamtgebiet
- ln natürlicher Logarithmus

Quelle: Theil / Finezza, 1971

b) Potenzieller Kontakt

Die Kontaktdimension mit den Ausprägungen Interaktion bzw. Isolation ist ein weiteres wichtiges Merkmal für die Bestimmung der Segregation. Da keine beobachteten Interaktionsdaten vorliegen, wird ersatzweise das Areal als Container für Kontaktgelegenheiten verstanden. Die Gelegenheit eines potenziellen Kontakts oder einer Interaktionen zwischen Mitgliedern der Minorität und der Majorität innerhalb eines geografischen Areals kann als Wahrscheinlichkeit ausgedrückt werden, die sich aus den Gruppengrößen errechnen lässt, die sich in den Teilräumen „begegnen“ könnten. Im Unterschied zur Dimension Ausgeglichenheit der Verteilung ist hierbei die Gruppengröße wichtig. Berechnet wird die Wahrscheinlichkeit, dass ein Minoritätsmitglied ein anderes Minoritäts- oder Majoritätsmitglied im gleichen Areal „trifft“. Vollständig segregierte Städte verhüten einen Kontakt innerhalb des Gebietes zwischen den Einwohnergruppen, dagegen maximieren integrierte Städte diese Kontaktchance. Mit diesem Maß wird versucht, die Erfahrung von Segregation einzufangen. Die Indizes können als Isolations- und als Interaktionsindex berechnet werden. Der Isolationsindex gibt die Wahrscheinlichkeit an, dass ein zufällig gezogenes Individuum auf ein Mitglied der gleichen Gruppe im Areal trifft; der Interaktionsindex bezieht sich auf Zwischengruppenkontakte. Der Index bewegt sich somit im Wertebereich zwischen 0 und 1, der errechnete Wert gibt die Wahrscheinlichkeit an.

• **Isolationsindex ${}_xP_x^*$ und Interaktionsindex ${}_xP_y^*$**
 Der ${}_xP_x^*$ -Index gibt die Wahrscheinlichkeit an, dass eine zufällig gezogene X-Person eine Nachbarschaft mit einer anderen X-Person teilt. Berechnet wird die Produktsumme der Spalten- mit den Zeilenanteilen. Der Wertebereich liegt zwischen 0 und 1. Im Zweigruppenfall ist ${}_xP_x^* + {}_xP_y^* = 1,0$. Ist der Wert des Isolationsindex hoch, bedeutet dies, dass die Wahrscheinlichkeit der Innergruppenkontakte hoch ist und entsprechend klein die Interaktion mit anderen.

$${}_xP_x^* = \sum_{i=1}^{Agg} \left(\frac{x_i}{X} \cdot \frac{x_i}{n_i} \right)$$

x_i Subpopulation X im Aggregat i
 X Summe in der Gesamtstadt
 n_i Gesamtpopulation in Aggregat i

$${}_xP_y^* = \sum_{i=1}^{Agg} \left(\frac{x_i}{X} \cdot \frac{y_i}{n_i} \right)$$

x_i Subpopulation X im Aggregat i
 X Summe in der Gesamtstadt
 y_i Subpopulation Y im Aggregat i
 n_i Gesamtpopulation in Aggregat i

Quelle: Bell, 1954

Im dichotomen Fall ist die Summe der beiden Indizes ${}_xP_y + {}_xP_x$ gleich 1.

c) Klumpung

Die Klumpung (*clustering*) geht nicht von einem festen räumlichen Bezugspunkt aus, wie die Zentralisation, die sich auf das Stadtzentrum ausrichtet, sondern bezieht die benachbarten Raumeinheiten ein. Bei einer Klumpung haben Gebiete mit einem hohen Minoritätsanteil gemeinsame Grenzen und

bilden größere Gesamtareale bzw. Enklaven. Zusammenhängende Gebiete erhöhen die residentielle Segregation, da sie die residentielle Separation eines gesamtstädtischen Gebietes verstärken.

• **Absoluter Klumpungsindex ACL**

In die Berechnung des absoluten Klumpungsindex *ACL* (*absolute clustering index*) gehen Nachbarn mit gemeinsamen Grenzen ein. In der Nachbarschaftsmatrix c_{ij} steht eine „1“, wenn zwei Gebiete eine gemeinsame Grenze haben, und eine „0“, wenn sie nicht benachbart sind. Der Wertebereich des Index erstreckt sich von 0 bis 1.

$$ACL = \frac{\left(\sum_{i=1}^{Agg} \frac{x_i}{X} \sum_{j=1}^{Agg} c_{ij} x_j - \frac{X}{Agg^2} \sum_{i=1}^{Agg} \sum_{j=1}^{Agg} c_{ij} \right)}{\left(\sum_{i=1}^{Agg} \frac{x_i}{X} \sum_{j=1}^{Agg} c_{ij} n_j - \frac{X}{Agg^2} \sum_{i=1}^{Agg} \sum_{j=1}^{Agg} c_{ij} \right)}$$

Agg Anzahl aller Aggregate
 x_i Subpopulation x im Aggregat i
 x_j Subpopulation x im Aggregat j
 X Summe Gruppe X in der Gesamtstadt
 n_j Population in Raumeinheit j
 c_{ij} Binäre Nachbarschaftsmatrix

Quelle: Massey/Denton, 1988

• **Distanzabhängiger Isolationsindex DP_{xx}**

Mit dem distanzabhängigen Isolationsindex DP_{xx} (*distance decay isolation index*) wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, dass die nächste Person, die ein Minoritätsmitglied trifft, zur eigenen Gruppe gehört. Die Formel erweitert den Isolationsindex um eine gewichtete Distanzkomponente, die Nachbargebiete über die Entfernung zwischen den Teilraumzentroiden einbezieht. Durch die Exponentialfunktion wird ein mit wachsender Entfernung stark abfallender Einfluss postuliert. Das Maß variiert zwischen 0 und einem Maximum, das gegen 1 geht.

$$DP_{xx} = \sum_{i=1}^{Agg} \frac{x_i}{X} \sum_{j=1}^{Agg} k_{ij} \frac{x_j}{n_j}$$

$$k_{ij} = \frac{n_j e^{-d_{ij}}}{\sum_{i=1}^{Agg} n_j e^{-d_{ij}}}$$

Agg Anzahl aller Aggregate
 x_i Subpopulation X im Aggregat i
 x_j Subpopulation X im Aggregat j
 X Subpopulation X insgesamt
 n_i Population in Raumeinheit i
 n_j Population in Raumeinheit j
 d_{ij} Distanz zwischen den Zentroiden der Raumeinheiten i und j

Quelle: Morgan, 1983

d) Zentralisation

Die Dimension Zentralisation (*centralization*) misst die Bedeutung des innerstädtischen Bezirks für Segregationsverläufe. In den Vereinigten Staaten zogen Neueinwanderer in das urbane Zentrum mit den ältesten Wohnungen, die lediglich einen Substandard erfüllten. Im weiteren Verlauf wurden dann Bereiche mit besserem Wohnstandard gewählt. Der Index gibt für Berlin die Bedeutung des innerstädtischen Bereichs wieder, der für die Lebensweltlich orientierten Räume von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abgegrenzt wurde. Der innerstädtische Bereich ist im Norden und teilweise im Süden weiter gefasst als der S-Bahn-Ring.

• Anteil im zentralen Bezirk PCC

Der PCC-Index (*Proportion in Central City*) beschreibt die räumliche Aufteilung zwischen dem zentralen Bereich und dem umgebenden urbanen Raum. PCC ist der Anteil der Bewohner, die im inneren Bezirk wohnen.

$$PCC = \frac{X_{cc}}{X}$$

X_{cc} Subpopulation X im zentralen innerstädtischen Bereich
 X Subpopulation X im Gesamtgebiet

Quelle: Massey / Denton, 1988

e) Konzentration

Für die Messung der Verdichtung (*concentration*) wird die Fläche der Teilgebiete einbezogen. Residentielle Diskriminierung wird als geringere Teilhabe an der urbanen Fläche ausgedrückt.

• Delta Δ

Der Delta-Index ist ähnlich dem Dissimilaritätsindex konstruiert. Interpretiert werden kann er als der Anteil der Minoritätsmitglieder, die umziehen müssten, um eine gleiche Dichte über alle Gebiete zu erreichen.

$$\Delta = \frac{\sum_{i=1}^{Agg} \left| \frac{x_i}{X} - \frac{a_i}{A} \right|}{2}$$

x_i Subpopulation X im Aggregat i
 X Summe Gruppe X in der Gesamtstadt
 a_i Fläche Aggregat i
 A Fläche des Gesamtgebietes

Quelle: Duncan et al., 1961

Ergebnisse der Segregationsmessung

Die fünf Segregationsdimensionen sollen mit den oben vorgestellten Indizes bestimmt werden, wobei – wie gesagt – die Zentralitätsdimension in Berlin das Gewicht des Innenstadtbereichs für die Verteilung im gesamten Stadtgebiet wiedergibt, aber für Berlin nicht als Segregation interpretierbar ist. Im Zeitvergleich könnte es interessant sein, ob Verschiebungen zwischen dem zentralen und dem äußeren Bereich erkennbar sind, da seit einiger Zeit eine mögliche Verdrängung sozial schwächerer Einwohner aus den Innenstadtlagen thematisiert wird.

In Tabelle 9 sind die Ergebnisse für verschiedene Subpopulationen zusammengestellt. Im ersten Block mit den Untergruppen Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer sind die Werte für die Gruppe der Ausländer bei allen Indizes höher als für die

deutschen Migranten. Der Segregationsindex ist mit einem Wert von 0,36 im unteren mittleren Bereich angesiedelt. Die ausländischen Migranten sind stärker in der Innenstadt beheimatet; der Isolationsindex kommt auf einen Wert von 0,22 und die Klumpungsindizes sind leicht stärker ausgeprägt.

Die Werte für die Einwohner (Deutsche und Ausländer), deren Herkunft auf einen Mitgliedstaat der EU verweist, sind nahezu durchgängig schwächer, am deutlichsten erkennbar noch für die Staaten der EU-15 und da insbesondere der Segregationsindex (0,34). Dagegen ist der Isolationsindex weit schwächer als im ersten Block.

Der dritte Block umfasst die Staaten der Arabischen Liga und die Mitgliedsländer der Islamischen Konferenz als Herkunftsgebiete. Mit 0,44 ist der Segregationsindex stärker als bei den vorherigen Gruppen. Die Werte der anderen Segregationsmaße sind für die Gruppe der Einwohner mit einem Bezug zu den Ländern der Arabischen Liga unauffällig. Dagegen fallen die Werte für die Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenz höher aus. Dies gilt sowohl für den Isolationsindex (0,19) wie auch für die Klumpungsmaße (0,12 und 0,13).

Bei der Aufgliederung nach Einzelstaaten sind die Werte des Segregationsindex für die Türkei (0,52), Libanon (0,53), Kasachstan (0,54) und die Palästinensische Gebiete (0,57) relativ hoch. Bei den Werten des Isolationsindex wirkt sich die geringe Gruppengröße abschwächend aus. Die Bedeutung der Innenstadt für die Verteilung im gesamten Stadtraum ist bei den Palästinensern am stärksten ausgeprägt ($PCC = 0,79$). Einwohner mit palästinensischen, libanesischen und türkischem Migrationshintergrund partizipieren am wenigsten an der städtischen Fläche (*Delta* zwischen 0,72 – 0,74).

Für die Segregationsmaße in Tabelle 9 ist die Gesamtpopulation die Referenzgruppe, die sehr heterogen zusammengesetzt ist. Wie verhält es sich, wenn die Deutschen ohne Migrationshintergrund die Referenzgruppe bilden? In Tabelle 10 sind einige Ergebnisse zusammengestellt. Die höchste Dissimilarität weisen die Gruppen mit kasachischer (0,53), türkischer (0,57), libanesischer (0,61) und palästinensischer Herkunft (0,64) auf. Wird der Interaktionsindex auf die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bezogen, dann sind die Werte für die Einwohner mit palästinensischen (0,53), libanesischen (0,55) und türkischen Wurzeln (0,56) am niedrigsten. Den höchsten Wert (0,77) weisen die Einwohner mit vietnamesischem Hintergrund auf.

Bei den unter 25-Jährigen liegen ähnliche Werte vor, die allerdings nochmals stärker ausgeprägt sind. Palästinenser und Libanesen haben die höchsten Werte beim Dissimilaritätsindex und die geringsten Interaktionswahrscheinlichkeiten mit anderen Gruppen. Die höchste Abnahme der Interaktionswahrscheinlichkeit zwischen der Gruppe aller Einwohnerinnen und Einwohner und der Gruppe der unter 25-Jährigen finden sich bei den Libanesen (0,53 auf 0,39) und den Türken (0,56 auf 0,41). Ähnlich deutliche Rückgänge verzeichnen die Palästinenser und die Einwohner aus Bosnien und Herzegowina.

Tab. 9 Segregationsindizes für ausgewählte Einwohnergruppen mit Migrationshintergrund in Berlin am 31. Dezember 2009

Ausgewählte Herkunftsgebiete (mit Mehrfachnennungen)	Verteilung		Kontakt	Klumpung		Zentralisation	Konzentration
	Segregationsindex	Informationsindex	Isolationsindex	Absoluter Klumpungsindex	Distanzabhängiger Isolationsindex	Anteil der Innenstadt	Konzentrationsindex
	<i>IS</i>	<i>H</i>	x^{P*x}	<i>ACL</i>	DP_{xx}	<i>PCC</i>	<i>Delta</i>
Deutsche mit Migrationshintergrund	0,26	0,06	0,16	0,06	0,13	0,46	0,56
Ausländer	0,36	0,11	0,22	0,14	0,19	0,63	0,63
EU	0,24	0,05	0,09	0,04	0,09	0,53	0,56
EU15	0,34	0,09	0,05	0,03	0,05	0,65	0,61
EU-Erweiterung 2004	0,24	0,04	0,05	0,02	0,05	0,44	0,55
Arabische Liga	0,44	0,14	0,05	0,03	0,03	0,66	0,69
Islamische Konferenz	0,44	0,16	0,19	0,12	0,13	0,62	0,66
Türkei	0,52	0,21	0,14	0,10	0,09	0,67	0,72
Polen	0,30	0,06	0,04	0,02	0,03	0,40	0,57
ehem. Jugoslawien	0,35	0,09	0,03	0,00	0,03	0,56	0,64
Russische Föderation	0,35	0,08	0,03	0,01	0,02	0,30	0,60
Libanon	0,53	0,16	0,02	0,01	0,01	0,69	0,74
Italien	0,33	0,07	0,01	0,01	0,01	0,65	0,64
Vietnam	0,46	0,13	0,02	0,01	0,01	0,35	0,67
Kasachstan	0,54	0,16	0,02	0,01	0,01	0,11	0,67
USA	0,44	0,10	0,01	0,01	0,01	0,59	0,65
Frankreich	0,38	0,08	0,01	0,01	0,01	0,68	0,65
Ukraine	0,31	0,06	0,01	-	0,01	0,47	0,59
Palästinensische Gebiete	0,57	0,17	0,02	0,01	0,01	0,79	0,76
Vereinigtes Königreich	0,36	0,07	0,01	-	0,01	0,62	0,62
Bosnien u. Herzegowina	0,41	0,09	0,01	0,01	0,01	0,60	0,67
Kroatien	0,39	0,08	0,01	-	0,01	0,52	0,66
Griechenland	0,37	0,07	0,01	-	0,01	0,61	0,65
Österreich	0,31	0,05	0,01	-	0,01	0,59	0,59
Bulgarien	0,35	0,07	0,01	-	0,01	0,65	0,64
Iran	0,43	0,10	0,01	-	0,01	0,51	0,63

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin; Lebensweltlich orientierte Räume, Planungsräume (447 Einheiten)

Tab. 10 Segregationsindizes der Verteilung der Einwohner mit Migrationshintergrund gegenüber der deutschen Population ohne Migrationshintergrund in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Herkunftsgebieten

Ausgewählte Herkunftsgebiete (nach ID absteigend sortiert)	Insgesamt		Einwohner unter 25 Jahre	
	Dissimilaritätsindex	Interaktionsindex	Dissimilaritätsindex	Interaktionsindex
	<i>ID</i>	x^{P*y}	<i>ID</i>	x^{P*y}
Palästinensische Gebiete	0,64	0,53	0,64	0,39
Libanon	0,61	0,55	0,64	0,39
Türkei	0,57	0,56	0,59	0,41
Kasachstan	0,53	0,76	0,53	0,66
USA	0,48	0,70	0,49	0,61
Bosnien u. Herzegowina	0,48	0,61	0,53	0,47
Iran	0,47	0,66	0,52	0,56
Kroatien	0,46	0,65	0,49	0,54
Vietnam	0,45	0,77	0,49	0,68
Griechenland	0,44	0,64	0,47	0,52
Frankreich	0,43	0,68	0,45	0,58
Bulgarien	0,42	0,64	0,47	0,51
ehem. Jugoslawien	0,42	0,63	0,42	0,52
Vereinigtes Königreich	0,41	0,69	0,44	0,60
Italien	0,40	0,67	0,41	0,58
Russische Föderation	0,37	0,72	0,39	0,61
Österreich	0,36	0,70	0,41	0,60
Polen	0,36	0,67	0,37	0,58
Ukraine	0,35	0,69	0,36	0,59

Datenquelle: Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin; Lebensweltlich orientierte Räume, Planungsräume (447 Einheiten)

Räumliche Lokalisation der Herkunftsgruppen

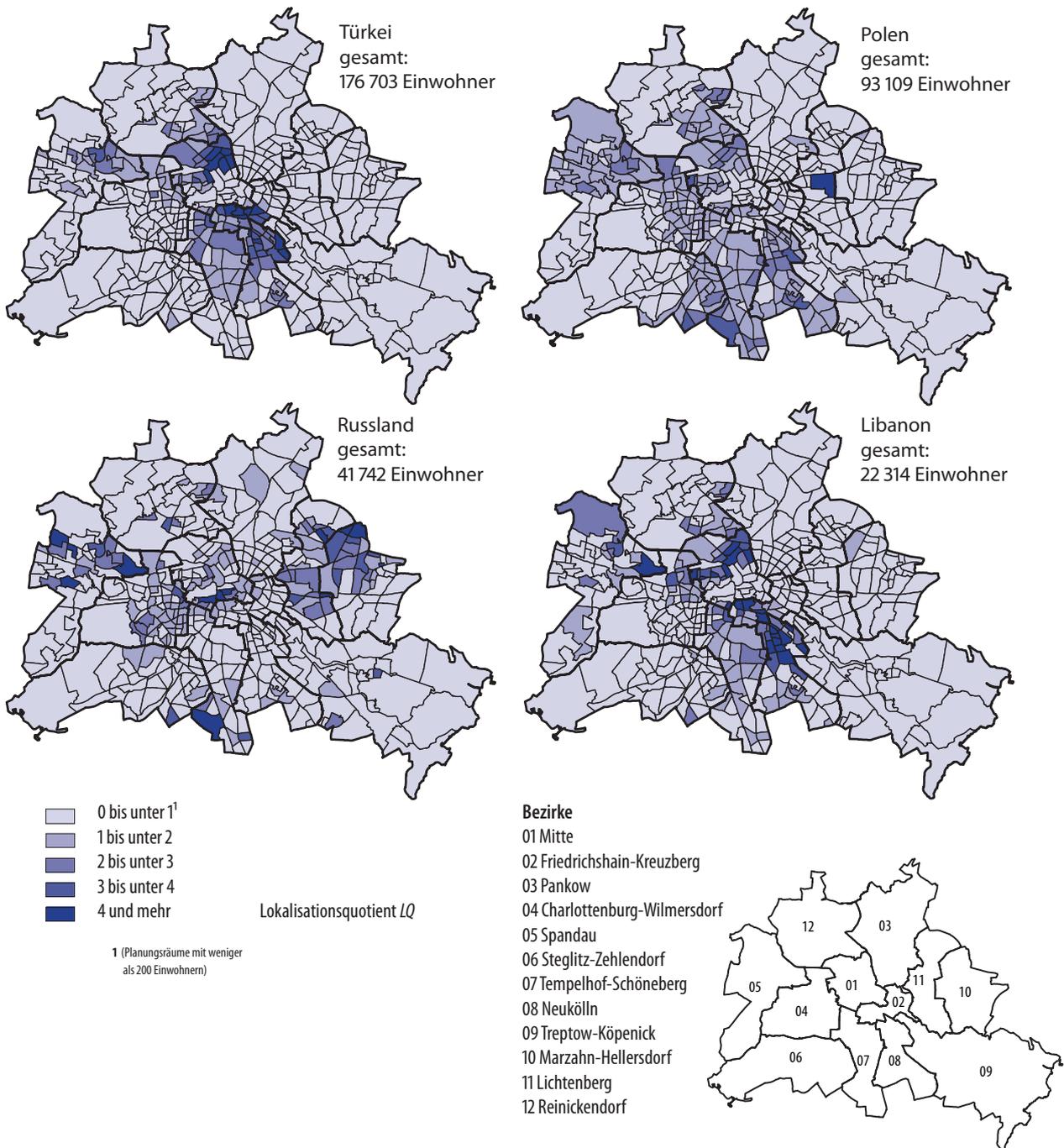
Die Segregationsmaße geben keine visuelle Vorstellung von den räumlichen Verteilungsmustern in der Gesamtstadt. Die Visualisierung soll hier nachgeholt werden. Statt der sonst üblichen Kartierung von Prozentanteilen wird für die Verortung der Lokalisationsquotient *LQ* verwendet, der den Anteil im Teilraum zum Anteil in der Gesamtstadt in Beziehung setzt. Werte kleiner 1 stehen für eine Unterrepräsentanz der Gruppe und Werte größer 1 für eine Überrepräsentanz; Bezugspunkt ist damit der gesamtstädtische Mittelwert. Vorteilhaft ist, dass für jede Einzelkarte die gleiche Klasseneinteilung verwendet werden kann, wodurch die Vergleichbarkeit erleichtert wird.

$$LQ = \frac{\frac{x_i}{n_i}}{\frac{X}{N}}$$

x_i Subpopulation *X* im Aggregat *i*
 X Summe Gruppe *X* in der Gesamtstadt
 n_i Population im Aggregat *i*
 N Population im Gesamtgebiet

Quelle: Isard, 1960

Abb. 6 Lokalisation der Einwohner ausgewählter Herkunftsgebiete in den 447 Planungsräumen Berlins am 31. Dezember 2009



Auffällig ist, wie groß die Unterschiede zwischen der räumlichen Verteilung der Gruppen nach einzelnen Herkunftsgebieten sind. Berliner mit türkischer Zuwanderungsgeschichte leben bevorzugt in Wedding, Moabit und Teilen Neuköllns. Polen wiederum sind viel breiter über die Stadt gestreut, wenn auch auffällig ist, dass die westlichen Bezirke bevorzugt werden. Eine – dafür markante Ausnahme – ist der Planungsraum Herzbergstraße in Lichtenberg. Migranten aus Russland finden sich in Spandau, Marzahn, Marienfelde und zentrumsnah, nicht aber in besonders hervorgehobener Form in Charlottenburg-Wil-

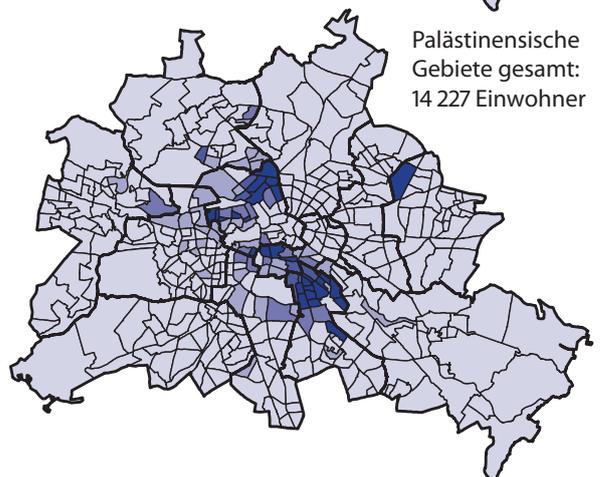
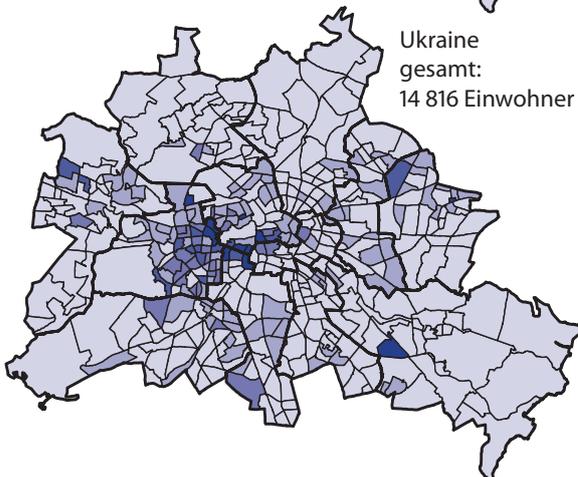
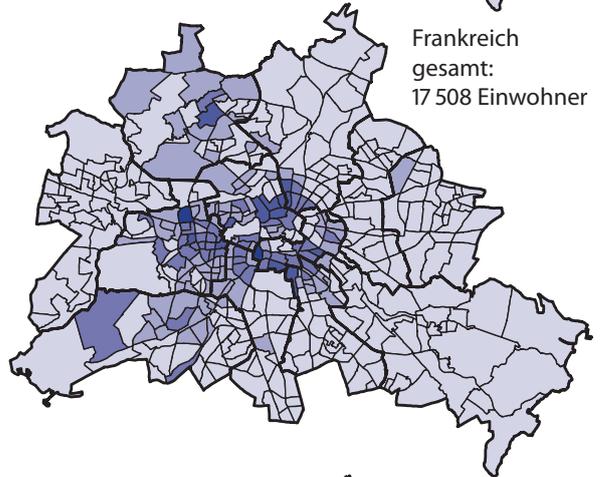
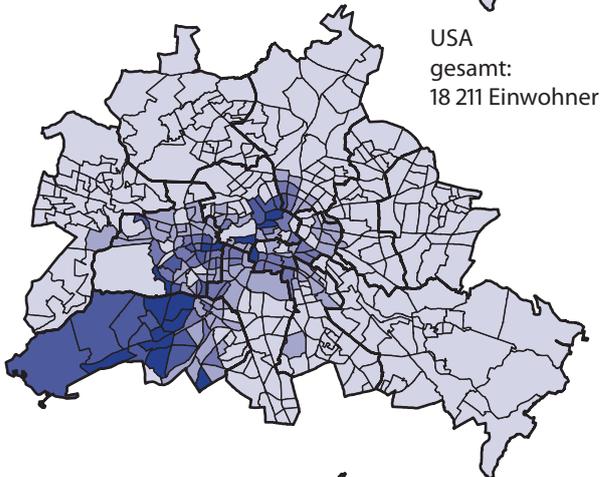
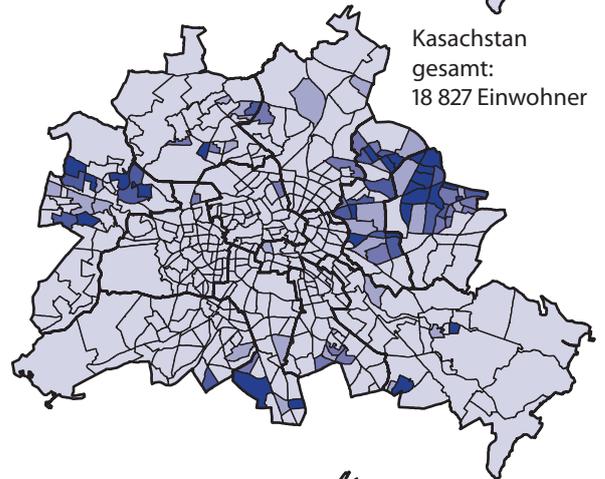
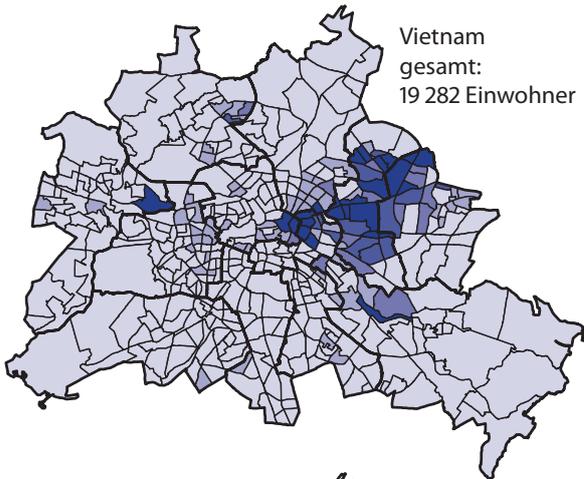
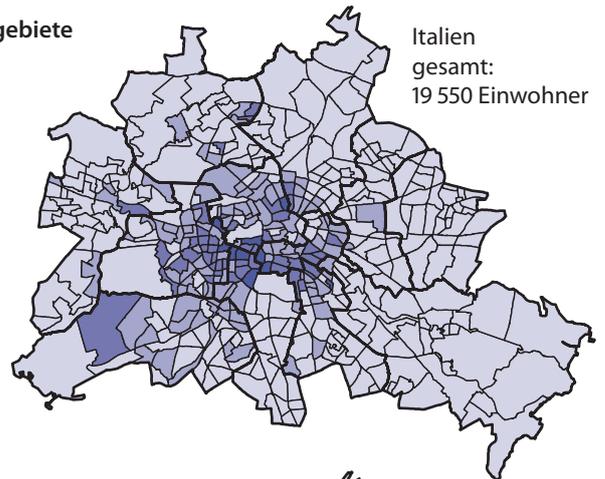
mersdorf, wie es häufiger vermutet wird. Vietnamesen sind in den östlichen Bezirken stärker präsent. Berliner mit einem Bezug zu den Vereinigten Staaten sind im Südwesten, dem früheren amerikanischen Sektor, und in Mitte überrepräsentiert. Ein interessantes Muster weist auch die Verteilung der Einwohner Berlins mit iranischer Zuwanderungsgeschichte auf. Bevorzugt werden westlich gelegene Gebiete, die kaum Überschneidungen mit Wohngebieten aufweisen, die sonst als typische Migrantenviertel angesehen werden.

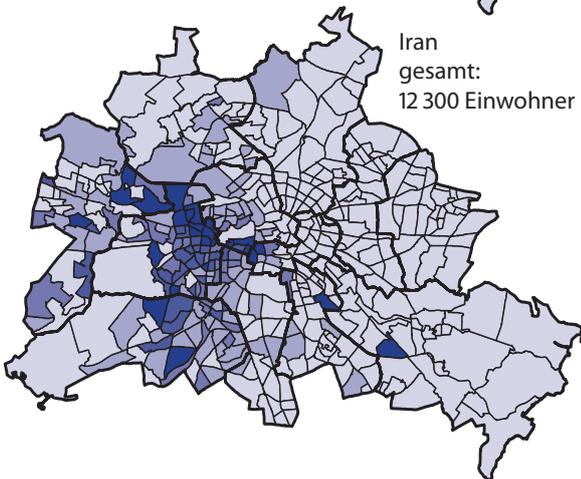
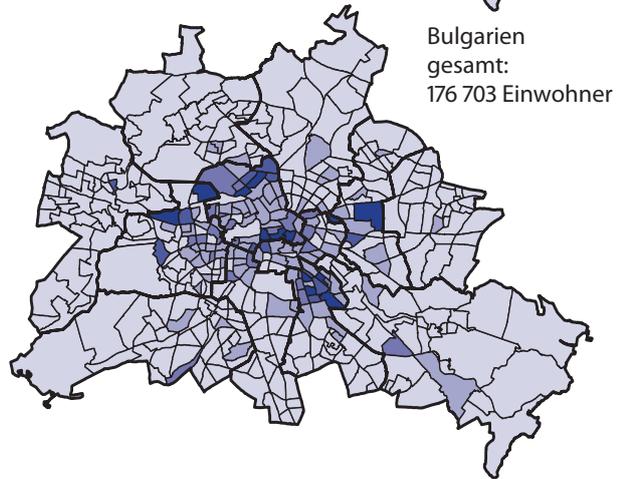
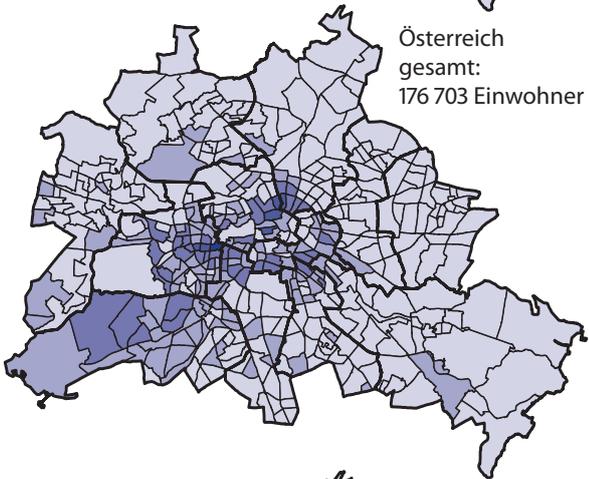
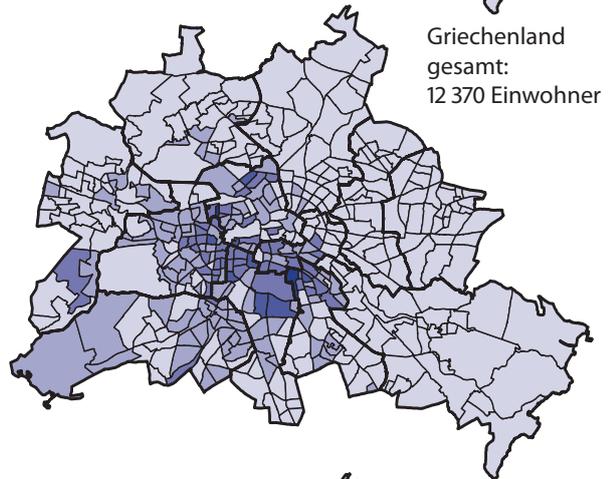
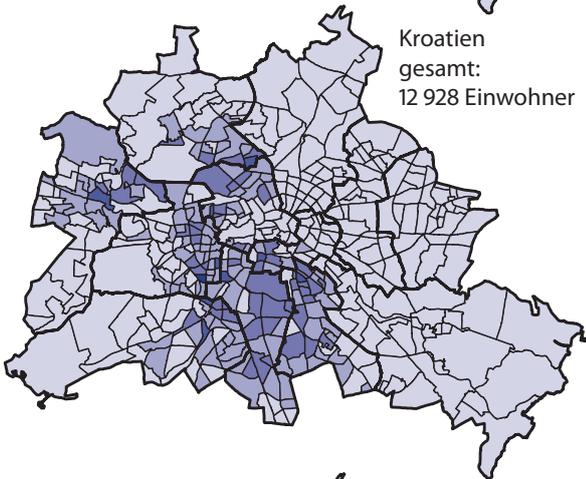
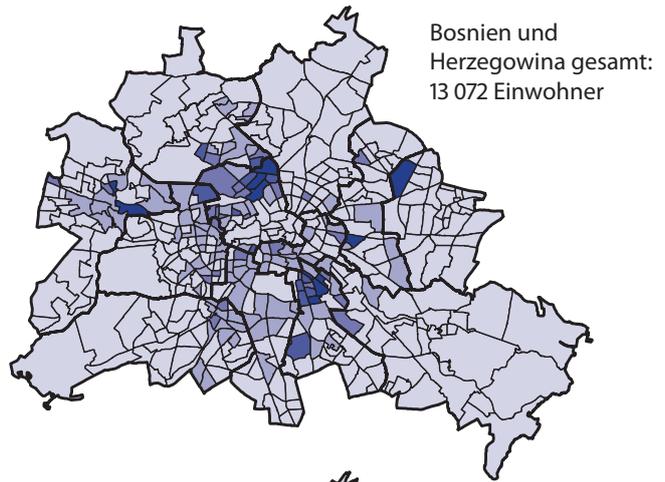
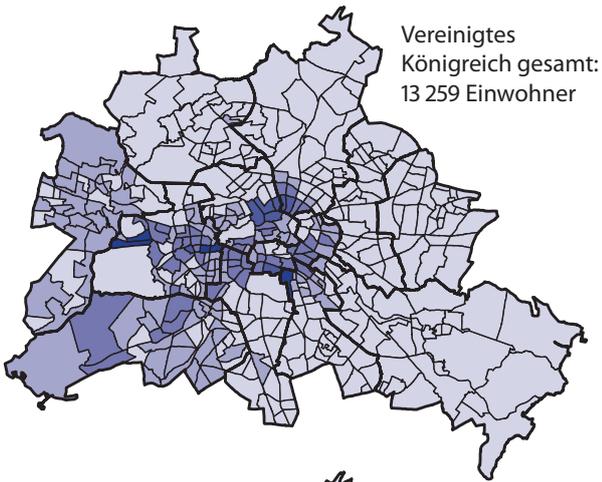
Noch: **Lokalisation der Einwohner ausgewählter Herkunftsgebiete in den 447 Planungsräumen Berlins am 31. Dezember 2009**
 Abb. 6

- 0 bis unter 1¹
- 1 bis unter 2
- 2 bis unter 3
- 3 bis unter 4
- 4 und mehr

Lokalisationsquotient *LQ*

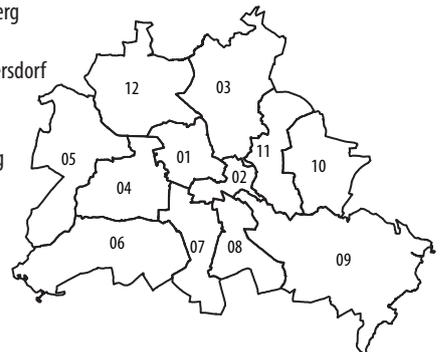
¹ (Planungsräume mit weniger als 200 Einwohnern)





Bezirke

- 01 Mitte
- 02 Friedrichshain-Kreuzberg
- 03 Pankow
- 04 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 05 Spandau
- 06 Steglitz-Zehlendorf
- 07 Tempelhof-Schöneberg
- 08 Neukölln
- 09 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf



Zusammenfassende Ergebnisse

Die Ergebnisse der räumlichen Betrachtung der Ebene der LOR-Planungsräume geben keine Hinweise auf eine Clusterung von migrantischen Arealen. Damit ist eine wichtige Segregationsdimension für Berlin nicht belegt. Dennoch kann nicht von einer ausgeglichenen Verteilung gesprochen werden. Die beiden Indexe, die diese Segregationsdimension messen, weisen mittelstarke Werte auf. Insbesondere bei den Einwohnern mit palästinensischer, libanesischer, türkischer und kasachischer Zuwanderungsgeschichte können vergleichsweise hohe Segregations- bzw. Dissimilaritätswerte beobachtet werden. Segregation scheint damit gruppenspezifisch nach Herkünften unterschiedlich ausgeprägt zu sein. Über eine Kausalität wird damit jedoch nichts gesagt, da den Mechanismen hier im Detail nicht nachgegangen werden konnte und mit den vorhandenen Daten auch nicht nachgegangen werden kann. Der Interaktionsindex deutet ebenfalls auf weniger Kontaktgelegenheiten hin (nicht bei den Migranten mit einem kasachischen Hintergrund, die aus diesem Zusammenhang herausfallen). Die gleichen migrantischen Bevölkerungsgruppen partizipieren auch am wenigsten an der städtischen Fläche.

In den städtischen Teilräumen wohnen Einwohner mit Migrationshintergrund aus Frankreich, Italien Großbritannien und Österreich benachbart (Tabelle A3). Ebenso benachbart leben Migrantinnen und Migranten aus der Türkei, Libanon und Palästina, während Personen mit vietnamesischem Migrationshintergrund keine besondere Nähe zu anderen Migrantengruppen zeigen.

Bei den Einwohnern unter 25 Jahren ist der Dissimilaritätsindex, der die ausgeglichene Verteilung misst, etwas stärker ausgeprägt. Der Interaktionsindex, der die Dimension potenzieller Kontakte fokussiert, ist für diese Altersgruppe merklich schwächer, und zwar wiederum bei den Libanesen, Türken, Palästinensern und den Berlinern aus Bosnien und Herzegowina.

Es sind insbesondere die Berliner Einwohner mit palästinensischer, libanesischer und türkischer Zuwanderungsgeschichte, die bei den Segregationsdimensionen ausgeglichene Verteilung, potenzieller Kontakt und Konzentration vergleichsweise ausgeprägte Werte erreichen, die aber immer noch in einem mittleren Bereich liegen.

Weitere Untersuchungen über mögliche Veränderungen im Zeitverlauf und mit anderen Konzepten der Segregationsmessung, die nicht mehr die LOR-Planungsräume zugrunde legen, sollen sich anschließen.

Autor: Hartmut Bömermann

Quellen

- Aparicio, P. / Petkevich, V. / Charron, M.: "Segregation Analyzer: a C#.Net application for calculating residential segregation indices", 2006.
- Bell, W (1954): "A Probability Model for the Measurement of Ecological Segregation". *Social Forces*, Bd. 32, S. 357–364.
- Bömermann, H. / Rockmann, U. / Rehkämper, K.: „Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin zum Stand 31.12.2007“. *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg*, H. 3, 2008, S. 20-28.
- Duncan, O. D. / Duncan, B. (1955): "A Methodological Analysis of Segregation Indexes". *American Sociological Review*, Bd. 41, H. 2, S. 210–217.
- Duncan, O. D. / Cuzzort, R. P. / Duncan, B. (1961): "Statistical Geography: Problems in Analyzing Areal Data". Illinois: The Free Press of Glencoe.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: „Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen.“ Berlin, Juli 2007.
- Häussermann, H.: „Segregation von Migranten, Integration und Schule“. In: WISO Diskurs: Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wege zu einer sozialen Zukunft (=Tagungsdokumentation des Gesprächskreises Migration und Integration), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 09/2009.
- Isard, W. (1960): "Methods of Regional Analysis: An Introduction to Regional Science". Cambridge: MIT.
- Massey, D. S. / Denton, N. A.: "The Dimension of Residential Segregation". *Social Forces*, 1988, Bd. 67, S. 281–315.
- Morgan, B. S. (1983): "An Alternate Approach to the Development of the Distance-Based measure of Racial Segregation". *American Sociological Review*, Bd. 88, S. 1237–1249.
- Reardon, S. F. / Firebaugh, G.: "Measures of Multigroup Segregation". *Sociological Methodology*, 2002, Bd. 32, S. 33–67.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.): „Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2008“. Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2010.
- Statistisches Landesamt Bremen: „Ortsteile der Stadt Bremen 2008“, Bremen 2008.
- Theil, H. / Finezza, A. J.: "A Note on the Measurement of Racial Integration of Schools by Means of Informational Concepts". *Journal of Mathematical Sociology*, 1971, Bd. 1, S. 187–194.

Anhang

Tab. A1 **Korrelation des Anteils der Einwohner aus dem ehemaligen Jugoslawien an allen Einwohnern in den Planungsräumen Berlins am 31. Dezember 2009**

Gebiets-schlüssel	Ehemaliges Jugoslawien	Korrelationskoeffizienten * 100								
		Planungsraum								
		131	130	144	138	122	132	140	133	170
131	Slowenien	100								
130	Kroatien	48	100							
144	Mazedonien	34	57	100						
138	BR Jugoslawien	42	58	35	100					
122	Bosnien u. Herzegowina	36	60	68	36	100				
132	Serbien u. Montenegro	37	67	75	45	82	100			
140	Montenegro	6	25	25	11	23	33	100		
133	Serbien (einschl. Kosovo)	28	48	67	33	62	75	35	100	
170	Serbien	50	65	65	45	66	76	26	72	100
150	Kosovo	16	32	54	19	52	65	33	63	46

Gewichtete Produkt-Moment-Korrelationskoeffizienten der Anteilsvariablen

Datenquelle: Meldepflichtig registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Tab. A2 **Ausgewählte Einwohnergruppen in Berlin am 31. Dezember 2009 nach Migrationsstatus, Herkunftsgebieten und Altersgruppen**

Migrationsstatus - Herkunftsgebiet	Altersgruppen in Jahren		
	unter 20	20 bis unter 65	65 und älter
	%		
Deutsche	17,0	62,0	21,0
ohne Migrations- hintergrund	13,0	63,8	23,2
mit Migrations- hintergrund	42,2	50,7	7,1
Ausländer	13,1	79,0	7,9
Einwohner insgesamt	16,5	64,3	19,2
Ausgewählte Herkunftsgebiete:			
Türkei	33,4	58,0	8,6
Polen	19,0	73,8	7,2
ehem. Jugoslawien	29,3	62,6	8,1
Russische Föderation	23,2	65,9	10,9
Libanon	47,3	51,2	1,5
Italien	18,2	75,0	6,8
Vietnam	36,6	61,8	1,6
Kasachstan	26,6	69,7	3,7
USA	20,3	71,7	8,0
Frankreich	19,5	76,2	4,3
Ukraine	21,7	64,0	14,4
Palästinensische Gebiete	55,3	43,0	1,7
Vereinigtes Königreich	19,0	74,0	7,1
Bosnien u. Herzegowina	33,2	60,8	6,0
Kroatien	19,4	68,3	12,3
Griechenland	18,7	67,7	13,5
Österreich	17,8	70,7	11,4
Bulgarien	16,3	78,0	5,7
Iran	19,1	71,5	9,4

Tab. A3 Korrelation des Anteils der Einwohner nach Herkunftsgebieten in den Planungsräumen Berlins am 31. Dezember 2009

Herkunftsgebiet	Korrelationskoeffizienten * 100																			
	Türkei	ehem. Sowjetunion	Polen	ehem. Jugoslawien	Russische Föderation	Libanon	Italien	Vietnam	Kasachstan	USA	Frankreich	Ukraine	Palästinensische Gebiete	Ver. Königreich	Bosnien u. Herzegowina	Kroatien	Griechenland	Österreich	Bulgarien	
Türkei.....	100																			
ehem. Sowjetunion.....	-4	100																		
Polen.....	51	15	100																	
ehem. Jugoslawien.....	70	-2	64	100																
Russische Föderation...	-6	98	14	-5	100															
Libanon.....	78	1	52	75	-1	100														
Italien.....	35	-9	23	40	-15	32	100													
Vietnam.....	-20	42	-22	-13	41	-15	-22	100												
Kasachstan.....	-11	86	4	-15	89	-10	-35	44	100											
USA.....	2	-11	-3	5	-14	1	67	-23	-33	100										
Frankreich.....	21	-17	2	21	-21	17	86	-19	-37	69	100									
Ukraine.....	11	64	25	19	51	17	31	10	24	19	16	100								
Palästinensische Gebiete.....	75	-5	44	80	-8	90	30	-10	-14	1	18	10	100							
Vereinigtes Königreich	14	-13	2	17	-17	10	81	-24	-34	76	83	18	11	100						
Bosnien u. Herzegowina.....	66	-1	49	89	-4	70	31	-6	-13	0	16	16	76	10	100					
Kroatien.....	55	-9	61	80	-12	55	47	-31	-23	19	29	20	51	28	60	100				
Griechenland.....	54	-6	43	66	-12	52	68	-28	-31	46	56	32	52	54	53	72	100			
Österreich.....	12	-16	5	16	-19	8	76	-24	-36	76	79	17	11	81	9	27	50	100		
Bulgarien.....	43	5	26	55	1	46	32	6	-17	13	28	22	56	19	59	31	43	17	100	
Iran.....	13	17	33	26	10	17	49	-20	-15	50	39	53	6	44	16	43	51	41	11	100

Gewichtete Produkt-Moment-Korrelationskoeffizienten der Anteilsvariablen

Datenquelle: Meldepflichtig registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Tab. A4 **Korrelation des Anteils der Deutschen mit Migrationshintergrund und der Ausländer aus jeweils gleichen Herkunftsgebieten in den Planungsräumen Berlins am 31. Dezember 2009**

Herkunftsgebiet	Korrelationskoeffizient
Migranten insgesamt ..	0,73
Türkei	0,95
ehem. Sowjetunion...	0,40
Polen	0,48
ehem. Jugoslawien....	0,85
Russische Föderation	0,39
Libanon	0,89
Italien	0,65
Vietnam	0,80
Kasachstan	0,92
USA	0,81
Frankreich	0,72
Ukraine	0,72
Palästinensische Gebiete	0,87
Vereinigtes Königreich	0,65
Bosnien u. Herzegowina	0,74
Kroatien	0,72
Griechenland	0,59
Österreich	0,56
Bulgarien	0,29
Iran	0,75
EU	0,28
EU-15	0,75
EU-Erweiterung 2004	0,30
Arabische Länder	0,87
Islamische Liga	0,90

Gewichtete
Produkt-Moment-
Korrelations-
koeffizienten der
Anteilsvariablen

Datenquelle:
Meldepflichtig
registrierte Einwohner
am Ort der
Hauptwohnung
in Berlin

Historisches um 1910

Bier

Im Mittelalter war Bier ein Grundnahrungsmittel, es wurde anstelle von Wasser getrunken. Was mit den damaligen hygienischen Bedingungen erklärbar ist. Das Bier war aufgrund seiner Herstellung fast keimfrei, und soll deshalb auch als Kindernahrung und zur Seuchenvorbeugung sehr beliebt gewesen sein. Dazu war allerdings eine wichtige Voraussetzung erforderlich, die von den Stadtherolden regelmäßig verkündet wurde. Etwa so: „Es wird hiermit bekannt gemacht, dass niemand in den Mühlgraben macht, denn morgen wird gebraut!“ Natürlich wurde bereits im Mittelalter eine Steuer auf den Gerstensaft erhoben. Damit ergab es sich zwangsläufig, dass die amtliche Sta-

tistik sehr früh mit der Erhebung beauftragt wurde. Dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912 sind die abgebildeten Tabellen entnommen. Sie vermitteln einen Eindruck über die Bierherstellung und die Betriebsgröße im Deutschen Kaiserreich sowie über die regionale Biererzeugung nach den Steuergebieten. Bemerkenswert ist dabei, dass Bayern, Württemberg, Baden und Elsass-Lothringen zu dieser Zeit nicht zum Reichsbrausteuergebiet gehörten. Sie hatten sich bei der Reichsgründung 1871 Sonderrechte gesichert. Erst nach dem 1. Weltkrieg galt auch bei den drei ersternen das Reichssteuergesetz.

Die Finanznot der Kommunen befeuerte zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Bierbesteuerung. Dies war verbunden, wie heute an anderen Stellen, mit einem sehr emotional geführten Kampf der Bürger gegen diese Mehrbelastung. In einer Brandenburgischen Kleinstadt mit ca. 13 000 Einwohnern sind diese Vorgänge im Zusammenhang mit der Einführung der kommunalen Biersteuer in der Tagespresse der damaligen Zeit dokumentiert. Es wurden regelrechte Bierkriege mit Drohungen gegen den Preiswucher der Wirte und gewählte Stadtverordnete aber auch mit patriotisch-aufopferungsvollen Gesten geführt. Letztendlich mussten die Wirte unter Aufsicht der Vereine der Stadt

78 V. Umw. 15. Biergewinnung. (Vierteljahrberichte zur Statistik des Deutschen Reichs 1911, IV.)

Egl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, Seite 268, und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, Seite 36. Egl. im Abschnitt XV Steuer- und Zollverfahren vom Bier.

a. Biergewinnung im Brausteuergebiet.
Umfang und Beschaffenheit des Brausteuergebietes (s. Seite 2 unter 4.)

Rechnungsjahr (1. April beginnend)	Zahl der im Biersteu- er- gebiet gewer- blich Brauereien (Brau- stätten)	Dor- unter- ge- hörige Brauereien	Menge der verwendeten Bierbrauereierzeugnisse (Brauereierzeugnisse)			Menge des gewonnenen Bieres ¹⁾			Zur Ver- füngung von 1 Gektoliter Bier müssen durch- schnittlich verwendet werden ²⁾
			Malz Tonnen	Zucker Hektoliter	Streis ³⁾	ober- gärtiges 1000 hl	unter- gärtiges 1000 hl	zusammen 1000 hl	
1906	5 785	5 423	801 917	7 632 207,8	5 441	36 298	41 739	86	19,27
1907	5 528	5 251	797 142	10 567 17,5	5 367	36 816	42 183	85	18,90
1908	5 270	5 030	748 156	11 734 36,7	5 288	34 902	40 190	80	18,62
1909 ⁴⁾	4 567	4 521	673 375	13 055 21,8	4 935	32 357	37 293	73	18,06
1910	4 354	4 297	686 339	11 436 27,0	4 812	33 219	38 031	74	18,50

¹⁾ Vom 1. April 1907 ab ist getrunken bei der amtlichen Brausteuerverrechnung getriggertes Bier mit dem Brausteuereinzugsgebiet, außer bei bereits bestehenden Brausteuereinzugsgebieten vom Bier, auch zum Brausteuereinzugsgebiet im Brausteuereinzugsgebiet. Getriggertes Bier ist dem Brausteuereinzugsgebiet mit dem Brausteuereinzugsgebiet verbunden. Vom 1. April 1909 ab ist Brausteuereinzugsgebiet mit dem Brausteuereinzugsgebiet verbunden. (R. d. St. S. 933.) — ²⁾ Nach dem Brausteuergesetz vom 2. Juni 1906 wird vom 1. Juli 1906 ab die Brausteuereinzugsgebiete nach dem Brausteuereinzugsgebiet in verschiedenen Stufen erhoben. Die ersten Stufen ab ist der Brausteuereinzugsgebiet mit dem Brausteuereinzugsgebiet verbunden. Brausteuereinzugsgebiete von zwei Klassen können abgetrennt werden. Die im Brausteuereinzugsgebiet enthaltenen Brausteuereinzugsgebiete sind dem Brausteuereinzugsgebiet verbunden. Die im Brausteuereinzugsgebiet enthaltenen Brausteuereinzugsgebiete sind dem Brausteuereinzugsgebiet verbunden. — ³⁾ Vom 1. Juli 1906 ab ist der Brausteuereinzugsgebiet mit dem Brausteuereinzugsgebiet verbunden. — ⁴⁾ Brausteuereinzugsgebiet vom 1. April bis zum 30. Juni 1909. — ⁵⁾ Für 1906 brausteuereinzugsgebiet (I. St. S. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100).

15 b. Art und Betriebsumfang der Bierbrauereien im Brausteuergebiet.
Von dem Brausteuereinzugsgebiet (Brauereibetriebe) haben

Rechnungsjahr (1. April beginnend)	zunehmend Betrieb				an Maß verkauft									
	obergärtiges Bier		untergärtiges Bier		bis 250 da		über 250 bis 1000 da		über 1000 bis 2000 da		über 2000 bis 5000 da		über 5000 da	
	gesamt- liche	nicht gewer- blich	gesamt- liche	nicht gewer- blich	5 da	250 da	500 da	1000 da	2000 da	5000 da	10000 da	20000 da	50000 da	100000 da
1906	2 698	382	2 652	—	871	2 295	583	589	545	230	142	103	—	—
1907	2 534	277	2 635	—	737	2 263	529	554	533	240	117	113	—	—
1908	2 285	240	2 562	—	669	2 139	523	565	518	292	149	99	—	—
1909	1 918	41	2 513	5	198	1 992	527	537	503	203	126	96	—	—
1910	1 796	21	2 437	6	121	1 919	519	478	494	205	139	81	—	—

¹⁾ Mehrere für Rechnung einer oder mehrerer Person über Brausteuereinzugsgebiete Brausteuereinzugsgebiete werden in Absatz 15 b als ein Brausteuereinzugsgebiet gezählt (§ 6 Abs. 2 des Brausteuergesetzes vom 2. Juni 1906 und § 6 Abs. 2 des Brausteuergesetzes vom 16. Juli 1909). Bei der Ermittlung der Brausteuereinzugsgebiete sind die Brausteuereinzugsgebiete und die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1906 oder vom 1. April bis 30. Juni 1909 abgetrennten Brausteuereinzugsgebiete nach ihrem Brausteuereinzugsgebiet als Maß mitzuzählen.

79 V. Umw. 15 c. Biergewinnung in den deutschen Steuergebieten und dem deutschen Zollgebiete.

Jahr ¹⁾	Biergewinnung in 1000 Hektoliter					Biergewinnung auf den Maß in Beschaffung 1000 Hektoliter						
	dem Reichs- brausteu- ergebiete ²⁾	Bayern	Würt- tem- berg	Baden	Elsaß- Loth- ringen	dem Zoll- gebiete	Preus- sen- gebiet	Bayern	Würt- tem- berg	Baden	Elsaß- Loth- ringen	Zoll- gebiet
1906	41 739	18 264	4 017	3 278	1 381	69 031	86	279	173	162	75	112
1907	42 183	18 641	3 975	3 286	1 450	69 535	85	280	169	159	78	111
1908	40 190	18 483	3 660	3 227	1 401	66 961	80	275	154	154	75	106
1909	38 080	18 234	3 516	3 186	1 290	63 754	73	268	146	150	69	99
1910	38 080	18 110	3 981	2 801	1 296	64 455	74	264	164	131	64	99

¹⁾ Für das Brausteuereinzugsgebiet, für Württemberg und Elsaß-Lothringen Rechnungsjahr; für Bayern und Baden Kalenderjahr.
²⁾ Reichsbrausteuereinzugsgebiet, vgl. § 98 Abs. 2 der Ausführungsverordnungen zum Brausteuergesetz vom 15. VII. 1906.
³⁾ Einschließlich des Brausteuereinzugsgebietes (1909: 46 597 hl, 1910: 49 195 hl).
⁴⁾ Brausteuereinzugsgebiet.

ihre Kalkulationen offenlegen und genehmigen lassen. Um 1900 gab es in dieser kleinen Stadt vier Brauereien und ca. 100 Kneipen – aber eben kein Fernsehen und Radio. Das Brausteueraufkommen betrug nach der Einführung etwa 5 000 RM jährlich – das sind vier Jahresgehälter eines Nachwachbeamten.

1910 gab es im Deutschen Reich 4 324 Brauereien, die 3 803 100 m³ Bier herstellten. Das ergibt einen mit Bier randvoll gefüllten Würfel der Kantenlänge von 156 m. 2010 waren es dann 9 829 780 m³ (Kantenlänge des Würfels: 214 m) aus 1 325 Brauereien. Auch der Pro-Kopf-Verbrauch entwickelte

sich: von 74 Liter im Jahr 1910 auf 102,1 Liter im Jahr 2010. Der Anteil des Hausrunkes – das ist der „Eigenbedarf“ der Brauereimitarbeiter – legte ebenfalls zu: 1910 bis 2010 von 1,3 % auf 1,7 %.

1912 war die Biergewinnung mit drei Tabellen im Statistischen Jahrbuch vertreten, 2010 brachte es das Statistische Bundesamt auf monatlich zwei Fachserien: Absatz von Bier – Fachserie 14 Reihe 9.2.1 und Brauwirtschaft – Fachserie 14 Reihe 9.2.2, mit insgesamt 26 Seiten.

Autor: Jürgen Hübner

Biersteuer.

Nach den uns von den Eisenbahnstationen gelieferten Kontrolllisten haben die meisten Schankwirte das im Monat April cr. eingeführte fremde Lager- pp. Bier bei uns nicht versteuert.

Wir ersuchen hierdurch alle diejenigen Schankwirte, welche im vorigen Monat fremde Biere von außerhalb bezogen haben, diese noch nachträglich bestimmt binnen 1 Woche in unserer Kammerkasse unter Vorlegung der Frachtbriefe und unter Benützung der gelieferten Formulare zu versteuern, widrigenfalls wir auf Grund des § 16 der Ordnung, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Brausteuer und einer Biersteuer, **Ordnungsstrafe bis zu 30 Mk.** unnachlässig festsetzen werden.

Spremberg, den 9. Mai 1906.
Der Magistrat.
Wirth, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Gemäß § 14 der Ordnung betreffend die Erhebung eines Zuschlages zur Brausteuer und einer Biersteuer in der Stadtgemeinde Spremberg sind zu Ausschreibungsbeamten bestellt worden:
der Stadthauptkassenrentant **Mierisch** und
der Kassenassistent **Kolle**
Spremberg a., den 29. Juni 1909.
Der Magistrat.
Rath.
Bürgermeister.

Wir Pilsener Urquell trinkenden Gäste

sind mit der Preiserhöhung einverstanden und haben beschlossen, von jetzt ab im Interesse des Stadtsäckels das doppelte Quantum zu uns zu nehmen.

Gastwirts-Verein von Spremberg u. Umgegend.

Donnerstag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr
Versammlung
bei Koll. Bogott, Bauzenerstraße.
Der Vorstand.

Quelle:
Niederlausitzer Heidemuseum
Spremberg

Geburtenziffern

Zusammengefasste Geburtenziffern in den Regionen Europas 2008

Die „Zusammengefasste Geburtenziffer“ ist eine der wichtigsten demografischen Kennziffern. Diese Kennziffer gibt die Zahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr und der jeweils betrachteten Region. Die Berechnung erfolgt so, dass alle in einem bestimmten Jahr Geborenen nach dem Altersjahr der Mutter sortiert werden. Für jedes Altersjahr wird einzeln berechnet, wie hoch der Anteil der Frauen ist, die im Beobachtungsjahr ein Kind bekommen haben. Für jedes Altersjahr ergibt sich damit eine altersspezifische Geburtenziffer. Diese Ziffern werden addiert, das Ergebnis ist die Zusammengefasste Geburtenziffer. Für diesen Indikator sind auch andere Bezeichnungen gebräuchlich. Eurostat spricht z. B. von der „Gesamtfurchbarkeitsrate“. Das ist die deutsche Übersetzung des bekannten englischen Fachbegriffs „Total Fertility Rate“ (TFR). Der Kürze halber wird im Folgenden die Abkürzung „TFR“ verwendet.

Die TFR müsste einen Wert von 2,1 annehmen, wenn die nächste Generation – sieht man von Wanderungseinflüssen ab – genauso groß sein soll wie die jetzige. Eine TFR unter 2,1 weist also auf eine schrumpfende Bevölkerung hin, Werte von über 2,1 auf eine wachsende. Die TFR ist damit eine der beiden Komponenten, die die tatsächliche Geburtenzahl beeinflussen: die Zahl der Geburten in einer bestimmten Region und einer bestimmten Zeit. Die andere Komponente ist die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 50 Jahre). Diese Anzahl ist die Strukturkomponente des generativen Verhaltens, während die TFR die Verhaltenskomponente abbildet – wobei die generative Verhalten der potenziellen Mütter seinerseits von verschiedenen Komponenten abhängt. Ganz entscheidend ist, dass in der Regel Frauen sich nur dann zur Mutterschaft entschließen, wenn sie sich auf ihren Partner verlassen und sie ihre familiären mit ihren beruflichen Aufgaben und Zielsetzungen verbinden können.

Die TFR lag im Jahr 2008 in der gesamten Europäischen Union (U-27) bei 1,60. Deutschland wies einen deutlich niedrigeren Wert von 1,38 auf. Während Berlins TFR von 1,30 unter diesem gesamtdeutschen Durchschnittswert lag, befand sich Brandenburgs

TFR mit einem Wert von 1,40 geringfügig darüber. Daten für 2009 liegen für die EU-27 noch nicht vor, sehr wohl aber für Deutschland und seine Länder: Die TFR ging bundesweit leicht auf 1,36 zurück. In Berlin und Brandenburg hingegen blieb die TFR jeweils stabil (Berlin: 1,30; Brandenburg: 1,40). Im Zeitverlauf ist dabei folgender Trend zu beobachten: In den 27 Staaten, die die heutige EU bilden, lag die TFR Anfang der 1960er Jahre bei ca. 2,5. Bis 1993 sank sie auf etwa 1,5 und blieb seitdem in etwa auf diesem Niveau. In allen 26 von 27 EU-Mitgliedstaaten wurde 2008 das stabile Reproduktionsniveau von 2,1 nicht erreicht. Nur Irland erreichte knapp diesen Wert. In 15 von 27 Mitgliedstaaten lag die TFR unter 1,5.

Wie sieht dies aber auf regionaler Ebene aus? Die thematische Karte zeigt die TFR des Jahres 2008 auf Ebene der NUTS II-Regionen. Für die Karte der NUTS II-Regionen wurden sieben Größenklassen gewählt, die jeweils eine Klassenbreite von 0,1 aufweisen. Die Größenklassen reichen von einem Minimum (kleiner als 1,3) bis zu einem Maximum (1,9 und mehr). Die Kartierung erfolgte auf Basis von Angaben der interaktiven Eurostat-Regionaldatenbank, die sich wiederum aus den Zulieferungen der nationalen Statistischen Ämter speist. Die Karte geht über die Grenzen der EU hinaus, denn es wurden auch Regionaldaten für einige Nachbarländer der EU (Norwegen, Island, die Schweiz, Kroatien und Mazedonien) dargestellt.

Die europaweit niedrigste Fruchtbarkeitsziffer lag im Jahr 2008 bei 1,1 in der spanischen Region Asturien. Die höchsten Werte wurden in den überseeischen Gebieten Frankreichs gemessen: In Guayana lag die TFR bei 3,6. Hohe Werte von 2,3 bis 3,5 traten auch in den ehemaligen französischen Kolonien Réunion, Gouadeloupe und Martinique sowie in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla auf.

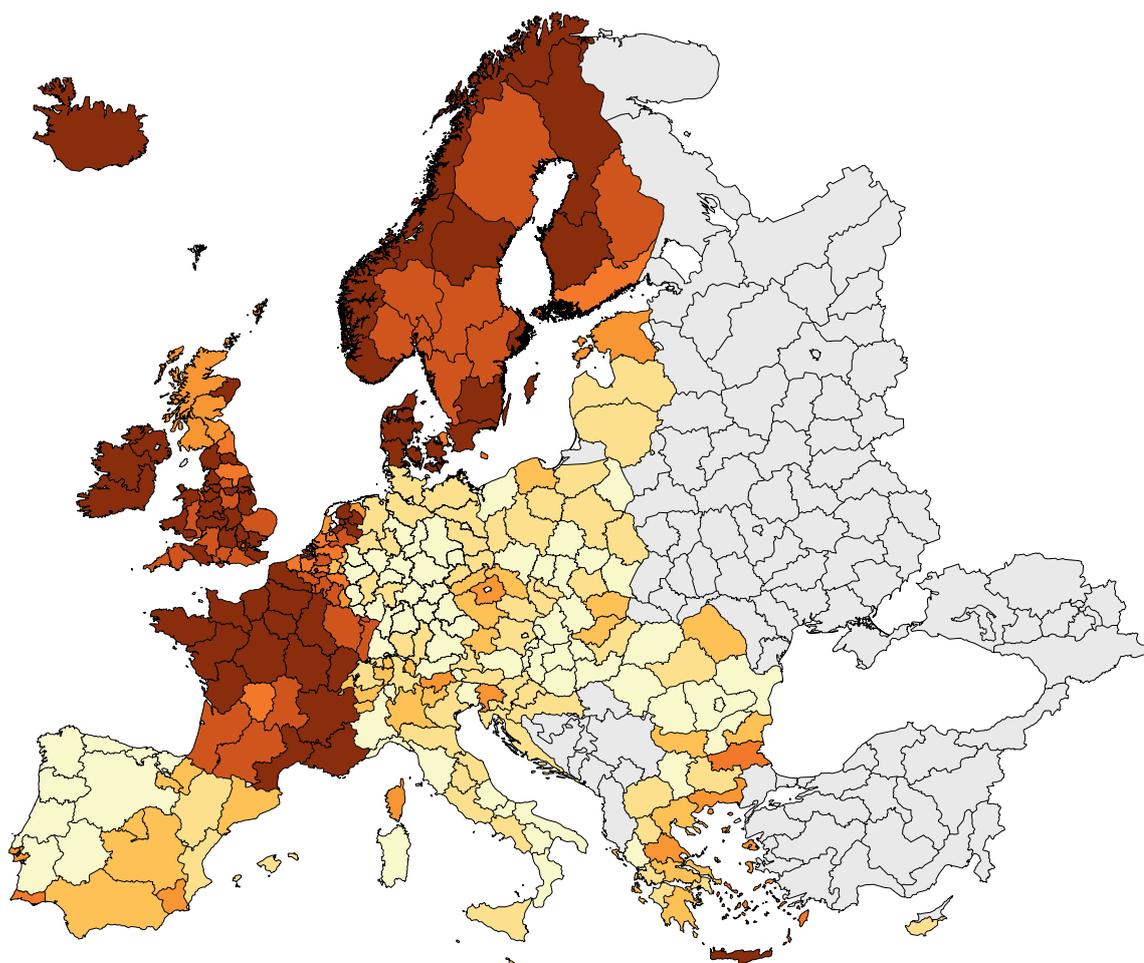
Berlin als NUTS-II Region rangierte mit einem Wert von 1,30 unter und die beiden NUTS-II Regionen Brandenburgs Nordost und Südwest lagen mit jeweils 1,40 über dem bundesdeutschen Durchschnitt (1,38). Diese drei NUTS-II Regionen sind aber deutlich unter dem EU27-Mittel von 1,6. Damit ist Berlin in etwa vergleichbar mit der Slowakei, welche mit einer TFR von 1,31 fast denselben Wert aufwies. Die TFR beider NUTS-II Regionen Brandenburgs entsprach dem Wert von Italien (1,40). Auf relativ günstige demografische Werte können Frankreich (2,01, ohne Übersee-territorien: 1,99), Großbritannien (1,96), die skandinavischen Länder Dänemark (1,89),

Schweden (1,91) und Finnland (1,85), vor allem aber Irland (2,10), verweisen. Auf der NUTS II-Ebene gibt es besonders niedrige Fruchtbarkeitsraten einerseits in den städtischen Zentren, so z. B. in Berlin, Hamburg und Prag, aber auch in peripheren Regionen, so z. B. auf Sardinien und im österreichischen Burgenland. Die wichtigsten Ergebnisse der Darstellung sind aber andere:

- Im gesamten Nordwesten Europas, also in den skandinavischen Ländern, Island, Großbritannien, Frankreich sowie den Benelux-Ländern gibt es noch relativ günstige Fruchtbarkeitsziffern, die über dem EU-Durchschnittswert von 1,60 liegen.
- Die Werte der südlichen Regionen in Spanien, Portugal, Italien, Slowenien, Mazedonien, Griechenland und Malta liegen ebenso wie die der östlichen Regionen (Baltikum, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien) und denen der Mitte (Deutschland, Österreich, Schweiz) fast ausnahmslos unter dem erwähnten EU-Durchschnitt von 1,60.
- Europa ist somit demografisch zweigeteilt: in einen Nordwestgürtel einerseits und in die Regionen des Südens, des Ostens und der Mitte Europas einschließlich Deutschlands andererseits.
- Die Fruchtbarkeitsziffern unterscheiden sich regional zwar stark, aber die Unterschiede der Regionen innerhalb eines Staates sind immer deutlich geringer als die Unterschiede zwischen den Staaten. Alle NUTS-II-Regionen Deutschlands werden hier beispielsweise in nur zwei Größenklassen, und zwar die beiden niedrigsten, untergliedert.

Für die Zukunft bedeutet dies unter anderem, „dass es in Estland, Lettland und Litauen sowie in den meisten Regionen Bulgariens, Rumäniens, Deutschlands, Ungarns, Polens und der Slowakei bis zum Jahr 2030 einen Bevölkerungsrückgang geben wird.“ Hier zeigt sich ein derzeit noch wenig beachtetes Zukunftsproblem: Der teils erhoffte (qualifizierte Arbeitskräfte), teils befürchtete (Lohndumping, „Zug in die Sozialsysteme“) künftig verstärkte Zuzug von Menschen aus Osteuropa nach Deutschland erfolgt aus Regionen, die oft jetzt schon dünn besiedelt sind und in denen die Bevölkerung aufgrund einer zu niedrigen Fertilität und durch Abwanderung jetzt bereits abnimmt und voraussichtlich weiter abnehmen wird.

▣ Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern der Regionen Europas 2008



Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern

Minimum: 1,07 (Principado de Asturias, Spanien)
Maximum: 3,56 (Guyane, Frankreich)
EU-27-Durchschnitt 2008: 1,60
Deutschland: 1,38
Berlin: 1,30
Brandenburg: 1,40

1,9 und mehr	(66)
1,8 bis unter 1,9	(30)
1,7 bis unter 1,8	(16)
1,6 bis unter 1,7	(16)
1,5 bis unter 1,6	(29)
1,4 bis unter 1,5	(57)
unter 1,4	(77)

Der nebenstehende Beitrag basiert auf einer Veröffentlichung in den Statistischen Monatsheften Niedersachsens (Nr. 5/2011); er wurde in diesem Zusammenhang lediglich regional angepasst.

Erhebungsstellen und deren regionale Zuständigkeit in Berlin und Brandenburg

